REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 419 · 22.10.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Don Camillo und Peppone
2. Tödlicher Abschiebeversuch. Sémira Adamu wurde von Polizeibeamten getötet - ch.
3. Große Ereignisse, kleine Schatten. EUMinisterrat und Weltwirtschaftsgipfel in Köln - Ralf Berger
4. "Tschernobyl-Strom" von Siemens. Neue Katastrophenmeiler in Osteuropa - Henrik Paulitz
5. Atomwunderland bald stillgelegt? - Mycle Schneider
6. Nichts Neues in Sachen Atomausstieg? AntiAtom-Konferenz in Berlin - DSe
7. Umweltminister hilft PreussenElektra. Neues Atommüllager im AKW Stade
8. Wenn ein Reifen alt ist, platzt er! Materialermüdung ermöglicht Rot-Grün - mb., Berlin
9. Von den Grünen lernen! Ein Plädoyer für Realismus auch in rot-grünen Zeiten - Js.
10. Rechtsextreme Parteien: Die Bäume wachsen noch nicht in den Himmel - Kt.
11. Ergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
12. "Neben Schröder ist kein Platz für einen zweiten starken Mann." DVU-Frey über das Ergebnis der Bundestagswahl - ES, Hamburg
13. Cool! Geil! Abgefahren! Angekommen! Bundesund Landtagswahlen bescheren der PDS neue Chancen
14. Grüne FlüchtlingspolitikerInnen fordern Liberalisierung im Asylrecht
15. Keine falsche Bescheidenheit! Sozialhilfeinitiativen stellen Forderungen - BAG Sozialhilfe-Initiativen
16. Immer wieder Rostock. Polizei verharmlost faschistischen Angriff - Anna Bartels
17. Antifa heißt Busfahren? Über die Verhinderung von Naziaufmärschen - Anna Bartels
18. Turm gerettet, König verloren. Die Tolerierungspolitik der italienischen Kommunisten - Js.
19. Mussolinis anpassungsfähige Erben. Alleanza Nazionale und die Modernisierung des italienischen Neofaschismus - Jens Renner
20. Waffentausch im spanischen Baskenland. ETA- Waffenstillstand, Regionalwahlen und spanische Unbeweglichkeit - mb., Berlin
21. Die strategischen Dämme der Türkei. Wasser als Allzweckwaffe im Nahen Osten - Jörg Dietziker
22. Bougainville: Die Mühen der Ebenen - Vo
23. Zwischen Revolution und Quark. 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua - 20 Jahre Solidaritätsbewegung - Klaus Heß
24. "Zunächst waren wir einfach ungläubig ..." Vor 25 Jahren wurde Salvador Allende ermordet (Interview mit Maria Roja)
25. Neue Guerilla will für Volksaufstand vorbereitet sein. ERPI erklärt eigene Linie - Dario Azzellini, Mexiko-Stadt
26. Expressive Schnellzugsprache. Der tschechische Wenderoman "Die Schwester" - Balduin Winter
27. Weltgeschichte ohne Pathos. Zum Tod des polnischen Lyrikers und Essayisten Zbigniew Herbert - ge.
28. Eine mächtige Waffe im Klassenkampf. Kritik am "Schwarzbuch des Kommunismus" - Js.
29. Klare Fronten. Deutsche Linke diskutieren über das "Schwarzbuch des Kommunismus" - Js.
30. 9. November 1938. Ein Pogrom wird inszeniert - Kt.
31. 1938: Deutschland schiebt ab. Der Konflikt um die Juden polnischer Herkunft - Kt.
32. Double-b(l)ind. Die Konzeption der Menschenrechte aus feministischer Perspektive - Monika Hoffmann
33. Ehemalige Zwangsarbeiterinnen klagen auf Entschädigung - Entschädigung
34. "Gescheitert, integriert". Geschichte der deutschen Frauenbewegung - eine Buchkritik - efa
35. Blinde Passagiere - ch.
36. Überlebende, Hoffungsträger, Abenteurer. Tagung zu unbegleiteten Kinderflüchtlingen - Rüdiger Hänlein
37. Anmerkungen zum Kosovo-Konflikt - HH
38. Gegen die Hierarchisierung des Elends (II). Kampf gegen die(se) Arbeit - Gruppe Blauer Montag
39. Arbeit 2000: flexibel, billig, weiblich - dk

40. Zwischen Hausputz und Putzkolonne. Frauen am deregulierten Arbeitsmarkt - Anne Allex
41. Job-Check von unten. Tips und Tricks für prekär Beschäftigte - Guido Grüner
42. Soziale Rechte sind Bürgerrechte. Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie - Roland Roth
43. BGH-Urteil im Mißhandlungsfall Oliver Neß. Freispruch für Polizeitäter - Rolf Gössner
44. Fidel ante portas? - Christoph Jünke
45. "... Leben und Freiheit zu bewahren." Keine Biographie, aber eine Würdigung von Ettie und Peter Gingold - Dietrich Marquardt
46. Gegen Arbeitshetze. Spontaner Streik bei Opel Bochum - dk
47. Quelldatei 11.htm
48. Quelldatei 16buwa.htm
49. Quelldatei 45.htm
50. Quelldatei 48.htm
51. Atomstrom baldaus dem Osten?
52. Kinder, Küche, Billigjobs
53. 60 Jahre nach dem Novemberpogrom

1. Don Camillo und Peppone

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/prodi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:prodi

Wieder mußte eine italienische Regierung vorzeitig abtreten. Die im April 1996 siegreiche Mitte-Links-Koalition Ulivo hat ihre parlamentarische Mehrheit verloren, Ministerpräsident Romano Prodi, der ehemalige Christdemokrat, mußte gehen. Wer an seine Stelle tritt, ob eine große Koalition oder eine Übergangsregierung eingesetzt wird, ob es vielleicht sogar vorgezogene Neuwahlen gibt, war bei ak-Erstellung noch offen. Zumindest die Schuldigen scheinen festzustehen: die italienischen Neokommunisten von Rifondazione Comunista (RC), genauer gesagt die Mehrheitsfraktion um Parteisekretär Fausto Bertinotti, die dem Regierungschef die parlamentarische Unterstützung entzogen hat.

Schon zu Lebzeiten Palmiro Togliattis (1893-1964) waren die italienischen Kommunisten "irgendwie anders". Der langjährige PCI-Sekretär, der als Stalinist (wie sonst?) das Moskauer Exil überstanden hatte, wurde nach dem Krieg Minister unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi, flog 1947 - der Kalte Krieg hatte begonnen - mitsamt seiner Partei aus der Regierung und erfand später den "italienischen Weg zum Sozialismus". Dessen Kernstück, die "doppiezza" (wahlweise zu übersetzen mit "Doppelstrategie" oder auch "Doppelzüngigkeit"), wurde später auf die Formel gebracht, der PCI müsse gleichzeitig "partito di lotta e di governo" sein: Kampf- und Regierungspartei.

Literarisch wurden die zwei Seelen in der kommunistischen Brust von dem Schriftsteller Giovannino Guareschi verarbeitet: Seine Helden, der reaktionäre Dorfpfarrer Don Camillo und der kommunistische Bürgermeister Peppone, können ohne einander nicht leben. Exemplarisch für ihre Kampfbeziehung ist die Episode, in der Peppone seinen Jüngsten auf den Namen "Lenin Libero Antonio" taufen lassen will. Der Priester wehrt zunächst entrüstet ab, lenkt dann aber auf göttlichen Rat hin ein. Nach einem Boxkampf, den Don Camillo mit k.o. gewinnt, folgt der historische Kompromiß: Der Junge wird auf den Namen "Libero Camillo Lenin" getauft.

Wie die Kunstfigur Peppone zeichnet sich RC-Sekretär Bertinotti vor allem durch Nehmerqualitäten aus. Sein Ziel, die "Achse der Regierung nach links zu verschieben", hat er nicht erreicht. Im Gegenteil: Das Mitte-Links-Lager wird sich Bündnispartner rechts der Mitte suchen oder - im schlimmsten Fall - bei Neuwahlen dem Rechtsblock unterliegen.

"Italien ist Avantgarde", erklärte Ernst Nolte 1994, nach dem Wahlsieg Berlusconis. Seine Hoffnung, auch anderswo in Europa könnten Konservative im Bündnis mit Neofaschisten mehrheitsfähig werden, hat sich fürs erste zerschlagen. 1996 begann in Italien der Triumph der europäischen "Mitte-Links"-Parteien; es folgten die Wahlsiege der Herren Jospin, Blair und Schröder. Ist Prodis Rücktritt der Anfang vom Ende eines sozialdemokratischen Europa?

Da nun alle auf dem "Abenteurer" Bertinotti herumhacken, könnte es naheliegen, ihm kritiklos beizustehen. Wir widerstehen der Versuchung und unterziehen seine Tolerierungspolitik einer differenzierten Betrachtung. In einem weiteren Artikel geht es um die italienischen Neofaschisten von Alleanza Nazionale, die für die Übernahme der Regierung gerüstet sind.

Seite 11-13

2. Tödlicher Abschiebeversuch. Sémira Adamu wurde von Polizeibeamten getötet

Autor: ch. · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:29

Abschiebungen werden unter Einsatz von Gewalt gegen die Abzuschiebenden durchgeführt - das ist nicht neu. Daß die Polizei und Behörden dabei auch Tote in Kauf nehmen, zeigt der Tod von Sémira Adamu in Belgien. Am 22. September wurde die 20jährige Nigerianerin bei einem Abschiebeversuch von Polizeibeamten erstickt. Um die Frau in das Flugzeug verfrachten zu können, hatte die Polizei elf (!) BeamtInnen aufgeboten. Adamu sollte per Flugzeug nach Togo abgeschoben werden. Als sie zu schreien begann, wollten die BeamtInnen sie mittels eines "kleinen Kissens" beruhigen, so die offizielle Stellungnahme. Wenige Stunden nach dem Versuch, die junge Frau ruhigzustellen, starb sie an ihren Verletzungen. Als Todesursache diagnostizierten Ärzte Gehirnblutungen.

Sémira Adamu war im März geflohen, weil ihre Familie sie gegen ihren Willen mit einem über vierzig Jahre älteren Mann verheiraten wollte. Der Asylantrag wurde vom belgischen Innenministerium "nach eingehender Prüfung als unbegründet erachtet". Nach Ansicht der Behörde habe die Frau in Nigeria keine Gefahr zu befürchten. Für die Ausländerpolizei war es bereits der fünfte Versuch, die Frau abzuschieben. Dagegen hatte sie sich bis dato erfolgreich zur Wehr gesetzt. Beim letzten Abschiebeversuch seien, so die Behörden, "durchaus übliche Methoden" angewandt worden. Der Gebrauch eines Kissens, das zur Ruhigstellung von Abzuschiebenden auf deren Gesicht gepreßt wird, sei nach Aussagen einer Polizeisprecherin legitim. Im Fall von Frau Adamu sah dies nach Aussagen von Fluggästen allerdings so aus, daß zwei Beamte die Frau auf den Boden drückten, bis sie keine Gegenwehr mehr leistete. Daß Frau Adamu ums Leben kam, so die Sprecherin weiter, "tut uns wirklich leid". Rückendeckung bekamen die Polizeibeamten auch aus dem Innenministerium. Deren Sprecher verteidigte die Methoden der Polizei als "üblich und normalerweise gefahrlos." "Wenn die Polizisten keinen Zwang mehr ausüben dürfen, ist das für ausgewiesene Asylbewerber eine Ermutigung, noch gewalttätiger vorzugehen", sagte er.

Der belgische Innenminister Tobback erklärte wenige Tage nach dem Vorfall seinen Rücktritt, nachdem bekannt wurde, daß einer der beteiligten Polizisten im letzten Jahr wegen Mißhandlung von Asylbewerbern disziplinarrechtlich verurteilt worden war. Damals wurde der Polizist von seinen Kollegen angezeigt, weil er wiederholt Asylsuchende durch Fußtritte verletzt hatte. Den Rücktritt des Ministers hatten zuvor schon Demonstranten gefordert. Die Mitte-Links-Regierung versuchte noch, Tobback von seinem Vorhaben abzubringen. Er galt als Reformer des korrupten Polizeiapparates.

An der Trauerfeier für Sémira Adamu nahmen über 5.000 Menschen teil. Einige DemonstrantInnen hatten schon vor Beginn der Feierlichkeiten das Parlament gestürmt und es bis zum Ende der Trauerfeier besetzt gehalten. Ein breites Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen wie z.B. amnesty international forderte eine Reform der Ausweisungspraktiken und der Gesetze in Belgien. Das "Belgische Komitee gegen Abschiebungen" (Brüssel) fordert darüber hinaus die vollständige Aufklärung der Vorgänge des Abschiebeversuches. Damit dies nicht den Behörden überlassen wird, hat das Komitee selbst die Recherche aufgenommen. "Wir sind nicht mit einem Ausrutscher konfrontiert, sondern mit einer alltäglichen und schändlichen Praxis, die sich im Falle von Sémira als bedauerliche Konsequenz der Drohungen, die ihr gegenüber seit ihrer Ankunft in Belgien ausgesprochen wurden, erwiesen hat. Dies macht einen Prozeß erforderlich, bei dem über die Verantwortlichen für diese "Verbrechen" geurteilt werden kann. Auf jeder Ebene der Verantwortung. Die Verantwortung muß unserer Meinung nach bei den Ausführern (Gendarmen), den Helfern (SABENA) und vor allem bei den Entscheidern (Innenminister und Ausländerbehörde) dieser Terrorpolitik gesucht werden." (aus der Presseerklärung des Komitees)

Im Gegensatz zu den deutschen Behörden, die 1994 nach dem Tod von Kola Bankole keine Konsequenzen aus der Abschiebepraxis zogen, haben die belgischen Behörden zumindest vorläufig das Aussetzen von Abschiebungen erklärt. Selbst die Gewerkschaft der Polizei rief ihre Mitglieder auf, die Mitarbeit an zwangsweise durchgeführten Abschiebungen zu verweigern - auch dies ist in der BRD unvorstellbar. Ob die Proteste und Empörung über den Tod von Sémira Adamu zur Änderung in der Abschiebepraxis führen werden oder gar die Anerkennungspraxis zur Diskussion gestellt wird, wie es die Tageszeitung De Morgen forderte, ist

gegenwärtig allerdings auch weiterhin nicht vorstellbar. Bislang wurden 1998 über 3.800 Flüchtlinge aus Belgien abgeschoben.

ch.

3. Große Ereignisse, kleine Schatten. EUMinisterrat und Weltwirtschaftsgipfel in Köln

Autor: Ralf Berger · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:36

EU-Ministerrat und Weltwirtschaftsgipfel in Köln

Im Juni 1999 werden in Köln zwei politische Großereignisse stattfinden: Am 5. und 6. tagt der EU-Ministerrat, und vom 17. bis 19. wollen die Vertreter der acht bedeutensten Industrieländer beim G8-Treffen (auch Weltwirtschaftsgipfel - WWG - genannt) die politisch-ökonomische Weltlage abstimmen. In der Zeit dazwischen findet zudem die Europawahl statt. Der Themenfundus macht die Tagungen zusätzlich brisant: Osterweiterung der EU, Asienkrise und Schuldenkrise.

Für internationalistisch Bewegte waren die bisherigen Weltwirtschaftsgipfel in der BRD (1985, 1992) stets Reibungspunkt und Mobilisierungsanlaß, an denen sich der Diskussionsstand und die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung dokumentierten. 1985 fanden in Bonn sehr aktionsorientierte Demonstrationen und Gegenveranstaltungen mit über 20.000 TeilnehmerInnen statt, die sich aus der Empörung über die damals offen zutage tretende Schuldenkrise speisten. Ihre perspektivischen Optionen lagen noch auf "Sieg im Volkskrieg", der insbesondere am damals noch tobenden Befreiungskampf in Mittelamerika festgemacht wurde.

1992 hatte in München die trotzige Schar von 10.000 bis 20.000 TeilnehmerInnen zwar aufgrund massiver staatlicher Repression kaum Handlungsoptionen mehr, artikulierte aber umso mehr Unmut gegen die scheinbar siegreiche Marktwirtschaft. Die Aktionen waren von der Spaltung in aktionsorientierte Restlinke und eine den Grünen nahen Gemeinde der Nichtregierungsorganisationen (NGO) überschattet.

Die Großereignisse 1999 stehen unter drei Vorzeichen. Erstens ist die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft an einem Punkt angelangt, an dem sie nicht nur einzelne Ökonomien in Afrika abkoppelt, sondern wesentliche Teile der Weltwirtschaft in die Barbarei stürzt. Dies wird in den nächsten Jahren massive Konsequenzen für die ökonomische Steuerungspolitik von IWF, Weltbank und WTO sowie für Katastrophenhilfe und Militärpolitik haben. Zweitens wird die geringe Schar verbliebener Basisaktivisten in der BRD trotz durchaus differenzierter Auseinandersetzungen und Analysen nicht mehr wie noch 1985 und 1992 in der Lage sein, wahrnehmbar zu mobilisieren. Drittens tritt auch die NGO-Gemeinde mit ihrer Lobbypolitik in Bezug auf internationale Konferenzen auf der Stelle und wird von den aktuellen Entwicklungen überrollt.

Die Ereignisse des Jahres 1999 werfen aber dennoch einige oppositionelle Schatten voraus, die der Beachtung wert sind. Zum einen gibt es auf lokaler Ebene in Köln ein linkes Bündnis, das sich nach anfänglichen Diskussionen, die eher traditionellen Formen männlich-ideologischer Grabenkriege ähnelten, nun aus der Ratlosigkeit zum real Machbaren zu bewegen. Als Konsens steht die Organisierung einer Großdemonstration im Raum. Ebenfalls auf örtlicher Ebene hat sich ein Anti-WWG-Frauenbündnis gebildet, das sich bisher der Diskussion um Grundfragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung gewidmet hat.

Auf Bundesebene ist ein "linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum" aktiv, das aus der Organisation Ökolinx und einigen Antifagruppen und Infoläden besteht und Demonstrationen zu beiden Großereignissen sowie Gegenveranstaltungen anstrebt. Die Linksradikalen werfen den übrigen Bündnissen Reformismus vor. Inhaltliche Substanz und Mobilisierungsfähigkeit scheinen bisher eher dürftig, doch steht auch dieser Organisierungsprozeß erst am Anfang.

Ein erheblich breiteres, von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) und der ILA (Infostelle Lateinamerika) initiiertes bundesweites Bündnis hat sich bisher dreimal in Köln getroffen. Jeweils 60 bis 80 Leute aus 30 bis 40 Organisationen decken das gesamte politische Spektrum von Hilfsorganisationen bis zu linken Gruppen ab. Die große Präsenz und der vorsichtige Umgang mit potentiell bündnissprengenden Widersprüchen dokumentiert eine große Bereitschaft zur gemeinsamen Aktion. Bei den Treffen waren aber auch einige andere Dinge auffällig: Anwesend waren mehrheitlich Hauptamtliche von NGOs aus dem Raum Köln-Düsseldorf-Bonn. Dies ist sicherlich auch den ungünstigen Terminen und dem Treffpunkt geschuldet, sagt aber auch einiges über potentielle Trägerschaften der Aktivitäten aus. Eine inhaltliche Diskussion fand

bisher so gut wie gar nicht statt, obwohl gravierende Unterschiede in der Herangehensweise und in den Zielen offensichtlich sind. Die logistische und finanzielle Basis sowie die Mobilisierungsfähigkeit der Beteiligten liegt weitgehend im Dunkeln.

In diesem Bündnis sind mehrere politische Blöcke auszumachen: die Grünen von VertreterInnen der Europaparlamentsfraktion bis zur Kölner Stadtratsfraktion, deren Kritik an der kapitalistischen Weltwirtschaft alles andere als eine grundsätzliche zu sein scheint; die Erlaßjahrkampagne 2000, ein Zusammenschluß von über 200 meist christlichen Gruppen, die sich auf die Forderung nach einem Teilschuldenerlaß für die ärmsten Länder konzentrieren; das Spektrum um die Euromärsche, deren potentielles Mobilisierungspotential hauptsächlich außerhalb Deutschlands liegt, und deren Mobilisierungsziel vor allem eine Demo gegen die EU-Tagung ist; sowie meist studentische AktivistInnen, die stark aktionsorientiert sind und deren Hauptziel die Kritik an der WTO und am MAI ist.

Probleme bei den Treffen lagen in der Vermeidung zweier völlig voneinander getrennter Mobilisierungen auf die beiden Ereignisse und in der Verbindung der Aktivitäten einzelner Gruppen (Gegenkongreß, Straßenaktionen usw.). Die Erlaßjahrkampagne und zum Teil die Euromärsche haben jedoch schon Fixpunkte gesetzt, die unabhängig von Beschlüssen des Bündnisses durchgezogen werden. Beim letzten Treffen des Bündnisses am 31.8. war ein relativ geringes Interesse an einer Demonstration erkennbar. Verschiedene Gegenveranstaltungen (Promigipfel, Betroffenengipfel, Veranstaltungszyklus, inhaltliche Zuspitzung auf das Thema "Ende der Lohnarbeit" usw.) werden weiter sondiert. Zudem gibt es Bestrebungen, die beiden Widerstandsanlässe mit einem Camp zu verbinden.

Trotz dieser diffusen Lage ist nicht ausgeschlossen, daß die geplanten Aktivitäten einen weithin sichtbaren Ausdruck des Protestes gegen die kapitalistische Barbarei setzen und dabei neue Leute in die Diskussion um Perspektiven des Widerstands einbeziehen. Noch in diesem Jahr soll eine Wochenendtagung stattfinden, auf der auch bisher aus organisatorischen Gründen Ausgeschlossene die Möglichkeit der Teilnahme haben.

Ralf Berger

Der Autor arbeitet im Allerweltshaus Köln und beim neuen BUKO-Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft".

Kontaktadressen und Termine:

Bundesweites Bündnis: c/o WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. 0228/ 696479.

Nächstes Treffen am 23.11.98 um 16 Uhr in der Antoniterkirche, Köln.

Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum: c/o Antifaschismusreferat im AStA, Universitätsstr. 16, 50937 Köln, Tel. 4702992.

Nächstes Treffen am 31.10./1.11.98 ab 13 Uhr im Unikum Köln.

Lokale Bündnisse in Köln: c/o Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, Tel. 0221/5103002.

Nächstes Treffen ist am 28.10.98 um 20 Uhr im Allerweltshaus.

Der Artikel erschien zuerst in der Oktoberausgabe der Blätter des IZ3W, Postfach 5328, 79020 Freiburg.

4. "Tschernobyl-Strom" von Siemens. Neue Katastrophenmeiler in Osteuropa

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:18

Alle Atomkraftwerke vom Tschernobyl-Typ (RBMK) sollen schnellstmöglich abgeschaltet werden, erklärte Siemens jahrelang. Jetzt ermöglicht Siemens sogar die Lieferung von Atomstrom aus einem derartigen Katastrophenmeiler in den Westen. Gemeinsam mit der US-Firma CalEnergy erhielt Siemens nach einem Bericht der Berliner Zeitung den Auftrag, für 400 Millionen US-Dollar eine Stromleitung vom litauischen Atomkraftwerk Ignalina durch Polen bis in den Westen zu bauen.

Die beiden RBMK-Reaktoren nahmen 1983 bzw. 1987 ohne äußere Reaktorhülle und ohne ein zweites unabhängiges Abschaltsystem den Dauerbetrieb auf. Damit sind nur die wichtigsten von insgesamt wenigstens 73 Sicherheitsmängeln genannt. Kaum ein zweites Atomkraftwerk Osteuropas machte in den vergangenen Jahren so viele Schlagzeilen wegen schwerer Störfälle und der "ungeplanten" Abgabe von Radioaktivität.

Obwohl die Unabhängigkeitsbewegung Litauens ihren Ursprung im Anti-Atom-Protest nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hatte, ist ein Abschalten des Atomkraftwerks für das Land nicht einfach. Denn Litauen ist zu über 80% vom Atomstrom aus Ignalina abhängig.

Wie überall in Osteuropa gehen der Westen und die einflußreichen Atomkonzerne auch in Litauen nach altbewährtem Muster vor: Anstatt Millionenbeträge für den zügigen Aufbau alternativer Energiesysteme und für Energiesparmaßnahmen (ggf. auch für kurzfristige Stromimporte) bereitzustellen und so die schnelle Abschaltung des Kraftwerks zu ermöglichen, stellen sie Millionenbeträge für Sicherheitsstudien und für zögerliche Nachrüstungen des Atommeilers zur Verfügung.

Die westliche Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) stellte 1994 70 Millionen Mark zur Verbesserung des Sicherheitsstandards bereit. Das Geld wurde immerhin vertraglich an die Zusage Litauens gebunden, das Atomkraftwerk vor einem notwendigen Wechsel der sogenannten Druckröhren abzuschalten. Ein derartiger Wechsel stünde kurz nach der Jahrtausendwende an.

Dieser Abschaltoption macht nun das Atomgeschäft der deutschen Siemens AG einen Strich durch die Rechnung. Denn die geplante Stromleitung soll jahrelang Strom aus Ignalina nach Westeuropa transportieren. Zeitungsberichten zufolge verpflichtet sich Litauen, zehn Jahre lang sechs Milliarden Kilowatt jährlich zum Preis von nur rund 5 Pfennigen je Kilowattstunde zu liefern. Ein sensationell niedriger Preis.

Zur vertraglich vorgesehenen Abschaltung des Atommeilers kurz nach der Jahrtausendwende erklärt die litauische Regierung inzwischen, daß die Notwendigkeit für einen Austausch der Druckröhren erst viel später zu erwarten sei.

Deutsche Bank: Kraftwerkstandort Europa

Die Lieferung von Strom aus Ostreaktoren nach Deutschland ist das Resultat einer langfristigen strategischen Ausrichtung der deutschen Energie- und Atomwirtschaft. Der langjährige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, erhoffte bereits 1987, kurz nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, Ost-Aufträge für die deutsche Kernanlagen-Industrie, sprich: für die der Deutschen Bank aufs engste verbundene Siemens AG.

Und 1989 legte Christians seine Vorstellungen von einer "Europäisierung der Energiepolitik" dar: Angesichts der vehementen Widerstände in Deutschland gegenüber einem Ausbau der Atomenergie, angesichts eines "jahrelangen zermürbenden Streits um einen energiepolitischen Konsens" erhoffte sich der Bankmanager und Siemens-Verbündete Chancen durch europaweiten Wettbewerb und umfangreichen Stromaustausch. Er forderte einen europaweiten "Kraftwerks- und Standortentwicklungsplan". Fossile und atomare Großkraftwerke sollen künftig verstärkt im Ausland gebaut und betrieben und der Strom nach Deutschland importiert werden: "Es ist doch nicht zu leugnen, daß die unterschiedliche politische Akzeptanz ... auch unterschiedliche Standortbedingungen mit sich (bringt)". Zudem verbindet er mit einer Europäisierung der Energiepolitik die Hoffnung auf eine Reduzierung der Sicherheitsaufwendungen für Atomkraftwerke.

Diese Konzeption der Deutschen Bank läuft darauf hinaus, daß Atomkraftwerke mit katastrophalem Sicherheitsniveau im benachbarten Ausland betrieben werden und ein Teil des Stroms nach Deutschland importiert wird.

Deutsche Atommeiler künftig im Ausland

Eine derartige Konstruktion war bereits mit der Fertigstellung des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce geplant. Es sollte von Siemens und der französischen Atomfirma Framatome fertiggestellt und ursprünglich auch von deutschen und französischen Energieversorgern mitbetrieben werden. Einer der beiden neuen Kraftwerksblöcke sollte allein zur Lieferung von Atomstrom nach Deutschland und Frankreich betrieben werden. Geplanter Strompreis: 6 Pfennig pro Kilowattstunde.

Die deutschen Energieversorger zogen sich im Laufe der langjährigen Verhandlungen aus dem Geschäft zurück. Doch Siemens blieb standhaft und erhielt 1996 den Auftrag, sich für rund 100 Mio. DM an der Fertigstellung von Mochovce zu beteiligen. Möglich wurde der Auftrag, weil die Bundesregierung zugunsten von Siemens einen Kredit über die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung stellte und das Geschäft obendrein über eine Hermes-Bürgschaft gegen Zahlungsschwierigkeiten der Slowakei absicherte.

In diesem Sommer ging der erste Block in Mochovce trotz - von einer international besetzten Expertenkommission bescheinigter - gravierender Sicherheitsmängel in Betrieb und produziert seitdem Atommüll. Nach Angaben der Siemens AG ist geplant, künftig Atomstrom aus Mochovce in den Westen zu liefern. Denn: Zur Refinanzierung der Kredite, mit denen Siemens für den Atomkraftwerksbau bezahlt wurde, muß die Slowakei durch Stromexporte Devisen erwirtschaften.

Während in Deutschland möglicherweise die eine oder andere Atomanlage stillgelegt werden wird, wird dank Siemens gleichzeitig neuer Atomstrom aus Atomkraftwerken wie Mochovce und Ignalina aus unseren Steckdosen kommen. Und im Rahmen einer zunehmenden Liberalisierung der Energiemärkte, die bereits in eine Übernahmeschlacht der großen Energieversorger mündete, werden deutsche Energiekonzerne über kurz oder lang auch viele Betreibergesellschaften von Ostreaktoren übernehmen.

Die Atomkraftwerke für die Stromversorgung stehen dann eben nicht mehr bei uns, sondern im benachbarten Ausland. Dort, wo der Widerstand der Bevölkerung aufgrund existentieller wirtschaftlicher Not häufig geringer ist und daher gefährliche Atomanlagen (mutmaßlich) leichter durchgesetzt werden können.

Rußland - Ukraine: Neue Atommüllproduzenten

Siemens treibt den Atomkraftwerksbau in Osteuropa nach Kräften voran. Während die breite Öffentlichkeit sich noch über den möglichen Nutzen sicherheitstechnischer Nachrüstungen an bestehenden Atomanlagen in Osteuropa Gedanken macht, geht es Siemens längst darum, auch neue Atommüllproduzenten ans Netz zu bringen und sich den Markt für neue Atomkraftwerke langfristig zu sichern.

Nach dem "Modell Mochovce" möchte Siemens weitere Atommeiler fertigstellen. So erklärte der Siemens-Atommanager Wulf Bürkle 1997: "Jetzt geht es um die Fertigstellung der zum Teil weit fortgeschrittenen Bauprojekte der 1.000-MW-Baureihe ..." Damit sind die in Bau befindlichen Atomkraftwerksblöcke vom russischen (sowjetischen) Typ WWER-1.000 gemeint.

- Ein WWER-1.000-Atomkraftwerks- block am russischen Standort Rostow ist bereits zu 95% fertiggestellt. Sofern die Europäische Union (EU) einen Kredit gewährt, wird sich Siemens mit der Lieferung von Instrumentierungen und Leittechnik an der Fertigstellung dieses Reaktors bis zum Jahr 2000 beteiligen.

- Am russischen Standort Kalinin ist der dritte WWER-1.000-Block zu rund 70% fertiggestellt. Siemens bemüht sich auch hier um Gelder von der EU, um sich u.a. mit der Lieferung von Leittechnik an der Fertigstellung dieses Atommeilers bis zum Jahr 2000 beteiligen zu können. Besonders pikant: Die Kapazitäten für die Lagerung von Atommüll am Standort Kalinin sind schon heute fast ausgeschöpft.

- In der Ukraine ist Siemens bereits an der Fertigstellung der 1.000-MW-Blöcke Kmelnitzki-2 und Rowno-4 beteiligt. Siemens ersetzt in beiden Reaktoren einen Teil der Leittechnik sowie das Schnellabschaltsystem. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung möchte noch in diesem Jahr 190 Mio. US-Dollar für die Fertigstellung der beiden Reaktoren zur Verfügung stellen. Die restlichen benötigten Kosten sollen durch Exportkredite westlicher Banken und aus Rußland gedeckt werden.

Prototyp-Atomkraftwerk bei St. Petersburg

Doch Siemens bemüht sich keineswegs nur um die Fertigstellung von im Bau befindlichen Sowjetreaktoren. Die deutsche Atomschmiede möchte sich vielmehr mit einem neuen Reaktortyp den Nuklearmarkt im Osten langfristig sichern. Drei Jahre lang feilte eine sogenannte "bayerisch-russische Arbeitsgruppe" an einem nuklearen Pakt für die Entwicklung und Finanzierung eines neuen Atomreaktors mit der Bezeichnung WWER-640.

Siemens möchte die Kontrollsysteme, elektrotechnische Einrichtungen sowie Druckabsicherungssysteme in die deutsch-russische Reaktorentwicklung einbringen. Im November 1995 wurde ein Kaufabsichtsvertrag für den 640-MW-Reaktor unterschrieben. Nach Angaben des russischen Atomministeriums steht auch schon der Standort für das Prototyp-Atomkraftwerk fest: Es soll südlich der Millionenstadt St. Petersburg am unfallträchtigen Standort Sosnovy Bor mit seinen bislang schon vier Reaktoren vom Typ RBMK errichtet werden.

Für die Finanzierung hat Siemens die ebenfalls in München ansässige eng verbundene Bayernwerk AG mit ins Boot geholt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit dürfte nicht zuletzt daher rühren, daß der oben erwähnte Spitzenmanager der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, viele Jahre Aufsichtsratschef bei der Bayernwerk-Muttergesellschaft Viag AG war. Der Stromversorger bezog in den vergangenen Jahren für sein Atomkraftwerk Grafenrheinfeld Brennelement-Komponenten (Uran und Urantrennarbeit) aus Rußland. Mit den dadurch erwirtschafteten Devisen konnte die russische Seite die bisherigen Leistungen von Siemens bei der Reaktorentwicklung bezahlen.

Neben Sosnovy Bor ist auch an den russischen Standorten Kola (zwei neue Reaktoren) und Nowo Woronesch der Bau von WWER-640-Anlagen konkret geplant. Längerfristige Planungen sehen ein neues Atomkraftwerke Far East (mit vier WWER-640-Anlagen) und ein Atomkraftwerk in der Nähe der Stadt Tomsk vor.

Mit dem deutsch-russischen Atomkraftwerkstyp dürfte Siemens also langfristig am Atomkraftwerksbau in Osteuropa partizipieren können. Der Pakt mit der russischen Atomwirtschaft zahlt sich auch beim Export in Drittländer bereits aus: In diesem Frühjahr erhielt Siemens gemeinsam mit russischen Firmen den Zuschlag für den Neubau eines Atomkraftwerks in China.

Risikofreier Neubau: Das Nuklearhaftungsabkommen

Das größte Hindernis für Siemens beim Atomkraftwerksbau in Osteuropa ist das Haftungsrisiko bei der Lieferung von "Sicherheitstechnik". Jahrelang forderte der deutsche Atomkonzern für das Osteuropa-Geschäft eine Freistellung von der nuklearen Haftung.

Kurz vor der Bundestagswahl machte die scheidende Bundesumweltministerin Angela Merkel der Siemens AG ein letztes großes Geschenk. Sie unterzeichnete mit dem russischen Atomminister Jewgenij Adamow ein "Nuklearhaftungsabkommen", mit dem Rußland deutschen Firmen, die Sicherheitstechnik für russische Atomanlagen liefern, eine umfassende Haftungsfreiheit nach einem möglichen Atomunfall gewährt.

Mit diesem Abkommen kann Siemens Sicherheitstechnik nach Rußland liefern, ohne dem Zwang zu unterliegen, das Sicherheitsniveau der Atomanlagen auch tatsächlich zu steigern. Wenn es wie in Tschernobyl erneut zu einer Reaktorkatastrophe in einem mit Hilfe von Siemens nachgerüsteten, fertiggestellten oder neugebauten Ost-Meiler kommt, ist möglicherweise die Milch in Bayern wieder verseucht, aber der Elektromulti kann finanziell nicht belangt werden. Mögliche Entschädigungen von Hunderttausenden von Strahlenopfern im Katastrophengebiet kann Siemens so von vornherein praktisch ausschließen.

Da läßt sich bedenkenlos an Atomkraftwerken herumschrauben. Unverblümt hatte Siemens-Manager Wulf Bürkle bereits 1996 die Sicherheitsphilosophie seines Unternehmens deutlich gemacht: Um endlich stärker ins Geschäft zu kommen, forderte er, der Westen solle die sicherheitstechnischen "Auflagen" bei der Beteiligung an der Modernisierung bzw. Fertigstellung osteuropäischer Atommeiler herunterschrauben und verlangte ein "pragmatisches Vorgehen".

Die Aussage unterstreicht die Notwendigkeit, diesen Konzern durch einen umfassenden Boykott von weiteren Atomgeschäften abzuhalten.

Henrik Paulitz

Sprecher der Kampagne "Siemens-Boykott" der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)

Zum Weiterlesen:

"Siemens Nuklear - Alternativer Bericht über die Atom-Geschäfte der Siemens AG", 1998, von Henrik Paulitz, herausgegeben vom Koordinationskreis Siemens-Boykott (Bezug: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin).

"Manager der Klimakatastrophe - Die Deutsche Bank und ihre Energie- und Verkehrspolitik", von Henrik Paulitz, Verlag Die Werkstatt, 1994, 378 Seiten, (im Buchhandel vergriffen, Bezug über Robin Wood, Postfach 10 21 22, 28021 Bremen).

"IPPNW-Forum", Zeitschrift (Bezug: IPPNW, Kärtestraße 10, 10967 Berlin).

"Koordinationskreis Siemens-Boykott - die boykott-depesche", Zeitschrift (Bezug über Koordinationskreis Siemens-Boykott).

5. Atomwunderland bald stillgelegt?

von Mycle Schneider

Autor: Mycle Schneider · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:28

Vor elf Jahren entschieden sich die Italiener per Volksentscheid für den Ausstieg aus der Atomenergie. Geschockt vom Ausmaß der Tschernobyl-Katastrophe war es der südliche Nachbar, der das europäische Post-Atomzeitalter einläutete. Damals reagierte der französische Strommonopolist Electricité de France (EDF) mit Entsetzen: "Die sind verrückt, die Italiener, die isolieren sich ja vollkommen in Europa!" Der Ausspruch steht für einen erstaunlichen Verdrängungsmechanismus. Denn in Wirklichkeit ist es Frankreich, das eisern in die nukleare Isolation gewandert ist. Das stark überdimensionierte Atomprogramm wurde gnadenlos durchgezogen, obwohl spätestens seit Mitte der achtziger Jahre klar war, daß mindestens ein Dutzend Atomreaktoren zuviel auf dem Plan standen. Heute dienen eben diese zwölf Meiler ausschließlich dem Stromexport zu Dumpingpreisen.

Während in Deutschland die Atomkraftwerksbauer bereits 1980 ihren letzten Auftragseingang zu verzeichnen hatten und in den USA die Bestellzettel bereits seit 25 Jahren atomfrei sind, ging in Frankreich noch 1993 der letzte Reaktor in Bau. Doch auch in Frankreich weht der Atomwirtschaft der Wind immer stärker ins Gesicht. Schon verkündet Le Monde auf der Titelseite "La fin du tout-nucléaire" (Das Ende des totalen Atom) und legt nur wenig später nach mit dem Wortspiel "La Hague est-elle mortelle?" (Ist La Hague tödlich/sterblich?), während France-3 zur besten Sendezeit eine Stunde lang "Den großen Zweifel" an der Unschädlichkeit der La-Hague-Plutoniumfabrik verbreiten darf. Ungeheuerlichkeiten im Paradies der Atomkraft?

Für den Beobachter der französischen Nuklearpolitik kommt diese Entwicklung keineswegs überraschend. Seit geraumer Zeit häufen sich hinter den Kulissen, in internen Papieren von Industrie und Ministerien, die Zeichen einer tiefen Malaise. Geradezu panische Angst herrscht in mancher Chefetage angesichts der bevorstehenden europäischen Öffnung des Strommarktes. Da ist die gesicherte Monopolstellung der Energieversorger in Gefahr, man sieht das Unwetter von Wettbewerb und Konkurrenz am Horizont heraufziehen. Und plötzlich ist der bisher als konkurrenzlos günstig plakatierte Atomstrom nicht mehr der billigste. Im April 1997 hat das Industrieministerium offiziell verkündet, was seit Monaten als Gerücht kursierte. Frankreich reiht sich in den internationalen Durchschnitt ein und erklärt, daß von nun ab jede neue Kilowattstunde Atomstrom teurer sei als jene aus der Gasturbine, und dies nicht nur in der Mittellast (einige tausend Stunden pro Jahr), wo die Gas-Dampfturbine "eindeutig als das günstigste Produktionsmittel herausragt", sondern selbst in Bereichen der Grundlast (praktisch rund um die Uhr).

Erfrischend ist, daß nun das zentralistische Industrieministerium offiziell die dezentrale Stromproduktion als "interessante Diversifizierung der Produktionsanlagen" betitelt. Besonders gasbetriebene Kraft-Wärme-Anlagen seien "wettbewerbsfähig in der Grund- und Mittellast ab einer gewissen Größenordnung (40 MW)". Fazit: "Es ist wahrscheinlich, daß der relative Anteil der Atomenergie an der nationalen Stromproduktionsbilanz letztlich weniger hoch sein wird als heute." Von nun ab ging es für die Atomwirtschaft bergab - wie überall.

Der Unterschied im Umgang mit sozialpolitischen Konflikten in Frankreich und Deutschland hat schon zu den kuriosesten Interpretationen auf beiden Seiten des Rheins geführt. So werden die Franzosen vom anderen Ufer aus gern als atomfanatisch gesehen, während die Deutschen dort meist als hysterische Naturschützer bar jeder Verhältnismäßigkeit gelten. Erstaunlich hartnäckig ist auch die abstruse Einschätzung, "die verschiedenen Regierungen und die Repräsentanten der französischen Industrie (haben) es stets verstanden, die Zustimmung der Bevölkerung für ihre Energiepolitik zu gewinnen" (vergl. Walter Schilling, Kernenergie: französische Perspektiven, Dokumente, 1/97, S.34). Das französische Meinungsbild stellte sich stets etwas anders da. Ende 1995 sprachen sich laut Umfrage des Institut BVA 67% der befragten Franzosen gegen den weiteren Neubau von Reaktoren und gleichzeitig für den Weiterbetrieb der laufenden Meiler aus, 9% waren für den Zubau und 19% für das Abschalten aller Reaktoren. (Hinweis der Redaktion: vgl. dazu auch: ak 322, 1990, S. 8)

Die Ergebnisse ähneln verblüffend den wenig später in Deutschland ermittelten Prozentsätzen. Laut Umfrage des ZDF vom April 1996 sprachen sich 72% der befragten Deutschen gegen den weiteren Neubau von AKWs,

aber gleichzeitig für den Weiterbetrieb der laufenden Reaktoren aus, 8% waren für den Zubau und 16% für die Abschaltung aller Meiler. Man mag von Umfragen halten, was man will, Fakt ist, daß der vielbeschworene Konsens der Franzosen in Fragen Atom schon immer auf die in der Nationalversammlung mehrheitlich vertretenen Parteipositionen beschränkt war. Auch bedarf die Zustimmung gewöhnlich der Befragung. Die Atompolitik in Frankreich war hingegen nicht einmal Bestandteil nennenswerter parlamentarischer Auseinandersetzungen. Weder die Entscheidung zum Bau der Atombombe noch die "zivile" atomare Aufrüstung waren Gegenstand auch nur einer einzigen Abstimmung in der Nationalversammlung. Es gibt kein französisches Pendant zum deutschen Atomgesetz. Und das erste und einzige Gesetz betreffend der Atomenergienutzung ist auf radioaktive Abfälle beschränkt und wurde Ende 1991 verabschiedet, einige Jahrzehnte nach Beginn der Atommüllproduktion. Die von François Mitterrand vor seiner Wahl 1981 versprochene große Debatte zum Thema Atom verlief im Sande. Erst 1989 gab es in der Nationalversammlung wieder eine dreistündige Debatte zum Thema Energiepolitik in Anwesenheit von 24 Abgeordneten.

Die Opposition

ist nie verstummt

Frankreich hatte immer seine außerparlamentarische Anti-Atom-Bewegung, die an vielen Atomstandorten aktiv ist. Die Opposition gegen den Brüter Superphénix in Malville zum Beispiel ist seit 20 Jahren nie verstummt. Das Collectif Européen contre Superphénix zählt 250 Mitgliedsorganisationen, aktiv sind neben den Franzosen vor allem die Schweizer. 1994 haben insgesamt 10.000 Personen an einem Anti-Superphénix-Marsch zwischen Genf und Paris teilgenommen, eine halbe Million Flugblätter wurden verteilt, eine Viertelmillion Protestpostkarten verkauft, 20 Präfekturen und 40 Rathäuser besucht. 1995 startete eine neue gerichtliche Aktion wegen des Verdachts auf Gefährdung der menschlichen Unversehrtheit. Mehrere hundert Anzeigen liefen seither bei den Gerichten ein, u.a. von der Stadt Besançon.

Nach einem entsprechenden Aufruf erhielten die Initiativen gegen den Schnellen Brüter im Frühjahr 1996 10.000 Paar Schuhe zugesandt. Unter dem Motto "Superphénix läuft nicht und wir auch nicht" wurden die Schuhe der "energiesparenden Nicht-Demonstranten" vor dem Reaktor aufgestellt.

Im Sommer 1996 verteilte die nationale Koordination gegen die Endlagerstandorte eine achtseitige Zeitung zum Thema gleich 270.000mal. Im Frühjahr 1997 wurde in Lyon im Rahmen einer nationalen Ausstiegskampagne eine internationale Broschüre mit einer Startauflage von 30.000 Exemplaren gedruckt.

Am geplanten Standort für den in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion entwickelten neuen Atomreaktor EPR, in Le Carnet an der Loire-Mündung, demonstrierten 30.000 Menschen während eines zwei Tage andauernden Festivals gegen die Ausbaupläne der französischen Atomwirtschaft. Mit Erfolg, denn unter Führung der Sozialisten kündigte die frische gewählte Regierung an, daß in Le Carnet kein Atommeiler mehr entstehen solle. Kritik und Opposition gegen Atomenergie existieren in Frankreich, auch wenn man sie in Deutschland nicht wahrnimmt oder nicht wahrnehmen will. Daß der französische Staat vor 20 Jahren nicht gezögert hat, das Programm auch auf Kosten von Menschenleben durchzuknüppeln, hat freilich bei vielen auch traumatische Ängste hinterlassen. Am 31. Juli 1977 demonstrierten 60.000 Menschen gegen Superphénix. Die polizeiliche Schlägertruppe CRS setzte Offensivgranaten ein. Ein Demonstrant wurde getötet, die Druckwelle einer Granate zerfetzte ihm die Lunge, hundert weitere Teilnehmer wurden zum Teil schwer verletzt.

Interessant bleibt die Frage, warum denn das gigantische, mindestens 800 Milliarden Francs teure Atomprogramm in Frankreich durchgezogen werden konnte und wie die auffällige Untätigkeit der Nationalversammlung zu erklären ist. Einige Elemente eines Erklärungsversuchs sollen hier exemplarisch aufgeführt werden. Die Bereiche Elitenbildung und zentralistische Verwaltung, Justiz, Medien und Expertisenmonopol spielten zweifellos eine wichtige Rolle.

Die absolute Kontrolle

des Corps des Mines

Seit 50 Jahren werden Energie- und Atompolitik vom Corps des Mines dominiert. Holprig übersetzt etwa mit BergbauKorps, handelt es sich um eine Eliteschule für Technokraten. Sie ist die unbestrittene Nummer Eins

unter einem Dutzend staatlich organisierter Eliteeinrichtungen, den Grands Corps d'Etat. Die politische und wirtschaftliche Elite des Landes hat sich 200 Jahre lang aus den zehn bis zwölf Jahrgangsbesten der dem Verteidigungsministerium unterstehenden Ecole Polytechnique zusammengesetzt. Heute sind es jährlich etwa 15 Neuzugänge, darunter etwa drei bis fünf Ausnahmeabgänger aus anderen Eliteingenieurschulen, die das dreijährige Zusatzstudium der Korpsschule durchlaufen dürfen. Nach Abgang steht den Neuen dann bereits ein Abteilungsleiterposten in einem Staatskonzern oder Ministerium offen. Das gesamte Kontingent der lebenden "Corpsards" ist nur etwa 700 Mann stark - Frauen bleiben die Ausnahme. Einmal Corpsard, immer Corpsard. Der Staat kommt ab sofort für die Elitebeamten auf. Leiter des Generalrats des Corps des Mines ist pro forma der Industrieminister, de facto hat die Nummer zwei, sein Stellvertreter die Macht. Dieser war bis vor wenigen Monaten Jean Syrota, Chef der COGEMA. Minister wechseln, die Corpsards bleiben. Fast alle Schlüsselposten des Atom- und Energiesektors werden von Angehörigen des Luxusclans besetzt. Sie stellen die Chefs des Atomenergiekommissariats, der Atommüllbehörde, der Atomsicherheitsbehörde, der Energie- und Umweltbehörde und des Erdölkonsortiums Elf-Aquitaine. Außerdem stellen sie mehrere Abteilungsleiter der EDF, fast alle Abteilungsleiter im Industrieministerium, die Energieberater in den Mitarbeiterstäben in Elysée-Palast, Matignon und Umweltministerium.

Es ist ganz zweifellos, daß sich mit einer derartig dauerhaften Elite sehr effizient langfristig Politik machen läßt, jenseits von Wahlen und Regierungsumbildungen. Geht es allerdings in die falsche Richtung, dauert es auch besonders lange, bis das Rezept geändert wird. Der französischen Gesellschaft mangelt es hier ganz dringend an den nötigen Korrekturmechanismen.

Resignierte Parlamentarier und das Expertisemonopol

Der Durchschnittsfranzose erwartet von Paris, bestimmte Probleme zu lösen. Dazu gehören Energie-, Umwelt- und Verteidigungspolitik. Angesichts der totalen Kontrolle der Ausrichtung der Atompolitik durch die Elitetechnokraten, ist es kaum verwunderlich, daß die Abgeordneten der Nationalversammlung zunächst das Interesse und schließlich jede fachliche Kompetenz am Thema verloren haben. Eine fatale Resignation an der eigenen Machtlosigkeit. Das Office Parlementaire d'É valuation des Choix Scientifiques et Technologiques, eine Art Ausschuß für Technologiefolgenabschätzung, zusammengesetzt aus Senatoren und Abgeordneten, hat seit Beginn der neunziger Jahre mit einem Dutzend anspruchsvoller Berichte ein wenig Bewegung geschaffen. Das Office hat auch bei der Vorbereitung des bereits erwähnten Atommüllgesetzes entscheidend mitgewirkt. Doch angesichts der Komplexität der Materie, der Fülle gravierender Probleme, der großen Anzahl (265!) von Anlagen, in denen mit nuklearen Stoffen umgegangen wird, und der spezifischen Gefahren, die mit der militärischen Nutzung zusammenhängen, sind diese Aktivitäten kaum ein Tropfen auf den heißen Stein und keinesfalls als parlamentarische Kontrolle zu verstehen.

Die Organisation der Ausbildung in den verschiedenen Bereichen der Nukleartechnik ist bereits absolut der staatlichen Atomindustrie untergeordnet. In Frankreich bildet keine Universität Atomingenieure aus, das zivil-militärische Atomenergiekommissariat CEA (Commissariat à l'É nergie Atomique) ist hierfür zuständig, die Küken bleiben auch später im Nest. Allerdings wird auch im CEA die schwindende Anziehungskraft des Atoms immer auffälliger, das Durchschnittsalter liegt heute deutlich über 50 Jahren. Kein Wunder, das Ausbauprogramm ist vollendet, die neue Reaktortechnologie des Schnellen Brüters ist gescheitert und die verbliebene Perspektive des Atommüllmanagers erscheint wenigen Jugendlichen anziehend.

Damit steht Frankreich, wie alle anderen Atomenergie betreibenden Länder, vor einem schwierigen Nachwuchsproblem. Die kanalisierte Ausbildung hat in Frankreich zu einem weiteren Phänomen geführt, mit dem die französische Gesellschaft heute zu kämpfen hat. Es ist ein Kompetenzmonopol innerhalb der Staatskonzerne entstanden, das nicht nur eine kontroverse technische Debatte fast unmöglich macht, sondern auch zu fehlender unabhängiger Kontrollkapazität führt. Während in Deutschland heute über 200 Öko-Institute den staatlichen und industriellen Stellen erhöhte technische Aufmerksamkeit in vielen energie- und umweltrelevanten Themen abtrotzen, fehlt in Frankreich jede diesbezügliche Infrastruktur. Selbst unabhängige Meßstellen für Umweltradioaktivität lassen sich an einer Hand abzählen. Es besteht hier ein ungesundes Mißverhältnis zwischen gesellschaftlicher Nachfrage - die sich besonders in den letzten Jahren stark entwickelt hat - und dem Angebot an unabhängiger Expertise.

Unabhängige Justiz? Schlafende Medien!

Diese "Gegenexpertenkultur" hat in Deutschland erheblich zum Stillstand des Atomprogramms beigetragen. Sie war und ist auch integrierter Bestandteil sowohl der Genehmigungsverfahren als auch der gerichtlichen Auseinandersetzungen, die oft einschneidende Konsequenzen für die Betreiber von Atomanlagen gehabt haben. In Frankreich ist der Weg durch Genehmigungsverfahren und Gerichte für die Anti-AKW-Bewegung - mit wenigen Ausnahmen - ein aussichtsloses Unterfangen. Im allgemeinen scheuen sich die Richter, gegen die mächtigen Staatskonzerne auch nur ein Verfahren zuzulassen. Oft werden sie jahrelang verschleppt.

Die Medien haben ihr eigenes Stück Verantwortung an der Durchsetzungsfähigkeit der Atomlobby. Investigativen Journalismus gibt es in Frankreich nicht - Ausnahmen bestätigen die Regel. Man liebt den Reportagejournalismus, der "Envoyé Spécial", der exklusiv vor Ort die Bäckersfrau befragt, darf in keinem Blättchen fehlen. Dafür wird mit Geld für Fachkompetenz und funktionsfähige Archive geknausert. In Frankreich gibt es weder die Recherchemaschinerie eines Spiegel noch einen bohrenden Ideenlieferanten wie die taz.

Die Schonzeit ist vorbei - auch in Frankreich

Deshalb ist auch nicht verwunderlich, daß der Umbruch in der Atompolitik nicht von sichtbarem gesellschaftlichen Druck eingeläutet wird, sondern von einigen hellsichtigen Machern der Machtelite selbst. Die Beschwörung einer glänzenden Zukunft für Atomenergie ist - auch in Frankreich - schlicht realitätsfremd. Die nukleare Technologie ist global ein Auslaufmodell, dessen energiepolitische Bedeutung immer schon stark übertrieben wurde. Der Höhepunkt an in Betrieb befindlichen Reaktoren und deren Anteil an der globalen Energieversorgung (von maximal etwa 6% !) ist bereits überschritten. Schon heute werden weltweit mehr Reaktoren vom Netz genommen, als neue mit der Stromerzeugung beginnen.

Mycle Schneider ist Leiter des Fachinformationsdienstes WISE-Paris (World Information Service on Energy) und erhielt 1997 den Alternativen Nobelpreis.

Dieser überarbeitete und gekürzte Artikel wurde ursprünglich in Dokumente - Zeitschrift für den Deutsch-Französischen Dialog, Heft 3, 1997 , herausgegeben vom Europa-Union-Verlag (Bonn) veröffentlicht.

6. Nichts Neues in Sachen Atomausstieg? AntiAtom-Konferenz in Berlin

Anti-Atom-Konferenz in Berlin

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:53

Nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Ergebnisse der rot-grünen Koalitionsverhandlungen zum Atomausstieg fand vom 16.- 18. Oktober im Berliner Mehringhof die Herbstkonferenz der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung statt. Rund 250 Menschen nahmen an der vom autonomen Anti-Atom-Plenum Berlin organisierten Konferenz teil. Doch wer erwartet hatte, daß angesichts der neuen politischen Verhältnisse in Bonn eine intensive Auseinandersetzung über die zukünftigen Arbeitsbedingungen der Anti-AKW-Bewegung stattfinden würde, wurde enttäuscht. Die zu erwartenden Folgen der rot-grünen Regierungsübernahme waren kein Thema in Berlin. Lediglich auf eine zusätzliche Arbeitsgruppe konnten sich die TeilnehmerInnen verständigen, ansonsten blieb es beim vorgesehenen, lange zuvor festgelegten Ablauf. Debatten über die auf die Anti-AKW-Bewegung zukommenden Probleme durch den Regierungswechsel waren so weitgehend auf die Flure, die Cafeteria und den Innenhof des Mehringhofs verbannt.

Klar und deutlich war die Beurteilung der bislang bekanntgewordenen rot-grünen Vereinbarungen zur künftigen Atompolitik: Einen Atomausstieg mochte niemand der Anwesenden erkennen. Im Gegenteil: Befürchtet wird vor allem, daß Rot-Grün die gravierenden Probleme bei der Entsorgung des Atommülls (Endlager, Zwischenlager, WAA) innerhalb der kommenden Legislaturperiode aus dem Weg räumt, die AKWs aber über die nächste Bundestagswahl hinaus weiter laufen werden. "Wir halten daran fest, daß zuerst alle Atomanlagen unumkehrbar stillgelegt werden müssen. Erst dann ergibt eine Diskussion über den Verbleib des entstandenen Atommülls einen Sinn. Maßnahmen wie zum Beispiel der Neubau dezentraler Zwischenlager an den AKW-Standorten stützen lediglich den Weiterbetrieb der Atomanlagen und halten die Option auf eine Weiterentwicklung der Atomtechnologie offen", heißt es in der abschließenden Pressemitteilung.

Doch jenseits der Bewertung der z.Zt. bekannten Verhandlungsergebnisse bestehen erhebliche Differenzen innerhalb der Bewegung. Dies wurde bei der Diskussion über die Pressemitteilung deutlich: "Rot-Grün sind jetzt die RepräsentantInnen der politischen Macht. Sie sind jetzt verantwortlich unter anderem für die Abschiebung von Flüchtlingen, für den Kriegseinsatz im Kosovo, für das weitere Festhalten der politischen Gefangenen in den Knästen, für das Atomprogramm." Sprengstoff bot der dann folgende Satz: "Deshalb gibt es mit ihnen keinen ergebnisoffenen Dialog, keine Zusammenarbeit, keinen Frieden!" Zwar richtet sich diese Aussage gegen die rot-grüne Bundesregierung, gleichwohl wirft sie natürlich auch die Frage nach dem Umgang mit den Grünen auf.

Für die Anti-AKW-Bewegung eine Problematik von durchaus großer Bedeutung. Denn völlig ungeachtet, ob die Grünen von der Anti-Atom-Bewegung noch als Teil der Bewegung oder aber als Gegenpart bewertet werden: Fakt ist, daß es eine enge Verzahnung von Parteimitgliedern der Grünen und Anti-AKW-Bewegung, beispielsweise in der BI Lüchow-Dannenberg, in der Umgebung von Ahaus oder in vielen anderen Standortinitiativen, gibt. Der Umgang innerhalb so strukturierter Initiativen mit einer rot-grünen Regierung dürfte angesichts dieser Verhältnisse zu erheblichen Auseinandersetzungen und Konflikten führen. Auch wird sich in den nächsten Wochen zeigen, wie sich Organisationen wie der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der BUND, der Bund Naturschutz oder die Ärztevereinigung IPPNW gegenüber der neuen Regierung verhalten werden. Schon während der ersten Energiekonsensverhandlungen 1993 hatten sich einige Umweltorganisationen beteiligt. Nun will Rot-Grün weitere Konsensverhandlungen führen. Man darf gespannt sein, ob sich die Umweltorganisationen an derartigen Beschlüssen orientieren werden. Planungen, sich mit diesen zu Verständigen, gibt es allerdings nicht.

Strittig war auch die Aussage des Entwurfs der Pressemitteilung, daß es "keinen Frieden" mit der neuen Bundesregierung geben dürfe. Ein nicht unerheblicher Teil der Anwesenden mochte sich dieser Formulierung nicht anschließen, da sie sich nicht in einem Kriegszustand (als Umkehrung von "kein Frieden") mit der neuen Bundesregierung sehen mochten. Formulierungsvorschläge, daß es mit der Bundesregierung "keine Kompromisse" geben dürfe, stießen wiederum auf die Ablehnung der autonomen TeilnehmerInnen.

Erstaunlich war die auf der Konferenz häufig anzutreffende Position, daß sich doch angesichts der (erwarteten) katastrophalen rot-grünen Vereinbarungen nichts geändert hätte. Einigermaßen richtig dürfte diese Sichtweise lediglich unter dem (eher technischen) Blickwinkel sein, daß der Ausstieg auch mit Rot-Grün noch zehn oder mehr Jahre dauern dürfte, - oder aber das "herrschende System" nicht abgeschafft wird. Bei genauerer Betrachtung muß jedoch davon ausgegangen werden, daß mit der rot-grün regierten Atompolitik viele gesellschaftliche Bereiche, die in den vergangenen Jahren nicht unbedingt für den sofortigen Atomausstieg, aber für eine mittelfristige Beendigung eintraten, wegbrechen könnten. Die durch den Castorskandal eben erst gestärkte Legitimation des Anti-AKW-Widerstands dürfte durch Öko-Grün befürwortete Atomentscheidungen einigermaßen schnell wieder abflauen. Die Mobilisierungskraft und der gesellschaftliche Einfluß der Anti-AKW-Bewegung dürfte dadurch nicht eben verbessert werden. Eine abnehmende gesellschaftliche Akzeptanz der z.T. auch militant geführten Auseinandersetzungen, wie sie in den letzten Jahren in Gorleben oder Ahaus zu beobachten waren, könnte eine weitere Folge von Rot-Grün sein. Ansätze, sich mit diesem und anderen nicht ganz unwahrscheinlichen Auswirkungen und Veränderungen intensiv auseinanderzusetzen und nach Konzepten zu suchen, waren in Berlin kaum erkennbar. Um das Problem und die Folgen wird die Anti-AKW-Bewegung dennoch nicht herum kommen. Wie viele andere Linke in diesem Lande wird über inhaltliche und bündnispolitische Neuorientierungen nachgedacht und gearbeitet werden müssen.

Offenkundig ist, daß die Anti-AKW-Bewegung angesichts der kommenden Veränderungen der politischen Landschaft einigermaßen ratlos dasteht. Denn angesichts fehlender Castortransporte bietet sich der immer schon stark aktionsorientierten Anti-Atom-Bewegung auch keine Möglichkeit, mit größeren Aktionen oder Blockaden ihre Kritik und Forderungen in die Auseinandersetzungen einzubringen oder gar Druck auf die Grünen auszuüben.

Einziges echtes Ergebnis der Konferenz ist wohl, daß sich mehrere Standortinitiativen im Rahmen der Arbeitsgruppe Entsorgung darauf verständigten, eine gemeinsame Pressekonferenz in Bonn durchzuführen. Dort soll deutlich gemacht werden, daß sie nicht bereit sind, die von Rot-Grün geplanten neuen Zwischenlager widerstandslos hinzunehmen. Erst müssen die AKWs tatsächlich abgeschaltet werden, dann könne über die Entsorgung des Atommülls gesprochen werden. Die Initiativen, so ihre Ankündigung, werden sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Deshalb wollen sie zu einer gemeinsamen politischen Umgehensweise finden und sich am 21. November zur weiteren Beratung in Göttingen treffen. Möglicherweise bildet sich ja hier ein Ort heraus, auf dem über die Folgen rot-grüner Atompolitik intensiver diskutiert werden kann.

DSe

7. Umweltminister hilft PreussenElektra. Neues Atommüllager im AKW Stade

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:26

Das AKW Stade bis zum Abschalten zu blockieren, dürfte ein langwierigeres Unternehmen werden als bislang angenommen. Der Grund: Das interne Kompaktlager für abgebrannte Brennelemente kann vergrößert werden.

Als die ehemalige Bundesumweltministerin Angela Merkel im Mai dieses Jahres aufgrund der zahlreichen Grenzwertüberschreitungen bei Castortransporten einen vorläufigen Stopp verhängte, begann die Anti-AKW-Bewegung auch schon mit den Vorbereitungen für den Tag X, den Tag, an dem der erste Atomtransport wieder rollen würde.

Überlegungen zum Tag X

Damit verbunden war die Frage, von welchem AKW denn möglicherweise mit dem ersten Transport zu rechnen sei. Bei einigen AKWs (Biblis, Isar bzw. Ohu) waren zum Zeitpunkt des Transporte-Stopps bereits leere Behälter angeliefert worden. Diese könnten also sofort nach der Aufhebung des Transporte-Stopps mit Brennelementen beladen und auf die Schiene gesetzt werden.

Heikler wurde bislang die Situation im AKW Stade beurteilt. Denn anders als bei den anderen AKWs, so der bisherige Stand, würde Stade angesichts eines überfüllten internen Zwischenlagers den im Januar/Februar 1999 anstehenden Wechsel der Brennelemente nicht vollständig durchziehen können. Der Platz für die rund 48 auszutauschenden verbrauchten Brennelemente würde nicht ausreichen. Für den Betreiber, die PreussenElektra, eine ärgerliche Lage. Entweder kommt die Aufhebung des Transporte-Stopps vor dem Wechsel der Brennelemente - oder es geht ins Geld. Ohne die Möglichkeit, das interne Lager durch den Abtransport des Atommülls zu "erleichtern", hätten nur noch zwei Varianten zur Verfügung gestanden:

- Der geplante Brennelementewechsel wird verschoben und die Leistung des AKW Stade langsam abgesenkt. Damit könnte das AKW zwar noch für eine gewisse Zeit Atomstrom produzieren, aber die Kosten pro erzeugter Kilowattstunde Strom würden sich für PreussenElektra erhöhen. Unklar ist bei diesem Modell, inwieweit "wiederkehrende Prüfungen" zwingend vorgeschrieben sind, die eine Abschaltung zum bislang geplanten Termin erzwingen.

- Der Brennelementewechsel wird soweit wie möglich durchgeführt, das interne Lager bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf diese Weise könnte das AKW Stade wieder ans Netz, würde jedoch nicht auf die volle Leistung kommen. Auch dieses würde den Atomstrom in der Herstellung teurer machen, allerdings gegenüber dem Modell eins vermutlich etwas günstiger sein. Das Problem bei dieser Variante wäre aber, daß dann möglicherweise ein weiterer Brennelementewechsel erfolgen müßte und damit die Anlage noch einmal für einige Tage abgeschaltet werden müßte. Auch dies würde Geld kosten.

Das formulierte Ziel verschiedener Anti-AKW-Initiativen, das AKW Stade durch die Verhinderung des Abtransports von Atommüll gleichzeitig "vom Netz zu blockieren", dient so vor allem der Mobilisierung. Wichtig sind die geplanten Aktionen in jedem Fall, da mit ihnen die Anti-AKW-Bewegung wieder einmal das Desaster der Atommüllentsorgung deutlich macht.

Nun haben die Grünen im niedersächsischen Landtag jedoch herausbekommen, daß PreussenElektra noch ganz andere Möglichkeiten hat, mit dem drohenden Lagerengpaß umzugehen. Ist das normale Lagergestell voll, können die Stade-Betreiber auf ein schon vor Jahren genehmigtes "mobiles Zusatzgestell" zurückgreifen. Die unbefristete Genehmigung wurde nach §7 des Atomgesetzes erteilt. Zum Einsatz dieses Gestells bedarf es jedoch einer ausdrücklichen Zustimmung durch die zuständige Atomaufsichtsbehörde, dem Umweltministerium in Hannover. Voraussetzung für diese Zustimmung ist, daß es keine anderen Entsorgungsmöglichkeiten für den Betreiber gibt. Dies ist u.a. der Fall, wenn es Schwierigkeiten beim Abtransport der hochradioaktiven Brennelemente gibt, die nicht durch den Betreiber selbst verschuldet sind, und er darüber hinaus seinen Verpflichtungen zur Entsorgung des AKWs nachgekommen ist. Entscheidet das Umweltministerium, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann gilt die Einsatzgenehmigung unbefristet.

Das Einsatzgestell kann 42 abgebrannte Brennelemente aufnehmen. Zwölf freie Lagerplätze existieren zusätzlich noch im eigentlichen Lager. Bei einer durchschnittlichen Wechselmenge von 48 Brennelementen ist der Entsorgungsengpaß für Stade also beseitigts und der Atommeiler könnte ungestört bis zum nächsten Wechsel der Brennelemente im Frühjahr 2000 weiter laufen.

SPD muß entscheiden

Es liegt also in der Hand des niedersächsischen Umweltministeriums, wie groß die (wirtschaftlichen) Probleme des AKW Stade werden. Ist das Umweltministerium der Auffassung, daß die Stade-Betreiber für das zu volle normale Lager nicht verantwortlich sind, dann ist mit einer Einsatzgenehmigung für das mobile Gestell zu rechnen.

Dabei wäre eine solche Zustimmung durch Umweltminister Jüttner (SPD) natürlich kurios: Denn durch die permanenten Grenzwertüberschreitungen bei den Atomtransporten auch aus dem AKW Stade kann wohl ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß die Betreiber selbst schuld an dem Transporte-Stopp sind und damit eine Genehmigung für das mobile Zusatzgestell gar nicht in Frage kommt. Sollte das AKW Stade also seinen Lagerengpaß durch die Genehmigung des Einsatzes dieses Zusatzgestells überwinden können, so liegt es an einem SPD-Umweltminister in Niedersachsen, wenn PreussenElektra mit dem Schrottreaktor auch weiter Geld drucken kann.

Schluß mit Castor?

Spannend ist nun, ob auch andere Atomreaktoren über derartige Zusatzgestelle verfügen und damit ihre internen Zwischenlager von heute auf morgen vergrößern können. Sollte sich herausstellen, daß dies eher die Regel denn die Ausnahme ist, so bedeutet dies eine erheblich größere Lagermöglichkeit an den Standorten als bislang bekannt. Mit Blick auf die rot-grüne Bundesregierung und die zur Zeit laufende Debatte um eine verstärkte Zwischenlagerung an den AKW-Standorten würde diese neue Lagermöglichkeit (als Zwischenmodell) von großer Bedeutung sein. Denn möglicherweise könnten die AKW-Betreiber durch diese zusätzlichen Lagergestelle für längere Zeit ohne jeden Castortransport auskommen. Hinzu kommt, daß Siemens seit einiger Zeit an neuen Möglichkeiten zur Erhöhung der internen Lagerkapazitäten in den AKWs arbeitet. In Spanien sollen bereits einige Nachrüstungen stattgefunden haben.

Möglicherweise könnten diese Zusatzgestelle innerhalb kürzester Zeit in den AKWs nachgerüstet und genehmigt werden und so das Problem der quer durch Deutschland nach Frankreich und England bzw. zu den deutschen Zwischenlagern rollenden Castortransporte schlagartig beseitigen. Damit wäre zwar die Entsorgung des Atommülls faktisch immer noch keinen Deut besser gelöst, allerdings würden die leidigen Castortransporte aus der Öffentlichkeit verschwinden (und nur noch auf dem Kraftwerksgelände hin und her geschoben). Damit wäre ein wichtiges Symbol für die Auseinandersetzungen um die Nutzung der Atomenergie "aus der Welt".

DSe

8. Wenn ein Reifen alt ist, platzt er! Materialermüdung ermöglicht Rot-Grün

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:35

Die Massen wollen nach links - selten in der jüngsten Vergangenheit war diese Einschätzung so falsch wie heute. Näher an der Wirklichkeit ist Lothar Matthäus, von dem der richtungweisende Satz mit dem Reifen stammt. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung wollten die meisten WählerInnen einfach den Wechsel und sind möglicherweise sogar gewillt, der SPD einige Jahre Kredit einzuräumen.

Mit diesem eindeutigen Votum gegen die Kohl-Regierung hatten die kühnsten Optimisten nicht gerechnet. Minus 6,3 Prozent für die CDU/CSU, die damit bei 35,2 Prozent landete, bedeuten das schlechteste Ergebnis seit 1949. Da half auch die Bayernwahl, zwei Wochen vor der Bundestagswahl, nichts. Der Sieg Schröders, die "linke" Mehrheit im Bundestag, ist ein Sieg gegen die amtierende Regierung und keine Zustimmung zu einem radikalen Politikwechsel.

Die SPD wurde zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zur stärksten Partei. Anders als 1972, wo sie nach einem polarisierten und hoch politischen Wahlkampf mit 0,9 Prozent vor der CDU/CSU lag, brachte sie es 1998 auf einen Vorsprung von 5,7 Prozent. Sie profitierte davon, daß die WählerInnen (42 Prozent nach einer Umfrage) am ehesten ihr die Schaffung neuer Arbeitsplätze zutrauten; nur 24 Prozent erwarteten neue Arbeitsplätze von der CDU/CSU. Für 85 Prozent der WählerInnen war das Thema Arbeitslosigkeit aber das wichtigste Problem in Deutschland. Aber den Wahlerfolg verdankt die SPD letztlich vor allem ihrem Kandidaten Gerhard Schröder, der verglichen mit Kohl einfach tatkräftiger und "sympathischer" wirkte.

Die SPD verdankt ihren Wahlsieg in hohem Maße der Mobilisierung der NichtwählerInnen. 1,35 Millionen Menschen, die vor vier Jahren zu Hause geblieben waren, votierten dieses Mal für sie. Außerdem gelang es der SPD, sich in ihren klassischen Wählerschaften zu behaupten. 48 Prozent der Arbeiter, sogar 61 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten wählten sozialdemokratisch. Aber Schröder war auch der richtige Mann, um einen großen Teil der WechselwählerInnen für die SPD zu gewinnen.

Die Union verlor auf der gesamten Linie. 224.000 ihrer AnhängerInnen wechselten ins Lager der NichtwählerInnen. Besonders in Ostdeutschland waren die Verluste der CDU massiv. Irgendwann mußte sich ja auch der Wiedervereinigungsbonus verbrauchen, die Lüge von den "blühenden Landschaften" Wirkung zeigen. In den neuen Ländern büßte die CDU 11,2 Prozent ein und liegt damit im Durchschnitt unter der 30-Prozentmarke. Per Saldo verlor die Union 1,4 Millionen Stimmen an die SPD, ein Drittel davon in Ostdeutschland. In keinem Bereich konnte die CDU ihre Mobilisierungsschwäche überwinden. Sogar bei den Frauen zwischen 45 und 60 Jahren, die sonst zu den treuesten Anhängerinnen der Union zählten, waren ihre Verluste überdurchschnittlich.

Daß die FDP wieder den Einzug in den Bundestag schaffte, kam zwar unerwartet, ist aber doch erstaunlich: Was versprachen sich ihre WählerInnen? War doch absehbar, daß die Truppe um Gerhard, Kinkel und Westerwelle ihre klassische Rolle als Mehrheitsbeschafferin ausgespielt hatte. Die Diskussion im Vorfeld der Wahlen spitzte sich auf die Alternativen Große Koalition oder Rot-Grün zu. Trotzdem konnte die FDP wie bei den Wahlen zuvor wieder vom Stimmensplitting profitieren. 1,27 Millionen Erststimmen-WählerInnen der Union (gut zwei Prozent aller Wahlberechtigten) wählten mit ihrer Zweitstimme FDP. Am Ende reichte es so mit 6,2 Prozent für Platz vier in der WählerInnengunst.

Die Grünen schafften es dank der Unterstützung bei Angestellten und Beamten, von denen 10 Prozent die Partei wählten, sich als drittstärkste Kraft der Bundesrepublik zu behaupten. Auch ohne Absprachen zwischen SPD und Grünen in einzelnen Wahlkreisen profitierte der Juniorpartner vom taktischen Wählen zahlreicher rot-grüner Anhänger. Immerhin 820.000 WählerInnen gaben ihre Erststimme der Sozialdemokratie und ihre Zweitstimme den Grünen. Die Angst, man könne unter fünf Prozent rutschen, erwies sich im nachhinein als unbegründet. Die jüngeren WählerInnen sind immer noch eine sichere Bank: In der Altersgruppe bis zu 44 Jahren wählen 10 Prozent grün. Mit den überraschenden 5,2 Prozent in Ostdeutschland reichte es damit insgesamt für 6,7 Prozent.

Damit haben es die Grünen - anders als die PDS - auf Bundesebene geschafft, den Makel einer Regionalpartei loszuwerden. Fünf Prozent im Westen, davon ist die PDS immer noch meilenweit entfernt. Trotzdem, das Abschneiden der PDS war ein Erfolg; sie hat ihr Ziel erreicht und die Fünf-Prozent-Hürde knapp übersprungen, man hat damit Fraktionsstatus erreicht, und in Berlin konnten die Direktmandate verteidigt werden.

Was sich mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt schon abzeichnete, bewahrheitete sich bei der Bundestagswahl. Es gelang der PDS in allen neuen Bundesländern, mit Ausnahme Berlins, zuzulegen. Sie erreichte dort (inklusive Berlin) 19,5 Prozent. Alles in allem hat sie in absoluten Stimmen über ein Viertel neue WählerInnen hinzugewonnen.

Anders als bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt konnten dagegen die Rechtsextremen weder bei der Bundestagswahl, noch bei den zeitgleich abgehaltenen Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern Erfolge feiern. (siehe Artikel in dieser Ausgabe) Aber das ist kein Anlaß zur Entwarnung. Sieben Prozent der 18- bis 24jährigen wählten die Rechten, bei den jungen Männern waren es sogar 10 Prozent. Nur knapp die Hälfte der JungwählerInnen entschied sich für eine im weitesten Sinne "linke" Partei, CDU/CSU konnten immerhin noch 31 Prozent erzielen und die FDP 6 Prozent. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung gilt die Gleichsetzung von jung und progressiv, die früher berechtigt war, nicht mehr.

mb., Berlin

9. Von den Grünen lernen! Ein Plädoyer für Realismus auch in rot-grünen Zeiten

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:14

Kohl tritt ab - nach 16 Jahren; das "Ende einer Ära" ist erreicht. Was ist passiert? Nichts weiter als das in der bürgerlichen Demokratie übliche Wechselspiel von der "Partei A" zur "Partei B", schrieb Kt. einen Monat vor der Wahl über deren wahrscheinlichen Ausgang. (ak 417, S. 8) Das Ganze sei so "spannend wie ein Laufrad im Hamsterkäfig". Tatsächlich?

Hier muß zunächst daran erinnert werden, daß der so sehr um "Normalität" bemühte deutsche Staat von diesem Ziel weit entfernt ist - und nicht nur, weil er als Rechtsnachfolger des Nazireiches auch mit dessen einzigartigen Verbrechen leben muß. Keineswegs "normal" ist auch die Stabilität des bundesrepublikanischen Parteiensystems, in dem die CDU/CSU den ersten Platz gepachtet zu haben schien. Im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder den USA hat das parlamentarische System der Bundesrepublik einen Wechsel wie diesen bisher nicht gekannt. Nur einmal wurde die SPD - mit hauchdünnem Vorsprung - stärkste Partei. Das war 1972, als die Anhänger der Sozialdemokratie für ihren Willy massenhaft auf die Straße gingen. Doch auch damals hätte eine Koalition von CDU/CSU und FDP eine Mehrheit gehabt. Die sozialliberale Ära war nur möglich, weil die FDP 1969 nach links geschwenkt war; sie endete, als die Liberalen 1982 zu ihrem angestammten Partner zurückkehrten.

Nun hat sich mit 16 Jahren Verspätung die Behauptung Willy Brandts erfüllt, es gebe eine "Mehrheit links von der Union". Sie kam zustande, weil sich in kaum erwartetem Umfang Menschen von der CDU abgewendet haben. Auch wenn dafür bei vielen das Verlangen nach einem "neuen Gesicht" ausschlaggebend war, muß diese Ablösung von einer Partei, für die das "weiter so!" erklärtes Ziel ist, positiv bewertet werden - einerseits. Andererseits ist, heute mehr denn je, nicht nur da "CDU drin, wo CDU draufsteht". Lafontaines Versprecher "Helmut Schröder" kurz vor der Wahl läßt tief blicken. Die historische Einzigartigkeit des Wahlausgangs könnte auch darin bestehen, daß die CDU sich verdoppelt hat: die neue regiert, die alte opponiert.

Das schließt lautstarkes Gezänk zwischen Regierung und Opposition nicht aus. Zweiter Oppositionsführer neben Schäuble wird der Hetzer Stoiber. Damit sind allerdings nicht nur turbulente Debatten garantiert; auch die Argumentation mit dem kleineren Übel wird so neue Nahrung erhalten.

Illusionen, Erwartungen und Spielräume

Daß man "nicht viel von Rot-Grün erwarten" dürfe, schreibt auch mb. in seinen "Überlegungen zur Bundestagswahl" (ak 417, S. 8). Gleichzeitig unterscheidet er zwischen "Illusionen" und "Erwartungen": "Auch wenn keinerlei Illusionen in bezug auf Rot-Grün mehr bestehen, Erwartungen werden dadurch schon geweckt." Verbesserungen hält mb. immerhin - außer in "nebenrangigen Teilfragen" - auf "drei zentralen Politikfeldern" für möglich: "Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, Ausstieg aus der Atomenergie und Einführung einer Ökosteuer". Hier wird abzuwarten sein, was im Koalitionsvertrag steht - und was dann davon umgesetzt wird. Mangels Masse werden die vielbeschworenen "sozialen Bewegungen" die neue Regierung zu einer wirklichen "Reformpolitik" nicht zwingen können.

Bleibt als wesentliches Argument für Rot-Grün eine Art politischer Klimawechsel. "Die Begründungszusammenhänge der Regierungspolitik" würden sich "in Teilen" ändern, hofft mb., "Spielräume für die Linke" sich auftun, "neue Töne" zu hören sein. Diskussionen über den Umbau der Gesellschaft "dürften ... nicht mehr nur alleine von Argumenten der Unternehmerseite überlagert sein", statt dessen könnten "Elemente ... (linker) Argumente in der Regierungspolitik und der öffentlichen Diskussion auftauchen", würden "nicht mehr nur alleine die betriebswirtschaftliche Logik und der Standortdiskurs dominieren" - das klingt hoffnungsvoll, aber leider auch sehr vage.

Wunschzettel

statt Wahlanalyse

Auf der Suche nach dem Positiven der rot-grünen Regierungsübernahme stieß ich auf Angela Kleins Leitkommentar auf der Titelseite der SoZ vom 1.10. "Aufatmen. Neue Chancen für eine neue Linke nach der

Wahl" steht darüber; hier ist sogar von "Spielräumen für neue politische und gesellschaftliche Entwicklungen" die Rede. Die Fortsetzung der "Standort-Deutschland-Politik" werde in beiden Regierungsparteien zu Konflikten führen und die "politisch-gesellschaftliche Krise verschärfen". "Die Kräfte für einen Ausweg" aus dieser Krise "müssen von einer linken Opposition kommen", schreibt Angela und fährt fort: "Die wichtigste Rolle kommt dabei den Gewerkschaften zu." Man muß nicht der allzu bequemen Vorstellung von der kampfbereiten Basis und der abwiegelnden Führung anhängen, um hier ins Zweifeln zu geraten: Dieselben Gewerkschaften, die unter Kohl schon nicht in die Gänge kamen, sollen nun durch mächtig Druck von unten ihre "eigene" Regierung in Schwierigkeiten bringen?

So richtig scheint auch die Kommentatorin nicht daran zu glauben. Wichtig sei, "daß der Wahlsieg übersetzt wird in die Reorganisation und den Wiederaufbau einer gesellschaftlichen Bewegung gegen die neoliberale Offensive und für eine neue Umverteilung von oben nach unten". Wie "übersetzt" man den Wahlsieg von Rot-Grün in eine "neue soziale Protestbewegung" gegen Rot-Grün? Indem die Forderungen der sozialen Bewegungen eingeklagt werden, meint Angela. Von wem? Von einer "neuen Linken", die "sich herausbilden muß". Wer könnte das sein? "Die PDS kann für diesen Prozeß ein Kristallisationspol sein" - wenn sie es schafft, gleichzeitig Opposition im Bundestag und Regierungspartei im Schweriner Landtag zu sein; und wenn sie gleichzeitig "ihre Oppositionsrolle nicht nur im Parlament verwirklicht".

So richtig es ist, die verschiedenen oppositionellen Kräfte zusammenzubringen und die PDS nach links zu öffnen - die Vorstellung, alles sammelt ("kristallisiert") sich um die PDS, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, nicht nur wegen der partei-unabhängigen Linken, die das aus mehr oder weniger gutem Grund ablehnen. Für die PDS, die erstmals auch im Westen nennenswerten Erfolg hatte, ist dort vor allem das unzufriedene Potential am linken Rand von SPD und Grünen interessant. Auch deshalb wird die PDS möglichst bald, am besten gleich jetzt in Mecklenburg-Vorpommern, ihre "Regierungsfähigkeit" beweisen wollen - so schmerzlich das für diejenigen westdeutschen Linken sein mag, die (wie ich) die PDS gewählt haben, damit sie im Bundestag den Part der linken Opposition übernimmt.

Am Ende, vielleicht schon in vier Jahren, wird die PDS auch auf Bundesebene koalitionsfähig sein. Zumindest würde dann eine voraussichtlich geschwächte rot-grüne Koalition die Stimmen der PDS nicht mehr ablehnen. Eine von der PDS tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung wäre nicht nur ein weiterer Schritt zur "Normalität", sondern auch, auf parlamentarischer Ebene, der günstigste Fall, der überhaupt eintreten kann.

Alles andere ist Spekulation: die linken "Spielräume" ebenso wie die neuen "Töne" und "Begründungszusammenhänge", mehr noch die "neue Linke", die von kampfbereiten Gewerkschaften vermittelte "neue Hoffnung", die PDS als "Kristallisationspol" einer machtvollen außerparlamentarischen Opposition. Auf letztere müssen linke Zeitungsredaktionen nicht nur hoffen, sie können auch etwas dafür tun. Aber das stimmt immer und hat mit dem Ergebnis der Bundestagswahl herzlich wenig zu tun.

Js.

10. Rechtsextreme Parteien: Die Bäume wachsen noch nicht in den Himmel

Autor: Kt. · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:20

Nach dem unerwartet starken Ergebnis der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (26. April 1998) hatten viele den Rechtsextremen auch bei der Bundestagswahl am 27. September und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am selben Tag Erfolge zugetraut. DVU-Alleinveranstalter Frey sagte für seine Partei 6,5 Prozent im Bund und sogar stolze 15 Prozent für die Landtagswahl im Nordosten voraus. Zwar nicht ganz in dieser tollkühnen Höhe, aber doch der Tendenz nach bewegten sich die Befürchtungen vieler Linker und Liberaler in gleicher Richtung.

Daß bei allen demoskopischen Untersuchungen vor der Bundestagswahl unter dem Strich gleichbleibend nur etwa vier Prozent (zusammengerechnet für alle rechtsextremen Parteien) herauskamen, überzeugte weder die Optimisten der einen noch die Pessimisten der anderen Seite: "Der reale Stimmenanteil, das hat zuletzt wieder Sachsen-Anhalt gezeigt, liegt höher, weil sich viele nicht offen bekennen." (Spiegel 37/1998). Generell trifft das erfahrungsgemäß zwar zu, aber nicht einmal auf die Fehlermarge der Demoskopen ist Verlaß: Diesmal lagen sie ungefähr richtig.

Die drei rechtsextremen Parteien REP, DVU und NPD kamen auf 1,8%, 1,2% und 0,3% Prozent - zusammen also 3,3%. Nach Landesteilen aufgeschlüsselt erreichten sie in Ostdeutschland immerhin 5%, im Westen nur 2,8%.

Ein Vergleich mit der Bundestagswahl von 1994 zeigt, daß die Rechtsextremen auf gleichbleibend niedrigem Niveau verhältnismäßig gut zugelegt haben. Damals hatten nur die Republikaner kandidiert und 1,9% erreicht. Sie schnitten also diesmal kaum schlechter ab und gewannen sogar noch rund 30.000 Stimmen hinzu. Zusammengerechnet haben sich die Rechtsextremen um 1,4 Prozentpunkte verbessern können, also - gemessen an ihrem 94er Ergebnis - um mehr als zwei Drittel. Dieser Zuwachs hat sich in erster Linie zugunsten der radikaleren Angebote im rechtsextremen Spektrum ausgewirkt, aber ohne daß deren Stärkung auf Kosten der Republikaner gegangen ist.

Die Stabilität des REP-Ergebnisses hat allgemein überrascht. Spätestens seit 1994 offensichtlich in einer Dauerkrise, immer am Rande neuer Abspaltungen lavierend, vom Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt zusätzlich schwer erschüttert, außerdem getroffen durch die Kandidatur ihres früheren Parteichefs Schönhuber für die DVU - da hatten viele die Republikaner vor dieser Bundestagswahl schon abgeschrieben und mit einem massenhaften Überlaufen ihrer Anhänger zu den noch radikaler hetzenden und agierenden Parteien DVU und NPD gerechnet. Statt dessen legte die REP in ihrer traditionellen Hochburg Baden-Württemberg sogar noch gut zu (von 3,1 auf 4 Prozent) und verlor in ihrem zweiten regionalen Schwerpunkt Bayern nur geringfügig (von 2,8 auf 2,6 Prozent), während DVU und NPD in den beiden südlichsten Bundesländern mit zusammen 0,7% nur unterdurchschnittlich abschnitten. Sogar in den ostdeutschen Ländern, wo sie allerdings nach wie vor deutlich schwächer als im Westen sind, konnten sich die Republikaner insgesamt ein bißchen verbessern.

Offenbar hat ein erheblicher Teil ihrer Stammwähler den Republikanern wider Erwarten doch die Treue gehalten. Das zeichnete sich schon bei der bayerischen Landtagswahl (15.9.98) ab: Das Ergebnis der REP verschlechterte sich nur geringfügig von 3,9 auf 3,6 Prozent. In den meisten Stimmkreisen von Unterfranken und Schwaben konnten die Republikaner sich bei der Landtagswahl sogar deutlich verbessern. So z.B. in Schweinfurt-Nord von 4,3 auf 6,7 Prozent, in Würzburg von 4,8 auf 6,4 Prozent und in Günzburg von 4,8 auf 6,7 Prozent.

Nach der Bundestagswahl stellt sich die REP noch ausgeprägter als süddeutsche Regionalpartei dar. 46,3% ihrer Stimmen hat sie allein in Baden-Württemberg und Bayern bekommen; diese beiden Bundesländer stellen jedoch nur 26,5% der deutschen Wahlberechtigten. Auf der anderen Seite hat die REP in den fünf ostdeutschen Ländern (ohne Ostberlin), wo 18,3% aller Wahlberechtigten leben, nur 13,4% ihrer Stimmen geholt.

Umgekehrt ist festzustellen, daß sich die Ergebnisse der DVU und NPD in außerordentlich hohem Maß ihrem weit überdurchschnittlichen Abschneiden im Osten verdanken: Die DVU holte dort 40,8% ihrer Stimmen, die NPD sogar 49,1%. Während diese Partei es in den westlichen Bundesländern nur auf magerste 0,1-0,2 Prozent brachte, waren es im Osten immerhin 0,7%, in Sachsen sogar 1,2%. Die DVU kam im Westen auf 0,8%, im Osten auf 2,8%. Am besten schnitt die Partei Freys erwartungsgemäß in Sachsen-Anhalt ab. Mit 3,2% erreichte sie aber gerade noch ein Viertel ihres spektakulären Landtagsergebnisses.

Enttäuschend verlief für die DVU auch die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, die ebenfalls am 27. September stattfand. Vorausschätzungen hatten der Partei bis zu 10-12% zugetraut. Der "Spiegel" (33/1998) hatte sogar einen gleichzeitigen Einzug von DVU und NPD in das Landesparlament für möglich gehalten. Tatsächlich schaffte die DVU aber nur 2,9%, mit "Spitzenergebnissen" von 4,1% auf Rügen und im Wahlkreis Demmin I. Die NPD brachte es im östlichen Vorpommern auf Werte zwischen 2,1 und 2,4 Prozent.

Diese Partei hat, als einzige im rechtsextremen Spektrum, nicht nur einen vergleichsweise großen Anteil von Jugendlichen unter ihren Wählern, sondern auch gewisse Strukturen in dieser Altersgruppe. Sie stellt eindeutig die in ihren Aussagen profilierteste und explizit radikalste unter den rechtsextremen Parteien dar. Zu ihrem Erscheinungsbild speziell in der früheren DDR gehören bewußt hervorgehobene "sozialistische" Parolen-Fossilien, obwohl sich hinter dieser Fassadengestaltung außer Ausländerfeindlichkeit in jeder beliebigen Form - bis hin zu hinterwäldlerischem Gegeifer gegen Döner-Buden - rein gar nichts verbirgt. Gelegentlich erinnert die NPD auch an die ML-Parteien der 70er Jahren. So etwa, wenn sie zum "45. Jahrestag des Sieges des koreanischen Volkes über den US-Imperialismus" eine würdig gekleidete Delegation des Parteivorstands in die nordkoreanische Botschaft schickt, um dort die "Solidarität im antiimperialistischen Kampf" zu bekunden. - Wer sich bei der Wahl für diese Partei entscheidet, hat vermutlich von vornherein mehr als nur einen einmaligen "Denkzettel für die da oben" im Sinn.

Der deutsche Rechtsextremismus hat zur Zeit zwei regionale Schwerpunkte, im Süden und im Osten Deutschlands, wobei es unterschiedliche soziale Hintergründe und politische Präferenzen gibt. Insgesamt entfallen auf Bayern, Baden-Württemberg und die fünf ostdeutschen Länder 57,6% aller rechtsextremen Stimmen, bei nur 44,8% aller Wahlberechtigten. Die Wahlkreise, in denen die drei rechtsextremen Parteien zusammen mehr als 5 Prozent schafften, liegen mehrheitlich konzentriert in Württemberg und Sachsen, außerdem einige wenige verstreut im Süden Hessens, im südlichen Brandenburg, im östlichen Vorpommern und in Berlin (vor allem im Ostteil der Stadt).

Zusammengerechnet haben die Rechtsextremen diesmal das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten bei einer Bundestagswahl erreicht. Nur 1969 schnitt die NPD allein mit 4,3% besser ab. Allerdings ist die Summe REP plus DVU plus NPD eine rein hypothetische Größe, während die getrennte, konkurrierende Kandidatur der drei Parteien die Realität ist - und wohl auch bleiben wird.

Frey hat es, trotz des starken Rückenwinds durch das Sensationsergebnis von Sachsen-Anhalt, trotz der Unterstützung durch Schönhuber und trotz des anhaltend desolaten Zustands der REP, nicht geschafft, die Mehrheit der rechtsextremen Stimmen auf sich zu vereinigen. Die Wahrheit ist, daß Frey als Alleinveranstalter der DVU keine erhebliche Integrationskraft auf andere Strömungen und Gruppierungen des Rechtsextremismus ausübt. Außer seinen vergleichsweise üppigen finanziellen Mitteln verfügt er über keine herausragende Eigenschaft. Er ist weder ein Agitator noch ein politischer Taktiker. Frey will im Grunde überhaupt keinen Zusammenschluß, nicht einmal ein wirkliches Bündnis, weil das seinen Alleinbesitz an der DVU schwächen würde. Außerdem ist schwer vorstellbar, daß Frey bei der von Schönhuber befürworteten stärkeren "Öffnung" zu gewaltbereiten, offen nazistischen Gruppen und der gleichfalls von Schönhuber angestrebten "ideologischen Schärfung" mitziehen wird.

Die Behauptung Schönhubers, der manche linke Kommentatoren kurzschlüssig zugestimmt hatten: daß mehr verbale Radikalität und militanter Aktionismus von den rechten Wählern honoriert werden würden, ist durch die Wahlergebnisse auch nicht gerade bestätigt worden. Schönhubers These gilt allenfalls mit Einschränkungen für die ostdeutschen Bundesländer, in denen die REP aber von Anfang an nicht Fuß fassen konnte. In den traditionellen Stammregionen der Republikaner hingegen haben sich deren Anhänger ganz eindeutig für das vergleichsweise "gemäßigte" Angebot des REP-Chefs Schlierer und gegen die radikalere Konkurrenz entschieden. Dieses Ergebnis hat Gewicht, weil Baden-Württemberg und Bayern nach wie vor die einzigen Bundesländer sind, in denen der Rechtsextremismus über eine gewisse, wenn auch kleine

Stammwählerschaft sowie organisatorische Kontinuität verfügt. Das zählt letzten Endes weit mehr als einzelne Sensationsergebnisse wie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, die konjunktureller Natur sind und sich beim gegenwärtigen Zustand der Dinge offensichtlich nicht festigen lassen.

Einzelne überraschend hohe Wahlergebnisse für die Rechtsextremen hat es immer wieder gegeben. Erinnert sei an den Einzug der Republikaner ins Europaparlament 1989 mit 7,1% und ins Berliner Abgeordnetenhaus 1992 mit 8,3% (im Westen sogar 9,9%), sowie an den Erfolg der DVU in Schleswig-Holstein 1992 mit 6,3%. Ganz allgemein ist für die Wahlergebnisse der Rechtsextremen kennzeichnend, daß sie - wie sonst bei keiner anderen politischen Richtung - eine kaum berechenbare Achterbahn darstellen. Über die wirkliche Entwicklung geben diese Fieberkurven aber nur sehr wenig Auskunft, falls man nicht etwa annehmen will, das rechtsextreme Potential in Deutschland könnte sich innerhalb weniger Jahre mal vervielfachen, dann wieder auf ein Fünftel absinken usw.

Daß Sensationsergebnisse trotzdem jedesmal entsprechende Interpretationen hervorrufen, ist verständlich. Aus ganz unterschiedlichen Gründen stimmen einerseits die Rechtsextremen selbst und andererseits viele Beobachter und Kommentatoren aus der Linken in der Überbewertung solcher Ergebnisse als Indikator einer scheinbar gradlinigen oder wenigstens insgesamt stetigen Aufwärtsentwicklung überein.

Seit 1949 haben rechtsextreme Parteien in 15 Fällen den Einzug in ein deutsches Länderparlament geschafft. Aber nur in drei Fällen konnten sie diesen Erfolg bei der nächsten Wahl wiederholen, und nur ein einziges Mal (in Bremen 1991) konnten sie dabei auch noch ihr Ergebnis verbessern. Im allgemeinen führt der Gewinn von Parlamentsmandaten durch rechtsextreme Parteien nicht etwa zu deren Verfestigung, sondern kann im Gegenteil als einer der Faktoren angesehen werden, die nach einem kurzzeitigen Erfolg einen Absturz bei der nächsten Wahl begünstigen. Denn nach Lage der Dinge sind die Rechtsextremen zu einer parlamentarischen Arbeit so total unfähig, daß jeder Mandatsgewinn zu ihrer Demontage beiträgt.

Diese Feststellungen gelten selbstverständlich nicht generell, sondern für die konkrete Situation in Deutschland, die nun aber schon seit Bestehen der Bundesrepublik anhält und also als sehr stabil angesehen werden kann. Es hat sich bis heute - abgesehen von zeitweisen regionalen Sonderentwicklungen - keine relevante Stammwählerschaft für rechtsextreme Parteien entwickelt, und ebenso wenig konnten diese Parteien über einen längeren Zeitraum hin flächendeckende Organisationsstrukturen aufbauen.

Vor allem die DVU ist ihrem Wesen nach nur die Fiktion einer Partei, organisatorisch und personell nirgendwo präsent, politisch-programmatisch nur in zwei, drei Slogans faßbar. Aber wahrscheinlich ist die DVU nicht trotz dieses Zustands, sondern gerade deswegen punktuell immer wieder erstaunlich erfolgreich. Sie stellt mit ihrer Gestaltlosigkeit und ihren wenigen Parolen, die alle nur einem einzigen Thema gelten - "Die Ausländer sind an allem schuld!" - nicht mehr als einen rechtsextremen Minimalkonsens dar. Die Frage nach den praktischen politischen Optionen der DVU stellt sich überhaupt nicht, weil offensichtlich höchstens eine kleine Minderheit ihrer Wähler Herrn Frey wirklich in der Regierung sehen möchte.

Angesichts der von vielen Untersuchungen bestätigten Tatsache, daß das rechtsextreme Potential in Deutschland recht konstant bei ca. 15 Prozent oder sogar noch höher liegt, läßt die anhaltende Zersplitterung und politische Bedeutungslosigkeit der rechtsextremen Parteien wohl nur eine Schlußfolgerung zu: Das Bedürfnis nach einer explizit und ganzheitlich rechtsextremen Partei ist in diesem Potential immer noch schwach entwickelt und minoritär. Die gelegentliche Option einer rechtsextremen "Denkzettel"-Stimme reicht der großen Mehrheit dieses Potentials immer noch aus. Vor allem dort, wo es um ein Votum zur Bundespolitik geht, fühlt sie sich bei anderen Parteien - CDU/CSU, SPD oder im Osten auch PDS - immer noch besser aufgehoben als bei Frey, Schönhuber oder den direkten NS-Epigonen der NPD. So gesehen kann die Frage nach den Schnittmengen der anderen Parteien mit dem Rechtsextremismus unter Umständen interessanter sein als die Überbewertung punktueller Sensationsergebnisse der DVU oder der REP.

Kt.

11. Ergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:16

Landtagswahlergebnisse Mecklenburg-Vorpommern, +, +, +, +

Zweitstimmen, 1998, +, 1994, +

Wahlberechtigte, 1.404.552, , 1.373.059,

WählerInnen, 1.115.634, , 1.003.706,

Gültig, 1.084.611, , 974.982,

SPD, 371.885, (34,3%), 288.422, (29,6%)

CDU, 327.948, (30,2%), 368.359, (37,8%)

PDS, 264.299, (24,4%), 221.874, (22,8%)

Bündnis 90/Die Grünen, 29.240, (2,7%), 36.042, (3,7%)

FDP, 17.062, (1,6%), 37.494, (3,8%)

DVU, 31.194, (2,9%), -,

REP, 5.809, (0,5%), 9.933, (1,0%)

NPD, 11.531, (1,1%), -,

12. "Neben Schröder ist kein Platz für einen zweiten starken Mann." DVU-Frey über das Ergebnis der Bundestagswahl

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:49

... so in etwa lautet das ernüchternde Fazit, das die DVU nach dem für sie katastrophalen Ergebnis der Bundestagswahlen zieht. Nicht nur, daß das erträumte Ziel des Einzugs in den Bundestag bei weitem verfehlt wurde. Innerhalb des rechten Konkurrenzkampfes mußte die DVU mit ihrem Ergebnis von 1,2% gegenüber den Republikanern, die 1,8% erzielten, eine empfindliche Schlappe hinnehmen.

Als Erklärung liefert die "Deutsche Wochenzeitung" vom 2.10.98 die bekannte These, daß mit Gerhard Schröder eben das "kleinere Übel" gewählt worden sei. Der Wunsch "der Dicke muß weg" sei das bestimmende Motiv gewesen, das die 20% unentschiedenen Wähler letzten Endes in die Arme der SPD getrieben habe. Die Chance der Rechten ergebe sich aus einem kommenden Verschleiß des Regierungschefs Schröder, der mit seinen populistischen Parolen rechte Themen habe besetzen können und seine Person als Garant gegen einen Linksruck profilieren konnte. Doch, so die Frey-Postille: "Wie bald wird sich Schröder, der die Anti-Kohl-Stimme auch von zahlreichen Rechts- und Protestwählern erhielt, vor den Karren solcher Weltverbesserer (gemeint sind Lafontaine und die Grünen, speziell Jürgen Trittin und seine "Jünger", Anm. d. Aut.) spannen lassen".

Diesmal ist es also der Populist Schröder, der die Nazis daran hindert, parlamentarische Repräsentanz zu erlangen und auf dessen politisch-moralischen Verschleiß sie nunmehr bauen. Vor 16 Jahren war es mit den gleichen Überlegungen Kohl, dem sie nach seinem Amtsantritt 1982 zunächst einen Antrittsbonus zubilligten, und der als "Kanzler der Einheit" noch einmal das nationale und rechtsradikale Potential an die CDU binden konnte.

Wie man es auch drehen und wenden will: Bei Bundestagswahlen haben die Nazis in der BRD keinen Erfolg. So erhielten die Rechtsradikalen dieses Mal 4,3% der Stimmen und verfehlten damit auch in der Summe die 5%-Hürde. Bei dieser Wahl war es also nicht - wie in so vielen Wahlergebnissen zuvor - der innerrechte Konkurrenzkampf, der eine rechtsradikale Parlamentspräsenz verhindert hatte.

Das Scheitern der rechten Parteien sei ein Ergebnis der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, so die Mehrheitsmeinung der Kommentatoren des Ergebnisses. Dabei war es früher gerade die Berichterstattung über den rechten Rand, die kritisiert wurde, weil sie angeblich dessen Erstarkung fördere.

Auch in den neuen Bundesländern, wo nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt geradezu ein erdrutschartiger Erfolg der Nazis befürchtet worden war, blieben die drei großen Gruppen (DVU, REP und NPD) knapp unter diesem magischen Wert bzw. überboten ihn kaum (Sachsen: 5,7% und Brandenburg: 5,2%).

Eine genauere Analyse der Wahlergebnisse zeigt aber, daß der Zuwachs an rechten Wählerstimmen dort erheblich ist. Ausgehend von der Annahme, daß bei Landtagswahlen das Kreuz häufiger bei rechtsradikalen Parteien gemacht wird als bei den Wahlen zum Bundestag, so dürfte in allen drei ausstehenden Wahlen in den neuen Bundesländern ein Ergebnis von weit über 5% für alle Rechtsradikalen zusammen möglich sein. Viel wird aber davon abhängen, ob die politische Schlappe, die diese Bundestagswahlen für die Rechtsradikalen, insbesondere für die DVU darstellt, von ihnen wettgemacht werden kann. Danach sieht es derzeit aber eher nicht aus. Der befürchtete DVU-Durchmarsch hat nicht stattgefunden, und eine Einigung der rechten Szene wird es nach aller Erfahrung nicht geben. Diese Chance können Demokraten und Antifaschisten bei den anstehenden Wahlen nutzen.

Was bleib, ist die Tatsache, daß in den neuen Bundesländern etwa 20% aller Jung- und ErstwählerInnen rechtsradikal gewählt haben. Diese in Teilen der neuen Länder mittlerweile dominierende militante und rechtsradikale Subkultur wird durch die Wahlarithmetik aber kaum zurückzudrängen sein.

ES, Hamburg

13. Cool! Geil! Abgefahren! Angekommen! Bundesund Landtagswahlen bescheren der PDS neue Chancen

Bundes- und Landtagswahlen bescheren der PDS neue Chancen

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:50

Besser hätte es für die PDS nicht laufen können: Kohl weg, Rot-Grün dran, PDS drin! Mit 5,1 Prozent wurde die 5-Prozent-Hürde elegant übersprungen. Auch die vier Direktmandate in Berlin konnten verteidigt werden. Als einzige linke Oppositionspartei gegen eine rot-grüne Bundesregierung ist die PDS in einer optimalen Ausgangslage, um sich als "bundesweite sozialistische Partei" zu profilieren.

Neben der SPD hat nur die PDS bei den Bundestagswahlen Stimmengewinne erzielen können. An die 500.000 WählerInnen mehr als vor vier Jahren gaben dieses Mal der Partei ihre Stimme; damit hat die PDS ein Viertel neue WählerInnen gewonnen. Das entspricht einem Plus von 0,7 Prozentpunkten (1994 erreichte die PDS 4,4 Prozent).

Das Argument, im nächsten Bundestag müsse eine starke linke Opposition sitzen, war überzeugend. Da half Grünen und SPD auch ihr gegen die PDS gerichteter Erst- und Zweitstimmenwahlkampf nicht. In Thüringen (+ 4,0 Prozent), Sachsen (+ 3,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (+ 2,7 Prozent) konnte die PDS besonders ansehnliche Zugewinne verbuchen. In Brandenburg waren es immerhin noch 1 Prozent mehr, in Mecklenburg-Vorpommern wurde das Ergebnis gehalten. Damit hat die PDS das Nord-Süd-Gefälle, das die letzten Wahlen in Ostdeutschland kennzeichnete, eingeebnet. Insgesamt legte sie in den neuen Bundesländern von 19,8 auf 21,5 Prozent zu.

Im Westen waren die Zuwächse bescheidener. Von dem "Milliönchen", das man 1990 mit Leichtigkeit in Westdeutschland zu holen glaubte, ist die PDS immer noch weit entfernt. Die PDS verbesserte sich in den alten Ländern (ohne Berlin) von 0,9 auf 1,1 Prozent. 428.523 WählerInnen gaben ihr dort die Stimme, rund 91.000 mehr als vor vier Jahren.

André Brie argumentierte im ND, die Anti-PDS-Kampagnen von SPD und Grünen hätten im Westen mehr gezogen, weil dort "im sozialen und politischen Alltag noch keine intensivere Wählerbindung erreicht (werden) konnte". (29.9.98) Dem ist zuzustimmen. Doch gilt dies nicht nur für die Bundestagswahl 1998, es ist das generelle Problem der PDS im Westen. In Hessen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz gewann die PDS jeweils magere 0,4 Prozentpunkte hinzu. Bries Interpretation, daß dort "die Hinwendung zu sozialer Alltagspolitik und zur Entwicklung eines geistigen PDS-Lebens vor Ort (gruselig; ak) sich auszuzahlen beginne", ist reiner Zweckoptimismus. Warum hat dann die Partei in Bremen 0,3 Prozentpunkte verloren - wo es einen Landesverband gibt, auf dem lange Zeit alle Hoffnungen ruhten? Die Partei wäre gut beraten, den Westaufbau nicht voreilig und ohne Not am Wahlabschneiden zu messen, auch nicht auf kommunaler Ebene. Bevor Wahlergebnisse zum Gradmesser werden können, müssen sie vergleichbar sein. Das ist aber mit den Ergebnissen der westdeutschen Landesverbänden noch nicht möglich.

Gute Chancen für linke Opposition

Rot-Grün wird genug Angriffsflächen bieten, die die PDS nutzen könnte. Schon vor den Wahlen hat die PDS-Bundestagsgruppe 15 Sofortinitiativen angekündigt, die sie in den neuen Bundestag einbringen will: u.a. zur Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Versicherungspflicht geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie der gerechten Besteuerung von Vermögen und Spekulationsgewinnen. 13 der 15 Sofortinitiativen betreffen sozial- und wirtschaftspolitische Themen. Nummer 14 und 15 fordern die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Einführung von Volksentscheiden. Friedenspolitische, asyl- und flüchtlingspolitische oder ökologische Forderungen sind nicht unter den Sofortinitiativen.

Die PDS ist augenscheinlich bemüht, den durch die Rechtsentwicklung der SPD frei gewordenen Platz zu übernehmen. Ihre Hoffnungen richten sich dabei vor allem auf diejenigen, die von einer rot-grünen Bundesregierung eine spürbare Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse erwarten. Schon haben sich erste Erfolge eingestellt. Immerhin 6,4 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten haben PDS gewählt (im Westen 2 Prozent, im Osten 21 Prozent). Das ist eine Steigerung von 1,3 Prozent gegenüber der letzten

Bundestagswahl. Die Konzentration allein auf soziale Themen wird allerdings nicht ausreichen, um langfristig politisch zu überleben.

21 Prozent der ErstwählerInnen im Osten stimmten für die PDS, 15 Prozent ihrer AnhängerInnen sind jünger als 30. Hier hat man den Grünen den Rang abgelaufen, die PDS vertritt einfach die radikalere und konsequentere Politik. Alleine mit flotten Plakatsprüchen (Cool! Geil!) wird man aber diese Gruppe nicht an sich binden können. Sicherlich ist es eine Zeitlang ziemlich spaßig, der Sozialdemokratie und den Grünen ihre Gesetzesinitiativen und Anträge der letzten Legislaturperiode, dieses Mal von der PDS eingebracht, um die Ohren zu hauen. Nur leider wird sich der Spaßfaktor irgendwann verbraucht haben.

Und was ist mit den antimilitaristischen und bürgerrechtlichen Positionen, für die die PDS auch steht? Sie ist die einzige Fraktion im Bundestag, die die Militarisierung der deutschen Außenpolitik kritisiert. Und zeigen nicht die rot-grünen Koalitionsverhandlungen, daß es auch im Bereich "innere Sicherheit" oder der Asyl- und Flüchtlingspolitik einer konsequenten Opposition bedarf?

Will die PDS zur bundesweiten Partei werden, dann muß sie sich "allseitig" entwickeln (um im Jargon zu bleiben). Die 15 Sofortinitiativen lassen davon aber nichts erkennen.

Regierungsspielchen in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern könnte ein langersehnter Wunsch der PDS endlich wahr werden. 24,4 Prozent erreichte die Partei bei den Landtagswahlen. Die Abneigung der dortigen SPD gegen eine Fortsetzung der großen Koalition mit der CDU ist seit langem bekannt. Lange vor der Wahl signalisierte die mecklenburg-vorpommersche PDS ihre Bereitschaft, sich der "Verantwortung" zu stellen und unterbreitete ein offizielles Koalitionsangebot. Das war etwas voreilig, hat doch der Landesparteitag vom 10. Oktober entschieden, zwar Gespräche mit der SPD aufzunehmen, aber die Frage Koalition oder Tolerierung offen zu lassen.

Landesvorsitzender Holter sprach zu Beginn des Parteitages von einem "historischen Tag für Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesrepublik und die PDS". Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch sekundierte, eine Koalition mit der SPD sei "bundes- wie landespolitisch sehr wichtig". (jW, 12.10.) Daß eine Partei, die über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt, sich in irgendeiner Form Gedanken machen muß, wie sie den Erwartungen der Wähler gerecht wird, ist klar.

Aber was gewinnt die PDS durch eine direkte Regierungsbeteiligung? In den Augen der Parteiführung vor allem Reputation. Bisky, Gysi und Co. erhoffen sich davon ein Ende der politischen Ausgrenzung - vor allem in Westdeutschland. Dahinter verschwinden alle anderen Einsichten. Die Erklärung, eine Koalition mit der SPD sei aus bundespolitischen Gründen unbedingt anzustreben, verschlechtert die eigene Verhandlungsposition. Wie will man Inhalte durchsetzen, wenn man schon im Vorfeld signalisiert, daß man auf alle Fälle zu haben ist?

Vorgenommen hat sich die PDS die Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen, Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Bildungsreformen, Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen, Strukturpolitik für den ländlichen Raum. Was sich davon durchsetzen läßt, ist offen.

Ein Aspekt wird innerhalb der PDS-Führung angesichts der Koalitionseuphorie ganz vergessen. Das strategische Kalkül der SPD ist die Entzauberung der ungeliebten Konkurrenz. In Ostdeutschland ist die PDS ein realer politischer Faktor; dem trägt die SPD mit ihrer Politik nun Rechnung. Gleichzeitig wird sie aber alles daran setzen, in Westdeutschland die Etablierung einer linken Partei zu verhindern. Da kommt es ihr nicht ungelegen, wenn sich die PDS in den Spagat begibt, in Ostdeutschland (links-)sozialdemokratische Realpolitik machen zu müssen, auf Bundesebene aber durch radikale Oppositionspolitik punkten zu wollen.

mb., Berlin

14. Grüne FlüchtlingspolitikerInnen fordern Liberalisierung im Asylrecht

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:47

Die flüchtlingspolitischen SprecherInnen der bündnisgrünen Landtagsfraktionen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Berlin haben mit folgendem Schreiben zu den Koalitionsverhandlungen Stellung genommen.

Hamburg, den 2.10.1998

An die Mitglieder der Verhandlungskommission, der Fachkommission Innenpolitik und des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Freundinnen und Freunde,

als TeilnehmerInnen des Treffens der grünen Migrations- und AsylpolitikerInnen der norddeutschen Bundesländer möchten wir Euch unsere Wünsche und Erwartungen an die Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen nicht verheimlichen.

Die Durchsetzung von Menschenrechten ist ein politisches Ziel, das die Grünen sich immer auf die Fahnen geschrieben haben. Es wäre für uns nicht tragbar, wenn auch unter einer von den Grünen getragenen Regierung die gegenwärtige menschenverachtende Politik gegenüber Flüchtlingen fortgesetzt würde und nach wie vor Menschen trotz Gefahr für Leib und Leben und drohender Folter abgeschoben würden.

Gegenwärtig haben wir den Eindruck, daß Forderungen im Bereich Migrationspolitik, hier denken wir insbesondere an eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, einen möglichst weit gefaßten Einbürgerungsanspruch für hier geborene und aufgewachsene Kinder nicht-deutscher Eltern, die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft etc. - möglicherweise leichter durchsetzbar sind, da sich die SPD als Oppositionspartei hier bereits positioniert hat.

Die möglicherweise leichtere Durchsetzbarkeit dieser Forderungen darf nicht dazu führen, daß wesentliche Verbesserungen im Bereich Asyl- und Flüchtlingspolitik unter einer rot-grünen Bundesregierung nicht stattfinden.

Unseren Maßstab für wirkliche Verbesserungen wollen und können wir an dieser Stelle nur beispielhaft skizzieren:

- Solange die Rekonstruktion des Asylrechts nicht wie von uns angestrebt eine gesellschaftliche und politische 2/3 Mehrheit findet, muß gewährleistet werden, daß alle rechtlichen Verbesserungen ausgelotet werden, wie sie sich auch im Antrag der Bundestagsfraktion "Für eine menschenrechtlich orientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik" wiederfinden. Nicht vergessen werden dürfen Änderungen im Ausländerrecht mit dem Ziel, den Rechtsstatus und die rechtliche und soziale Integration von MigrantInnen zu verbessern, z.B. Aufhebung der schikanösen Ausweisungsbestimmungen bei nicht ausreichendem Wohnraum oder bei Sozialhilfebezug, die Ausweisungsbestimmungen für Straftäter und deren Anwendung auf Menschen, die hier aufgewachsen sind und/oder Familien haben, die durch Ausweisung auseinandergerissen werden.

- Von besonderer Bedeutung für uns als LandespolitikerInnen ist eine Änderung des Asylverfahrens- und Ausländerrechts bezüglich der Länderkompetenzen, das heißt z.B. die Aufhebung der ausschließlichen BAFL-Kompetenz bei §53 AuslG. und Regelungen mit dem Ziel, Abschiebungshaft weitestgehend zu vermeiden.

- Die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Sozialhilfeempfänger-Innen. Ein wesentliches Element hierbei ist auch, die verpflichtende Vorschrift der Unterbringung in Sammelunterkünften und des Sachleistungsprinzips bei der Versorgung abzuschaffen.

Dies sind nur beispielhafte Verbesserungen. Sie in einer möglichen Koalitionsvereinbarung wiederzufinden, ist für uns Maßstab und Hoffnung zugleich.

In diesem Sinne mit herzlichen Grüßen

Für das Norddeutsche MigrationspolitikerInnenTreffen der Grünen Landtagsfraktionen:

Riza Baran

(Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin)

Arendt Hindriksen

(Mitglied der Bremischen Bürgerschaft)

Susanne Uhl

(Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft)

15. Keine falsche Bescheidenheit! Sozialhilfeinitiativen stellen Forderungen

Autor: BAG Sozialhilfe-Initiativen · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:38

Im folgenden veröffentlichen wir einen offenen Brief der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI). Die Initiativen formulieren darin "in aller Bescheidenheit" ihre Mindestanforderungen an eine rot-grüne Sozialpolitik

An die

sozialpolitischen SprecherInnen der Verhandlungsdelegationen in den Koalitionsgesprächen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Partei B90/GRÜNE

Frankfurt, den 30.9. 1998

Betr.: Forderungskatalog zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind uns darüber bewußt, daß Sie in diesen Tagen sicherlich von zahlreichen Lobbygruppen und Individuen mit "Lebensnotwendigem", möglichst in Bauchladenform, mit der dringlichen Bitte kontaktiert werden, bestimmte Positionen in den Koalitionsverhandlungen zu verteidigen.

Wir sind als Dachverband der Selbsthilfeinitiativen sozialhilfebeziehender Menschen in der BRD Bescheidenheit gewohnt und präsentieren Ihnen heute lediglich einen kurzen Katalog, der ohne erläuternde Texte, Zitate von Urteilen, Kommentaren oder Stellungnahmen unsere wesentlichen Forderungen schnell lesbar zusammenfaßt. Diese sind nicht neu oder auf eine neue Regierung zugeschnitten, reflektieren jedoch ein wenig den Enthusiasmus, der mit dem Ende der konservativ-liberalen Ära bei uns aufgekommen ist.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

1. Bündnis für Arbeit: Verhandlungen sollen nur unter Beteiligung der Betroffenen, hier nicht nur der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsverbände, sondern auch der BAG-SHI, stattfinden. Die Hilfe zur Arbeit ist nicht vorrangig als arbeitsmarktpolitisches Instrument gedacht. Wenn sie diese Rolle jedoch mehr und mehr zugeschrieben bekommt, muß die Praxis, wonach Arbeitspflicht als Grundvoraussetzung vor Leistungsgewährung besteht, abgestellt werden. Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen nur bei absoluter Freiwilligkeit!

2. Ersatzlose Streichung des Lohnabstandsgebots: Das Verbringen von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen in untertariflich oder gleich gar nicht entlohnte, unqualifizierte und befristete Tätigkeiten ist ein hilfloser, auf den Moment beschränkter Aktionismus, der entsolidarisierend und lohnniveausenkend wirkt. Das Verhältnis von Niedriglöhnen und Sozialhilfe, wie es im Lohnabstandsgebot beschrieben ist, bewirkt eine nach unten gerichtete Spirale. Das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe gebietet die ersatzlose Streichung des Lohnabstandsgebots. Danach wären auch Vorschläge zur Erhöhung des Freibetrags für Erwerbstätige in der Sozialhilfe positiv zu prüfen. Minimalforderung ist jedoch die Herausnahme des Freibetrags nach §76,2a BSHG als Abstandshalter und der 5-köpfigen Familie als Referenzgruppe.

Bekämpfung der Armut

1. Familienlastenausgleich: Es muß ein Modus gefunden werden, nach dem eine Kindergelderhöhung auch eine Verbesserung der Situation von SozialhilfebezieherInnen ermöglicht. Die Vorschläge hierzu reichen von Nichtanrechnung des Kindergelds als zweckbestimmte Leistung auf die Sozialhilfe als Maximalforderung, über die Schaffung eines Mehrbedarfszuschlags für Familien bis zum Minimalvorschlag: klare gesetzliche Verankerung des Rechtstatbestands, wonach keine Anrechnung des übersteigenden Kinder-Einkommens auf das Einkommen der Einsatzgemeinschaft stattfinden darf.

2. Wir fordern eine sofortige Anhebung des steuerfreien Existenzminimums und des Kinderfreibetrags. Zahlreiche erwerbstätige SozialhilfebezieherInnen zahlen trotz ihrer Existenz an der Armutsgrenze noch Lohnsteuern.

3. Pauschalierung von Leistungen: Den vorliegenden baden-württembergischen Gesetzesentwurf zur Pauschalierung aller Leistungen, die Vorschläge des Städtetags zu Familienregelsätzen und die Meinungsbildung im Arbeitskreis "Regelsatz" des Bundesgesundheitsministeriums in Richtung Bedarfsmodule und Familienregelsätze lehnen wir ab. Auch die Gesamtpauschalierung von einmaligen Leistungen transportiert lediglich Leistungskürzungen und neoliberale Eigenverantwortungsideologie. Angemessenheit der Kosten der Unterkunft müssen flexibler den örtlichen und fallspezifischen Gegebenheiten angepaßt werden!

4. Dem Modell einer Grundsicherung stehen wir positiv gegenüber, jedoch nur unter der Prämisse, daß sie allen Menschen in der BRD unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus in existenzsichernder Höhe altersunabhängig, ohne Unterhaltspflicht, Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang zusteht.

5. Wiederherstellung des Mehrbedarfszuschlag für Alte ab 60 und für Erwerbsunfähige!

6. Keine Überführung der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe!

7. Angliederung des Bereiches Sozialhilfe an das Bundesministerium für Soziales!

8. Wir schlagen eine Informationskampagne zur umfassenden Aufklärung von Leistungsberechtigten, Senkung der Dunkelziffern und Bekämpfung der verdeckten Armut vor. Transparente Darstellung in z.B. Betrieben, Schulen, Seniorentreffs u.a. hätte darüber hinaus Signalwirkung gegen die Mißbrauchsideologie und für die sozialpolitischen Intentionen der neuen Regierung. Auch die Erstellung und kontinuierliche Fortschreibung von Armuts- und Reichtumsberichten ist in diesem Zusammenhang unerläßlich.

9. Asylbewerberleistungsgesetz: Zurückholung dieser Bevölkerungsgruppe ins BSHG mit vollen Rechtsansprüchen!

10. Förderung von Sozialhilfeinitiativen: Wir schlagen ein Sofortprogramm vor, das auf das Empowerment von Armen, erwerbslosen und sozialhilfebeziehenden Menschen, sowie auf deren Funktion als Informationsstellen für Hilfeberechtigte wirkt und nicht nur auf unmittelbar beschäftigungsrelevante Inhalte abzielt.

11. Adäquate Förderung des Dachverbandes der Sozialhilfeinitiativen und ihrer Geschäftsstelle!

Da Sozialhilfe eine sozialpolitische Querschnittsfunktion hat, unterstützen wir selbstredend die Forderungen unserer Schwesternorganisationen nach Rücknahme aller Verschlechterungen und Streichungen im AfG, bzw. dem neuen SGB III, sowie der Wiederherstellung gekürzter Ansprüche im Rentenrecht und in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung und verbleiben frohen Mutes

BAG-Sozialhilfeinitiativen

Cora Molloy

Geschäftsführerin

16. Immer wieder Rostock. Polizei verharmlost faschistischen Angriff

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:46

Am 19. September marschierten 3.500 Neonazis durch den Rostocker Neubaustadtteil Dierkow (siehe ak 418). Während ein Großteil der autonomen Antifas im Wanderkessel der Polizei durch die Innenstadt geleitet wurde und das bürgerliche Bündnis in Lichtenhagen demonstrierte, griffen Neonazis das Informationszelt der AntifaschistInnen am Hafen an. Sie stiegen an der vierspurigen Straße aus ihrem Bus aus, rannten auf das Zelt zu und bewarfen es mit Steinen. Ein anderer Teil der Businsassen griff die umstehenden AntifaschistInnen an.

Mit Mühe gelang es, die Neonazis in ihren Bus zurückzutreiben und zur Weiterfahrt zu bewegen. Nur einen kurzen Moment später fuhr ein PKW mit hoher Geschwindigkeit auf der Straße am Hafenrand und wendete mit quietschenden Reifen, um dann auf die sich noch auf der Straße befindlichen Personen zuzufahren. Ein Mensch aus dem Wendland wurde durch das heranrasende Auto frontal erfaßt und durch die Luft geschleudert. In dem PKW saßen drei Neonazis aus Nordrhein-Westfalen, die dem auf der Straße stehenden Menschen nicht auswichen und auch nicht bremsten, sondern ihre Fahrt nach dem Aufprall mit unverminderter Geschwindigkeit fortsetzten. Die Polizei ermittelte später eine Aufprallgeschwindigkeit von 70 bis 80 km/h.

Noch heute, einen Monat nach dem "Unfall", liegt der 28jährige Holger aus dem Wendland im Koma. Er erlitt einen Schädelbasisbruch und schwere Gehirnquetschungen und wird vermutlich bleibende Schäden davontragen. Mittlerweile ist er in eine Reha-Klinik nach Schwerin verlegt worden.

Die Polizei bemühte sich von Anfang an, die Ereignisse am Rostocker Hafen zu vertuschen. Auf der Pressekonferenz am gleichen Tag räumte sie erst auf Nachfragen der JournalistInnen ein, es habe ein "schädigendes Ereignis im öffentlichen Verkehrsraum" gegeben. Gleich zu Beginn erklärte die Polizei, daß es ein Unfall und keine vorsätzliche Handlung gewesen sei. In den Medien wurde der Vorfall entweder verschwiegen oder ebenfalls als Verkehrsunfall verharmlost. Nur bis zum frühen Abend konnte man etwa im Deutschlandfunk hören, daß "ein linker Demonstrant mutwillig angefahren und lebensgefährlich verletzt worden sei".

Die Neonazis stellten sich kurze Zeit nach dem Unfall der Polizei. An einer Tankstelle wurde das Auto vorübergehend "sichergestellt", und ein Beamter erteilte den Faschisten Tips, wie sie beim Verhör glaubhaft machen könnten, daß "die Zecken" sie angegriffen hätten und sie dann in der Panik einem Menschen nicht mehr hätten ausweichen können. Diese Version setzte sich schließlich auch bei den polizeilichen Ermittlern durch - der dem "Unfall" vorausgegangene Angriff einiger Neonazis auf das Infozelt wurde nicht erwähnt bzw. geleugnet, und nach Angaben der Jungen Welt verlautbarte die Polizei sogar, daß es "keinen Überfall auf das linke Infozelt gegeben habe". Zudem "seien PKWs und Busse mit Steinen angegriffen und beschädigt worden", in denen sich auch "Teilnehmer des NPD-Aufmarsches befunden haben". Nun ermittelt der Staatsschutz wegen Landfriedensbruch.

Die Demonstration im Kessel bemühte sich, nach Bekanntwerden der Ereignisse zum Zelt zu gelangen, aber knüppelnde Polizeieinheiten verhinderten dies. Auch die Initiative zu einer Spontandemo am frühen Nachmittag verebbte schnell. Letztlich gab es in Rostock keine Reaktion auf den Angriff der Neonazis, was es den Medien und der Polizei vielleicht leichter gemacht hat, den "Unfall" zu verharmlosen und nicht in Zusammenhang mit dem Naziaufmarsch zu stellen. In den darauffolgenden Tagen demonstrierten zwar in Dannenberg, Köln, Frankfurt und ein paar anderen Städten einige hundert Menschen gegen den faschistischen Angriff, aber die Mehrheit der (antifaschistischen) Linken artikulierte ihre Wut über die Ereignisse in Rostock wohl eher im Privaten.

Nach den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen 1992 feierten die Neonazis mit dem diesjährigen Aufmarsch in der Hansestadt ihren zweiten "Triumph". Wie 1992 verharmlost die Polizei die Aktionen der Faschisten und schützt die Täter. Und die Stadt entzieht sich ihrer Verantwortung, wenn sie in der Bewertung der Ereignisse vom 19. September das gelungene Friedensfest in Lichtenhagen hervorhebt und dabei zu erwähnen vergißt, daß an eben jenem Tag ein Antifaschist von Neonazis lebensgefährlich verletzt wurde.

Anna Bartels

Für den schwerverletzten Antifaschisten wird Geld benötigt, spendet an:

E. Schönefeldt, Kontonr.: 221 99 88,

Kreissparkasse Dannenberg,

BLZ 258 51 335,

Stichwort: AbraXas/Holger

17. Antifa heißt Busfahren? Über die Verhinderung von Naziaufmärschen

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:39

Nach den zahlreichen nicht-verhinderten Naziaufmärschen dieses Jahres stellt sich vermehrt die Frage, ob das antifaschistische Konzept des "Hinterherfahrens" noch trägt. Vielleicht ist es an der Zeit - angesichts der Häufigkeit der Naziveranstaltungen und der diesjährigen Erfolglosigkeit der antifaschistischen Bewegung -, über neue (und alte) Ideen nachzudenken.

Zunächst stellt sich die Frage, warum es in der letzten Zeit nicht mehr gelungen ist, Naziaufmärsche zu verhindern oder sogar nur zu behindern. Eine Ursache ist sicher die momentane Unfähigkeit der antifaschistischen Bewegung, mehr als zwei-, drei- oder selten auch fünftausend Menschen gegen die Aufmärsche zu mobilisieren. Ein anderer Grund liegt in der Veränderung der äußeren Gegebenheiten: Noch vor einigen Jahren verursachte eine Ansammlung von 80 FAP-Anhängern auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit ein gewisses Maß an Empörung, heute haben sich die meisten an faschistische Kleinaufmärsche gewöhnt. Die Nazis prägen vor allem im Osten das Straßenbild und provozieren kaum noch Aufregung. Ihr Auftreten ist teilweise zur Normalität geworden.

Der Antifa geht es nicht viel anders: Die Inflation an Terminen, an denen irgendwo eine Naziveranstaltung angekündigt ist, führt naturgemäß zur Abwägung, was noch wichtig ist und was nicht. Selbst in den Großstädten mit einer starken Antifastruktur wie Hamburg oder Berlin gelingt es nicht mehr, viele AntifaschistInnen auf die Straße zu bringen, wenn in der Nähe ein Aufmarsch stattfindet.

Die "Strategie", am geplanten Veranstaltungsort der Nazis ebenfalls eine Demonstration oder ähnliches anzumelden, mit dem "Erfolg", daß beide oder sogar nur die Nazikundgebung verboten werden, funktioniert auch nicht mehr. Im Gegenteil, heute nutzen die Faschisten im Osten eine (Schein)anmeldung ihrerseits, um linke Veranstaltungen verbieten zu lassen. Und die Ordnungsämter bzw. die Gerichte genehmigen immer häufiger beide Demonstrationen, weil die Polizei garantieren kann, daß sich die TeilnehmerInnen nicht mischen werden. Sollten "unerwartet" doch AntifaschistInnen in den "anderen" Stadtteil gelangen, so werden diese wie im März in Lübeck in Gewahrsam genommen.

Naziaufmärsche können nicht einfach ignoriert werden, denn für die faschistische Organisierung und Mobilisierung spielen sie - gerade im Osten - eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bei Veranstaltungen wie vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig oder jüngst in Rostock soll eine neue Stärke demonstriert werden: "Wir, der nationale Widerstand, sind eine Bewegung, an der niemand vorbeisehen kann. Uns gehört die Straße." Diesem Selbstbewußtsein muß eine antifaschistische Mobilisierung entgegengestellt werden, damit ein faschistischer Aufmarsch nach wie vor nur unter dem Schutz der Polizei realisierbar bleibt.

Wie aber kann das Vorgehen bei den nächsten Naziveranstaltungen aussehen? Ist es überhaupt noch möglich, einen Großaufmarsch der Neonazis zu verhindern oder ist das nur eine rhetorische Maximalforderung? Wenn erst einmal einige tausend Faschisten den Weg zu ihrem Aufmarschort gefunden haben, ist es kaum denkbar, deren Veranstaltung zu verhindern. Denn eine "militärische" Auseinandersetzung mit einer Polizei, die gewillt ist, ein Zusammentreffen der Antifas mit den Nazis zu verhindern, kann nicht "gewonnen" werden und ist politisch auch nicht sinnvoll.

Die Erfahrungen beim 1.-Mai-Aufmarsch der Nazis in Leipzig und zuletzt in Rostock haben deutlich gemacht, daß es letztlich (fast) nur auf die Tagestaktik der Polizei ankommt, welcher Spielraum den AntifaschistInnen gewährt wird. In Leipzig wie in Rostock war es das Ziel der BeamtInnen, die Durchführung der Nazikundgebung zu garantieren, was ihnen auch ohne größere Probleme gelungen ist. Ob und wie viele Steine in der Umgebung geflogen sind, wie viele Busse der Faschisten mit einem Glasschaden nach Hause fahren mußten oder daß einzelne Nazigrüppchen auch mal verprügelt worden sind, das war der Polizei in Leipzig letztlich egal. In Rostock gab es genau den Spielraum nicht. Obwohl die AntifaschistInnen nicht einmal in die Nähe der Nazis gelangten, demonstrierte die Staatsmacht, daß die Tagesgestaltung ausschließlich von ihnen bestimmt wird. Eine antifaschistische Demo, die sich an den Sperren der Polizei (vergeblich) abmüht, kann nicht der Sinn einer Mobilisierung sein.

Ein Naziaufmarsch kann also nur politisch verhindert werden. Eine Möglichkeit wäre die Organisierung einer großangelegten gemeinsamen Bündnisdemonstration auf der geplanten Aufmarschstrecke bzw. dem Kundgebungsplatz der Neonazis. Gegenüber einem Bündnis hätte es die Polizei wesentlich schwerer, eine Räumung durchzusetzen. Doch die Erfahrungen dieses Jahres zeigen, daß derartige Vorstellungen eher utopisch sind. In Rostock wurde zwar ein solcher Anfang gemacht, die Demonstration wurde auf der von den Nazis vorgesehenen Strecke in Lichtenhagen angemeldet, aber nach der gerichtlichen Verlegung des faschistischen Aufmarsches in den Stadtteil Dierkow gab es von Seiten des Bündnisses keinen Versuch, gemeinsam mit dem eher autonom antifaschistischen Spektrum in relativer Nähe der Nazis zu demonstrieren. In Leipzig zog die Gewerkschaft die Anmeldung für eine Kundgebung am frühen Morgen auf dem Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal sogar zurück, so daß die Polizei ihre Absperrungen ohne größere Hindernisse aufbauen konnte.

Natürlich ist die Besetzung des Aufmarschortes bzw. der Route auch ohne "schützendes" Bündnis denkbar, generell ist es aber nur dann sinnvoll, wenn dem Ort - z.B. Völkerschlachtdenkmal - eine symbolische Bedeutung zukommt. Sonst wäre es immerhin noch möglich, daß die Polizei die Nazis einfach in einen anderen Stadtteil leitet und die antifaschistische Demonstration an dem ursprünglichen Aufmarschort "bindet".

Die Teilnahme an einer großen Bündnisdemonstration, die sich kilometerweit entfernt über die marschierenden Neonazis empört, hat nur symbolischen Wert und ist allenfalls dazu geeignet, öffentlichkeitswirksam zu zeigen, daß es auch "andere Deutsche" gibt. Von Ver- oder Behinderung könnte keine Rede mehr sein und eine auf die Antifaszene mobilisierende Wirkung hätte eine solche Veranstaltung ebensowenig.

Denkbar ist auch, in Kleingruppen zum Aufmarschstadtteil der Neonazis vorzudringen (wie etwa im März in Lübeck), was meistens gelingt, weil die Polizei auf das Bild des schwarzgekleideten Autonomen mit Kapuzenpullover fixiert ist. Aber auch das ist nicht unbedingt erfolgreich, wie die Massenfestnahmen in Lübeck gezeigt haben. Außerdem ist so ein Konzept bei überregionalen Naziaufmärschen schwieriger durchzuführen, da eine gemeinsame Anreise in Bussen wahrscheinlich ausgeschlossen werden müßte. Damit grenzt man aber gerade jüngere und nicht in Gruppen organisierte Antifas aus, die keinen Führerschein haben bzw. auf eine gemeinsame Aktion vertrauen wollen.

Eine andere Möglichkeit ist es, den Preis für die Ermöglichung eines solchen Aufmarsches möglichst hoch zu treiben: Eine kaputte Innenstadt und die Kosten eines aufwendigen Polizeieinsatzes müßten bei jeder Naziveranstaltung in Kauf genommen werden und würden vielleicht irgendwann mit einem generellen Verbot politischer Veranstaltungen an einem solchen Tag enden. Die Folge wäre wohl eine (weitere) Isolierung der autonomen AntifaschistInnen vom Rest des "Anti-Nazi-Konsenses" und würde ein (notwendiges) Bündnis gegen Nazis vor allem in Gegenden mit einer starken Nazipräsenz schwierig machen, wenn nicht verunmöglichen.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Blockade der Anreise. Auf den drei oder vier wichtigen Zufahrtsstraßen zum Aufmarschort positionieren sich die anreisenden AntifaschistInnen und versperren dann die Straße. In Rostock hätte dies die Blockade der Autobahn bedeutet. Auch bei dieser Variante könnte die Antifa wohl kaum auf die Unterstützung eines breiten Bündnisses hoffen, was die Wahrscheinlichkeit einer Auseinandersetzung mit der Polizei erhöht.

Nach den Erfahrungen aus diesem Jahr könnte man das Konzept des "Hinterherfahrens" auch gänzlich in Frage stellen. Doch welche Handlungsmöglichkeiten bieten sich an, wenn man "zu Hause" bleibt? Die Abreise der Nazibusse könnte verhindert werden. Das wiederum ließe sich nicht für alle Abfahrtsorte organisieren, denn was passiert in den Gegenden ohne größere antifaschistische Struktur? Es könnte also allenfalls ein Schlag gegen die regionale Naziszene werden, die nicht an einem bundesweiten Aufmarsch teilnehmen kann. Vorstellbar sind auch dezentrale antifaschistische Aktionen in verschiedenen Orten vor den Wohnungen bekannter Neonazis oder vor ihren Cafés, Kneipen und Clubs, die zur gleichen Zeit wie der Naziaufmarsch stattfinden.

Diese Optionen haben den großen Nachteil, daß viele Leute nicht zu Hause bleiben wollen, wenn in einer anderen Stadt 5.000 Nazis ungestört marschieren können. Zudem sind antifaschistische Demonstrationen immer auch ein Mobilisierungsfeld: Eine Bewegung, die sich nicht mit großen, offenen Aktionen auf der Straße artikuliert, ist keine Bewegung mehr und kann damit auch keinen Nachwuchs "rekrutieren". Die Frage, ob

Ereignisse wie zuletzt in Rostock nicht eher demobilisierend wirken, ist berechtigt, aber hinter der Rostock-Vorbereitung stand zumindest noch der Versuch, ein gemeinsames bundesweites Handeln zu organisieren. Der Verzicht auf eine bundesweite Mobilisierung zu Naziaufmärschen wäre gleichzeitig ein Eingeständnis der eigenen Handlungsunfähigkeit: Den Nazis würde "die Straße" überlassen werden. Sie könnten sich - umgeben von wenigen BeamtInnen - als ordentlich marschierende Menge präsentieren. Auf das "Hinterherfahren" wird also auch in Zukunft nicht zu verzichten sein. Alternative Überlegungen zur "Standarddemo" und dem Konzept "Es wird schon irgendwie" sind aber auf jeden Fall angebracht und notwendig.

Anna Bartels

18. Turm gerettet, König verloren. Die Tolerierungspolitik der italienischen Kommunisten

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:51

Die deutschen Stammtischpolitiker (und ihr Parodist Gerhard Polt) haben es immer gewußt: "So isser halt, der Italiener!" Eben noch wegen eiserner "Haushaltsdisziplin" zum erlauchten Kreis der Euro-Länder zugelassen, hat Italien seine endlich erreichte "Stabilität" schon wieder verloren. Das kommt davon, wenn man sich mit den Kommunisten einläßt, weiß der durch tägliche Bild-Lektüre geschulte Experte. Auch Linke werden sich fragen, ob denn die Fraktion um den kommunistischen Parteisekretär Bertinotti gut daran tat, die Regierung Prodi zu stürzen. Eine berechtigte Frage, die nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten ist.

Hat Marx sich geirrt, als er schrieb, historische Ereignisse würden sich zweimal vollziehen: einmal als Tragödie, das zweite Mal als Farce? Das italienische Volksstück "Kommunisten lassen die Regierung wanken" (Erstaufführung Oktober 1997) jedenfalls ging in diesem Jahr fast unverändert über die Bühne: Allein das Happy End des vergangenen Jahres läßt auf sich warten. Vielleicht kommt es auch nicht mehr. Erleben wir also, nach der Farce von 1997, zur Zeit die Tragödie? Das wäre nur dann der Fall, wenn der von den Kommunisten erzwungene Rücktritt Romano Prodis zum Comeback des Rechtsblocks mit Beteiligung der Neofaschisten führen würde. So weit ist es noch nicht. Im Unterschied zu den allzu aufgeregten Kommentatoren des Untergangs können wir in relativer Ruhe die Fakten analysieren.

Und die sprechen - einerseits - für den von Fausto Bertinotti eingeschlagenen Kurs. Vor einem Jahr kam Prodis Rettung in letzter Stunde durch ein vages Zugeständnis zustande: Die Regierung werde einen Gesetzentwurf über die Reduzierung der Arbeitszeit vorlegen, bis 2001 solle dann die 35-Stunden-Woche eingeführt werden. Verbindliche Regelungen müßten allerdings von den "Sozialpartnern" ausgehandelt werden. Bertinotti jubelte das zum entscheidenden Zugeständnis hoch, das es seiner Partei erlaube, dem bis dahin abgelehnten Haushaltsgesetz für 1998 doch zuzustimmen. In dieser Zeitung (ak 407 vom 23.10.1997) wurden Bedenken angemeldet, daß die Vereinbarung wirklich zur flächendeckenden Einführung der 35-Stunden-Woche und, wie versprochen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen werde.

Prodis Italien: wenig Hoffnung für die Armen

Knapp ein Jahr später schloß sich Bertinotti, vermutlich ohne vorherige ak-Lektüre, dieser kritischen Sichtweise an. Mit Empörung berichtete er der Politischen Kommission, dem "kleinen Parteitag" von Rifondazione Comunista (RC), die 35-Stunden-Woche sei in der Ulivo-Koalition noch nicht einmal Diskussionsthema. So beschlossen er und seine Anhänger, die Konfrontation mit der Regierung zu suchen und den Haushalt 1999 abzulehnen - obwohl dessen Sparvolumen, verglichen mit den vergangenen Jahren, gering ausfiel. Gegenüber 25 Mrd. DM für 1998 und gar 63 Mrd. DM für 1997 hatte Prodis Haushaltsminister Ciampi für 1999 nur Korrekturen in Höhe von 13,5 Mrd. DM vorgesehen - 9,5 Mrd. DM durch direkte Kürzungen im Haushalt, 4 Mrd. DM durch die Erhöhung von Abgaben.

Nicht die Opfer zu Lasten der sozial Schwachen, sondern die Unfähigkeit (oder der Unwille) der Regierung, die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen und den benachteiligten Süden des Landes wirkungsvoll zu fördern, wurde nun zum entscheidenden Argument für die Kraftprobe. Die Sozialdaten stützen die kommunistische Kritik: Die offizielle Erwerbslosenquote ist seit 1995 von 12 Prozent auf 12,5 Prozent (April 1998) angestiegen. In manchen Gegenden des Südens (Campania, Basilicata, Kalabrien, Sizilien) liegt sie bei 30 Prozent; besonders betroffen sind Jugendliche. Mehr als zwei Drittel der Erwerbslosen sind seit mehr als einem Jahr ohne Job.

Der Unternehmerverband Confindustria lehnt nicht nur die 35-Stunden-Woche und staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme ab, sondern fordert gar die Senkung der Sozialabgaben um drei Prozentpunkte; dadurch sollen angeblich 90.000 Arbeitsplätze entstehen. Das Versprechen der Regierung, bis 2001 600.000 neue Arbeitsplätze bereitzustellen, ist nach Meinung des Zentralbankgouverneurs Antonio Fazio nicht zu halten; höchstens die Hälfte sei realistisch.

Ein mutiger Schritt

ins Abseits

Die Konsequenz der Kommunisten aus dieser Sachlage: Rifondazione Comunista, die Partei der arbeitenden und arbeitslosen Menschen, könne die unsoziale Politik nicht länger mittragen. Sie müsse vielmehr das Haushaltsgesetz für 1999 ablehnen und der Regierung Prodi die Unterstützung entziehen - eine sachlich berechtigte, taktisch aber anfechtbare Schlußfolgerung, die vor allem bei der trotzkistischen Fraktion Begeisterung auslöste. Altgenosse Livio Maitan diktierte dem Reporter der Tageszeitung La Repubblica die erwarteten Sprüchlein: "Jetzt realisiert sich das Ziel, das wir seit Beginn dieser Legislaturperiode verfolgen: eine Mehrheit, basierend auf einer liberalistischen Politik, die wir bekämpfen, schwinden zu lassen." Deshalb sei er sehr zufrieden - auch wenn er Bertinottis Linie nicht vollständig teile: Mit dessen positiver Beurteilung der vergangenen zwei Jahre RC-Tolerierungspolitik sei seine Fraktion nicht einverstanden.

Es waren allerdings nicht, wie von einigen Medien kolportiert, die Trotzkisten, die Bertinottis Linie zum Sieg verhalfen. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Politischen Kommission votierten 188 GenossInnen (darunter 23 Trotzkisten) für Bertinotti und 141 für insgesamt drei verschiedene Alternativanträge. Das war eine deutliche Mehrheit, die allerdings - wie sich umgehend herausstellte - für die Konfrontation mit der Regierung bei weitem nicht ausreichte.

Denn die Mehrheit der kommunistischen Deputierten dachte nicht daran, sich in dieser Frage der Parteidisziplin zu unterwerfen. Mit gewissem Recht konnten sie sich dabei auf den Wählerwillen berufen. Noch einen Tag vor der Vertrauensabstimmung schien es, als würden die kommunistischen Dissidenten um Armando Cossuta die Regierung Prodi retten. Am Ende fehlte eine Stimme, obwohl 22 Abgeordnete der RC-Fraktion Prodi das Vertrauen aussprachen (nur zwölf stimmten gegen ihn). Im Senat, der zweiten Kammer, verfügte Prodis Regierung auch ohne RC über die absolute Mehrheit.

Die Tücken der Tolerierung

Die kommunistische Bündnispolitik der vergangenen zweieinhalb Jahre war insgesamt nicht dumm. Am Anfang standen Wahlabsprachen mit dem Ulivo: Da drei Viertel der Parlamentssitze an die jeweils siegreichen Wahlkreiskandidaten vergeben werden (Mehrheitswahlrecht), war eine Einigung für beide Seiten unverzichtbar. Ohne sie hätte der Mitte-Links-Block bei den Wahlen vom 21. April 1996 keine Mehrheit bekommen, und die kommunistische Fraktion wäre zu einem kleinen Grüppchen geschrumpft - über die Verteilung des restlichen Viertels der Sitze wird nach Verhältniswahlrecht (mit 4-Prozent-Klausel) abgestimmt. Dieses etwas unübersichtliche Verfahren gilt nach wie vor und ist auch bei Prognosen über das Ergebnis möglicher Neuwahlen zu berücksichtigen.

Die Entscheidung der aus 34 Deputierten bestehenden RC-Fraktion, die Regierung Prodi von außen zu "tolerieren", erschien als besonders kluger Schachzug: Man war Partei der Regierungsmehrheit, bei Bedarf aber auch Opposition mit begrenzter Handlungsfreiheit. So stimmten die RC-Abgeordneten gegen die italienische Militärintervention in Albanien und gegen die NATO-Osterweiterung; in beiden Fällen suchte sich die Regierung die fehlenden Stimmen bei Teilen der rechten Opposition. Das hätte die kleine kommunistische Fraktion ohnehin nicht verhindern können, immerhin aber blieb sie durch ihr Stimmverhalten politisch "glaubwürdig".

Größere Probleme gab es im vergangenen Oktober, als Bertinottis Taktieren die Partei vorübergehend ins Schlingern brachte. Schien es zunächst so, als wolle RC den Sturz der Regierung riskieren, folgte dann der mit großen Reden über angeblich erreichte Zugeständnisse begleitete Rückzug (s.o.). Ausschlaggebend waren u.a. die Stimmung an der Basis und der erhebliche Druck, den die Medien, aber auch die verfeindeten Brüder und Schwestern vom PDS auf die Partei ausübten. Daran hat sich nichts Grundlegendes geändert, obwohl Bertinotti für seinen Kurs nicht nur in der Partei, sondern auch in der kommunistischen Wählerschaft eine Mehrheit hat.

Das ist nur dann erstaunlich, wenn man die Kommentare der italienischen und der internationalen Medien zum Maßstab nimmt. Danach ist Bertinotti ein "Fundi" reinsten Wassers, ein "Egomane" und "Abenteurer". Der ehemalige Direktor von La Repubblica, Eugenio Scalfari, verglich Bertinotti sogar mit dem Skorpion aus der Fabel, der einen Frosch überredet, ihn über einen Fluß zu geleiten. In der Mitte des Gewässers sticht der Skorpion zu, und beide müssen sterben - der Skorpion mit den Worten: "Es ist halt meine Natur." Nicht ganz von der Hand zu weisen ist die Kritik des letztjährigen Literatur-Nobelpreisträgers Dario Fo: Bertinotti handele wie ein Schachspieler, der unbedingt Turm und Springer retten will - und dabei den König verliert.

Auch in den deutschsprachigen Medien wird Bertinotti als Überzeugungstäter und Machtmensch präsentiert, der sich um jeden Preis gegen seinen Rivalen Cossuta durchsetzen wollte. Letzterer, der jahrzehntelang als "Altstalinist" verunglimpft wurde, gilt nun plötzlich als "Pragmatiker". Der für jede Art von Verschwörungstheorie zu begeisternde taz-Korrespondent Werner Raith sieht Bertinotti zudem als Opfer einer Erpressung: Der offiziell namenlose Spender, der den Kommunisten vor Jahren 9 Mio. DM zur Sanierung ihrer Parteizeitung Liberazione vermacht hatte, sei niemand anderer als Silvio Berlusconi, der als Gegenleistung nun den Sturz der Regierung verlange ...

Ein hoher Preis:

die Spaltung der Partei

Bertinotti hat für den Sieg seiner Linie in der Politischen Kommission der Partei einen hohen Preis bezahlt. Im Parlament wurde er von den eigenen Genossen gedemütigt, die ihm das Recht verweigerten, auf Prodi zu antworten. Statt dessen sprach der Fraktionsvorsitzende Oliviero Diliberto, der inzwischen zusammen mit Cossuta den Partito dei comunisti italiani (PCI) gegründet hat.

Ob die Spaltung zu vermeiden gewesen wäre, werden die Beteiligten am besten wissen - bekanntlich wiegen bei solchen Anlässen persönliche Feindschaften oft schwerer als politische Gemeinsamkeiten. Allein nach den politischen Grundüberzeugungen der Akteure zu urteilen, erscheint die Spaltung keineswegs zwingend. Die Übereinstimmung, auch die der rivalisierenden Protagonisten Cossuta und Bertinotti, ist groß: RC präsentiert sich zwar mit Vorliebe als "antagonistische Partei der Linken", wandelt aber gleichzeitig auf den Spuren ihrer Leitfigur Enrico Berlinguer, Mitbegründer des "Eurokommunismus" und des "historischen Kompromisses" mit der Democrazia Cristiana. Gerade für Bertinotti besteht Politik zu einem großen Teil aus Taktieren.

RC wird in der nächsten Zeit den Ton verschärfen und damit vor allem bei jungen Erwerbslosen, aber auch bei Rentnern und anderen Benachteiligten auf Zuspruch stoßen. Die ersten Umfragen nach Prodis Rücktritt ergaben 4 Prozent Zustimmung für RC, 3 Prozent für Cossutas neuformierten PCI. Der Abstand dürfte sich eher vergrößern: Die von den comunisti italiani ausgefüllte Lücke zwischen RC und PDS ist nicht allzu groß; dagegen wächst die Unzufriedenheit mit der vorrangig auf das Mitmachen im Europa der Währungsunion gerichteten Politik - und damit auch das Verlangen nach linker Opposition.

Schwierigkeiten bekommt RC, wenn es tatsächlich Neuwahlen geben sollte. Das Wahlverfahren verlangt Absprachen auch mit dem Mitte-Links-Block, aber die sind kurz nach dem Bruch schwer vorstellbar. So könnte RC bei Neuwahlen deutlich besser abschneiden als der PCI, würde aber dennoch weniger Abgeordnete stellen.

Hochbetrieb

in den Parteizentralen

Mehr als eine Woche nach Prodis Rücktritt sind Neuwahlen aber eher unwahrscheinlich. Zwar scheiterten dessen Versuche, sich selbst eine neue Mehrheit zu verschaffen. Massimo D'Alema, der Sekretär des PDS, der größten Parlamentspartei, könnte damit mehr Erfolg haben. Wenn nun ein ehemaliger Kommunist an die Stelle eines ehemaligen Christdemokraten treten sollte, ist das allerdings nur scheinbar eine Linksverschiebung. D'Alema ist auch ein Bündnis mit der regionalistisch-rassistischen Lega Nord oder der rechten UDR (Unione democratica per la Repubblica) des ehemaligen Staatspräsidenten Francesco Cossiga zuzutrauen. Ein Comeback des 70jährigen Cossiga wäre der endgültige Beweis für die "Unsterblichkeit" der italienischen Christdemokratie.

Selbst mit Berlusconis Forza Italia könnte D'Alema sich notfalls arrangieren - schon einmal, Anfang 1996, war für eine Übergangszeit eine große Koalition fast perfekt. Dazu hätten als drittgrößte Kraft auch noch die Neofaschisten gehört. Ihr Rückzug in letzter Minute führte zu den Neuwahlen, die dann der Ulivo-Koalition (plus Rifondazione) die Mehrheit der Mandate bescherten.

Sollte D'Alema bei der Partnersuche scheitern, könnte eine italienische Spezialität neu serviert werden: eine "überparteiliche" Regierung der "Techniker". An deren Spitze könnten die bisherigen Minister Ciampi oder Dini stehen, die beide entsprechende Erfahrungen vorzuweisen haben. Ihre Regierungen verfolgten eine rigorose

Sparpolitik; Dini setzte weitgehend die Rentenpolitik durch, die zum Scheitern seines Vorgängers Berlusconi maßgeblich beigetragen hatte.

Von einer "Verschiebung der Regierungsachse nach links" (so Bertinottis erklärtes Ziel) kann also in keinem Fall die Rede sein, ebenso wenig allerdings von einem kommunistischen Putsch, der den Rechten den Weg geebnet hätte. Jedenfalls bisher nicht.

Js.

19. Mussolinis anpassungsfähige Erben. Alleanza Nazionale und die Modernisierung des italienischen Neofaschismus

Autor: Jens Renner · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:06

Seit Berlusconis kläglichem Scheitern im Dezember 1994 arbeiten die italienischen Rechtsparteien an ihrem Comeback. Vor allem die Neofaschisten von Alleanza Nazionale haben sich auf diesen Fall vorbereitet. Ihre diversen Modernisierungen und demokratischen Bekenntnisse dürfen über eines nicht hinwegtäuschen: Die Partei stellt sich nach wie vor in die Tradition Mussolinis - eine Gefahr nicht nur für Italien. Auch im übrigen Europa würde ein Erfolg des "italienischen Modells" die Rechten zur Nachahmung ermuntern.

Als der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) sich im Januar 1995 auf dem Kongreß von Fiuggi in Alleanza Nazionale (AN) umbenannte, flossen bei etlichen Delegierten die Tränen. Andere schrieen Verrat und kündigten sogleich die Gründung einer den alten Werten verbundenen Gruppierung an. Der Kongreß von Fiuggi bedeutet zwar keineswegs den Bruch mit der Vergangenheit; er markiert aber einen Einschnitt in der Geschichte des italienischen Neofaschismus, der 1945 an die Tradition von Mussolinis Partito Nazionale Fascista anknüpfen konnte.

Der Durchbruch des MSI zu einer "modernen" rechtsextremen Partei ist eng mit der Person Gianfranco Finis verbunden. Als Fini 1987 von dem langjährigen MSI-Sekretär Giorgio Almirante als Nachfolger eingesetzt wurde, verfügte der MSI über eine Stammwählerschaft von wenig mehr als 5%. Nichts sprach dafür, daß er in näherer Zukunft sein Spitzenergebnis von 1972 (8,7%) würde wiederholen oder gar überbieten können. Der Triumph von 1994 - 13,5% (gegenüber 5,5% nur zwei Jahre zuvor) - hatte mehrere Voraussetzungen. Dazu gehört auch, daß der MSI (der schon 1994 als Alleanza Nazionale antrat) mit Gianfranco Fini einen taktisch flexiblen und "telegenen" Anführer aufzubieten hatte. Materielle Grundlage dieses Erfolges war aber die Umwälzung des gesamten italienischen Parteiensystems infolge des Korruptionsskandals von Tangentopoli: Die bisherige Quasi-Staatspartei Democrazia Cristiana zerfiel in mehrere Gruppierungen, ihre bisher wichtigste Bündnispartnerin, Bettino Craxis Sozialistische Partei (PSI), wurde zur Splittergruppe, die führenden Köpfe der jahrzehntelang regierenden Parteien mußten sich wegen ihrer Machenschaften vor Gericht verantworten und waren politisch erledigt.

In das so entstandene Vakuum stieß eine innerhalb weniger Wochen aus dem Boden gestampfte Neugründung: Silvio Berlusconis Firmen- und Fernsehpartei Forza Italia. Sie verfolgte zum einen Berlusconis Geschäftsinteressen: die Sicherung seines Fernsehmonopols und die Einstellung der gegen ihn laufenden Prozesse. Zum anderen sollte sie die reformerische Linke besiegen und einem entfesselten Liberalismus zum Durchbruch verhelfen. Als Bündnispartner war willkommen, wer immer die notwendigen Stimmen zum Sieg über die Linke beisteuern konnte: neben der rassistischen Lega Nord auch der neofaschistische MSI.

Bekenntnisse zum historischen Faschismus

Während Fini einerseits demokratische Schminke auflegte, provozierte er gleichzeitig mit Bekenntnissen zum historischen Faschismus. Es sei keineswegs skandalös, "die bleibenden Werte des Faschismus zu aktualisieren", hatte er 1987 auf dem MSI-Kongreß von Sorrento erklärt: "Ich lehne vom Faschismus das ab, was angeschimmelt ist: römische Grüße, schwarze Hemden, aber das Wort Faschismus macht mir keine Angst." (1) Im Januar 1990, auf dem Parteitag von Rimini, rief er dazu auf, die Prinzipien der Französischen Revolution zu überwinden. Angesichts des Zerfalls Jugoslawiens forderte er 1991: "In diesem historischen Augenblick kann und darf Italien nicht darauf verzichten, die Rückkehr Istriens und Dalmatiens zum Mutterland anzustreben." (2)

Auch nach dem Wahlsieg im März 1994 blieb Fini seiner Doppelstrategie treu. Mussolini sei für ihn nach wie vor "der größte Staatsmann des Jahrhunderts", erklärte er; gleichzeitig taktierte er bei der Regierungsbildung zurückhaltend.

Schon im Mai 1994, noch während der konstituierenden Phase der neuen Rechtsregierung, brachten Abgeordnete von MSI/AN einen Antrag ins Parlament ein, der die Aufhebung des Verbots der faschistischen

Partei Mussolinis forderte. Dieses Verbot hat immerhin Verfassungsrang. Fini rettete die Situation mit einer Distanzierung, die keine war: Das Einbringen des Antrages sei "nicht opportun" (inopportuno), d.h. es kam ungelegen.

Am Tag, an dem die Abgeordnetenkammer über die neue Regierung Berlusconi abstimmte, rief Fini zur Überwindung aller "Totalitarismen" auf. Der Antifaschismus sei kein Wert an sich, wohl aber "ein wesentlicher Schritt (passaggio), um die Demokratie zu erreichen." (3) Das sind Töne, wie sie auch von Historikern, Politikern und Kommentatoren der "Mitte" zu hören sind. Finis "Nein zu allen Faschismen", so die Schlagzeile des Corriere della sera (21.5.1994) nach dessen erster Rede im neugewählten Parlament, ist vor allem ein Plädoyer, einen Schlußstrich unter die Geschichte zu ziehen.

Den 50. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie nutzte Fini für eine neuerliche Provokation. D-Day, den 6. Juni 1944, bezeichnete er als den Tag, "an dem auch ein Teil der europäischen Kultur untergegangen ist". (4)

Zurückgenommen hat Fini bis heute keine der hier in Erinnerung gerufenen Provokationen. Sie verursachten zwar regelmäßig öffentliche Empörung, isolierten ihn aber nicht. Denn nicht erst seit der Rehabilitierung des MSI durch Berlusconi bemühen sich auch konservative Intellektuelle und Politiker, die selbst nie Faschisten waren, bei der Beurteilung des Faschismus "Gutes" von "Schlechtem" zu trennen, Mussolinis "historische Verdienste" anzuerkennen und Faschismus und Antifaschismus moralisch auf eine Stufe zu stellen. (zu den konservativen Apologeten des Faschismus vgl. ak 407, 23.10.1997: "Die guten Absichten des Duce. Historikerstreit all'italiana")

Hemdenwechsel in Fiuggi: Aus MSI wird AN

Den Neofaschisten hat das turbulente Jahr 1994 in mehrerer Hinsicht zum Durchbruch verholfen. Sie sind seitdem als Bündnispartner "demokratischer" Parteien akzeptiert, offensichtlich kompromißbereit und regierungsfähig. Nachholbedarf bestand auf internationaler Ebene - die Boykottdrohungen gegen AN-Minister, u.a. aus Israel, erforderten weitere, zumindest symbolische, Zugeständnisse. Die Ruhepause nach dem Ende der Rechtsregierung nutzte Stratege Fini für weitere Modernisierungen. Im Januar 1995 setzte er auf dem Kongreß von Fiuggi die Umwandlung des MSI in eine "neue" Partei durch, die seitdem den in der 94er Wahlkampagne bewährten Namen Alleanza Nazionale (AN) trägt.

Der am meisten umstrittene Satz des neuen Parteistatuts war von Fini schon im Mai 1994 in der Abgeordnetenkammer ausgesprochen worden: "Der Antifaschismus war der historisch wichtige Moment für die Rückkehr der demokratischen Werte, die der Faschismus unterdrückt hatte." (5)

Dieses Zugeständnis kostete einige alte Kämpfer erhebliche Selbstüberwindung, obwohl Fini sie mit taktischen Argumenten vom "Nutzen" der Kurskorrektur zu überzeugen versuchte. Eine Minderheit, darunter Pino Rauti, weigerte sich, den von Fini eingeschlagenen Weg mitzugehen, und gründete ihre eigene Partei mit dem alten MSI-Symbol, der Flamme: Fiamma - Movimento Sociale Tricolore.

Pino Rauti, der ehemalige MSI-Sekretär, warnte schon nach dem Regierungseintritt vor der "schleichenden Liquidation" des MSI, dem tagtäglichen "Zerfall unseres Erbes". (6) Die faschistische Vergangenheit sei ein ergiebiges Bergwerk, das man keinesfalls zuschütten dürfe: "Ich finde, wir sollten uns erinnern, daß hinter uns der Marsch auf Rom liegt, der Korporativismus, der zweite Weltkrieg gegen die Plutokratien, die Repubblica Sociale ..." Für Rauti sind das bleibende Werte - "ein kulturelles und programmatisches Vorratslager, aus dem wir schöpfen". (7) Er setzt auf den angeblich wachsenden Unmut der Basis: "An der Spitze wird das Aufgehen in Alleanza Nazionale begrüßt. Je weiter man nach unten kommt, um so mehr wächst die Ablehnung." (8)

Differenzen gibt es in der Frage, wie sich die Partei gegenüber den lärmenden Naziskins verhalten soll, die durch den allgemeinen Rechtstrend zur Intensivierung ihrer Aktivitäten ermutigt werden. Fini würde die "Idioten mit den kurzen Haaren" (9) am liebsten zur Zwangsarbeit in Bergwerke zu stecken. Rauti dagegen sieht in ihnen ein durch Schulung (u.a. mit seinen eigenen Büchern) gewinnbares Potential. Daß die Naziskins sich mit Alleanza Nazionale in einem Boot sehen, wurde schon im Mai 1994 deutlich. Nach dem Wahlsieg der Rechten riefen bei einer von der Polizei genehmigten Demo in Vicenza 200 Skins Parolen wie "Der Faschismus hat gesiegt" und "Wir sind die Herren Italiens".

AN '98: immer noch keine Abkehr vom Faschismus

Auf der Programm-Konferenz von Verona Ende Februar 1998 setzte Fini seinen Kurs fort. In Anwesenheit des israelischen Botschafters und eines Vertreters des Likud bemühte er sich vor allem um weitere Entspannung gegenüber Israel - und wurde mit einem Interview im ersten israelischen Fernseh-Programm belohnt. Zwei AN-Vertreter nahmen wenig später an den offiziellen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels teil - der von Fini dringend gewünschte offizielle Besuch Israels scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Er würde ihm international erhebliches Ansehen verschaffen und als Garantieerklärung interpretiert werden, daß die italienischen "Postfaschisten" mit den Komplizen des nationalsozialistischen Judenmordes nichts mehr gemeinsam hätten.

In der Sache hat Fini in Verona allerdings eine neuerliche Provokation von sich gegeben, indem er den Holocaust mit den von Partisanen vorgenommenen Hinrichtungen auf eine Stufe stellte, denen 1945 vermutlich Tausende von Faschisten zum Opfer fielen. Fini wörtlich: "Und wir vergessen nicht jene Italiener, die, nur weil sie Juden waren, in die Vernichtungslager deportiert wurden - wie wir auch diejenigen nicht vergessen, die liquidiert wurden, weil sie gegen den Kommunismus waren." (10)

Enzo Palmesano vom Studienzentrum Perlasca (benannt nach einem Faschisten, der Hunderte italienischer Juden vor der Deportation in die Vernichtungslager bewahrt hat) bezeichnete die Rede als sehr enttäuschend, weil Fini in Verona eine "optimale Gelegenheit" nicht genutzt hat: sich von der 1943 am selben Ort beschlossenen faschistischen 18-Punkte-Charta zu distanzieren. Darin waren die italienischen Juden als Ausländer und Angehörige feindlicher Nationen definiert worden - eine Rechtfertigung für die tätige Mithilfe der italienischen Faschisten bei der Deportation der Juden durch die deutsche Besatzungsmacht.

Offensichtlich hat Fini auch weiterhin Rücksichten zu nehmen: Nach wie vor identifizieren sich viele AN-Mitglieder, wenn schon nicht mit dem faschistischen Regime insgesamt, doch immerhin mit Mussolinis im September 1943 ausgerufenen Repubblica Sociale Italiana (RSI); der historischen Wahrheit zum Trotz verbinden sie die Marionettenregierung am Gardasee mit der Rückbesinnung auf die "revolutionären Ursprünge" des Faschismus.

Das Politikangebot

von AN: Neoliberalismus ...

Die Programmkonferenz von Verona (27.2. - 1.3.1998) sollte auch schwarz auf weiß nachvollziehen, was AN in der Tagespolitik längst vorgelegt hatte: die Anpassung an die Erfordernisse eines modernisierten italienischen Kapitalismus, der in der EU nicht zurückbleibt, sondern seinen Beitrag dazu leistet, daß die EU weltweit ökonomisch und politisch bestehen kann, auch in Konkurrenz mit den USA und Japan. Herausgekommen ist ein fast lupenreines neoliberales Programm, das auch den Wählerinnen und Wählern von Forza Italia gefallen dürfte.

In seiner Eröffnungsrede bemühte sich Gianfranco Fini, drei "Vorurteile" auszuräumen: AN wäre eine Partei der Vergangenheit, eine "etatistische" Partei und eine anti-europäische Partei.

Anders als die Linke habe AN es verstanden, "die Rechnungen mit der Vergangenheit abzuschließen", und schon auf dem Kongreß von Fiuggi im Januar 1995 "jede Form des Autoritarismus und Totalitarismus" verurteilt, "jede rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Haltung" gebrandmarkt, die "Prinzipien von Freiheit und Demokratie" anerkannt. Eine explizite Verurteilung des Faschismus enthalten diese Floskeln nicht - seine "totalitären", rassistischen und antisemitischen Züge sind nach neofaschistischer Auffassung "Deformationen" der nach wie vor gültigen Ideale; einer Auseinandersetzung mit dem programmatischen Antisemitismus der Repubblica Sociale wich Fini, wie gezeigt, aus.

Auch den Vorwurf des Etatismus wies Fini in seiner Rede zurück. Die staatliche Wirtschaftspolitik zur Förderung des Südens sei erledigt, das Vorhaben einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung schädlich, Privatisierungen dagegen angezeigt (wenn auch nicht überall und sofort). Wirtschaftsliberal klingen auch Finis Äußerungen über die Förderung des Unternehmertums und die verderbliche Macht der Gewerkschaften, "sogar das Parlament zu konditionieren". Fini machte sich in Verona die Klagen und Forderungen der Unternehmer voll und ganz zu eigen: weg mit dem "Dogma" des Flächentarifvertrags, statt dessen Haustarife mit flexiblen Arbeitszeiten, Zeitverträgen und Niedriglöhnen. Moderne Gewerkschaften müßten, "frei von jeder politischen Instrumentalisierung, dem Wohl der gesamten nationalen Gemeinschaft verantwortlich" handeln.

AN akzeptiere drittens nicht nur die Globalisierung, sondern auch die europäische Einigung, wie im Vertrag von Maastricht festgelegt. Statt sich diesen unaufhaltsamen Prozessen zu widersetzen, müsse Italien vielmehr vertane Zeit aufholen, seine Finanzen sanieren, die Infrastruktur verbessern und die Effektivität der öffentlichen Verwaltungen erhöhen. Nicht im Widerspruch zum Mitspielen auf der europäischen Bühne sieht Fini allerdings die Förderung des in Italien angeblich unterentwickelten "Nationalstolzes". Unter Berufung auf Jacques Chirac und Tony Blair forderte Fini die Stärkung des "patriotischen Gefühls", auf daß Italien mit den europäischen Führungsmächten mithalten könne.

Der in Verona beschlossenen Plattform sind Finis Weisungen in drei grundlegenden Forderungen vorangestellt. Das "System Italien aufbauen" heiße: 1. müsse der Staat dafür sorgen, daß jeder Staatsbürger "eine Chance" erhält - aber mehr auch nicht; 2. müßten die Italiener, da in Europa "niemand dem anderen etwas schenkt", dafür kämpfen, "ebenso frei und gleich zu sein wie die Deutschen und die Franzosen"; 3. müßten sich Gemeinsinn, Opfergeist, Identifikation mit dem Staat und Anerkennung der Autorität verbinden - wie in der Partei, die sich "in Übereinstimmung mit den Werten des Risorgimento" und als eine "patriotische und einheitliche Kraft nicht zufällig Alleanza Nazionale nennt." (11)

Was in der gerafften Form wie leeres Gerede zu Werbezwecken klingt, wird in dem folgenden Programm konsequent angewandt. In den 13 Abschnitten des ersten Teils ("Eine Wirtschaftspolitik für den Aufschwung") wird der EU-weit "normale" Standortnationalismus allenfalls schärfer formuliert als anderswo üblich. "Man muß den Mut haben zu einer Politik des Schutzes der nationalen Interessen", heißt es da. Den "nationalen Interessen" dient einerseits eine Politik der Stärke gegenüber den EU-Partnern - im Unterschied zu den "unwürdigen" Versuchen der Mitte-Links-Regierung, das allseits mißtrauisch beäugte Italien als braven Musterschüler zu präsentieren. (12) Andererseits fordert das "nationale Interesse" natürlich auch Opfer im eigenen Lande. Auch hier ist die AN-Position - Hauptsache Arbeit, zu welchen Bedingungen auch immer - fast schon EU-Standard.

... und die Aktualität

der alten Werte

Im zweiten Teil des Programms geht es um die grundlegenden "Werte": wiederum 13 Abschnitte über "Völker, Gewissen, Identität zwischen Innovation und Tradition". (13) Schon in der Überschrift des ersten Abschnitts - "Würde der Person, Würde der Nation" - klingt das Leitmotiv an: Mindestens genauso wichtig wie die Rechte des Individuums ist die Nation, auf die der gute Staatsbürger nicht nur stolz sein muß, sondern der er auch zu dienen hat. Auch in Zeiten der Globalisierung und der europäischen Integration bleibt der ",nationale Bezug`, das Bewußtsein der ideellen und zivilen Fruchtbarkeit und der praktischen Notwendigkeit des Nationalstaates"; auch in Zukunft steht die "nationale Identität" neben der "europäischen Identität", und gerade weil es "andere Identitäten" gibt, ist es so wichtig, "die ursprüngliche Identität zu behalten und zu verteidigen". Die "ursprüngliche Identität" aber ist für AN die nationale; sie sei in Italien nicht nur weniger entwickelt als in anderen Ländern, sondern auch schweren Angriffen ausgesetzt.

An einigen Stellen wird das schwülstige Gerede durch konkrete Aussagen und Forderungen ergänzt: Mittels Familienförderung soll der Trend zur "Ein-Kind-Familie" umgekehrt werden, der mehr als alles andere die Nation bedroht. Es wäre überzogen, hier Parallelen zu Mussolinis "demographischer Schlacht" der 30er Jahre zu konstruieren, die für eindeutig kriegerische Zwecke geführt wurde und deren Heldinnen, die besonders gebärfreudigen Mütter, öffentlich gefeiert wurden. AN stellt vielmehr die negativen Folgen mangelnder Fortpflanzungsbereitschaft heraus: eine schrumpfende und immer mehr vergreisende italienische Nation, während in Afrika das Bevölkerungswachstum mit 3% jährlich eine Rekordmarke erreicht habe.

Der so entstehende "migratorische Druck" kann natürlich nicht allein mit familienpolitischen Mitteln unter Kontrolle gehalten werden. "Nur die Länder Südeuropas, unter ihnen vor allem Italien, bilden die wahre Grenze der EU" - da hilft keine "fremdenfeindliche Hysterie" (Fini in seiner Eröffnungsrede), sondern nur eine strenge Einwanderungspolitik: Zwischen 30.000 und 70.000 Ausländer will AN jährlich einwandern lassen, von denen "ein gewisser Teil" dauerhaft bleiben und auch die Familien mitbringen darf. "Offen" und "flexibel" müsse die Saisonarbeit geregelt werden - vor allem die italienische Landwirtschaft ist auf Hilfskräfte aus Afrika und Osteuropa dringend angewiesen. Der jährliche Bedarf solle von Staats wegen "sehr genau" festgelegt werden. Mit "ausgewählten" Partnerländern könnten auch Verträge über die befristete Arbeitsmigration nach Italien

abgeschlossen werden; in solchen Verträgen wäre auch die Verhinderung "illegaler" Migration schon im Auswanderungsland zu regeln.

Diese Vorschläge sind sicherlich nicht "faschistisch" zu nennen, sondern in einem sich mehr und mehr verbarrikadierenden Europa entweder gängige Praxis oder doch zumindest praktikabel und den Interessen der EU-Staaten dienlich. Ungewöhnlich ist, mit welcher Offenheit AN das "nationale Interesse" Italiens definiert - wer als Ausländer diesem Interesse dient, indem er ein paar Monate lang für einen Hungerlohn schuftet und dann wieder verschwindet, ist willkommen.

In der "Schlußfolgerung: Für die italienische Wiedergeburt" wird die Bedeutung gemeinsamer "Werte" noch einmal bekräftigt. Ihr Fehlen nehme "dem nationalen Geist und dem Bürgersinn die Widerstandskraft", führe zum "Verfall" und lasse Italien "substantiell ungeschützt". Die italienische Rechte dagegen, mit ihrem "Reichtum an Wurzeln" (!), sehe es als ihre "patriotische Pflicht" an, "ihrem Volk glaubwürdige und beruhigende Orientierungen" zu geben. Mit der Plattform von Verona verfolge Alleanza Nazionale auch die Absicht, auf internationaler Ebene Anstöße zu geben - "zuerst bei den europäischen und den atlantischen Verbündeten".

Günstige Bedingungen

für rechte Politik

Ob AN wieder Regierungspartei wird, hängt natürlich auch von ihren Partnern des Polo per le libertà ab. Wählerwanderungen von Forza Italia zu Alleanza Nazionale bringen dem Rechtsblock keine einzige Stimme mehr. AN hat aber bei der letzten Parlamentswahl im April 1996 auch links der Mitte Stimmen geholt. Insbesondere in den traditionell "roten" Regionen Mittelitaliens konnte sie überdurchschnittlich zulegen: von 10,9% auf 15,8% in der Toscana und von 16,3% auf 19,9% in Umbrien. Stärkste AN-Bastion bleibt die Region um Rom; im Wahlkreis Lazio 1 konnte die Partei sich von 26% auf 30,9% steigern. In einigen ihrer Hochburgen im Süden hat AN dagegen leicht bis deutlich verloren, nämlich in der Campania, in Apulien und auch in der ärmsten Region Italiens, der Basilicata (von 17% auf 14,4%). Damit ist die AN-Wählerschaft nicht mehr ganz so ungleich verteilt wie die des MSI. Am schwächsten ist und bleibt AN im industrialisierten Norden, vor allem in der bevölkerungsreichsten und wohlhabendsten Region Italiens, der Lombardei, wo sie in den drei Wahlkreisen nur zwischen 7,7% und 10,6% der Stimmen erreichte.

In der Lombardei und den anderen Nordregionen konkurriert AN vor allem mit der Lega Nord, die stärker als AN rassistische Stimmungen in der Bevölkerung anheizt und für den Wahlerfolg zu nutzen versteht. Ob AN nennenswerte Teile der Wählerschaft der Lega zu sich herüberziehen kann, ist offen. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür sind gegeben. AN ist hinter dem PDS die zweitgrößte Partei Italiens; am 31.12.1996 zählte sie 486.911 Mitglieder (PDS: 675.114) (14), mehr als der MSI in seinen besten Zeiten (ca. 420.000 in den Jahren 1973/74). Sie verfügt über einen schlagkräftigen Apparat und Parteigliederungen in allen Teilen des Landes. Das ist ein wichtiger Vorteil insbesondere gegenüber Forza Italia. Berlusconis Partei, offiziell die drittgrößte, gibt die Zahl ihrer Mitglieder mit 300.000 an, die allerdings in lockeren Clubs organisiert sind oder überhaupt nur auf dem Papier existieren. Anders als Forza Italia ist AN durchaus in der Lage, ihre Anhänger kurzfristig zu Massenaufmärschen zu mobilisieren.

Nach dem Wendejahr 1994, als Alleanza Nazionale bei den Parlamentswahlen sensationelle 13,5% erreichte (gegenüber 5,5% nur zwei Jahre zuvor), steigerte sich die Partei im April 1996, als das Mitte-Links-Bündnis Ulivo siegte, noch einmal auf 15,7%. In Umfragen und bei Kommunal- und Regionalwahlen (hochgerechnet auf die gesamtitalienische Ebene) erreichte sie im Mai/Juni 1998 einen Stimmenanteil von 17%. Zeitweise sah es so aus, als könne AN in absehbarer Zeit Forza Italia als stärkste Partei des Rechtsblocks ablösen. Verschiedene Faktoren sprechen dafür, daß die Partei ihren Stimmenanteil zumindest halten kann:

- Die ganz auf "Europa" orientierte Politik der Regierung Prodi führt zu sozialen Härten, die Protest hervorrufen. Die Linkspartei Rifondazione Comunista, die solche Proteste mitorganisiert, ist einerseits "natürlicher" Ansprechpartner der Unzufriedenen, andererseits aber in der schwierigen Lage, gleichzeitig die Regierung stützen zu müssen; die dabei erzielten Kompromisse - u.a. nach der Regierungskrise im Herbst 1997 - sind nicht immer überzeugend. Auf der Rechten gelingt es AN sehr viel eher als Berlusconi, sich glaubwürdig als Anwalt des "kleinen Mannes" zu präsentieren - obwohl die "Hinwendung zum Volk" aus Populismus und sozialer Demagogie besteht.

- Berlusconi seinerseits ist als Oppositionsführer selbst unter den Anhängern des Rechtsblocks umstritten. Zu offensichtlich vertritt er seine eigenen Interessen als Unternehmer; mehrere Verurteilungen wegen Korruption und illegaler Parteienfinanzierung (vor allem zugunsten der verhaßten Craxi-"Sozialisten") haben seine Popularität nicht erhöht - auch wenn er sich als politisch Verfolgter sieht, der von "linksextremistischen" Staatsanwälten und Richtern fertiggemacht werden soll. Alleanza Nazionale dagegen gilt als "Partei der (fast) sauberen Hände" - der jahrzehntelange Ausschluß des MSI von der Macht und den Pfründen kommt der Partei jetzt zugute. Berlusconis hysterischer Antikommunismus gibt wiederum Fini zuweilen Gelegenheit, sich als Mann des Ausgleichs zu präsentieren. So geschehen auf der Programmkonferenz von Verona, wo er Gastredner Berlusconi überraschend deutlich zur Mäßigung mahnte: "Man kann keine antikommunistische Politik machen, weil es in Italien keinen Kommunismus mehr gibt." (15)

- Bündnispolitisch ist Alleanza Nazionale auch nach links flexibel und selbst zu Absprachen mit den Ex-Kommunisten des PDS (Parteisekretär: Massimo D'Alema) bereit. Zu Recht sprachen die Medien bei verschiedenen Gelegenheiten von einer "Achse Fini-D'Alema", u.a. bei der Diskussion über die Verfassungsreform in der Zwei-Kammer-Kommission (bicamerale) unter D'Alemas Vorsitz. Ein Kompromiß scheiterte schließlich an Berlusconi, dem die u.a. von AN und PDS vereinbarte Stärkung des Staatspräsidenten zu Lasten von Regierungschef und Parlament nicht weit genug ging.

- Bislang hat AN auch von ihrem Spannungsverhältnis zur Lega Nord profitiert, indem sie sich gegen die sezessionistischen Drohungen aus dem Norden als vehementeste Verfechterin der staatlichen Einheit profilierte. In der Wortwahl waren ihre Vertreter dabei nicht zimperlich und beantworteten Umberto Bossis Drohung, notfalls mit der Kalashnikow "gegen Rom" kämpfen zu wollen, mit der Ankündigung, sie würden in diesem Falle ebenfalls mit der Waffe in der Hand "für Italien" in den Bürgerkrieg ziehen. Gegen das im September 1996 von der Lega inszenierte Spektakel der "Unabhängigkeitserklärung Padaniens" mobilisierten die Neofaschisten Zehntausende. Trotz dieser Frontstellung ist ein Bündnis mit der Lega Nord, wie schon 1994 unter Berlusconis taktisch genialer Regie, auch in Zukunft möglich: Die Sezession des Nordens, das weiß auch Bossi, ist keine realistische Option. Dafür gibt es eine Reihe politisch-ideologischer Gemeinsamkeiten im rechten Lager, die als Wahlkampfplattform möglicherweise reichen könnten; dazu gehören Anti-Kommunismus, Rassismus, soziale Demagogie und der Verweis auf die eigenen "sauberen Hände".

- Zu Finis "moderatem" Kurs gibt es derzeit innerhalb von AN keine Alternative. Solange die Partei ihren Erfolg bei Wahlen stabilisieren kann, wird sich daran nichts ändern, auch wenn sich bisweilen Kritik regt an Finis Nachgiebigkeit gegenüber Berlusconi oder an seinem fast schon freundschaftlichen Umgang mit den "Postkommunisten" vom PDS. Die MSI-Abspaltung Fiamma tricolore um Pino Rauti ist keine ernsthafte Konkurrenz, sondern eine Splittergruppe, die bei den Wahlen 1996 auf nur 0,9% kam.

- Vor allem begünstigt das gesellschaftliche Klima autoritäre Lösungen aller Art. 1972 konnten die Neofaschisten ihren bis dahin und bis 22 Jahre später größten Wahlerfolg (8,7%) feiern, indem sie sich als "letzte Rettung" gegen den Vormarsch der Linken, gegen "Anarchie und Chaos" präsentierten. Heute schwimmen sie mit dem Strom, denn auch in Italien gelten uneingeschränkt die neuen europäischen "Werte": Solide Staatsfinanzen, effiziente Verwaltung, Leistungsprinzip, Abschottung nach außen. Alles das, was Italiens "Wettbewerbsfähigkeit" in Europa und der Stärkung des EU-Blocks in der globalen Konkurrenz dienen könnte, hat AN auf dem Kongreß von Verona zum Programm erhoben. Die "Andersartigkeit" der Neofaschisten, ihre Berufung auf den historischen Faschismus, ist in Italien mehrheitlich akzeptiert. Die Veteranen der Resistenza und die Linken, die auf einem klaren Trennungsstrich bestehen, sind in der Defensive und gelten als "Ewiggestrige". "Nationale Versöhnung" heißt die Devise - auch wegen der Anforderungen der europäischen Einigung.

Die neofaschistische Gefahr bleibt

Verglichen mit Silvio Berlusconi oder auch Umberto Bossi erscheint Fini mitunter als besonnener, gemäßigter Politiker, für den Ideologie nichts und Realpolitik alles bedeutet. In der Tat ist sein wesentliches Ziel die Macht oder ein Teil derselben. Aber ein Bekenntnis zum Parlamentarismus und eine Bereitschaft zum taktischen Bündnis auch mit politischen Gegnern macht aus AN noch keine demokratische Partei.

Piero Ignazi, Politikwissenschaftler an der Universität Bologna und Experte für Rechtsextremismus, warnte nach dem Kongreß von Fiuggi vor der Gefahr, die von der scheinbar demokratisch gewendeten Alleanza

Nazionale weiter ausgeht. Die Wende von Fiuggi sei letztlich nur "ein Manöver, um die Wählerschaft zu halten, die durch äußere Umstände der Partei in den Schoß gefallen ist". (16) Ignazi verweist zu Recht darauf, daß AN bisher weder eine Kritik des historischen Faschismus noch der alten neofaschistischen Ideologie vorgelegt hat.

Zumindest die Parteifunktionäre schulen sich weiterhin an den alten Schriften. Zur Standardlektüre gehören laut Ignazi neben den Werken Mussolinis die Schriften der faschistischen Philosophen Giovanni Gentile und Julius Evola; im Unterschied zu Mussolini sind Gentile und Evola mit ihren Werken sogar im offiziellen Katalog des AN-Buchdienstes verzeichnet. Hinzu kommen als Lehrmeister die Altfaschisten und Nationalisten Ugo Spirito, Alfredo Rocco und Gabriele D'Annunzio, außerdem Ernst Jünger, Carl Schmitt und die Ideologen der französischen Nouvelle Droite wie Alain de Benoist.

Finis telegene Wendigkeit, seine Fähigkeit, den meisten Fettnäpfchen auszuweichen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Partei, auch in ihrer Führungsschicht, die alten Werte weiter hochgehalten werden: Die Überzeugung, daß es "höhere und niedere Rassen" gäbe, daß die Todesstrafe wieder einzuführen sei, daß Homosexuelle bestenfalls als krank gelten dürfen - Fini selbst sprach sich Anfang 1998 dafür aus, Schwule vom Schuldienst fernzuhalten. (17)

Ignazis Diagnose wird bestätigt von einer Untersuchung der Sozialwissenschaftler Baldini und Vignati, die im Herbst 1996 veröffentlicht wurde. Sie basiert auf einer Befragung von Delegierten des Wende-Parteitages von Fiuggi (Januar 1995) und ergab u.a., daß 69% der Befragten ein positives Urteil über den Faschismus abgaben: 7% hielten den Faschismus für die beste aller möglichen Regierungsformen, für 62% war der Faschismus "ein ‚gutes Regime` mit einigen diskutablen Entscheidungen..., lediglich 0,2% lehnen den Faschismus als ‚brutale Diktatur` ab". (18) Für 80,4% der Befragten ist Mussolini jemand, der für die politische Bildung von Jugendlichen wichtig sei. Vor allem bei Jüngeren erwies sich die ideologische Bindung an den historischen Faschismus als eng; sie schwärmen in besonderem Maße für starke Männer. Unter den ausländischen Politikern ist Le Pen das größte Idol der AN-Delegierten aller Altersstufen - trotz aller Versuche Finis, zum Front National Distanz zu halten. Hitler wird wiederum von den Jungfaschisten unter 30 mehr geschätzt als Helmut Kohl; unter den bewunderten ausländischen Parteien rangierten 1995 nach dem Front National die CDU, die Reps und die britischen Konservativen gleichauf. Inzwischen dürfte sich das Bild geringfügig verschoben haben - einige Hardliner sind ausgetreten, der Rest weiß mittlerweile, daß ehrliche Antworten dem Renommee der Partei schaden können.

Auch der bekannte Publizist Giorgio Bocca, ein ehemaliger Partisan, ist sich sicher, daß die alten Werte des Neofaschismus den Mitgliedern und Anhängern von Alleanza Nazionale nach wie vor teuer sind. Dazu zählt er soziale Hierarchie, plebiszitäre statt parlamentarische Demokratie, Kameraderie statt Bürgerrechte, staatlicher Wirtschaftsdirigismus und ein "bewaffneter europäischer Nationalismus, der bereit ist zur ethnischen Verteidigung". (19) Einen neofaschistischen Staatsstreich befürchten weder Bocca noch Ignazi. Letzterer sieht in Zeiten sozialen Friedens die größte Gefahr, die von AN ausgeht, in Bündnissen mit bürgerlichen Konservativen wie Berlusconi, mit dem in einem Punkt völlige Einigkeit besteht: "Die Massenmedien sollen der Kontrolle der öffentlichen Meinung dienen, gemäß der von den totalitären Staaten der 30er Jahre entdeckten Praxis."

Jens Renner

Gekürzter Vorabdruck aus dem in Kürze erscheinenden Buch von Steffen Klittich, Reinhard Kühnl, Jens Renner und Gerd Wiegel: Die extreme Rechte in Europa. Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich; Distel-Verlag, Heilbronn, ca. 200 Seiten, 24 DM

Anmerkungen:

1) zitiert bei Giorgio Galli: I partiti politici italiani 1943-1991. Dalla Resistenza all'Europa integrata; Mailand (Rizzoli) 1991, S.313

2) Frankfurter Rundschau, 10.7.1991

3) Corriere della sera, 21.5.1994

4) taz, 4.6.1994

5) Corriere della sera, 28.1.1995

6) La Stampa, 16.5.1994

7) Interview in l'Unità, 18.5.1994

8) La Stampa, 16.5.1994

9) La Repubblica, 21.1.1995

10) Alleanza Nazionale: Rimetti in cammino la Speranza. Nell'Italia; atti della conferenza programmatica, Verona, 27.2.-1.3.1998; S. 290

11) alle Zitate nach Alleanza Nazionale: Rimetti in cammino la Speranza. Nell'Italia. Atti della conferenza programmatica, Verona, 27.2. - 1.3.1998; Rom (RGS) 1998

12) vergleiche Romano Prodis Artikel in der FAZ vom 5.12.1997: "Italien ist wie jener Schüler, der jahrelang gefaulenzt und dementsprechend schlechte Noten bekommen hat und der nun mehr leisten muß als die anderen, um sich ein ‚Ausreichen` zu erobern... Wir arbeiten hart, um Ordnung zu schaffen in unserem Haus."

13) alle Zitate nach Alleanza Nazionale: Un progetto per l'Italia del Duemila. La piattaforma programmatica di Verona, 27./28.2. - 1.3.1998; sito Internet di Alleanza Nazionale: http://www.aenne.it

14) Zahlen nach La Repubblica, 19.1.1997

15) Corriere della sera, 2.3.1998

16) Interview in La Repubblica, 23.4.1995

17) L'Espresso, 13.8.1998

18) Der Standard, 15.10.1996

19) La Repubblica, 21.1.1995

20. Waffentausch im spanischen Baskenland. ETA-Waffenstillstand, Regionalwahlen und spanische Unbeweglichkeit

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:32

Wer hätte vor einigen Wochen damit gerechnet, daß sich die politischen Verhältnisse im spanischen Baskenland derart verändern könnten. Nach der Regierungsübernahme des konservativen Partido Popular (PP) 1996 war eine zunehmende Zuspitzung der Konfrontation zwischen dem spanischen Staat und ETA zu konstatieren. Mit dem unbefristeten Waffenstillstand der militanten Separatistenorganisation scheinen sich nun Spielräume zu eröffnen, die die Spirale der Eskalation umkehren könnten. Zumal durch die kompromißlose Haltung der spanischen Regierung ein politisches Thema wieder aufgekommen ist, das seit 20 Jahren nicht mehr diese Bedeutung hatte: die Unabhängigkeit des Baskenlandes.

Am 18. September hat die ETA alle bewaffneten Aktionen eingestellt. Dies ist der erste unbefristete Waffenstillstand in der über 40jährigen Geschichte der Organisation, die für die Unabhängigkeit des Baskenlandes von Frankreich und Spanien kämpft. Wie die zwei befristeten Waffenruhen zuvor - 1989, um Gespräche mit der damals sozialistischen Regierung in Algier zu ermöglichen, und 1996 als Zeichen der Gesprächsbereitschaft gegenüber der neuen konservativen Regierung - dient der jetzige Waffenstillstand dazu, eine politische Lösung des Konflikts zu ermöglichen.

Madrid setzt auf die polizeiliche Lösung

Eine der ersten Amtshandlungen der PP-Regierung unter José Maria Aznar 1996 war, die geheimen Kontakte mit ETA zu kappen, die unter der PSOE-Regierung geknüpft worden waren. Seit Jahren verfolgen die Regierung, Justiz und Sicherheitsbehörden eine kompromißlose Linie. Als es im Sommer 1997 nach den ETA-Attentaten auf Gemeinde- und Stadträte des PP zu Massendemonstrationen gegen die politische Gewalt der ETA im Baskenland kam, nutzte Madrid die Situation. Geschickt gelang es ihr, den Protest gegen die Gewalt der ETA in eine antibaskische Kampagne umzulenken, die in Gesamtspanien Wirkung zeigte.

So ist es vielleicht auch zu erklären, warum die Verfolgungsmaßnahmen der spanischen Behörden gegenüber allen, die angeblich dem Umfeld der ETA zuzurechnen seien, in den vergangenen Monaten ohne nennenswerte Proteste über die Bühne gehen konnten. Da wurde Ende letzten Jahres die gesamte Führung der Wahlkoalition Herri Batasuna (HB) in einem fragwürdigen Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt. Ende März deckte HB auf, daß der spanische Militärgeheimdienst CESID monatelang verschiedene ihrer Parteibüros abgehört hatte. (vgl. Geheim 2/98)

Die Abhörmaßnahmen gegen eine vom Obersten Gericht Spaniens als legal anerkannte Partei wurde von Verteidigungsminister Eduardo Serra als "legitim" bezeichnet, es sei ja nur eine separatistische Partei ausspioniert worden, die dem Umfeld von ETA zuzurechnen sei. Auch der PSOE zeigt sich im Kern der Sache verständnisvoll. Er kritisierte nicht das Abhören von HB als solches, sondern die mangelhafte Ausführung. Lediglich Izquierda Unida (IU) und die baskischen Parteien nahmen eindeutig Stellung. Der christdemokratische Partido Nacional Vasco (PNV), der die PP-Regierung im spanischen Parlament unterstützt, war selbst unmittelbar von der Abhöraktion betroffen. Wurden doch auch vertrauliche Gespräche zwischen PNV und HB abgehört und das Innenministerium über den Inhalt informiert.

Weder die Inhaftierung ihrer Führungsmitglieder noch die illegale Bespitzelung von HB riefen nennenswerte Proteste außerhalb des Baskenlandes hervor. Auch die Verhaftung der Geldgeber und die Schließung der HB-nahen Zeitung Egin im Juli stießen außerhalb des Baskenlandes kaum auf Kritik. Dabei handelte es sich um einen Angriff auf die Pressefreiheit, wie er seit der Franco-Diktatur nicht mehr vorgekommen war. Kein Wunder, daß viele im Baskenland sich wieder an die Zeiten unter Franco erinnert fühlen - ein Ergebnis der harten Gangart der spanischen Justiz gegen alle, die auch nur im entferntesten zum Umfeld der ETA gezählt werden könnten. Und das sind in den Augen der spanischen Sicherheitsbehörden alle, die sich in welcher Form auch immer um baskische soziale und kulturelle Belange kümmern.

Angesichts dieser zugespitzten Situation wurden im Baskenland Befürchtungen laut, ein Verbot von HB könne bevorstehen. HB-Sprecher Arnaldo Otegi: "Das kann heute, morgen oder auch gar nicht passieren, aber wir müssen uns darauf einstellen." Selbst der Sprecher des PNV-Exekutivkomitees in Biskaia, Iñigo Urkullu, bezichtigte die spanische Zentralregierung einer "Strategie zur Vernichtung" der baskischen Unabhängigkeitsbewegung.

Diese Befürchtungen mußten durchaus ernstgenommen werden, war HB im Zuge der Attentatsserie der ETA gegen PP-Abgeordnete im Baskenland doch zunehmend isoliert. Nicht nur alte Franquisten und spanische Nationalisten, auch Teile der baskischen Bevölkerung gingen auf die Straße, um für ein Ende der politischen Gewalt im Baskenland zu demonstrieren. Das Attentat der ETA auf einen PP-Abgeordneten aus Irun am 11. Dezember war in dieser Hinsicht der Tiefpunkt der Entwicklung, platzte dadurch doch eine geplante Großdemonstration gegen die Inhaftierung der HB-Führung, die zwei Tage später stattfinden sollte und an der neben HB u.a. auch die Gewerkschaften LAB, die HB nahesteht, und die PNV-nahe ELA sowie die Organisation Elkarri, die sich um eine politische Lösung des Konflikts bemüht, teilnehmen wollten.

Die neue Front entsteht als Wahlbewegung

Spätestens zu diesem Zeitpunkt begann innerhalb von HB und der baskischen Linken eine Diskussion über den weiteren politischen Weg. Offensichtlich war, daß ETA-Aktionen in letzter Zeit wiederholt in entscheidenden Situationen den politischen Anliegen der baskischen Linken geschadet hatten. Inhaftierte ETA-Mitglieder regten einen Waffenstillstand an und nannten die Zusammenarbeit zwischen den baskischen Gewerkschaften LAB und ELA als beispielgebend. In der Folge versuchte HB verstärkt, wieder Zugang zu größeren Sektoren der baskischen Bevölkerung zu finden. Diese Versuche mündeten schließlich in der neuen Wahlvereinigung Euskal Herritarrok, an der neben HB-Mitgliedern unabhängige Persönlichkeiten aus dem baskischen politischen und kulturellen Leben beteiligt sind. Zugunsten EH verzichtet HB auf die Teilnahme an den Regionalwahlen am 25. Oktober.

Unter den über 100 Gründungsmitgliedern sind zahlreiche Vertreter von Organisationen, die einen "dritten Weg" zwischen der Gewalt der ETA und staatlicher Repression suchen. Programmatisch gibt es zwischen EH und HB kaum Unterschiede: Die EH strebt ein von Spanien und Frankreich unabhängiges sozialistisches Baskenland an und fordert die Verlegung aller baskischen Gefangenen in Gefängnisse im Baskenland. Gleichwohl dürfte von EH eine distanziertere Haltung zu ETA zu erwarten sein als von HB. Die Erwartungen im Baskenland sind jedenfalls groß, daß sich EH weniger schwer damit tun werde, sich von ETA-Attentaten zu distanzieren.

Gleichzeitig zu diesen Veränderungen innerhalb der baskischen Linken waren seit Anfang des Jahres erste Annäherungen zwischen den baskischen Parteien zu verzeichnen. Der PNV entschloß sich, die Frage der politischen Gefangenen vor die Menschenrechtskommission des europäischen Parlaments zu bringen. Damit nahm er ein politisches Thema auf, das im Baskenland weit über das HB-Spektrum hinaus Unterstützung findet.

Im März legte der Präsident der Regierung des autonomen Baskenlandes, José Antonio Ardanza (PNV), einen Plan für die Befriedung der Region vor. Demnach sollten Verhandlungen der Parteien des Baskenlandes mit HB stattfinden, falls die ETA den bewaffneten Kampf einstellt, um so im Dialog mit HB ein friedliches Ende des Konflikts zu erreichen. PP und PSOE wiesen den Plan zurück und beharrten auf ihrer Position, Verhandlungen mit HB kämen auch bei einem Waffenstillstand von ETA nicht in Frage. Die übrigen Parteien des "Pakts von Ajuria Enea", die sozialdemokratische Eusko Alkartasuna (EA) und Izquierda Unida (IU), begrüßten die Initiative Ardanzas. Damit war der "Pakt von Ajuria Enea" faktisch gescheitert, der in erster Linie darauf zielte, HB politisch zu isolieren, solange das Wahlbündnis nicht den bewaffneten Kampf verurteilt.

Ardanza gab sich trotz des faktischen Scheiterns seines Friedensplans optimistisch: "Ein Gesprächsprozeß wird früher oder später stattfinden, denn ich glaube nicht, daß es irgendeinen polizeilichen Sieg über ETA geben kann, oder daß sich HB von einem Tag zum anderen und ohne irgend etwas erreicht zu haben, in das politische System Spaniens integriert." Der PNV-Parteivorsitzende Xabier Arzallus warf dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar vor, aus rein wahltaktischen Gründen auf eine polizeiliche Lösung des Konflikts zu setzen. Ein deutliches Indiz, daß sich das Verhältnis zwischen den konservativen Nationalisten und der in Madrid regierenden PP deutlich abgekühlt hat. Ein Ergebnis von - aus baskischer Sicht - unzulässigen

Einmischungen der Madrider Regierung in innerbaskische Angelegenheiten, die im Herbst 1997 zum Bruch der Koalition zwischen PP, der katalanischen Convergència i Unió (CiU) und PNV geführt haben.

In den Sommermonaten fanden auf Initiative von HB Gespräche zwischen 23 baskischen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen statt, die unter dem Eindruck des nordirischen Friedensabkommens nach politischen Lösungsmöglichkeiten für das Baskenland suchen sollten. Dieses Irische Forum, an dem u.a. Vertreter des PNV, der EA und IU teilnahmen, verabschiedete wenige Tage vor dem ETA-Waffenstillstand die "Erklärung von Lizarra".

Das Neue an dieser Erklärung ist, daß Verhandlungen ohne Vorbedingungen stattfinden sollen. Neu ist auch, daß sich die bisherigen Gegner darauf verständigten, daß es nicht nur ein "Problem ETA" gebe, sondern man es mit einem "historischen Konflikt politischer Natur" zu tun habe. Gleichzeitig enthält die Erklärung die Option auf eine mögliche Unabhängigkeit des Baskenlandes, indem festgestellt wird, es sei auch über Fragen der "Territorialität und Souveränität" zu verhandeln. Für HB ein entscheidender Punkt, hatten doch bisher alle anderen baskischen Parteien den Autonomiestatus der Region akzeptiert.

Bilbao liegt nicht bei Belfast

Mit "tiefer Skepsis" begegnet Spaniens Innenminister Mayor Oreja dem Waffenstillstand der ETA und warnt vor trügerischen Hoffnungen. Solange die ETA sich nicht aufgelöst habe, gäbe es keine Verhandlungen. Dieser ultimative Ton hat sich in den letzten Wochen etwas abgeschwächt. Aznar gab Anfang Oktober auf einer Veranstaltung im Baskenland bekannt, er wolle nun mit "Großzügigkeit" auf den Waffenstillstand eingehen. So führt Aznar zur Zeit Konsultationsgespräche mit den "demokratischen" Parteien Spaniens, also unter Ausschluß von HB. "Großzügigkeit" will er nämlich nur walten lassen, wenn sich einerseits die "demokratischen" Kräfte auf ein gemeinsames Vorgehen einigen könnten und andererseits der Waffenstillstand der ETA "definitiv" sei. Auch kündigte er eine "Flexibilisierung" im Strafvollzug an, was man gutwillig als Zugeständnis in der Gefangenenfrage auffassen könnte.

Die spanische Regierung und die beiden gesamtspanischen Parteien PP und PSOE bleiben aber in der Sache hart. Unisono wiederholen sie, daß die Grundlage einer politischen Lösung die spanische Verfassung sein müsse. In Artikel 2 heißt es: "Die Verfassung stützt sich auf die unauflösliche Einheit der spanischen Nation, gemeinsames und unteilbares Vaterland aller Spanier, und anerkennt und gewährleistet das Recht auf Selbstverwaltung der Nationalitäten und Regionen, die ihr Bestandteil sind, und auf die Solidarität zwischen ihnen."

Damit gibt es faktisch keinen Raum für Verhandlungen. Im Baskenland jedenfalls ist heute die Ausgangslage eine andere. Da erklärt selbst PNV-Chef Arzalluz, daß das baskische Volk in der spanischen Verfassung seinen Platz nicht finden könne und auch die Zusatzbestimmung für Autonomielösungen nicht genügten. HB und ETA haben den Autonomiestatus nie anerkannt. Das Referendum zum Autonomiestatut 1979 boykottierte ein Großteil der baskischen Linken, weil nur in drei der sieben historischen Provinzen abgestimmt wurde und das Statut nicht genug Eigenständigkeit bot.

PP und PSOE fürchten, daß allein schon eine Diskussion über die Selbstbestimmung des Baskenlandes die Einheit Spaniens gefährden würde. In jedem Fall würden sich komplexe Probleme ergeben. Schon im Juli forderten PNV, CiU und der galizische Bloque Nacionalista Gallego (BNG) in der "Erklärung von Barcelona" einen föderalistischen Staat. Und Anfang Oktober hat die katalanische Generalitat mit einer Resolution prophylaktisch schon einmal das Recht Kataloniens bekräftigt, sich von Spanien abzuspalten. Gleichwohl fügte der katalanische Regierungschef Pujol (CiU) sofort hinzu, er wolle den baskischen Prozeß nicht ausnutzen, um zusätzliche politische Konzessionen zu erhalten.

Inwieweit nicht doch ein wahrer Kern in der Behauptung von PP und PSOE steckt, das Zusammenrücken der baskischen Parteien habe vor allem etwas mit den bevorstehenden Regionalwahlen im Baskenland zu tun, wird sich bald zeigen. Es ist auch sicherlich nicht von der Hand zu wiesen, daß der Waffenstillstand von ETA Einfluß auf die baskischen Regionalwahlen hat. Auf jeden Fall könnte dadurch die abnehmende Akzeptanz der baskischen Parteien umgekehrt werden. Bestand doch die Gefahr, daß die Attentate auf PP-Abgeordnete zu einem weiteren Aufschwung der Partei führen könnte. 1990 hatte die PP 6 der 75 Sitze im autonomen Parlament, 1994 bereits 11. Das Kalkül von PP, durch eine Strategie der Spannung bei den Wahlen besser abzuschneiden, dürfte allerdings durchkreuzt worden sein. Von der "überraschenden Wende" durch den

Waffenstillstand der ETA profitiert jetzt wohl der PNV, der sich im Gegensatz zu den unnachgiebigen gesamtspanischen Parteien als Friedensstifter präsentieren kann.

Erst nach den Wahlen wird sich feststellen lassen, wie ernst es dem PNV mit dem jetzt viel beschworenen Recht auf Selbstbestimmung ist. Schon kündigte der sich nicht mehr zur Wahl stellende Ardanza an, man solle die politischen Gespräche über die Zukunft des Baskenlandes bis zum Ende der Legislaturperiode des Madrider Parlaments im Jahr 2000 hinausschieben.

Ob sich angesichts solcher Äußerungen die Erwartung der ETA nicht als zu optimistisch erweist, mit der "Erklärung von Lizarra" hätten jene Parteien, die bisher die regionale Autonomie akzeptierten, realisiert, daß dies nicht die Lösung für das Baskenland sein könnte? Dem PNV, EA und IU geht es vorrangig um den Frieden in der Region. ETA und HB wollen ein unabhängiges Baskenland. Spanien und die beiden Parteien PP und PSOE werden darüber nicht verhandeln. Im Zentrum der "Erklärung von Lizarra" steht eine politische Lösung des baskischen Konflikts - nicht mehr und nicht weniger. Entscheidend ist, daß sich heute alle politischen Kräfte des Baskenlandes darüber einig sind, daß sie nur gemeinsam die Zukunft des Landes bestimmen können. Dafür hat die ETA den politischen Raum eröffnet. Aber sie hat auch deutlich gemacht, daß es vom Verlauf der Verhandlungen abhängt, ob der Waffenstillstand von Dauer ist. Die weitere Entwicklung im Baskenland bleibt spannend. Anders nämlich als in Nordirland dürfte die Einsicht bei den politischen Hauptakteuren noch nicht vorhanden sein, daß eine Lösung des Konflikts nur langfristig und durch Kompromisse möglich ist.

mb., Berlin

21. Die strategischen Dämme der Türkei. Wasser als Allzweckwaffe im Nahen Osten

Autor: Jörg Dietziker · Rubrik: Türkei; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:03

Für die Stromproduktion unentbehrlich, für die Landwirtschaft nützlich - so beschreiben Behörden und Unternehmen das gigantische Staudammprojekt GAP im kurdischen Südosten der Türkei. Nützlich sind die Dämme allemal. Fragt sich bloß, für wen.

Am 3. März 1998 forderte der Direktor des UNO-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, ein internationales Abkommen zur Verteilung begrenzter Ressourcen. Töpfer befürchtet insbesondere zukünftige bewaffnete Auseinandersetzungen um die Verteilung von Wasser. Zu einem ähnlichen Schluß kam bereits 1994 Stephan Libiszewski, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse in Zürich. Er analysierte die Situation im Euphrat / Tigris-Becken, wo sich Wasserprobleme mit Nationalitätenkonflikten und machtpolitischen Rivalitäten überlagern.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen steht das gigantische türkische Südostanatolien-Projekt GAP, welches nach türkischer Lesart die Region in einen Garten Eden verwandeln soll. Vieles deutet allerdings daraufhin, daß die Türkei das Wasser als Machtmittel gegenüber Syrien, Irak und gegen die eigene kurdische Bevölkerung einsetzt und sich dank der Waffe Wasser als Regionalmacht zusehends etabliert. So hat der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel schon mehrmals offen erklärt: "Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl. Wer an der Quelle des Wassers sitzt, hat ein Recht darauf, das ihm niemand streitig machen kann." Ein gefährliches Selbstverständnis. Bereits während des Golfkriegs von 1991 drosselte die Türkei mit Billigung der Alliierten den Wasserzufluß zum Irak. Rund 5,5 Mio. irakische Bauern, die in der Nähe des Euphrat wohnen, wurden von diesem "Flußimperialismus" betroffen, eine ähnlich große Zahl von Menschen in Syrien. Trinkwasser ist seither für viele zum Luxusgut geworden. In der südirakischen Hafenstadt Basra kostet ein Liter Trinkwasser fünfzig mal soviel wie ein Liter Benzin.

Wasser ist Macht

Am 25. Juli 1993 mußte auch die Trinkwasser-Behörde von Damaskus für die damals rund 1,5 Millionen EinwohnerInnen zählende syrische Hauptstadt zum wiederholten Male das Wasser rationieren. Vor allem seit 1993 die letzte Einheit des Atatürk-Staudamms in Betrieb genommen worden ist, leidet Syrien an Ausfällen bei der Stromproduktion, und syrische Bauern klagen über landwirtschaftliche Schäden. Syrien braucht das Euphrat-Wasser für das Kraftwerk Al Furat, zur Versorgung der zweitgrößten Stadt Aleppo und zur intensiven Nutzung von 640.000 Hektar Land. Syrien hat bereits 1975 begonnen, den Euphrat im Assad-See zu stauen, zur gleichen Zeit wie die Türkei den Keban-See am Euphrat füllte. Dies bezeichnete damals der Irak als Wasserraub. Ein Krieg konnte nur dank Intervention der Arabischen Liga, Saudi-Arabiens und der Sowjetunion vermieden werden. Doch auch Saddam Hussein setzte Wasser als Waffe ein: Nach dem Golfkrieg 1991 ließ der irakische Präsident die Sümpfe im Süden zu 80% trockenlegen, um den Aufstand der schiitischen Bevölkerung niederzuschlagen. Viele der 700.000 BewohnerInnen mußten die Region verlassen, die Fischer und Handwerker fanden kein Auskommen mehr.

Heute haben Syrien und der Irak in Bezug auf das Wasser einen gemeinsamen Feind: die Türkei. Vor dem Bau der türkischen Staudämme betrug der natürliche Abfluß des Euphrat 950 Kubikmeter pro Sekunde. Obwohl es seit dem 21. Mai 1997 völkerrechtlich verbindliche Regeln über die Nutzung internationaler Flüsse gibt, läßt die Türkei durchschnittlich nur mehr 500 Kubikmeter flußabwärts.

Die Weltbank hat den Konflikt schon lange erkannt und verweigert jegliche Finanzierung der türkischen Dämme. Statt dessen sprang 1984 die Schweiz in die Bresche und verhalf der Türkei durch den Bau des größten Bauwerks, des Atatürk-Staudamms, zu ihrer regionalen Vormachtstellung. 1985 warnte der damalige ägyptische Außenminister und spätere UNO-Generalsekretär, Boutros Boutros-Ghali, der nächste Krieg im Mittleren Osten werde um das Wasser ausgefochten. 1991 äußerte der jordanische Botschafter in den USA, Hussein Hammani, ähnliche Befürchtungen. Er schlug daher eine regionale Sicherheitsorganisation vor. Noch im gleichen Jahr bezeichneten der damalige amerikanische Präsident Bush und sein sowjetischer Amtskollege

Gorbatschow Wasser als entscheidenden Faktor für Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl auch an Israel.

Nach der Eroberung der Golan-Höhen im Sechstagekrieg 1967 kontrolliert Israel zwei der wichtigsten Quellgebiete des Jordan nördlich des Sees Genezareth. Syrien ist seit dem weitgehend vom dortigen Wasser abgeschnitten und vornehmlich vom Euphrat abhängig. Verschiedene ExpertInnen wie etwa Professor Elias Salameh aus der jordanischen Hauptstadt Amman sind der Meinung, daß Israel auch mit seinem "Litanei-Feldzug" von 1978 ganz bewußt bis zum gleichnamigen, wasserreichen Fluß vorgestoßen ist, um das dortige Wasser zu nutzen.

ExpertInnen schätzen, daß Israel 30 bis 40% seines Wasserbedarfs aus dem Jordan deckt. Heute verbraucht jeder und jede Israeli im Schnitt viermal soviel Wasser wie einE PalästinenserIn. Während Israel im Friedensschluß 1994 wenigstens mit Jordanien die Aufteilung des lebenswichtigen Rohstoffes regelte, gräbt es in der Westbank den PalästinenserInnen nach wie vor deren eigenes Wasser ab. PalästinenserInnen dürfen oftmals keine neuen Brunnen bohren und die alten nicht vertiefen, ganz im Gegensatz zu den israelischen Siedlern.

Auch auf dem besetzten Golan versuchte Israel im vergangenen Jahr wie beim Siedlungsbau vollendete Tatsachen zu schaffen: Im Sommer wurden Pläne zum Bau eines Staudamms am Yarmuk bekannt, welche selbst vom US-Außenministerium scharf kritisiert wurden. Syrien verlangt im Gegenzug zu einem Frieden mit Israel den bedingungslosen Abzug Israels von den Golan-Höhen.

Der strategische Partner in Wasserfragen bleibt für Israel die Türkei. Im Sommer 1991 verhandelte die israelische Regierung mit der Türkei über Wasserimporte aus dem Euphratwasser des Atatürk-Staudamms. Die damals vom türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal vorgeschlagene Idee einer "Friedenspipeline" scheiterte jedoch. Die meisten arabischen Staaten sind gegenüber der türkischen Wasserpolitik derart skeptisch eingestellt, daß sie sich bis dato weigern, an einem "Wassergipfel" in Istanbul teilzunehmen. Nun baut die Türkei ein Süßwasserterminal an der Mündung des Flusses Manavgat, der in der Nähe des Ferienorts Antalya ins Mittelmeer fließt. Von dort soll in ein paar Jahren das kostbare Naß an Israel verkauft werden.

Stauseen und Aufstandsbekämpfung

Die KurdInnen stehen seit Jahren im Schnittpunkt des Pokers um Wasser, Waffen und regionale Vormacht. Mit der Drohung, den Wasserhahn zuzudrehen, zwang die türkische Regierung Syrien 1987, Guerillacamps der PKK zu schließen. Es wurde ein entsprechendes Sicherheitsabkommen unterzeichnet, und Syrien veranlaßte daraufhin die Verlegung der Ausbildungslager der PKK in das Bekaa-Tal. Doch das Abkommen blieb brüchig. 1990 und 1991 drohte die Türkei Syrien wiederholt mit dem Stauen des Wassers. Syrien verkündete daraufhin im Frühjahr 1992, die Unterstützung für die PKK definitiv einzustellen. Verschiedene politische BeobachterInnen sahen ihre These bestätigt, wonach das GAP neben einem Energie- und Agrarprojekt vor allem ein Aufstandsbekämpfungsprojekt sei.

Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Veränderung der sozioökonomischen Struktur in den kurdischen Gebieten sollte der PKK der Rückhalt in der Bevölkerung entzogen werden. Durch den Bau des Atatürk-Staudamms wurden zehntausende Kleinbauern enteignet und umgesiedelt, etliche kamen als Flüchtlinge nach Europa. Es folgte eine beispiellose militärische Repression gegen die kurdische Bevölkerung. Bis Ende 1997 zerstörte die türkische Armee über 3.000 kurdische Dörfer und trieb Millionen LandbewohnerInnen in die türkischen Großstädte. Das GAP war und ist in diesem Plan die ökonomische Antwort der türkischen Regierung auf die Forderungen der KurdInnen nach Selbstbestimmung. Dabei machte und macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob die Regierungen sozialdemokratisch, islamistisch oder konservativ sind. Die öffentlichen Ausgaben für das GAP und der Schutz des Dammbaus durch paramilitärische Einheiten der "Dorfschützer" betragen bis zu 10% des Budgets und tragen zusammen mit dem Krieg wesentlich zur hohen Inflation bei (momentan über 80%). Der Bau des Kralkizi-Damms am Tigris, nördlich von Diyarbakir, macht die scheinbar irrationale Politik Ankaras deutlich. Mäanderte der Fluß vor Jahren noch durch wilde Täler und Schluchten, hat sich in der Zwischenzeit ein See gestaut, in welchem auch die Dörfer von "Dorfschützern" langsam versanken. Sögütalan, nördlich von Diyarbakir, ist durch den Kralkizi-Damm akut bedroht. Bei einzelnen Häusern reicht das Wasser schon zu den Grundmauern. Bei starkem Regen stürzen jedesmal ein bis zwei Häuser ein. Um vor dem plötzlichen Anstieg des Wassers

gewappnet zu sein, hält jede Nacht eine Familie Wache. Ein aussichtsloses Unterfangen, mit welchem auch das Vertrauen in die türkische Regierung weiter erodiert.

Das weiß auch der seit Sommer 1997 erneut in der Regierung sitzende Sozialdemokrat und stellvertretende Ministerpräsident Bülent Ecevit. Mitte August 1997 verkündete er Pläne zur Auflösung des berüchtigten "Dorfschützersystems" sowie Pläne zum Wiederaufbau des zerstörten kurdischen Südostanatolien. Heute gibt es in den kurdischen Gebieten ca. 100.000 "Dorfwächter", welche vor allem während der Regierungszeit Tansu Cillers für den Kampf gegen die PKK massiv gefördert worden sind. Ecevits Pläne sind allerdings weit weniger philantropisch, als er vorgibt. Die "Dorfschützer" und Spezialeinheiten sind für den Staat selber eine Gefahr geworden. Zusammen mit ranghohen Militärs und einflußreichen PolitikerInnen haben einige von ihnen die Kontrolle über den Drogenhandel in der Region übernommen und arbeiten mit der rechtsextremen Mafia zusammen.

Aber auch die versprochene Landreform, dank derer rund um den Atatürk-Staudamm staatliches Land an landlose Bauern zur Verfügung gestellt werden soll, stößt auf verbreitete Skepsis. In der Umgebung von Urfa und Adiyaman ist Land, welches in den fünfziger Jahren vom Staat den Bauern überlassen worden ist, diesen wieder genommen worden. In neuen Großeinheiten wird jetzt Baumwolle angebaut. Einzelne Bauern, welche neu als Gutsbesitzer auf viel größeren Ländereien arbeiten, sind so durchaus reich geworden.

Das Gros der kurdischen und arabischen Familien (zirka 25% in Urfa sind AraberInnen) aber müht sich weiterhin als LandarbeiterInnen ab und zieht in mühsamer Wanderarbeit von Feld zu Feld. Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt läßt auf sich warten. Nach Angaben von HADEP (Partei der Volksdemokratie) haben die GAP-Behörden zwar für Dörfer und Land, welche unter Wasser gesetzt werden, Entschädigungen oder neue Wohnungen versprochen. Das Problem ist aber, daß das Land in der Regel ein paar Dorfvorstehern gehört. Zudem haben in den vergangenen Jahren Fremde verschiedene Dörfer gekauft, und die neuen Besitzer warten nun auf die Entschädigungen. Einzelne haben es in den vergangenen Jahren so zu enormem Reichtum gebracht und mit dem Geld neue Textilfabriken gebaut. Die alten Agas sind dabei oftmals identisch mit den neuen Industriellen. In den neu errichteten Textilfabriken werden die ehemaligen LandarbeiterInnen zu miserablen Löhnen, ohne Verträge und Sozialversicherungen, eingestellt. Diese Verhältnisse werden auch von Angestellten des staatlichen Wasseramtes DSI bestätigt.

Bei der Besichtigung der Großbaustelle des Birecik-Damms, 80 Kilometer südwestlich von Urfa, stellte sich heraus, daß sich der Staat beim Einhalten seiner Versprechungen nicht beeilt hat. Viele Bauern haben zwar schon von Entschädigungen für ihr Dorf und Land gehört. Wann Zahlungen erfolgen und wieviel Entschädigungen sie bekommen, wissen sie aber nicht. Und wohin sie nach Fertigstellung des Birecik-Damms gehen sollen, ist ebenfalls unklar. Selbst der Direktor der regionalen GAP-Verwaltung räumt Fehler beim Bau des Karakaya- und Atatürk-Staudamms ein. Bei den jetzigen Dammprojekten würden den DorfbewohnerInnen jedoch Berater zur Verfügung gestellt, die beim vernünftigen Umgang mit dem Geld und bei neuen Anlagemöglichkeiten helfen sollten. Bezahlt werde jedoch nach Größe der Äcker, Fruchtbarkeit und ob auf den Feldern Pistazienbäume oder andere Früchte wüchsen. Wer kein Land besitzt, geht leer aus.

Ökonomische Offensive

Der enorme Bauboom wird denn auch viel weniger die arme Dorfbevölkerung als die Spekulanten anziehen, so zumindest die Befürchtung von Gönül Tankut, Architekturprofessorin an der Technischen Universität Mittelost in Ankara. Olus Arik, Archäologieprofessor an der Universität Ankara und verantwortlicher Leiter der archäologischen Ausgrabungen in der Kleinstadt Hasankeyf, lobte zwar das junge, moderne und dynamische Team der GAP-Behörden. Dieses sei gut ausgebildet sei und arbeite nach westlichen Managementmethoden äußerst effizient, eine Novität in dieser Region. Darin sah er aber auch eine Gefahr, denn die Ingenieure und GAP-Beamten zeigten für die Geschichte, Kultur und Probleme in der Region keinerlei Interesse. Insbesondere die archäologisch äußerst wertvollen Kleinstädte Halfeti und Hasankeyf sind durch zwei Dammprojekte akut bedroht. 41 WissenschaftlerInnen aus der Türkei, Deutschland, Italien und Spanien forderten daher im Rahmen eines Symposiums vor Ort die GAP-Behörden auf, auf die zum Teil aberwitzigen Dämme zu verzichten und alle Globalpläne zu überarbeiten.

Davon unbeirrt machten sich Ecevit und Yilmaz Ende Mai 1998 erneut für Investitionen, für den Bau von Industrieanlagen und für die Entwicklung von Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht im Südosten stark. Die

Vorschläge entstammen dem GAP-Globalplan, der vor über einem Jahrzehnt der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Er sieht vor, die Region in eine internationale Exportzone, einen "emerging market" für leichtverderbliche Güter zu verwandeln. Ecevit schlug bereits letztes Jahr vor, landlose Bauern und Flüchtlinge in zentralen Dörfern zusammenzufassen und wählte dafür zwei Dörfer in der Provinz Sirnak als Pilotprojekt aus. Ein Plan, der bei etlichen MenschenrechtlerInnen als neuer Assimilierungsversuch gedeutet und von vielen KurdInnen rundweg abgelehnt wird. Zentrale Dörfer waren in der kurdischen Geschichte nie Orte der Zivilisation sondern Mittel der staatlichen Repression.

Verschiedene Wirtschaftsfachleute sind der Ansicht, daß der türkische Staat seine wirtschaftliche und politische Zukunft derart eng an das GAP geknüpft hat, daß schon aus ökonomischer Sicht eine politische Lösung des "Kurdenkonflikts" angestrebt werden muß. Aber der Krieg kostet nicht nur, sondern ist für einen Teil des industriell- militärischen Komplexes eine nicht versiegende Einnahmequelle, etwa für den 1961 gegründeten Armeehilfsfond OYAK. OYAK, per Gesetz mit Steuerprivilegien begünstigt, gehört zu den größten Mischkonzernen der Türkei. Mit seinen Milliardenumsätzen ist er für den einflußreichen privaten türkischen Industriellenverband (TÜSIAD) eine ernsthafte Konkurrenz.

Der TÜSIAD forderte im vergangenen Februar und April denn auch zum wiederholten Mal demokratische Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte, da ansonsten innenpolitische Instabilität und außenpolitische Isolation weiter zunähmen. In der Verbandszeitschrift Görüs (Standpunkt) machten die Industriellen Vorschläge, wie die GAP-Region ökonomisch, sozial und kulturell entwickelt werden könnte. Zur Betonung veröffentlichte der Industriellenverband eine wissenschaftliche Untersuchung über das Pro-Kopf-Einkommen in den kurdischen Gebieten. In der Provinz Mus ist dieses elf mal niedriger als in der westtürkischen Industriestadt Kocaeli. In den ärmsten kurdischen Bezirken Mus, Agri, Bitlis und Bingöl liegt das Pro-Kopf-Einkommen demnach sogar unter jenem der ärmsten afrikanischen Länder. Dennoch sieht der TÜSIAD in der Region einen zukunftsträchtigen Markt. Der Krieg muß beendet werden, damit die Kapitalverwertungsbedingungen besser werden. Am 9. Mai 1998 eröffnete die Koç Holding, eine der größten Industrie- und Dienstleistungsunternehmungen der Türkei, in Sanliurfa ein Schulungszentrum und ein Traktorverteilzentrum. Im Schulungszentrum sollen jährlich zirka 2.000 Bauern in moderner Landwirtschaft unterrichtet werden. Noch sind die Investitionen der Koç bescheiden, dafür aber um so symbolträchtiger. Die GAP-Verwaltung hofft, daß andere Riesen wie die Sabanci-, Dogan- und Dogus-Holding mit Investitionen bald nachziehen werden.

Auch Staatsminister Salih Yildirim, rechte Hand des Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz, rechnete den Militärs vor, wie viel der 14jährige Krieg gegen die PKK die Türkei bis dato gekostet hat: 84 Mrd. Dollar, oder 2,6 mal soviel wie die budgetierten Gesamtausgaben für das GAP. Zum Vergleich: Die Inland- und Auslandsverschuldung der Türkei beträgt nach Angaben von Turkish Daily News momentan zirka 120 Mrd. Dollar. Yildirim wörtlich: "Wenn die Türkei sich in den vergangenen Jahren rational verhalten und das Geld ins GAP investiert hätte, gäbe es heute in der Region weder Anarchie noch Terror." Dem widersprechen allerdings viele kurdische Intellektuelle. Der kurdische Aufstand ist für sie nicht einfach einer um Brot und gegen jahrzehntelange ökonomische Vernachläßigung. Für sie geht es um nationale Gleichberechtigung, um Anerkennung der eigenen Kultur und gegen das Verständnis des Kemalismus, daß es in der Türkei nur eine Nation und eine türkische Volksgemeinschaft gibt. Die nationale Frage überlagert demnach den sozialen Konflikt.

Doch die sozialen Verhältnisse spielen eine große Rolle. Vielen kurdischen DorfbewohnerInnen geht es nicht zuletzt auch um den Erhalt ihrer Subsistenzwirtschaft. Kein Wunder also, daß die PKK von möglichen Angriffen auf die Dämme spricht. Abdullah Öcalan hat mehrfach erklärt, daß das GAP-Projekt ohne Lösung der kurdischen Frage nicht erfolgreich sein könne.

Neue Großaufträge

für Multis

Ein Husarenstreich leistet sich die Türkei auch unmittelbar an der Grenze zu Syrien mit dem Bau des Birecik-Damms, der vierten Staustufe am Euphrat. Unter Führung der deutschen Philipp Holzmann AG und der schweizerischen Sulzer Hydro GmbH errichtet ein internationales Konsortium diesen Staudamm. Im Konsortium vertreten sind auch die österreichische Strabag AG und die französische Alsthom Enérgie S.A.

Das 1,62 Mrd. Dollar teure Bauwerk ist das größte im Rahmen des sog. "build-operate-transfer"-Modell (BOT): Nach der geplanten Fertigstellung im Jahre 2001 ("build") wird das Konsortium während einer Kreditamortisationsphase von 15 Jahren das Werk betreiben ("operate"), bevor es dieses den staatlichen Elektrizitätswerken (TEAS) überantwortet ("transfer"). Riesige Flächen fruchtbarer Pistazienhaine, welche nur wenig Wasser benötigen, und anderes wertvolles Kulturland werden mit dem Birecik-Damm unter Wasser gesetzt. In der Türkei ist lediglich das BOT-Modell umstritten - selbst einige konservative PolitikerInnen bezeichnen es als neokolonialistisch; für Syrien und den Irak hingegen ist der Birecik-Stausee an sich eine Provokation. Dazu paßt eine Meldung des U.S. News & World Report von Mitte April, wonach Syrien PKK-KämpferInnen ausgebildet habe, um den Birecik-Damm zu sabotieren.

Aber auch weiter östlich am Tigris staut die Türkei das Wasser gleich dutzendfach. Die Staudämme Kralkizi und Dicle stehen kurz vor der Vollendung oder sind 1997 fertiggestellt worden. Der Batman-Damm, ebenfalls am Tigris, soll im März 1999 fertiggebaut sein. Kurz vor dem ersten Spatenstich steht das zweitgrößte aller türkischen Dammprojekte, der Ilisu-Damm südlich von Batman sowie der 35 Kilometer weiter flußabwärts liegende Cizre-Damm, unmittelbar vor dem Dreiländereck Türkei-Syrien-Irak. Die geschätzten Kosten betragen mehr als 1,7 Mrd. Dollar. Vom ursprünglich geplanten BOT-Modell ist man beim Ilisu-Projekt abgerückt, weil die ausländischen Investoren das türkische Recht, das dabei zur Anwendung kommt, nicht akzeptieren wollen. Statt dessen hat die Sulzer Hydro GmbH Anfang Juli bei der Schweizer Bundesregierung eine Exportrisikogarantie beantragt. Der Ilisu-Damm soll während 7,5 Jahren 7.000 Arbeiter beschäftigen. Der Stausee wird über 300 Quadratkilometer Land unter Wasser setzen und pro Jahr 3.830 Gigawatt (= 3,83 Mrd. Kilowattstunden) Strom produzieren. Jährlich sollen 200 Mio. Dollar Einnahmen erwirtschaftet werden. Mit den Dämmen am Tigris sollen insgesamt 627.386 Hektar Land bewässert werden. Einzelne Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Sie sagen nichts aus über die Beschäftigungsstruktur und die Verteilung der Einnahmen. Bei früheren Bauwerken des GAP wurden meist auswärtige Akkordarbeiter angestellt. Zudem fließt der Strom vorwiegend in die türkischen Metropolen oder ins Ausland. Viele kurdische Dörfer haben keinen Anschluß. Für den Irak besteht die Gefahr, daß der Tigris nach dem Grenzübertritt in ein paar Jahren nur noch als verschmutztes Rinnsal weiterfließt, mit durchaus absehbaren Folgen für Landwirtschaft, Stromversorgung und Gesundheit der dortigen Bevölkerung. Im September forderten der Irak und Syrien von der Türkei die Unterzeichnung eines trilateralen Abkommens zur gerechten Verteilung des Wassers. Der Irak drohte sogar mit dem internationalen Gerichtshof. Die Türkei reagierte prompt: militärische Einmarsch in den Nordirak und in Syrien

Jörg Dietziker

Dieser Beitrag ist von uns überarbeitet und stark gekürzt worden. Wir weisen an dieser Stelle auf eine ausführliche Dokumentation desselben Autors zum GAP-Projekt hin: "Wasser als Waffe. Türkische Dämme und Schweizer Helfer", Zürich 1998, 18 SFr (+ Versand). Die Dokumentation kann bestellt werden bei: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, Postfach, CH-8031 Zürich.

22. Bougainville: Die Mühen der Ebenen

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:22

Zugegeben: Das Bild ist ziemlich schief. Bougainville ist eine sehr bergige Insel, Ebenen gibt es dort kaum. Gleichwohl: Nach den Strapazen des Krieges und den Anstrengungen zur Beendigung desselben müssen auf Bougainville nun die Nicht-Kriegs-Situation stabilisiert und eine dauerhafte Friedensperspektive entwickelt werden; mithin liegen vor den Akteuren - die Mühen der Ebenen. Dabei sind auf Bougainville im Übergang vom Krieg zum Frieden Schwierigkeiten und Widersprüche zu erkennen, wie sie in zahlreichen Regionen der Dritten Welt in Nachkriegsphasen auftreten. Deswegen erscheint es uns sinnvoll, den Friedensprozeß auf Bougainville unter dem Gesichtspunkt seiner Beispielhaftigkeit auch weiterhin mit Analyse und Kritik zu begleiten, wie wir es in ak 415 begonnen haben.

Am 30. April ist auf Bougainville ein Waffenstillstand in Kraft getreten. Er soll den fast zehn Jahre währenden Krieg zwischen den Truppen der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) und den Aufständischen der Bougainville Revolutionary Army (BRA) beenden. Von beiden Seiten wird der Waffenstillstand als "unwiderruflich" bezeichnet. Tatsächlich hält er bisher. Selbst jene Strömung der BRA unter Führung des selbsternannten Präsidenten der Aufständischen, Francis Ona, die den Waffenstillstand nicht mit unterzeichnet hat, hält sich faktisch an die Waffenruhe. Vereinzelte Schießereien konnten den Waffenstillstand nicht ernsthaft gefährden.

Ob er allerdings auf Dauer eine Perspektive hat, hängt zum einen davon ab, ob sich die Konfliktparteien auf der politischen Ebene auf eine Regelung der zentralen Streitfragen einigen können, und zum anderen davon, ob den Menschen an der Basis eine ökonomische und soziale Perspektive eröffnet werden kann, die für sie den Frieden tatsächlich attraktiv macht und erhaltenswert erscheinen läßt. Beides ist zur Zeit noch keineswegs ausgemacht.

Im folgenden soll der Stand der politischen Bemühungen dargestellt werden, in einem zweiten Teil im nächsten ak wird dann auf die Probleme "an der Basis" eingegangen werden.

Schleppender Friedensprozeß

In den Vereinbarungen, die die Basis für den gegenwärtigen Waffenstillstand bilden, sind einige entscheidende Fragen ausgeklammert worden, die Gegenstand künftiger Verhandlungen sein sollen. Im Zentrum steht dabei die Frage nach dem politischen Status der Insel. Während die Zentralregierung PNGs weiterhin die Position vertritt, daß Bougainville integraler Bestandteil des Staatsverbands von PNG ist und daß eine Sezession der Insel nicht in Frage kommt, fordern die BRA und ihr politischer Arm, das Bougainville Interim Government (BIG), die vollständige Unabhängigkeit Bougainvilles. Andere Kräfte - wie etwa das Bougainville Transitional Government (BTG), die mit der Zentralregierung kooperierende Provinzverwaltung Bougainvilles - votieren für eine mehr oder minder weitgehende Autonomieregelung im Rahmen von PNG.

Ebenso wie in dieser Frage die Positionen zur Zeit noch unvereinbar erscheinen, so auch in der Frage der Zukunft der Panguna-Mine. Der Betrieb dieser gewaltigen Tagebau-Kupfermine und die damit verbundenen ökologischen Zerstörungen standen am Anfang des Krieges. Die Zentralregierung und die Minenbesitzer, der britisch-australische Bergbaumulti CRA/RTZ (Conzinc Riotinto of Australia/Riotinto Zinc), bestehen auf dem Recht zur Wiedereröffnung der Mine. BIG/BRA wollen die Mine geschlossen halten. Zur Zeit befindet sie sich immer noch unter Kontrolle der Francis-Ona-Strömung der BRA, eine Wiedereröffnung ist daher auf absehbare Zeit völlig unrealistisch.

Um sich an die zentralen strittigen Fragen heranzuarbeiten, wurde von den Konfliktparteien ein Prozeß verabredet, der schrittweise Vertrauen schaffen und die Voraussetzungen für eine politische Lösung schaffen sollte. Vor allem wurde der phasenweise Abzug der Regierungstruppen und die parallele Entwaffnung der BRA und anderer bewaffneter Kräfte auf Bougainville sowie die Bildung einer "Regierung der Versöhnung" (BRG - Bougainville Reconciliation Government) vereinbart. Durch die Entmilitarisierung sollten auf Bougainville ein Umfeld und ein Klima geschaffen werden, in dem frei von der Drohung mit Gewalt verhandelt werden soll. Und im BRG sollen alle relevanten politischen Kräfte Bougainvilles - BIG/BRA, BTG, Vertreter der lokalen und regionalen Chiefs/Ältesten und verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen (Kirchen,

Nichtregierungsorganisationen usw.) - zusammenkommen, um gemeinsam den Wiederaufbau der Insel zu betreiben und um in den Verhandlungen mit der Zentralregierung mit einer Stimme zu sprechen.

Allerdings geht es nur schleppend voran. Die Regierungstruppen haben noch nicht einmal mit dem Rückzug von der Insel begonnen. Selbst die von BIG/BRA nachdrücklich geforderte Rücknahme der Alarmbereitschaft für die Regierungstruppen auf Bougainville - eigentlich nicht mehr als ein symbolischer Akt guten Willens - wurde von der Zentralregierung wochenlang verschleppt. Erst am 21. August wurde sie von der Regierung in Port Moresby offiziell verkündet.

Der von allen Seiten gewollte Aufbau einer eigenen Polizei auf Bougainville, die an Stelle von Regierungstruppen einerseits und BRA andererseits die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung gewährleisten soll, kommt ebenfalls kaum vorwärts. In diese Polizei sollen sowohl ehemalige Kämpfer der BRA als auch der mit den Regierungstruppen verbündeten Resistance Forces integriert werden. Man kann sich offensichtlich über Zusammensetzung, Befehlsstrukturen, Kompetenzen usw. der Polizeieinheiten nicht einigen. Und so gibt es auf Bougainville im großen und ganzen keine Polizei (ebensowenig gibt es eine funktionierende Gerichtsbarkeit). Das schafft erhebliche Probleme. Denn die Soldaten der Regierungstruppen und die Kämpfer der BRA verharren vereinbarungsgemäß in ihren Lagern, so daß das Feld frei ist für zahlreiche (meist jugendliche) Banden, die allerorten auf Bougainville ein großes "Law and order"-Problem darstellen (s.Teil II). Auch die Angehörigen der unbewaffneten internationalen Friedenstruppe (1) können dieses Problem nicht angehen, da sich ihr Mandat darauf beschränkt, den Waffenstillstand zu überwachen und gegebenenfalls Waffenstillstandsverletzungen zu dokumentieren und zu melden.

Regierung der Versöhnung

Das Bougainville Reconciliation Government sollte vereinbarungsgemäß bis Ende des Jahres 1998 gebildet werden. Vorbereitende Gespräche platzten während des Sommers aber immer wieder. Mittlerweile ist die Zeit bis Jahresende zu knapp geworden.

Für die Verzögerung gibt es verschiedene Gründe. Das BTG, welches seinen Rückhalt in der Bevölkerung Bougainvilles weitgehend verloren hat, will sein Ende möglichst weit hinauszögern; die BTG-Mitglieder kleben an ihren (augenscheinlich sehr lukrativen) Posten. Die parlamentarische Opposition in PNG, zu der auch einer der "großen alten Männer" der Politik PNG und Bougainvilles, der aus Bougainville stammende Führer der Partei "Melanesian Alliance" John Momis, gehört, besteht darauf, in einer "Regierung der Versöhnung" angemessen vertreten zu sein. Ursprünglich hatte die Opposition sogar gefordert, daß John Momis die Führung des BRG zukommen sollte.(2) Dann einigten sich Regierung und Opposition jedoch auf einen gemeinsamen Vorschlag. Danach soll ein provisorisches BRG ab 1. Januar 1999 gebildet werden und dann in der ersten Hälfte nächsten Jahres - also bis zum 30. Juni 1999 - das "richtige" BRG gewählt werden; im BRG sollen auch die vier Abgeordneten aus Bougainville - also auch John Momis - vertreten sein. BIG/BRA halten sich in der Frage des BRG bedeckt. Sie wollen zwar eine solche "Regierung der Versöhnung", doch scheinen sie Probleme mit der Vorstellung von Wahlen zum BRG zu haben. Sie scheinen es vorzuziehen, daß dessen Mitglieder ernannt werden - das heißt, daß die Zusammensetzung des BRG in Gesprächen zwischen den verschiedenen Gruppierungen ausgehandelt werden müßte. Zudem wollen sie das BRG einzig als Interims-Gremium verstanden wissen, welches mit der Zentralregierung die Unabhängigkeit Bougainvilles aushandeln soll.

Am 9. Oktober kamen alle interessierten Seiten zusammen, um über die Bildung eines BRG zu reden. Die Gespräche fanden im Rahmen des Peace Process Consultative Committee (PPCC) statt. Das ist jenes Gremium, in dem alle Konfliktparteien vertreten sind und das die konkreten Schritte bei der Ausgestaltung des Waffenstillstands und des Friedensprozesses aushandeln soll. Auch die Zusammenkunft des PPCC war immer wieder verzögert worden. Geleitet wurde das Treffen am 9. Oktober vom Chef der PMG und der Leiterin der UN-Mission auf Bougainville. Neben Vertretern von BTG und BIG waren auch die vier Abgeordneten des PNG-Nationalparlaments aus Bougainville an den Gesprächen beteiligt. Sie erläuterten ihre oben skizzierten Vorstellungen über das BRG, stießen damit bei BIG und BTG aber nicht auf Begeisterung. Vielmehr meldeten diese Diskussionsbedarf mit ihrer jeweiligen "Basis" an. So wurde die Entscheidung über eine "Regierung der Versöhnung" einmal mehr verschoben.

Die größte Hoffnung auf ein demokratisch gewähltes BRG machen sich Kräfte jenseits von BTG/Zentralregierung einerseits und BRA/BIG andererseits. Diese Mittelkräfte, etwa in den lokalen und regionalen Ältestenräten (Councils of Elders - COEs), scheinen an der Basis in den Dörfern erheblichen Einfluß zu haben. Sie haben sich auf einem Kongreß vom 20. bis 22. August in Buin im Süden Bougainvilles deutlich zu Wort gemeldet. An diesem "Pan Bougainville Leaders Congress" nahmen mehr als 2000 Menschen teil. Der Kongreß verabschiedete eine Deklaration, in der das Recht auf Selbstbestimmung für das Volk Bougainvilles eingefordert und das gemeinsame Streben dieses Volkes nach einem "independent homeland" beschworen wurde.(3) Unterzeichnet wurde die Erklärung von Vertretern der Chiefs von Nord-, Zentral- und Südbougainville sowie Vertreterinnen der "Frauen von Bougainville".

Die "Buin Declaration" liegt weitgehend auf der Linie von BIG/BRA, die sie daher emphatisch begrüßten. Die Zentralregierung in Port Moresby dagegen bestritt der Versammlung in Buin das Recht, eine solche Entschließung zu verabschieden.

In der Tat dürfte die Buin Declaration die Stimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung widerspiegeln. Und diese große Mehrheit will wohl auch möglichst bald demokratische Wahlen zu einer "Regierung der Versöhnung". Allerdings plagen die Menschen im Alltag sehr viel näherliegende Sorgen - Sorgen, die zu einer ernsthaften Gefährdung des Friedensprozesses führen können. Darauf soll im Teil II der "Mühen der Ebenen" eingegangen werden.

Vo

Anmerkungen:

1) Diese "Peace Monitoring Group" besteht aus rund 300 Männern und Frauen (SoldatInnen und ZivilistInnen) aus Australien, Neuseeland, Fiji und Vanuatu. Sie ist gemäß Waffenstillstandsvereinbarung auf Einladung aller Konfliktparteien auf Bougainville stationiert.

2) Man berief sich bei dieser Forderung darauf, daß auch die Regierungen der anderen Provinzen PNG gemäß Verfassung von den jeweiligen Regionalabgeordneten im Nationalparlament geführt werden; diese Abgeordneten sind zugleich Provinzgouverneure.

3) Vgl. die "Buin Declaration of the Pan Bougainville Leaders Congress".

23. Zwischen Revolution und Quark. 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua - 20 Jahre Solidaritätsbewegung

Autor: Klaus Heß · Rubrik: Internationale Solidarität; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:27

Anläßlich dieses Jubiläums hat das Informationsbüro eine Broschüre unter dem gleichnamingen Titel herausgebracht. Dort erschien auch der folgende Artikel, der die Veränderungen in der Arbeit des Büros reflektiert.

Als ich 1978 in Bonn an meiner ersten Demo gegen die Somoza-Diktatur und für den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen teilnahm, hätte ich jeden für verrückt erklärt, der mir gesagt hätte, daß mich dieses Land noch 20 Jahre später beschäftigen würde. In der Tat ist die Nicaragua-Solidarität die längste und dauerhafteste Solidaritätsbewegung in der Geschichte der Republik, eine, die sich, sogar nachdem die Befreiungsbewegung die Macht erlangte, verbreiterte, während andere Solidaritätsbewegungen zusammenbrachen. Eine Solidaritätsbewegung, die selbst eine Wahlniederlage überlebte. Dieser Tage vollenden sowohl die Solidaritätsbewegung als auch das Informationsbüro Nicaragua e.V. ihr 20 jähriges Bestehen. Dies gibt Anlaß, den Bewegungsprozeß zu rekapitulieren.

Die Wurzeln

Historisch gesehen lassen sich folgende Gründungsdaten dieser Bewegung festhalten: das erste Treffen der Nicaragua-Soligruppen aus Wuppertal, Hamburg, Göttingen und Berlin im April 1978, die erste Ausgabe der Nicaragua Nachrichten im Mai 1978, gemeinsam herausgegeben von den Nicaragua-Solidaritätskomitees der BRD und Westberlins, produziert durch das Büro Nicaragua in Wuppertal; im August 1978 folgte die formale Vereinsgründung des Informationsbüros Nicaragua. Zusammen mit nicaraguanischen FreundInnen hatten einige WuppertalerInnen überlegt, wie der sich zuspitzende Befreiungskampf der FSLN gegen Somoza und die provisorische Exiljunta unterstützt werden könnte. Neben der allgemeinen Informationsarbeit über das bis dato relativ unbekannte Nicaragua wurde Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, ihre diplomatischen Beziehungen zu Somoza abzubrechen.

Es begann mit Postkartenaktionen, einer Botschaftsbesetzung und einem Hungerstreik. Nach dem schließlich erfolgreichen Aufstand gegen Somoza entstanden mehr als 300 Aktionsgruppen und Komitees mit der Bereitschaft, Aktionen und Politik über gemeinsame Organe zu koordinieren. Bundestreffen wurden abgehalten, Kampagnen und Projekte durchgeführt, zentrale Spendenkonten eingerichtet, Rundbriefe erstellt und ein Verlag, die Edition Nahua, gegründet. Als Hauptausrichtung wurde die vormalige Minimalforderung, die Beseitigung der Diktatur, durch das Bestreben, das Volk von Nicaragua zu begleiten und darin zu unterstützen, einen selbstbestimmten Weg gehen zu können, ersetzt.

Um 1980 flaute die Bewegung zwar einerseits quantitativ ab, setzte aber andererseits örtliche und thematische Schwerpunkte wie Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen. Die "Mühen der Ebene" bedeuteten für das Informationsbüro eine vielschichtige Auseinandersetzung mit den Themen der Revolution und ihrer Widersprüche. Humanitäre Hilfe wurde als politisch begründete Unterstützung für den revolutionären Prozeß gesehen. Zwar wurden dem Aufbauprozeß auch durch innernicaraguanische Auseinandersetzungen Grenzen gesetzt, ganz besonders wurde er aber durch die weltweiten Machtverhältnisse behindert, nicht zuletzt auch durch die Strukturen in der BRD. So stand die Nicaraguasolidarität vor der Aufgabe sowohl Strukturen in der 3. Welt als auch hier zu verändern. Nur wenn eine andere Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik erreicht wird, kann die Arbeit und damit auch die Emanzipation in Nicaragua langfristig Erfolg haben. Deshalb stand die Zusammenarbeit mit anderen basisnahen sozialen Bewegungen, etwa mit der Friedens- und Frauenbewegung, mit den fortschrittlichen Teilen von gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Parteien und Verbänden auch bei der lokalen Komiteearbeit im Vordergrund.

Die 80er Jahre: eine Solidarität in Bewegung

In den 80er Jahren wurden beide Aufgaben die Unterstützung des Wiederaufbaus und der Widerstand gegen die drohende US-Intervention als eng verzahnt und gleichberechtigt angesehen: die Niederlage des

Imperialismus war sowohl Ausgangsbedingung als auch Ergebnis eines eigenständigen revolutionären Entwicklungsweges. Praktischer Ausdruck dieser Einschätzung waren 1981-83 eine Antiinterventionskampagne mit einem Auftaktkongreß, an dem 1.700 Leute teilnahmen, das Thematisieren der Kriegsgefahr und der Kriegsursachen in Mittelamerika innerhalb der Friedensbewegung, die zentrale Nicaraguademo aller Friedens- und Solidaritätsgruppen sowie Protestaktionen vor den US-Einrichtungen.

Später konzentrierten die Komitees ihre Proteste zunehmend auf die Contrafreunde in der BRD, z.B. in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und in den rechten Stiftungen, die über Ausstellungen, Rundreisen, Geldsammlungen und Publikationen Themen wie Menschenrechte, indianische Autonomie und Demokratie in Nicaragua einseitig instrumentalisierten. Für die Solidaritätsgruppen bedeutete dies eine intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Nicaragua, um sich eigene, von der FSLN unabhängige Positionen zu erarbeiten, um mit diesen der einseitigen Kritik an der nicaraguanischen Revolution entgegentreten zu können. So wurde in Kenntnis der Widersprüche und Fehler der Sandinisten versucht, eine "kritische" Solidarität weiter zu entwickeln.

Solidarität sollte sich darüber hinaus immer daran messen lassen, inwieweit sie auch weltweite Ausbeutungsstrukturen anprangert, etwa in der Kaffeekampagne, wo die Beteiligung der Kaffeekonzerne an der Ausbeutung Mittelamerikas deutlich wurde, oder etwa den Protestaktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn und gegen die IWF-Tagung 1988 in Westberlin. Es blieb immer ein zentrales Problem, wie diese Proteste gegen interventionistische internationale Strukturen in Übereinstimmung mit der materiellen Solidarität zum Wiederaufbau gebracht werden können. So waren Geldsammlungen z.B. für Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, für soziale Projekte zur Unterstützung der FSLN und der salvadorianischen FMLN, Materialsammlungen in der Kampagne "Nicaragua muß überleben" wichtige Aktivitäten von Anbeginn an. Doch immer blieb ein Streitpunkt, inwieweit für diese Solidarität Bündnisse mit anderen Organisationen und Parteien unter Vernachlässigung der politischen Differenzen und der eigenen politischen Akzente eingegangen werden sollten.

Die Verbindung der politischen Aktion mit der praktischen Solidarität gelang am besten mit der Brigadenkampagne. Mehrere tausend BrigadistInnen unterstützen mit ihrem Geld und ihrer Arbeitskraft nicht nur Produktion und Siedlungsbau, ihre Präsenz im Moment der stärksten Interventionsdrohung durch die USA und an den Orten der Contraoperationen sowie ihre Zeugenaussagen in unzähligen Veranstaltungen und Presseaktivitäten spielten eine zentrale Rolle in der politischen Auseinandersetzung der BRD der 80er Jahre.

Der politische Erfolg der Bewegung gründete im wesentlichen auf folgenden Faktoren:

Erstens hatte der Aufstand in Nicaragua eine große gesellschaftliche Breite (Kampf gegen einen "Bilderbuchdiktator", Volksaufstand statt Guerillafocus, breites Oppositionsbündnis ohne ideologische Fraktionierungen, behutsamer Umgang mit der Opposition nach dem Triumph).

Zweitens zeichnete sich die Solidaritätsbewegung durch eine multipolare Zusammensetzung und durch basisdemokratische Strukturen aus. Kirchliche Gruppen spielten eine starke Rolle, ebenso wie die undogmatischen Linken. Es zeigte sich eine Dominanz jüngerer AktivistInnen, die sich unbelastet von deprimierenden Erfahrungen des Internationalismus zum ersten Mal politisierten. Eine organisatorische Zusammenarbeit mit Parteien und Großorganisationen wurde abgelehnt.

Drittens gab es eine Grundpositionen der Solidarität, die sich von einer bedingungslosen Anlehnung an die sandinistische Politik im Sinne einer "Freundschaftsgesellschaft" abgrenzte, sich statt dessen mit den Bedingungen des Handelns auseinandersetzte und versuchte, Hintergründe und Konsequenzen von politischen Entscheidungen zu verstehen, wenngleich auch nicht immer zu billigen.

Ein Orientierungspunkt zur Einschätzung dieser Bewegung ist neben der Kontinuität und Breite der gesellschaftlichen Verankerung aber auch die subjektive Befindlichkeit ihrer Mitglieder, also von uns. Damit meine ich z.B. politische Ohnmachtserfahrungen und Entfremdungserlebnisse im eigenen Land. Dadurch geprägt hatte ich 1981 beim ersten Nicaraguabesuch das subjektive Empfinden des genauen Gegenteils: Alle Menschen schienen zufrieden und aufgeschlossen. Wenn sie nicht sogar wie die meisten behaupteten selbst Guerilleros waren, so waren sie doch alle aktiv am gesellschaftlichen Aufbruch beteiligt, um ihr Land aufzuräumen, ihre Gesellschaft (auch ihre Straßen) auszukehren, Berge zu versetzen. Die Stimmung des sichtbaren kollektiven "vamos haciando la historia" hat viele von uns nachhaltig beeinflußt.

Die Funktionalisierung Nicaraguas als Projektionsfeld für sich erfüllende Ideale und für unerreichbare Ziele im eigenen Land spielte eine große Rolle. Gerade zur Zeit, als die Friedensbewegung 1983 scheiterte, erlebte der "Nicaraguatourismus" seinen Boom. Bei einer Beteiligung in Nicaragua brauchte man sich erstmals nicht gegen gesellschaftliche Mechanismen zu stellen, man konnte Gestaltungsmacht ausüben. Man war anerkannt als BrigadistIn, als ProjektunterstützerIn, als "EntwicklungshelferIn". Nicaragua wurde somit auch zum Betätigungsfeld für die eigene ungelöste Rolle.

Dabei werden und wurden oft eigene Entwicklungsvorstellungen auf Nicaragua übertragen. In Erinnerung bleibt mir die Kaffeebrigade, die, selbst alles Städter, neben der Küche einen diversifizierten Gemüsegarten für NicaraguanerInnen anlegten, was diese interessiert beobachteten. Am nächsten Tag liefen die Kühe darüber. Oder die Häuserbrigade, die nach eigenen Vorstellungen ein Wasserpumpsystem errichtet hatte, damit die Leute in Pantasma den Weg zum Wasserholen verkürzen konnten. Allerdings gab es keinen regelmäßigen Treibstoff, Ersatzteile sowieso nicht. Oder die gutgemeinten Latrinen neben den Häusern, die leider überhaupt nicht den kulturellen Gewohnheiten der Menschen auf dem Land entsprachen. Solche paternalistischen Auswüchse, die von der Annahme der eigenen überlegenen Kompetenz ausgehen, hoffen wir, immer mehr ablegen zu können. Für viele endete ihr Engagement für Nicaragua allerdings im Rückzug, wenn eigene Vorstellungen nicht realisiert wurden. Es erzeugte Hilflosigkeit, wenn Tomatenfelder mit Giftspritzen bearbeitet wurden und die Giftreste gleich im Wassergraben nebenan entsorgt wurden.

Das Informationsbüro heute

Bis zu Beginn der 90er Jahre spielte das Informationsbüro Nicaragua eine besondere Rolle in der Solidaritätsbewegung. Dabei war das Büro immer vieles gleichzeitig. Als eine Art Dienstleister für die Solidaritätsbewegung wurden Anfragen beantwortet, ReferentInnen vermittelt, aktuelle Informationen verbreitet, Projekte betreut, zentrale Spendenkonten eingerichtet, ein Archiv geführt und nicaraguanische Gäste betreut. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bestanden die Aufgaben in der allgemeinen Pressearbeit, in der Verschickung regelmäßiger Rundschreiben mit Informationen, Einschätzungen und Materialhinweisen an einen großen Verteiler, sowie in der Herausgabe von Büchern und Broschüren. Als Koordinationsstelle übernahm das Büro die Kommunikation zur Frente und zu anderen nicaraguanischen Organisationen, verschickte Rundbriefe an die Komitees, übernahm die Vorbereitung der Bundestreffen, setzte Aktionen und Kampagnen um. Es war Ansprechpartner für andere politische Bewegungen und Organisationen, etwa für die Friedensbewegung, um dort Positionen und Qualitäten der Solidaritätsbewegung einzubringen und die eigene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Last but not least war das Büro stets auch eine autonome Gruppe mit internen kollektiven Diskussions- und Entscheidungsstrukturen, sowie eigenständiger Orientierung.

Mit dem Verlust der Regierungsmacht durch die FSLN und den gleichzeitig stattfindenden Umbrüchen in Europa hat sich die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua weitgehend aus dem politischen Geschehen der BRD zurückgezogen oder sich - wie die Städtepartnerschaftsgruppen - auf eine örtliche Ebene verlagert, so daß eine Koordinierungsaufgabe auf ein Minimum geschrumpft ist. Im Verhältnis dazu ist der Grad der Institutionalisierung und Professionalisierung als Solidaritätsbüro gestiegen. Dabei versuchen wir die Erfahrungen der 20jährigen Auseinandersetzungen in neuen Zusammenhängen aufzuarbeiten und in neuen Betätigungsfeldern wie Antirassismus, kommunale Entwicklungspolitik, Perspektiven des Internationalismus, weiterhin aber auch im Themenkomplex Nicaragua und Mittelamerika umzusetzen. Darunter fallen so unterschiedliche Stichworte wie nachhaltige Entwicklung, Globalisierung, Landfrage in Mittelamerika, Kritik des Entwicklungsdenkens, Frauenbewegung, selbstverwaltete Kooperativen, alternative Produktionsentwicklung, Patriarchatskritik, Subsistenzwirtschaft, Organisationskritik, Migrations- und Flüchtlingspolitik, Chiapas.

Auch die Ebenen des politischen Agierens haben sich verschoben: Im Rahmen des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) arbeiten wir gemeinsam an länderübergreifenden Arbeitsschwerpunkten. Darüber hinaus stehen wir im Austausch gemeinsamer Themenschwerpunkte mit den Lateinamerikainfostellen in der BRD und im besonderen mit den Mittelamerikainfostellen z.B. zur Landrechtsfrage. In NRW und Wuppertal arbeiten wir vernetzt mit den Eine-Welt-Initiativen und dem Netzwerk der Wuppertaler Sozial- und Umweltinitiativen (StattRat). Einzeln oder gemeinsam haben wir uns an verschiedenen Buchprojekten beteiligt, welche von Pizzen, Fischen, Tarzans, Marcos, Leguanen und alten Antonios handeln.

Klaus Heß

Der Artikel erschien zuerst in einer Broschüre anläßlich des 20jährigen Jubiläums. Gegen DM 3,- kann die Broschüre beim Informationsbüro Nicaragua bezogen werden. Anschrift: Postfach 10 13 20, 42013 Wuppertal, Tel.: 0202 - 30 00 30, Fax: 0202 - 31 43 46, E-mail: nica@wtal.de

24. "Zunächst waren wir einfach ungläubig ..." Vor 25 Jahren wurde Salvador Allende ermordet (Interview mit Maria Roja)

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:44

Maria Roja war während der Allenderegierung im MIR organisiert und ist heute Leiterin des Casa Memorial Salvador Allende in Havanna/Kuba. Das Interview führte Peter Nowak.

Peter Nowak: 25 Jahre nach dem Militärputsch gegen den sozialistischen chilenischen Präsidenten Salvador Allende sind die Ereignisse kaum mehr präsent. Welche Erinnerungen haben Sie an die kurze Zeit des chilenischen Sozialismus?

Maria Rojas: Der Wahlsieg der chilenischen Linken 1970 ist nur Teil eines politischen Umbruchsprozesses, der Mitte der 60er Jahre im Land einsetzt. Ich kann das an meiner eigenen Biographie deutlich machen. Ich kam zwar aus einer klassischen Mittelschichtsfamilie, konnte aber jeden Tag vor unserem Haus Kinder beobachten, die auf fahrende Obstwagen kletterten und Obst runterholten, das sie dann verkauften, um die Ernährung ihrer Familien zu sichern. Als Jugendliche arbeitete ich Mitte der 60er Jahre in einer Theatergruppe eines Kulturhauses im roten San Miguel, einem Stadtteil von Santiago de Chile. Wir führten in Elendsvierteln populäre Stücke auf und lernten so die elenden Lebensbedingungen eines Großteils der chilenischen Menschen kennen. An der Universität kam ich dann das erste Mal mit den Schriften von Marx und Lenin in Kontakt, was mir das theoretische Rüstzeug verschaffte, um die Situation in meinem Land zu begreifen. An der Universität bildeten sich Ende der 60er Jahre zwei Positionen heraus. Während die Christdemokraten den Kapitalismus modernisieren wollten, war unser Ziel der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau einer Gesellschaft für die Mehrheit der armen Bevölkerung. Die Hinwendung zu den Ärmsten der Armen drückte sich auch praktisch aus. Wir gingen aus den Universitäten in die Elendsviertel, brachten den Bewohnern Lesen und Schreiben bei und bauten mit ihnen Straßen und Toiletten. Das waren Momentaufnahmen der gesellschaftlichen Umbruchssituation, die das ganze Land erfaßt hatte und auch die Grundlage für den Wahlsieg von Salvador Allende im Herbst 1970 bildete.

Trotzdem war die Reaktion der Linken auf Allendes Wahlsieg nicht nur freudig?

Zunächst reagierten wir ungläubig. Allende war ja 1970 das vierte Mal Kandidat der Linksfront. Viele Linke waren überzeugt, daß sie nie über Wahlen an die Macht kommen würden. Tatsächlich konnte Allende nur siegen, weil die Rechte 1970 in zwei Parteien gespalten war: die Christdemokraten und die offenen Rechtsparteien. Zu dieser Zeit wurde vor allem in intellektuellen Kreisen der Linken heftig darüber diskutiert, ob Wahlen oder der bewaffnete Kampf der bessere Weg zum Sozialismus sind. Nach dem Wahlsieg beteiligte sich ein großer Teil der Linken am Aufbau der Consejos Comunales, einer Art kommunaler Räte. Sie sollten ein erster Schritt zum Aufbau einer Volksmacht sein. Im Laufe der Zeit rückte die Verteidigung der Errungenschaften der Allenderegierung vor der aggressiven Rechten in den Vordergrund. Fabriken und Universitäten wurden besetzt, um so alle Versuche zu unterbinden, die Produktion zu unterbrechen und Lebensmittel zu horten. So unterstützten wir beispielsweise Arbeiterfrauen, die die Lager aufbrachen und das dort von der Reaktion gehortete Getreide und Mehl verteilten.

Damit waren aber doch nicht alle Teile der Unidad Popular einverstanden?

Die Aktionen gegen das Horten von Lebensmitteln oder gegen Sabotage wurden auch von der Gesamtheit der Linken getragen. Andere Aktionen stießen vor allem bei einem Teil der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei auf Ablehnung. Die hatten Angst, daß die Militärs zu stark provoziert werden könnten. Viele Campesinos waren nach dem Wahlsieg der Linken nicht mehr bereit, noch länger Geduld zu üben. Sie sagten sich, wir haben Jahre gewartet. Jetzt regieren die Linken, jetzt nehmen wir uns das Land. Das haben wir unterstützt.

Wie wirkten sich diese Differenzen bei dem Kampf gegen die Putschgefahr aus?

Es gab auch hier zwei Tendenzen in der chilenischen Linken. Eine Tendenz um die Kommunistische Partei und Teile der Sozialistischen Partei wollte einen Bürgerkrieg in Chile unter allen Umständen vermeiden und

war dazu zu einer Verlangsamung der Umgestaltungen bereit und strebte ein Übereinkommen mit dem Kleinbürgertum und den Christdemokraten an. Die zweite Tendenz mit dem anderen Teil der Sozialistischen Partei, der MAPU und dem MIR hatte sich wenige Wochen vor dem Putsch zum "revolutionären Pool" zusammengeschlossen. Sie wollten sich dabei nicht einfach auf die Verfassungstreue der Militärs verlassen. Ihr Ziel war die aktive Verteidigung des chilenischen Sozialismus und einer entsprechenden Organisierung in der Bevölkerung. Allerdings blieb bis zum Putsch nicht mehr genügend Zeit. Wir Linken haben viele Fehler gemacht, indem wir die Erfahrungen aus China, Albanien oder Kuba mechanisch auf die völlig andere chilenische Situation übertragen wollten.

Warum wurde gerade ein Gedenkhaus für Salvador Allende und nicht für die weitgehend unbekannten Linken, die ebenfalls im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen, gegründet?

Unsere Aufgabe ist die Vertiefung des Denkens von Salvador Allende. Die Grundzüge seiner Politik ist heute aktueller denn je: die Verteidigung der Souveränität, der Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine klassenlose Gesellschaft, der Kampf um die Nationalisierung unserer Bodenschätze. Heute gefährdet die neoliberale Globalisierung die Souveränität unserer Länder immer stärker. Wichtige Entscheidungen unserer Politik werden im Ausland getroffen. Es war das Pinochet-Regime, das Chile zu einem Modellfall dieser neoliberalen Politik gemacht hat. Die Häfen unseres Landes wurden zu Adern, durch die unsere Bodenschätze ins Ausland transportiert wurden. Von heute aus betrachtet war Salvador Allende, als er sich mit der Waffe in der Hand in der Moneda den Putschisten entgegenstellte, der erste Kämpfer gegen den Neoliberalismus.

Warum habt Ihr gerade Havanna für das Gedenkhaus ausgewählt?

Das Gebäude, in dem sich seit 1994 das "Casa Memorial Salvador Allende" befindet, war während der Zeit der Unidad Popular die chilenische Botschaft und nach dem Putsch Sitz des Chile-Solidaritätskomitees in Havanna. Die Beziehungen zwischen den kubanischen und den chilenischen Antiimperialisten reichen bis ins letzte Jahrhundert zurück. Chilenen haben auf Seiten Kubas im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien gekämpft. Allende war von Anfang an solidarisch mit der kubanischen Revolution. Während seiner Präsidentschaft waren die Beziehungen zu Kuba sehr eng. Nach dem Putsch fanden viele chilenische Flüchtlinge in Kuba Zuflucht und wurden nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Bevölkerung freundlich aufgenommen. So wurde auf Initiative der Baubrigaden in jeden neugebautem Wohnblock eine Wohnung für chilenische Flüchtlinge eingerichtet.

Ist Allende im heutigen Chile nicht weitgehend vergessen?

Chile ist nach dem Putsch kein anderes Land geworden. Der chilenischen Oberschicht war Allende immer fremd und ist es bis heute geblieben. In den Stadtteilen der Armen ist er bis heute unvergessen. Selbst Jugendliche, die erst lange nach dem Putsch geboren wurden, tragen auf Demonstrationen Fotos von Salvador Allende. Auch wenn sie nicht über alle Einzelheiten seiner Politik informiert sind, so wissen sie doch, daß er für die Armen gekämpft hat und gestorben ist.

25. Neue Guerilla will für Volksaufstand vorbereitet sein. ERPI erklärt eigene Linie

Autor: Dario Azzellini, Mexiko-Stadt · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:41

Das exotische Urlaubsland Mexiko wird von hauseigenen Militärs als Land im Kriegszustand bezeichnet. 37 Guerillaorganisationen operieren in zwölf Bundesstaaten Mexikos. Andere Quellen sprechen sogar von bis zu 300 Organisationen. Letztendlich sind diese Zahlen aber wenig aussagekräftig, weil einige Gruppierungen verschwindend klein sind, während andere über eine breite Basis verfügen. Außerdem werden zunehmend auch bäuerliche Selbstverteidigungskomitees durch staatliche Repression in die Klandestinität gedrängt und verwandeln sich so langsam in Guerillagruppen.

Auch der Bundesstaat Guerrero blickt auf eine lange Guerillatradition zurück. Bereits 1963 führt der Landschullehrer Vazquez Rojas eine Gruppe zur bewaffneten Selbstverteidigung an. Seine Gruppe wird in die Klandestinität gedrängt und schließlich 1972 zerschlagen. Nach dem Massaker von Atoyac 1967 entsteht außerdem die "Hinrichtungsbrigade der Partei der Armen", die breite Unterstützung von den BäuerInnen in Guerrero erhält. Im Rahmen der Aufstandsbekämpfung "verschwinden" in der Region über 500 Menschen; viele sollen über dem offenen Meer aus Hubschraubern geworfen worden sein. Als die "Hinrichtungsbrigade" schließlich 1974 zerschlagen wird, scheint das Kapitel bewaffneter Kampf für die Regierung wie für die Linke abgeschlossen.

Aber diese Zerschlagung ist nicht vollständig: So geht etwa die EZLN aus der kleinen Gruppe der Nationalen Befreiungsfront (FLN) hervor, nachdem sie vorher jahrelang im Untergrund Aufbauarbeit geleistet hatte. Nach der EZLN 1994 tritt als nächste Guerillaorganisation 1996 schließlich die EPR (Revolutionäre Volksarmee) in Erscheinung. Auch diese Organisation geht aus Resten der Bewegungen aus den 60er und 70er Jahren hervor, die sich über Jahre in der Klandestinität neu formierten und den geeigneten Zeitpunkt zum "Auftauchen" in der Öffentlichkeit abwarteten.

Nicht mit Gedichten Kriege gewinnen

Die EPR operiert in mindestens acht der sechzehn Bundesstaaten Mexikos. Die Erklärung für den Griff zu den Waffen ist dieselbe wie bei der EZLN: Sie sehen sich einem System gegenüber, das keine demokratischen Optionen mehr bietet und gleichzeitig wirtschaftlich und sozial immer größere Teile der Bevölkerung ausgrenzt. Doch der Jargon der EPR ist in den ersten zwei Jahren sehr "hart" - in Anlehnung an die traditionelle marxistisch-leninistische Rhetorik der 60er und 70er Jahre. So verkündet die EPR im Hinblick auf die Kommuniques von Comandante Marcos, "man könne einen Krieg nicht mit Gedichten gewinnen". Doch ab Mitte 1997 ist eine Veränderung festzustellen. Vor den Wahlen in Mexiko-Stadt kündigt die EPR einen Waffenstillstand an, "um den Wahlprozeß nicht zu beeinflussen" und definiert im folgenden Kommuniqué "Wahlen als Teil des Kampfes um Veränderung". Alle folgenden Erklärungen sind erheblich moderater formuliert - manche enthalten sogar Gedichte.

Mitte 1998 betritt eine weitere Guerillaorganisation die Bühne des politischen Geschehens: In den Tagen nach dem Massaker vom 7. Juni in El Charco (Guerrero), bei dem die Armee elf Personen ermordet, führt eine bis dahin unbekannte Guerillaorganisation mindestens zwei Angriffe auf Militär- und Polizeipatrouillien durch. Nach offiziellen Angaben kommen dabei fünf Sicherheitskräfte ums Leben. Zwei Comandantes der neuen Organiation EPRI (Revolutionäre Armee des Aufständischen Volkes) erklären Anfang August in Acapulco Ursprünge, Positionen und Ziele ihrer Organisation.

Demnach repräsentiert die ERPI die gesamte ehemalige Struktur der EPR im Bundesstaat Guerrero. Die ERPI-Comandantes Antonio und Santiago nennen drei wesentliche Unterschiede zur EPR. Erstens will die neue Organisation die Radikalisierung der Bevölkerung während des Wahlprozesses vorantreiben: "Wir verstanden, daß die Wahlbewegung ein Ausdruck des Kampfes des Bevölkerung ist und unsere Rolle nicht nur die eines kritischen Beobachters sein kann". Zweitens will die EPRI die bewaffnete Selbstverteidigung entwickeln. Die Aktionen der EPR hätten sich nicht an den Notwendigkeiten der Dorfgemeinschaften orientiert, sondern an landesweiten konjunkturellen Ereignissen. Und drittens will sich die ERPI auf einen möglichen Volksaufstand nach den Wahlen im Jahr 2000 vorbereiten.

Mehr Realität, weniger Ideologie

Damit spielt die Organisation auf die Wahlen von 1988 an, bei denen ein Wahlbetrug des regierenden PRI dem damals unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Cuahtemoc Cardenas wahrscheinlich den Sieg kostete. In der Folge war es zu Aufständen und bewaffneten Zwischenfällen in verschiedenen Bundesstaaten gekommen, als BäuerInnen zu den Waffen griffen, um die Wahlergebnisse in ihren Gemeinden zu verteidigen. Die ERPI definiert sich als "Armee des Volkes und nicht irgendeiner Partei, wir tun nur das, was die örtliche Bevölkerung mehrheitlich von uns verlangt ".

Auf die vermutete Nähe zur EZLN angesprochen, erklärte Comandante "Antonio", es bestünden keinerlei Verbindungen zwischen den beiden Organisationen. Während die EZLN vor allem politische Antworten geben würde, sei seine Organisation daran interessiert, Selbstverteidigungsaktionen durchzuführen. Die Initiative der EZLN, eine Volksabstimmung über die Rechte der indigenen Gemeinschaften durchzuführen (s. ak 417) hingegen würde von der ERPI ausdrücklich begrüßt.

Die ERPI scheint offener, weniger militaristisch und basisnäher als die EPR zu sen. Eine interessante Entwicklung, die mitten in der Hochburg der EPR stattfindet. Auch die Äußerungen der ERPI zur EZLN drücken mehr als nur distanzierten Respekt aus; die politische Vorreiterrolle in der Definition einer neuen bewaffneten Basispolitik wird explizit anerkannt und hervorgehoben. Aber wie stark die ERPI tatsächlich ist, ist vorerst unklar. Klar ist nur folgendes: Die unterschiedlichen politisch-militärischen Projekte neben der EZLN im agrarischen Süden Mexikos sind offensichtlich ideologisch nicht festgenagelt und flexibel genug, um der Realität einen angemessenen Einfluß einzuräumen. The future is unwritten...

Dario Azzellini, Mexiko-Stadt

Chiapas hat gewählt - oder auch nicht

In 81 von 103 Landkreisen liegt nach der Auszählung der am 4. Oktober bei den Kommunalwahlen abgegebenen Stimmen die institutionalisierte Revolution in Form der Regierungspartei PRI vorne. Die linksoppositionelle PRD (Partei der Demokratischen Revolution) konnte nur 17 Landkreise für sich verbuchen. Von "wählen" kann allerdings kaum die Rede sein, da die große Mehrheit der Chipaneken die Stimmabgabe verweigerte, nicht zuletzt dank der Wahlboykottkampagne der EZLN. Zudem verwertete die PRI die katastrophalen Regenfälle vom September (300 Tote, 16.000 Familien obdachlos) sinnvoll in ihrem Wahlkampf, indem sie staatliche Katastrophenhilfe über ihre örtlichen Kandidaten verteilte. Die PRD forderte die Anullierung der Wahlen wegen Wahlbetrug und erklärte, es gebe keine ausreichende Legitimitation für die Bildung der neuen Provinzregierung. Aber das ist ja nunmal das Kreuz mit institutionalisierten Revolutionen: daß offensichtliche Absurditäten zu ihrer Legitimation hinreichen.

efa

26. Expressive Schnellzugsprache. Der tschechische Wenderoman "Die Schwester"

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:04

Jáchym Topol, Jahrgang 1962: vielleicht ein Urenkel von James Joyce. Jedenfalls drängen sich Assoziationen zum Ulysses auf, wenn man Topols Wende- und Nachwenderoman Die Schwester liest. Zur Warnung: Ein 650 Seiten wild dahinschießender Text, der das Leserhirn kräftig durchspült. Und der Versuch, die unterschiedlichen Ebenen des Buches auseinander zu klamüsern, ist wenig einträglich. Zu sehr sind sie ineinander verschachtelt, nicht zufällig begegnet dem Leser das Wort MÖGLICHKEIT mehrfach groß geschrieben. Alles ist möglich bei Topol, Sein, Schein, Traum, Phantasien changieren von einem Satz zum andern, ebenso wie er in allen möglichen Genres herumfuhrwerkt und Indianergeschichten und Agentenstories, Milieustudie und Abenteuerroman, präslawische Mythologie und Zeitgeschichte zu einer atemlos erzählten Melange vermengt.

Trotzdem gibt es sowas wie Koordinaten für Topols Odyssee durch die tschechische Nachwendezeit. Die Hauptgestalt, der Schauspieler und Tänzer Potok, erlebt die "Explosion der Zeit", den Ansturm der DDR-Flüchtlinge auf die deutsche Botschaft in Prag, die Demonstrationen, den Fall des realsozialistischen Systems. Der Undergroundler hat seine Kraft aus dem Widerstand gegen das System bezogen; und aus der Liebe zu Kleine Weiße Hündin. In der Dämmerung des KANALS, bespitzelt, verhaftet, eingesperrt, psychiatriert und wieder beobachtet, hat er seine eigene Art von Unabhängigkeit entwickelt, Überlebensstrategie und innere Freiheit zugleich. Freilich lähmt die Angst seine Kraft: Angst vor direkter Berührung mit der Welt, Angst vor Kleine Weiße Hündin, er schreckt davor zurück, "so auf der Welt zu sein, wie sie es wollte, ihr nachzugeben, hier in jemand anders zu existieren". Sie will ihm die Angst nehmen, die für ihn aber auch kreativ ist: "... ohne die Angst hätte ich alles schaffen, aber nichts erschaffen können ... denn menschliche Gestalten darstellen und mit ihnen spielen kann nur der, der die böse alte Angst vorm Leben kennt, und auch die Angst vorm Ende dieses Lebens ... ich hatte mich für die Angst entschieden ... und deswegen hatte mich Hündin aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, sie hat das Band zwischen uns entzweigeschnitten ... aber sie gab mir das Versprechen, mir eine Schwester zu schicken ... mit ihr meiner Zukunft einen Sinn zu geben".

Letzte Fragen sind es, denen Topol exzessiv nachsetzt, in alle Lebensbereiche und geographische Winkel der neuen Republik. Im ersten Teil "DIE STADT" rast er durch Prag, erlebt den Umbruch, spielt Theater. Seine Rolle deutet schon das neue Tempo an, nachdem die Zeit jahrzehntelang stillgestanden ist: "Ich stellte eine menschliche Rose dar, ich hatte eine Stunde Zeit zum Wachsen, Knospen, Blühen, Welken und Verblühen." Jetzt, da die gesellschaftliche Zeit "explodiert" ist, geht auch Potoks Uhr ganz anders.

... als hätten die Häuser Beine bekommen

Merkwürdige Dinge ereignen sich. Mit anderen Stadtratten, Mitstreitern aus der alten Zeit, gründet er die ORGANISATION, jetzt muß man schon mal rasch ran, die Marktwirtschaft erlernen, deren Wolfsgesetze auf Trödelmärkten ebenso wirksam werden wie bei den mafiosen Geschäften, die "die Leute vom GEHEIMNIS" betreiben. Was soll's, wenn sich in den Ministerien alte Seilschaften festsetzen: Macht nichts, ausnutzen, die Feinde von gestern sind heute erpreßbar, mutieren zu Partnern für obskure Schiebereien, jetzt ist Goldgräberzeit, die hohe Zeit des Glücksrittertums, da werden Autos und Waffen verschoben, alte tschechische AK 3-Maschinengewehre nach China, Raketensysteme nach Libyen, schwunghaft gedeiht das Immobiliengeschäft, als hätten die Häuser Beine bekommen.

Nein, liebe Buchstabenfresserin, lieber Satzzeichenschlucker, fragt nicht, was Potok in diesem Klondike des Wilden Ostens treibt, was an seiner Räubergeschichte "Wahrheit" ist oder Traum oder Phantasie oder Möchtegern oder Sosollssein. Topol jagt seinen Protagonisten durch Abenteuer, daß es selbst Odysseus kalte Schauer über den Rücken gejagt hätte. Potok muß sich nicht nur Sirenenklänge der neuen Zeit anhören, er muß die ganze Welt neu erfinden, nichts weniger.

Zwischendurch wird der tschechischen Sprache die Liebe erklärt, mit geschwellter Brust auf ihr unverwechselbares "r" mit Hatschek verwiesen, um drei Atemzüge später - und Topol ist ein Schnellröchler -

die Verletzlichkeit des tschechischen Nationalgefühls kräftig zu verarschen und gegen den Nationalismus auszuteilen ...

Wenn etwas nicht so läuft wie geplant, wird gelegentlich die "altbolschewistische Selbstkritik" geübt, jeder muß einen Traum erzählen, in dem sich böse Dinge ereignen, und kriegt je nach Schwere des Falls ein paar kathartische Hiebe und Tritte. Echt komisch. Bis Potok seinen Traum von OSVETIM (Auschwitz) erzählt, ein Gang durch Asche und Skelette, doch dann nimmt der Traum die absurdesten und wahnwitzigsten Wendungen. Nicht nacherzählbar, diese fünfzig Seiten, dieser schwejkiadisch geschilderte Ritt durch das, was nach dem neunten Kreis der Hölle kommt, durch den Holocaust, der den Raum hat erstarren lassen, die Zeit verbrannt und mit dem Glauben aufgeräumt hat, irgendein Kindlein könnte als MESSIAH kommen.

Aber Bandenkämpfe hin, Mafiageschäfte her, Potok lebt in ständiger Suche - wonach? Einen Glauben will er finden - aber das mit der Religion ist eine verkorkste Sache, wenn ein Gott sogar dem Dr. Mengele gnädig ist. Eine Identität will er finden, ein unverwechselbares Selbst - aber allzuoft treibt es ihn durch die Strudel fremder Machenschaften, eingebildeter Machenschaften, möglicher Machenschaften, ohnehin kracht die ORGANISATION zusammen, ihre Bank geht bankrott, entgegen ihren Prinzipien hat sie Waffen verschoben und ist hochgegangen. Vorbei das Leben in der Gemeinschaft, im "Stamm". Potok bleibt nur noch die Suche nach der versprochenen Schwester.

Topol macht es sich nicht leicht damit, daß sein Potok "die Schwarze" wiederfindet, eine Barsängerin, seine Schwestergeliebte. Schon deshalb nicht, weil das Gewusel von Traum und Abenteuerroman nun in einen Agententhriller umschlägt, in dem Potok einen Auftrag durchzuführen hat und zugleich in eine intensive love story rutscht, mit der Schwarzen dabei in eine elende Falle gerät und fast ermordet wird: Seine Schwester ist es, die ihm den Revolver an die Stirn drückt, denn seine Schwester ist der Tod, den er gesucht hat - oder hat er das auch bloß geträumt?

Komplizierte Fluchten

Die Träume sind vielleicht das zentrale Element seiner Suche. In diesen Träumen entwirft Topol eine spannungsvolle Welt zwischen Ursprünglichkeit und apokalyptischen Wahnsinnstaten. Sie erlauben es Potok, in seiner Suche aus der Zwangsjacke gesellschaftlicher Normen herauszutreten, fast als wolle er die Reservate des edlen Wilden finden. Andrerseits stürzen in die Träume ungefiltert die Schrecken dieses zerrütteten Jahrhunderts, der Holocaust, die Strafarbeiterlager im Uranbergbau, endlose Züge von Flüchtlingen auf Pferdekarren, und scheinen jede Hoffnung zu erwürgen. Wäre da nicht die Liebe. Zur Schwester, zum Herzen der Welt. Doch auch diese Hoffnung geht baden. Zwar gelingen komplizierte Fluchten, die sie in alle möglichen Ecken Tschechiens und der Slowakei führen, wobei sich Topol, ob Warhol-Museum in Medzilaborce oder südslowakischer Russenmarkt, erzählerisch austoben kann. Irgendwann löst sich alles auf, auch das Bild mit ihm und der Schwester, schwere Krankheit, Depression, Nullpunkt.

Im dritten Teil geht die Odyssee weiter und führt in die hoffnungslosesten Winkel der Gesellschaft, zu den Pennern auf dem Bahnhof, zu den Müllmenschen auf der Deponie. Doch Potok faßt neuen Mut und beginnt wieder, seine Träume aufzuschreiben, Gedichte. Aber Topol versagt seinem Helden auch an den Rändern des Lebens jede Ruhe, die Suche, die Hetze geht weiter: Kloster, Obstlager, Würstlbude, rundherum ereignen sich die wüstesten Stories, die Gesellschaft findet sich - wozu? Potok findet sich? Zumindest findet er auf dem Dachboden eine rote Rose, die Lieblingsblume der Schwester, vielleicht ist sie im Traum gekommen. Und so ist wohl das Ende auch kein Ende, sondern ein Traum ...

Tempo und Tonlage in Die Schwester erinnern an die Gestimmtheit der amerikanischen Beatnik-Literatur, die in der CSSR erst in den achtziger Jahren teilweise rezipiert werden konnte. Topol leugnet die Einflüsse Ginsbergs und Borroughs nicht ab, bezeichnet selbst aber Egon Bondy, Bohumil Hrabal und Isaac B. Singer als literarische Vorfahren. Auch Rock'n Roll (Velvet Underground ...) spielt eine gewisse Rolle; Jáchym Topol schreibt die Texte für die Rockgruppe seines Bruders Filip.

Inzwischen hat Topol eine ganz unverkennbare, expressive Sprache entwickelt, die eine ungeheuer dichte Atmosphäre schafft. Der Erzählfluß mit seinem raschen Wechsel von Spannung und Entladung wirbelt alles auf, die Abenteuer des Lebens, die Abenteuer im Kopf, das Lebensgefühl, das realistisch-magisch-mythisch-fiktional-existenzielle Erzählgebäude. In der Kritik taucht häufig der Vergleich mit Atem und Atemlosigkeit auf, bei Nachlassen des Erzählflusses müßte man ein Kollabieren des Romans

befürchten. Zugleich ermöglicht dieses Ein- und Ausatmen von Sprache, zu den Wurzeln der Existenz hinabzusteigen und Sinnfragen zu stellen.

Denn bei Topol geht es um alles. Seine Suche nach einem irgendwie anderen Leben ist die Triebfeder einer eigenartigen Zuwendung zu den Erniedrigten dieser Gesellschaft, zugleich auch der Bodensatz, in dem noch unausgesprochene Utopien formuliert werden können, vielleicht oder gerade aus den Mündern von Junkies, Stadtstreichern und Prostituierten. Mag sein, daß hier der springende Punkt liegt, weshalb Topol bei den Jüngeren besonders ankommt. Seine Protestgeste, sein Aufschreiben von Phantasiewelten, das sich deutlich von der traditionellen Literatur abhebt, sein unbändiger Freiheitsdrang, seine Lust am Leben, am Erzählen, seine expressive Schnellzugsprache, seine Themen und Milieus - das alles mag für ihn einnehmen. Vor allem aber ist Topol ein Hoffnungsträger - für noch nie Gesagtes.

Balduin Winter

Jáchym Topol: Die Schwester. Roman. Aus dem Tschechischen von Eva Profousová und Beate Smandek. Berlin (Volk und Welt) 1998. 658 S., DM 48,-.

27. Weltgeschichte ohne Pathos. Zum Tod des polnischen Lyrikers und Essayisten Zbigniew Herbert

Autor: ge. · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:42

Der polnische Dichter Zbigniew Herbert, der im Juli diesen Jahres starb, gehörte zu den größten Lyrikern der letzten Jahrzehnte. In seinen Gedichten betrachtet er die heutige Welt ironisch distanziert, häufig gespiegelt in Bildern aus der Mythologie und der Geschichte. Seine Gedichte und Reiseessays wurden vielfach ausgezeichnet.

Zbigniew Herbert, 1924 in Lemberg geboren, gehörte zu der Generation der polnischen Menschen, die als Jugendliche die Niederlage im September 1939, den Naziterror in den Jahren der Okkupation und den gescheiterten Warschauer Aufstand erlebten. Traumatische Erfahrungen, die erst Mitte der 50er Jahre in der "Tauwetterperiode" öffentlich diskutiert werden konnten.

Wie in den Filmen der Regisseure Andrzej Wajda, Andrzej Munk und Jerzy Kawalerowicz ist der Tod das große Thema in Zbigniew Herberts 1956 veröffentlichtem Gedichtband "Lichtsaite": Verbrannte Städte, Hinrichtungen, Friedhöfe, Grabinschriften. Doch nicht die fatalistischen, pessimistischen Töne überwiegen - wie in einer Reihe literarischer und filmischer Arbeiten dieser Jahre. Herbert findet einen eigenen Weg, um mit der Situation zu leben und mit seinem Werk auf sie zu reagieren. In einem späteren Aufsatz "Lyrik heute" schreibt er u.a.: "Ich wende mich an die Geschichte, nicht um aus ihr eine leichte Lektion der Hoffnung abzuleiten, sondern um meine Erfahrung mit der Erfahrung anderer zu konfrontieren, um daraus etwas zu gewinnen, was ich das universelle Mitleid nennen möchte, auch Verantwortungsgefühl, Gefühl der Verantwortung für den Zustand der menschlichen Gewissen" (1)

Bereits in den Gedichten des Bandes "Lichtsaite" zeigt sich "das universelle Mitleid" als geheime Triebfeder in Zbigniews Herberts Dichtung. Trotz der in den Gedichten dargestellten Verzweiflung strahlen die Verse eine überraschende Wärme aus. So z.B. in der Trauer um die Toten des Krieges im Gedicht "Warschauer Friedhof": "Kalk für häuser und gräber / erinnerungskalk / (...) der friedhof jener die bitten / um den haufen lockerer erde / um ein winziges zeichen von oben." (2) oder in "Regen", der Hommage an den älteren Bruder, der an Terror und Krieg psychisch zerbrach: "nun kommt er jeden herbst / still und schmächtig / weigert sich einzutreten / klopft mich heraus an der scheibe / wir gehen durch die straßen / und er erzählte mir / unwahrscheinliche fabeln / mit den blinden fingern des weinens / nestelnd / am gesicht." (3)

"Dialog mit der Vergangenheit"

Herberts Gedichte und Reiseessays sind "Dialoge mit der Vergangenheit, das Hinlauschen auf die Stimmen derer, die uns verlassen haben, das Berühren der Steine, auf denen halb verwischte Inschriften früherer Schicksale zurückgeblieben sind, das Beschwören der Schatten, damit sie sich nähren von unserem Mitleid" (4). Er mißt das kulturelle Erbe, die Mythen und Schriften der Klassiker "an der gegenwärtigen Erfahrung"; die Auseinandersetzung mit dem Erbe ermöglicht andererseits, "die heutige Welt frei, distanziert und mit einer unverbohrt kritischen Grundhaltung zu betrachten." (5)

Das Gedicht "Die Heimkehr des Prokonsuls" ist ein Situationsbericht aus der Geschichte des römischen Imperiums und gleichzeitig mehr. Der Prokonsul will aus "der entfernten provinz" zurückkehren an den Hof des Kaisers, weil er nicht mehr leben will in einer Atmosphäre aus Korruption und Denunziantentum "unter der süßeträchtigen blättern der sykomore / unter der sanften regierung kränkelnder nepoten". (6) Aber was erwartet ihn am Hof des Kaisers? "man wird sich einstellen müssen aufs neue mit dem gesicht / der unterlippe damit sie lernt die verachtung zu zähmen / den augen damit sie vorbildlich leer sind / und mit dem verhängnisvollen kinn dem hasen meines gesichts / der zittert sooft der gardebefehlshaber eintritt" (7)

Herbert betrachtet Mythen und Legenden ironisch, er treibt ihnen das Pathos aus. Durch dieses Verfahren gelingt es ihm alte verbrauchte Bilder, Bilder, die die Wirklichkeit verstellen, zu "historisieren" und wieder mit Bedeutung aufzuladen. Engel, biblische Gestalten, die Götter der Antike durchgehen in Zbigniew Herberts Dichtung viele Metamorphosen. Die Engel, die zu Beginn des Jahrhunderts ausgestorben schienen, erleben ihre "renaissance ... mit dem aufschwung der luftfahrt. Aus den lautsprechern in den flughäfen sickern ihre

hohen und irrealen stimmen mild, als wollten sie uns überzeugen, es gäbe noch eine rettung. Sie sprechen in allen zungen, doch für die himmelfahrt und für die katastrophe haben sie nur ein einziges lächeln." (8)

Nur Schemkel, "der siebte Engel" "im alten ausgefransten glorienschein", "vielmals vorbestraft / für den schmuggel mit sündern" (9) könnte ein Nachfahre der alten Schutzengel sein. Er wird geduldet im Kreis der Engel, weil deren Zahl ohne ihn unvollständig wäre. Obwohl bereits unzeitgemäß, bestehen die Ariel und Gabriel auf den alten Regeln, auf der heiligen Zahl Sieben. In den offiziellen Darstellungen der heiligen Schar erscheint Schemkel als "ordentliches Mitglied", seine Menschlichkeit wird dem Image der "Heiligen Sieben" geopfert.

Mit beißender Ironie werden im Gedicht "Ornamentatoren" all jene bedacht, die den Menschen die Wirklichkeit durch falsche Bilder verstellen, die "ornamentatoren / verzierer und verputzer / die schöpfer fliegender putten (...) und auch die fiedler und flötenspieler / die für den reinen ton sorgen / sie überwachen die arie von Bach auf der g-saite", die mit ihren "farben und rhythmen ... dunkle mühlen" betreiben. Das Gedicht endet mit den Versen: "an der Straße der fröhlichen Vorbeimärsche / sticht die graue gefängnismauer ins auge / häßlicher fleck in idealer landschaft / man hat die besten verputzer gerufen / die ganze nacht die verputzer anstreichen lassen / sogar die rücken derer die auf der anderen seite sitzen / in rosa" (10)

Zbigniew Herbert ist leidenschaftlich gern gereist. Seine Essays über diese Reisen durch Frankreich, den Mittelmeerraum und die Niederlande sind historische und ästhetische Betrachtungen zugleich. Vielleicht könnte man Herberts Vorgehen vergleichen mit dem Walter Benjamins. Wie Benjamin widmet sich Herbert dem Alltäglichen, dem Kleinen, scheinbar Unbedeutenden. Er aktualisiert das Vergangene und verleiht ihm so Lebendigkeit.

"Ebener Horizont.

Die Anziehung der Erde"

In der Essaysammlung "Ein Barbar in einem Garten" sind Arles, Siena, Orvieto, Lascaux, die Akropolis, die Kathedralen der Ile-de-France Reisestationen Zbigniew Herberts. Aus einer unerwarteten Perspektive nähert er sich "dem großen Rudel der gotischen Kathedralen der Ile-de-France" (11). Der "Liebhaber der Gotik" - so Herbert über sich selbst - sucht nach Antwort auf folgende Fragen: Woher kamen die vielen Steine, die zum Bau der Kathedralen erforderlich waren? Wie wurden sie transportiert? Wie wurde der Bau finanziert?

Der Essay über die bewunderte Akropolis schildert die verzwickte Baugeschichte dieses Architekturensembles. Ästhetische und historische Betrachtungsweise durchdringen einander zu einer Geschichte des Mittelraumes. "Die Akropolis, wie ich sie vor Augen hatte: auf das Skelett reduziert, des Körpers beraubt, war für mich ein Werk (...) der Künstler und der Geschichte (...) Und indem ich mit dem Blick ihre Wunden und Verletzungen berührte, widerfuhr mir ein Gefühl, in dem sich Bewunderung mit Erbarmen verbindet. Wenn ich das besondere Glück, das Glück der Bedrohten empfand, dann entsprang es wohl aus dem Bewußtsein der ungewöhnlichen Tatsache, daß ‚ich es noch geschafft hatte`, bevor sie und ich das Schicksal aller menschlichen Schöpfungen auf dem dunklen Kap der Zeit, vor der bekannten Zukunft erfahren werden." (12)

Wie Herr Cogito, das alter ego Zbigniew Herberts in vielen Gedichten, mißtraut der Autor dem "Dschungel geballter Bilder ... er liebte den / ebenen Horizont / die gerade Linie / die Anziehung der Erde" (13). In den Niederlanden findet er eine Landschaft, die dieser Neigung entspricht, ein Land, das in ständiger Auseinandersetzung dem Meer abgerungen wurde, dem Auge zunächst als eine große Fläche erscheint, die erst allmählich ihren Reichtum enthüllt. Aus Betrachtungen über den niederländischen Kunstmarkt, die Tulpenspekulation und Portraits von Kapitänen, Kaufleuten und Malern entsteht das Bild des "goldenen Zeitalters der Niederlande" - mit seinen Kehrseiten.

Der Essay "Der Preis der Kunst" zeigt Herberts Vorliebe für die niederländischen Maler, die den Alltag malten und deren Bilder zum Alltag in den Niederlanden gehörten, in Geschäften, auf Märkten neben Brot, Gemüse, Hausratsgegenständen ausgestellt waren. In dieser Malerei gibt es, so Zbigniew Herbert, "keine Einteilung in Großes und Kleines, Wichtiges und Unwesentliches, Erhabenes und Gewöhnliches; sie malten Äpfel, Porträts von Seidenwarenhändlern, Zinnteller und Tulpen mit so geduldiger Liebe, daß daneben die Bilder des Jenseits und die Geschichten von den irdischen Triumphen verblassen." (14)

Einer dieser Triumphe, der Sieg der Niederlande über Spanien, wäre in anderen Ländern zweifellos auch in der Kunst verherrlicht worden. Nicht so in den Niederlanden. Bewundernd stellt der Autor, der den Befreiungskampf in dem Essay "Unheroisches Thema" würdigt, fest: "Wenn die holländischen Künstler den Krieg malten, dann den Krieg des Lichts mit der Dunkelheit." (15)

In "Der Tulpen bitterer Duft" erzählt Herbert von der "Tulpenmanie" in den 30er Jahren des 17. Jahrhunderts. Menschen aus allen Schichten begannen in Tulpen zu spekulieren. An "Tulpenbörsen" wurden schon bald nicht mehr Zwiebeln gehandelt, sondern Kaufoptionen auf Tulpen in schwindelerregende Höhen getrieben. Wer - wie viele Handwerker oder ärmere Leute - kaum Kapital einsetzen konnte, durfte in Naturalien zahlen. Es kam vor, daß Handwerker sich für eine Zwiebel einer seltenen Sorte von ihrem Geschäft, ihrer Mühle oder ihrer Brauerei trennten. Das bittere Ende des Börsenspiels war vorprogrammiert: Tausende wurden in den existentiellen und finanziellen Ruin getrieben. Die Tulpenmanie, "eine Marginalie am Rande der großen Geschichte" (16), die sich aber, so der Autor mit Blick auf die Gegenwart, wiederholen könnte.

Wie weit die Entwicklung des Kapitalismus alte Wertvorstellungen, religiöse Anschauungen aufgelöst hatte, zeigt das Portrait des "unbekannten" niederländischen Seidenhändlers Cornelis Troost in "Epilog", dem letzten Text in der Sammlung "Stilleben mit Kandare". "Er war absolut nicht imstande zu verstehen, wie man ohne Haus, ohne Vorhänge und Leuchter existieren könne" (17).

Der fiktive Brief, den der Maler Jan Vermeer van Delft an seinen Freund, den Wissenschaftler Antonie van Leuwenhoek schreibt, ist Warnung vor der Entwicklung der Gesellschaft, die heute längst eingetreten ist. Der Brief könnte auch als Vermächtnis des im Juli diesen Jahres gestorbenen Zbigniew Herbert an die Nachwelt gelesen werden: "Ich fürchte nämlich, Du und Deinesgleichen werdet zu einem gefährlichen Unternehmen aufbrechen, das der Menschheit nicht nur Nutzen, sondern auch großen, unrevidierbaren Schaden einträgt. Hast Du nicht bemerkt, wie die Ziele entfernter und ungreifbarer werden, je mehr sich die Mittel, die Instrumente der Beobachtung vervollkommnen? Mit jeder neuen Entdeckung öffnet sich ein neuer Abgrund. Wir sind immer einsamer in der geheimnisvollen Leere des Weltalls.

Ich weiß, Ihr wünscht die Menschen aus dem Labyrinth des Aberglaubens und des Zufalls herauszuführen, Ihr wollt Ihnen sicheres und klares Wissen geben, Eurer Ansicht nach die einzige Abwehr gegen Angst und Unruhe. Aber wird es uns wirklich Erleichterung bringen, wenn wir das Wort ‚Vorsehung` durch das Wort ‚Notwendigkeit` ersetzen?" (18)

Worte des Malers Jan Vermeer, die auch die Überzeugung des Autors widergeben, nach der es sinnvoll und in vielen Fällen dringend nötig ist, sich den allzu rationalistischen Anforderungen der Gegenwart zu widersetzen und statt dessen dem "nicht diskursiven Fluß der Gedanken" anzuvertrauen, den Bildern und Methaphern, der "Oszillation zwischen dem, was klar ist, und dem, was kaum intuitiv zu ahnen" ist. (19)

ge.

Anmerkungen:

1) Zbigniew Herbert, Das Land, nach dem mich sehne. Lyrik und Prosa. Hrsg. Michael Krüger, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main, 1. Aufl. 1987, S. 342

2) Zbigniew Herbert, Inschrift. Gedichte aus zehn Jahren. Hrsg. und übertragen von Karl Dedecius, Suhrkamp Verlag 1967, S. 90

3) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 128 f

4) Zbigniew Herbert, in: Ein Gedicht und sein Autor. Lyrik und Essay. Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von Walter Höllerer, Literarisches Colloqium Berlin, 1967, S. 158

5) Zbigniew Herbert, Das Land, nach dem mich sehne, a.a.O., S. 354

6) "Im alten Athen war der Sykophant (der Sykomore-, der Feigen-Anzeiger) jemand, der diejenigen anzeigte, die Feigen aus Athen ausführten. Er war Denunziant." Karl Dedecius, Poetik der Polen. Frankfurter Vorlesungen. Edition suhrkamp. Es 1690 1. Auflage 1992. Neue Folge Band 690, S. 90

7) Zbigniew Herbert, Inschrift, a.a.O., S. 152

8) Zbigniew Herbert, Herr Cogito, Gedichte, Bibliothek Suhrkamp, 1995, S. 105

9) Zbigniew Herbert, Das Land, nach dem mich sehne. a.a.O., S. 111 f

10) Zbigniew Herbert, Inschrift, a.a.O., S. 176

11) Zbigniew Herbert, Ein Barbar in einem Garten, Bibliothek Suhrkamp, Dritte Auflage 1995, S. 14

12) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 286 f

13) Zbigniew Herbert, Bericht aus einer belagerten Stadt und andere Gedichte, Suhrkamp Verlag 1985, S. 24 f

14) Zbigniew Herbert, Stilleben mit Kandare. Skizzen und Apokryphen; aus dem Polnischen von Klaus Staemmler, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1994, S. 54

15) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 148

16) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 85

17) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 216

18) Zbigniew Herbert, a.a.O., S. 199 f

19) Zbigniew Herbert, zit. Nach: Karl Dedecius, Polnische Profile, Suhrkamp Verlag, 1975

28. Eine mächtige Waffe im Klassenkampf. Kritik am "Schwarzbuch des Kommunismus"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:13

Ist es das Buch zur Kampagne, oder dient die Kampagne nur dem Verkauf? Die allermeisten seiner Käuferinnen und Käufer werden das fast 1.000 Seiten starke Werk ungelesen ins Regal stellen. Sie wissen auch so Bescheid: Kommunismus - das ist "Unterdrückung, Verbrechen und Terror". So steht es auf dem Umschlag. Wer mehr wissen will, wird das Vorwort ("Die Verbrechen des Kommunismus") lesen und vielleicht noch das Fazit ("Warum?"). Beide Texte stammen von dem ehemaligen Maoisten Stéphane Courtois, der das Buch als brandaktuelles politisches Projekt versteht.

Das "Schwarzbuch des Kommunismus" (zum Erscheinen des französischen Originals - Le livre noir du communisme - vgl. ak 410, 15.1.1998) liegt seit dem Frühsommer auch in deutscher Übersetzung vor. Die Startauflage betrug 100.000 Exemplare, mittlerweile wird die vierte Auflage verkauft. Gleich nach Erscheinen schaffte das monumentale Werk den Sprung auf Platz 10 der Spiegel-Bestsellerliste; seit Wochen behauptet es sich auf Platz 2. Unterstützt wurde der Verkaufserfolg durch mehrere Veranstaltungen, auf denen Stéphane Courtois, der "Macher" des Buches, seine Thesen gegen Kritiker verteidigte. Die Berliner Veranstaltung konnte erst nach einem Polizeieinsatz ihren Lauf nehmen: "Linke Geschichtsverdränger", so der Spiegel-Redakteur Reinhard Mohr, hatten aus der "ernsthaften Debatte" ein "lärmendes Spektakel" gemacht.

Ist eine ernsthafte Debatte mit Courtois überhaupt möglich? Und ist sie sinnvoll? Vieles spricht dagegen, zunächst Courtois' Obsession, mit dem Buch seine eigene Vergangenheit als "maoistischer" Berufskader zu exorzieren, vor allem aber die Thesen im Vorwort, die auch seine Mitautoren Werth und Margolin auf Distanz gehen ließen: Der von Courtois angestellte Vergleich mit dem Nationalsozialismus sei nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen.

Vom "Klassenmord"

zum "Klassen-Genozid"

Allein aus diesem Vergleich aber erklärt sich das ungeheure Echo, das die Veröffentlichung des Schwarzbuchs hervorrief. "Die Fakten", behauptet Courtois, "zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren." Falsch sind beide Zahlen: Die Zahl der Toten des zweiten Weltkriegs, den allein der Nationalsozialismus zu verantworten hat, wird im allgemeinen mit 50 bis 55 Millionen angegeben. Zu den "100 Millionen Opfern des Kommunismus" zählen Courtois und Partner auch bis zu 50 Millionen Hungertote, vor allem in China und der Sowjetunion (dazu weiter unten).

Außerdem stellt die makabre Rechnung zwölf Jahre deutsch-österreichischen Nationalsozialismus acht Jahrzehnten "Kommunismus" in vier Kontinenten gegenüber; als kommunistische Regime gelten dabei nicht nur so unterschiedliche Länder und Regionen wie die Sowjetunion, Osteuropa, China, Vietnam, Laos, Kambodscha, Kuba, Nicaragua und Afghanistan, sondern auch ein nicht näher definierter "Afrokommunismus" in Äthiopien, Angola und Mosambik. Hinzu gezählt werden Taten der Komintern, des internationalen "Terrorismus" und des Sendero Luminoso in Peru. Die deutsche Fassung des Schwarzbuchs ist noch um ein Kapitel über die DDR ergänzt, verfaßt von den beiden Pfarrern Joachim Gauck und Ehrhart Neubert.

Doch nicht nur die Vergleichsgrundlage ist so gewählt, daß der Nationalsozialismus als das vierfach kleinere Übel erscheinen muß. Verharmlost werden auch die Motive der Nazis für den Mord an den europäischen Juden. Um den nationalsozialistischen "Rassen-Genozid" mit einem kommunistischen "Klassen-Genozid" auf eine Stufe zu stellen, wählt Courtois ein Argument, das jeglichen Widerspruch ersticken soll: "Der Tod eines ukrainischen Kulaken-Kindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel." (1)

Der Historiker Wolfgang Wippermann, der diesen perfiden Vergleich zurückgewiesen hat, mußte sich deswegen wüst beschimpfen lassen. Aber Wippermann hat recht, wenn er über das "ukrainische

Kulaken-Kind" schreibt: "Ob es wirklich ‚gezielt` der ‚Hungersnot überliefert` wurde, ist nach der Meinung verschiedener Historiker fraglich. Ganz sicher ist dagegen, daß es nicht wegen seiner ukrainischen Herkunft starb. Doch genau dies geschah mit dem ‚jüdischen Kind im Warschauer Ghetto`. Es wurde allein deshalb ermordet, weil es sich um ein ‚jüdisches Kind` handelte. Alle Juden, seien sie alt oder jung, männlich oder weiblich, arm oder reich, wurden von den Nationalsozialisten als Angehörige einer ‚minderwertigen Rasse` angesehen und ohne Ausnahme umgebracht. Dies traf nicht auf alle ‚Kulaken` (die es keineswegs nur in der Ukraine gab) und natürlich nicht auf alle Ukrainer zu." (2)

Courtois' Erfindung eines "Rassen-Genozid", für Wippermann ein "ganz billiger Taschenspielertrick", knüpft an Ernst Noltes revisionistische Thesen aus dem Historikerstreit an. Nolte hatte seinerzeit - in suggestiver Frageform - den nationalsozialistischen "Rassenmord" als Folge des kommunistischen "Klassenmordes" bezeichnet: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische Tat` vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle Opfer einer ‚asiatischen Tat` betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag` ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords` der Nationalsozialisten?" (3)

Ganz so weit will Courtois bislang nicht gehen. Eine "direkte kausale Beziehung" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus verneint er; gleichzeitig zitiert er den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß als Zeugen dafür, daß die Nazis den Betrieb der sowjetischen Lager aufmerksam studiert hätten - um die dort angewandten Methoden nachzuahmen, soll der Leser schlußfolgern. Ebenso wie Nolte sieht Courtois im nationalsozialistischen Judenmord nur insoweit ein singuläres Verbrechen, als in den Vernichtungslagern bis dahin unbekannte Mittel angewandt wurden; die Einzigartigkeit von Auschwitz bedeutet für Courtois: "die Aufbietung modernster technischer Ressourcen, das Ingangsetzen eines regelrechten industriellen Prozesses, die Vernichtungsmaschinerie der Vergasung und Leichenverbrennung."

Die Macht der Utopien

und der Juden

Während Courtois in seinem Vorwort das Verhängnis gesellschaftlicher Utopien bei Platon (427-347 v.u.Z.) und Thomas Morus (1477-1535) beginnen läßt, zieht er am Schluß des Buches eine Linie des Terrors von Robespierre über Lenin und Trotzki zu Stalin. Auf die selbstgestellte Frage "Warum?", so die Überschrift des abschließenden Kapitels (4), gibt Courtois folgende Antworten: Da ist zunächst die "alte russische Tradition der Brutalität und Grausamkeit"; die "revolutionäre Leidenschaft", von der die kommunistischen Führer "besessen" sind; "das eigentliche Motiv des Terrors" ist für Courtois "die leninistische Ideologie und der völlig utopische Wille, eine Doktrin anzuwenden, die keinerlei Bezug zur Realität hat"; die entscheidende Schreckensgestalt war Lenin, "der diese Gewaltsamkeit durchsetzte, wie er auch seiner Partei die Machtergreifung aufzwang"; Lenins Antrieb aber war der "Haß auf das Zarenregime", das seinen älteren Bruder, den gescheiterten Zaren-Attentäter Alexander Iljitsch Uljanow, gehenkt hatte.

Ebenso wie Lenin, aber im Gegensatz zum eher zweck-orientierten Politiker Hitler, ist für Courtois auch Stalin eine schwer deformierte Persönlichkeit mit besonderem Hang zur Grausamkeit: "So wenig sich Hitler um die Repression kümmerte - er überließ diese ‚untergeordneten` Aufgaben ausnahmslos Vertrauensmännern wie Himmler - so sehr interessiert sich Stalin dafür, der sie initiiert und organisiert." Daß auch in Westeuropa die Massen solchen Führern zujubelten, die Bruderparteien und selbst unabhängige Intellektuelle die "kriminelle Dimension des Kommunismus" verschleierten, hat für Courtois drei Gründe:

- Da ist zum einen das "Festhalten an der Revolutionsidee" und die übertriebene Toleranz der Demokraten: Selbst "eindeutig revolutionäre Gruppen dürfen ungehindert an die Öffentlichkeit treten".

- Zum zweiten hätten es die Kommunisten verstanden, sich als Antifaschisten zu tarnen (was sie offensichtlich für Courtois nicht sind) und das "Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee" (das Courtois deplaziert findet) "weidlich auszunutzen".

- Der dritte und letzte "Grund für die Verschleierung" kommunistischer Verbrechen hat es in besonderem Maße in sich. Er sei "subtiler und auch heikler zu erklären", windet sich Courtois, kommt dann aber zur Sache: Die Juden sind schuld. "Die internationale jüdische Gemeinde", schreibt Courtois, "hält die Erinnerung an den Völkermord wach" - während die Erinnerung an die Opfer des Kommunismus den Überlebenden und ihren

Angehörigen "lange verwehrt" gewesen sei. Haben die Juden auch dabei die Hand im Spiel gehabt? Wie auch immer, es zählt das Ergebnis: "Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte." Der zweite Teil des Satzes ist nachweislich falsch; die mehr als deutlichen Anspielungen auf den "jüdischen Einfluß in der Welt" zeigen, daß Courtois das antisemitische Ressentiment zu nutzen weiß.

Courtois' Anhänger, die hier "fragwürdige Formulierungen" einräumten, wurden von ihrem Meister öffentlich blamiert: In einem Interview der französischen Zeitschrift Diagonales Est-Ouest beschuldigte er eine "Fraktion der jüdischen Gemeinschaft", sie kritisiere sein Buch, weil sie die "moralischen und oft politischen Benefizien (bénéfices) ihres Monopols auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (5) nicht verlieren wolle.

Seinen deutschen Bewunderern hat Courtois mit einer weiteren peinlichen Klarstellung Probleme bereitet. Im Interview mit der Woche (29.5.1998) machte er sich zum Fürsprecher der deutschen Geschichts-Entsorger - und das in einer Sprache, die an neonazistische Wahlkampfreden erinnert: "Ich frage die Deutschen: Bis wann wollen Sie sich so verhalten, als seien Sie allesamt die Verurteilten von Nürnberg? Irgendwann muss mal Schluss sein."

Nicht erst durch diese nachträglichen Erklärungen, sondern schon mit Courtois' Vorwort ist das Schwarzbuch als politisches Projekt diskreditiert. Neben den stalinistischen Henkern sitzen die Linken von heute auf der Anklagebank, auch jene, die von einer gesellschaftlichen Alternative nur träumen. Sie werden von Courtois gewarnt: Utopien führen unweigerlich zum Massenmord, die repräsentative Demokratie ist die beste aller möglichen Staatsformen. Muß man so etwas lesen? Zumindest sollte, wer über das Schwarzbuch mitreden will, auch die wesentlichen dort zusammengefaßten Einzelstudien zur Kenntnis nehmen. Der Autor dieses Artikels hat damit begonnen.

Hunger als Mittel

des Massenmordes?

Als die beiden opferreichsten Verbrechen des Kommunismus nennt das Schwarzbuch die Hungersnöte in der Sowjetunion (1932/33) und in China (1959 bis 1962). In der Sowjetunion starben dabei 6 Millionen, in China 20 Millionen (nach aktuellen, "quasi-offiziellen" Angaben) bis 43 Millionen Menschen (nach Schätzungen des Schwarzbuchs); nicht Naturkatastrophen, sondern dem planmäßigen Terror der Kommunisten, die den Hunger als Waffe im Klassenkampf einsetzten, seien sie zum Opfer gefallen. Beide genannten Fälle sind unter Fachleuten umstritten; das im Schwarzbuch vorgelegte Material widerspricht der These vom Hunger als Waffe eher als sie zu stützen.

Im Falle der Sowjetunion, betroffen war vor allem die Ukraine, muß dem Autor Nicolas Werth (6) ein Brief Stalins als Beweis für eine bewußt mörderische Politik der KPdSU herhalten. Stalin antwortete dem Schriftsteller Michail Scholochow ("Der stille Don"), der die brutalen Methoden der KP bei der Eintreibung von Getreide im nördlichen Kaukasus mit eigenen Augen gesehen hatte. Um säumige Steuerzahler unter den Kolchosbauern zu bestrafen, beschlagnahmten die Behörden sämtliches Getreide; Bauern, die Getreide versteckt hatten, wurden gefoltert. In seiner Antwort dankte Stalin Scholochow dafür, daß er eine "leichte Erkrankung unseres Apparats" aufgedeckt habe, und versprach, die genannten "Angelegenheiten aufzuklären". Gleichzeitig beschuldigte er die Bauern der Sabotage: Sie hätten die Arbeiter und die Armee ohne Brot gelassen und einen "Zermürbungskrieg gegen die Sowjetmacht" geführt - "einen Kampf auf Leben und Tod, lieber Genosse Scholochow!"

Über die von der Sowjetmacht in diesem Kampf anzuwendenden Mittel äußerte sich Stalin allerdings weder hier noch an anderer (dokumentierter) Stelle. Laut Gesetz konnte wegen Diebstahl oder Verschwendung sozialistischen Eigentums Lagerhaft oder sogar die Todesstrafe verhängt werden. Das war aber unpraktikabel, findet Werth, der ein Schreiben des italienischen Konsuls von Novorossisk zitiert: "Der Feind tritt nicht in seiner Masse in Erscheinung, sondern in einer zerstreuten Form, und so erschöpft man sich in endlosen kleinen Gefechten ... Die Suche nach dem Feind ist von Haus zu Haus durchzuführen, von Dorf zu Dorf. In einem durchlöcherten Eimer Wasser zu transportieren, käme auf das Gleiche hinaus!" Werths suggestive Schlußfolgerung: "Deshalb gab es für den Sieg über den ‚Feind` nur eine Lösung: ihn auszuhungern." Beweise für eine planmäßige Politik des Aushungerns kann er nicht anführen, allenfalls ein schwaches Indiz: Vor allem

die Gebiete seien von der Hungersnot betroffen gewesen ("bestraft worden"), in denen es die meisten Bauernrevolten gegeben habe.

Über die Hungersnot von 1932/33 hat Mark B. Tauger, ein US-amerikanischer Experte für die Geschichte der Sowjetunion, eine Reihe von Fakten zusammengetragen, die gegen Werths These sprechen, damals sei systematisch der "Hunger als Waffe" gegen die Bauern eingesetzt worden. Zum einen gebe es Anhaltspunkte, daß die Ernte des Jahres 1932 erheblich schlechter ausfiel als amtlich zugegeben; Werth macht zur Ernte überhaupt keine Angaben. Außerdem habe der Staat seine Forderungen an die Bauern reduziert; das lasse eher auf eine "Politik des Kompromisses, denn auf eine Politik der Bestrafung schließen". Schließlich seien sogar in Moskau Arbeiter und ihre Familien zu Hunderttausenden verhungert; selbst Tausende von Rotarmisten seien ohne Lebensmittel geblieben.

Taugers Urteil: Das sowjetische Regime habe nicht genug unternommen, um die Hungersnot zu lindern, und trage damit Verantwortung für das Massensterben - "dennoch sind Verantwortung und Absicht zweierlei." (7)

Kommunismus

führt zum Kannibalismus

Ähnliches ließe sich über die Politik der chinesischen KP in den Jahren 1959 bis 1962 sagen. Doch für Courtois ist "die größte Hungersnot aller Zeiten" ein geplantes Verbrechen; die 20 bis 43 Millionen Toten werden dringend benötigt, um die Gesamt-Opferzahl von 85 bis 100 Millionen zu erreichen. Jean-Louis Margolin dagegen, der Autor des betreffenden Schwarzbuch-Kapitels (8), sieht die Dinge differenzierter. Er will Mao Zedong immerhin "zugestehen, daß es nicht sein Ziel war, seine Landsleute massenweise umzubringen"; auch sei es "außerordentlich schwierig, klare Verantwortlichkeiten für die Katastrophe auszumachen" - womit die These vom "Hunger als Waffe" der Kommunisten in diesem Fall de facto zurückgenommen ist.

Margolin nennt eine ganze Reihe von politischen Entscheidungen, die den angestrebten "Großen Sprung nach vorn" zum Fiasko werden ließen: "falsche Allokation von Kapital und Arbeitskräften" (für riesige Staudammprojekte und nicht funktionierende Kleinststahlwerke); die Verringerung der Anbaufläche für Getreide nach der Rekordernte von 1958; die Ausrottung der Sperlinge, die zur ungehinderten Vermehrung von Insekten führte; schließlich die Weigerung der Partei, wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen und beizeiten gegenzusteuern. Das "maoistische Dogma" habe die Katastrophe noch verschlimmert: "Da die Volkskommunen sich selbst versorgen mußten, wurde der Austausch von Lebensmitteln zwischen den Provinzen drastisch eingeschränkt." So seien die von "radikalen Maoisten" regierten Provinzen am stärksten von der Hungersnot betroffen worden - was der "Hunger als Waffe"-These ebenfalls widerspricht.

Zwar bezeichnet Margolin einige Entscheidungen des Staates als "in der gegebenen Situation regelrecht kriminell": die Steigerung der Getreide-Exporte in die Sowjetunion und die Ablehnung von Hilfsangeboten der USA "aus politischen Gründen". Gleichzeitig scheint er Maos Widersacher Liu Shaoqi recht zu gegen, der die Hungersnot "zu 70% durch menschliche Irrtümer verursacht" sah - Irrtümer allerdings, deren katastrophale Folgen durch die Allmacht der Partei und der Zentralregierung erst möglich wurden. Auf eine Kritik der politischen Strukturen verzichtet Margolin aus gutem Grund. Sie hätte das Eingeständnis bedeutet, daß "der Kommunismus" unter anderen Umständen vielleicht funktionieren könnte - als wirkliche "Selbstbefreiung der Massen", welche die Staatsgeschäfte nicht den Bürokraten überlassen.

Für Margolin dagegen war in dem "Augenblick, in dem die Utopie in die Politik eindrang", das Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Schauergeschichten über Kannibalismus runden sein Bild des chinesischen Kommunismus ab: Familien hätten Kinder ausgetauscht, um sie zu essen. Hieß es früher, die Kommunisten würden Kinder verspeisen, so zwingen sie bei Margolin andere dazu. Solche durch nichts belegten Geschichten - der prominente Dissident Wei Jinsheng hörte sie bei einem Festessen in Anhui - nehmen Margolins ansonsten bedenkenswertem Beitrag einiges an Glaubwürdigkeit.

Js.

Anmerkungen:

1) Stéphane Courtois: Die Verbrechen des Kommunismus; in Courtois u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror; München und Zürich (Piper) 1998, S. 11-43

2) Wolfgang Wippermann: "Rassen-Genozid" gleich "Klassen-Genozid"? in: Jens Mecklenburg/Wolfgang Wippermann: "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus; Hamburg (Konkret Literatur Verlag) 1998, S. 106-117

3) Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will; FAZ, 6.6.1986; zitiert in: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung; München und Zürich (Piper) 1991, S. 39; zum Historikerstreit vgl. ak 392, 1.7.1996

4) a.a.O., S. 793-825

5) zitiert von Wolfgang Wippermann in Freitag 33, 29.5.1998

6) Nicolas Werth: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion; a.a.O., S. 51-295

7) Mark B. Tauger: War die Hungersnot in der Ukraine intendiert? in: Mecklenburg/Wippermann: "Roter Holocaust"? a.a.O., S. 158-167

8) Jean-Louis Margolin: China: Ein langer Marsch in die Nacht; a.a.O., S. 511-608

29. Klare Fronten. Deutsche Linke diskutieren über das "Schwarzbuch des Kommunismus"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:12

Fast ein Jahr wird nun über das Schwarzbuch des Kommunismus gestritten, dessen französisches Original pünktlich zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution erschienen war. In der französischen Rezeption des Buches, schrieb Bernhard Schmid in ak 410, habe es durchaus "Zwischentöne" gegeben; im "bürgerlichen Lager deutlich stärker als in den Reihen der Neubekehrten" werde immerhin der "Versuch der Gesellschaftsveränderung als legitim" anerkannt. In Deutschland dagegen, prognostizierte unser Mann in Paris, werde die Debatte "eine völlig andere Wendung" nehmen.

Damit hat er leider weitgehend recht behalten; die wenigen "bürgerlichen" Verteidiger der kommunistischen Idee hatten es in der Debatte schwer - gerade sie standen unter besonderer Beobachtung. Die FAZ, die schon am 26.11.1997 Auszüge aus Courtois' Vorwort dokumentierte (Überschrift: "Hundert Millionen Tote"), stellte sogleich klar, daß für sie trotz der historischen Niederlage "des Kommunismus" der Kampf weitergeht: "Das Schwarzbuch des Kommunismus ist nicht nur eine Chronik der Verbrechen, sondern auch eine Unglücksgeschichte jener ‚willigen Helfer` im Westen, die sich 90 Jahre lang blind und taub machten."

Der Piper-Verlag, der die deutsche Übersetzung des Schwarzbuchs im Frühsommer auf den Markt warf, nahm diesen Satz sogleich in den Klappentext auf. Dort und in der Verlagswerbung war auch zu lesen, was der Stern anläßlich der Veröffentlichung der gefälschten "Hitler-Tagebücher" behauptet hatte - daß die Geschichte nunmehr "umgeschrieben" werden müsse: "Dieses Buch wird den Blick auf unser Jahrhundert verändern. Es zieht die grausige Bilanz des Kommunismus, der prägenden Idee unserer Zeit. Über 80 Millionen Tote, so rechnen die Autoren vor, hat die Vision der klassenlosen Gesellschaft gekostet, mehr als der Nationalsozialismus zu verantworten hat." Ebenso wie die FAZ möchte der Piper-Verlag "auch Mitwisser, intellektuelle Mittäter im Westen" endlich zur Verantwortung ziehen.

Mit dieser Kampfansage an die Kommunisten und ihre Helfershelfer war, noch bevor irgendjemand eine Seite gelesen hatte, auch vor dem deutschsprachigen Publikum klargestellt, daß mit dem Buch der Historikerstreit weitergeführt werden sollte - wobei diesmal die Linken im weitesten Sinne in der Defensive sein würden. Daß damit Totalverrisse vorprogrammiert waren, wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern einkalkuliert - je schärfer die Kontroverse, desto höher die Verkaufszahlen. Die Bild-Zeitung übernahm es, die Lehre der Geschichte auch unter die breiten Massen zu tragen. In einer zehnteiligen Serie zum Schwarzbuch wiederholte sie politisches Grundwissen: Die Geschichte des Kommunismus ist eine Verbrechensgeschichte.

Der Haß der Ehemaligen

Die Redaktion der taz erkannte frühzeitig die mit der Schwarzbuch-Diskussion verbundene Chance, sich von ihrer linksradikalen Vergangenheit zu distanzieren - die Mindestanforderung für ein Blatt, das den Status eines halbamtlichen Regierungsorgans anstrebt. Entsprechend beherzt ergriff sie Partei und veröffentlichte (mit zwei Ausnahmen, s.u.) nur solche Diskussionsbeiträge, in denen Courtois' Anliegen mehr oder weniger für berechtigt erklärt wurde.

Den Anfang machte schon am 1. Dezember vergangenen Jahres Ulrike Ackermann vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Das Schwarzbuch liefere "das empirische Material für die begonnene Debatte: rund 100 Millionen Menschen wurden umgebracht." Tatsächlich verzichtet das Buch vielfach auf "empirisches Material"; auch die Zahl 100 Millionen ist strittig; und selbst Courtois' Mitstreiter behaupten nicht, daß alle, die sie zu den Opfern des Kommunismus zählen, "umgebracht", also ermordet wurden. Für Ackermann scheinen das Lappalien zu sein - ihr geht es um die Anklage der Linken: "Bis heute ist die Ausblendung beziehungsweise Verharmlosung der Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, identitätsstiftende Klammer im linken Diskurs. Und zwar in der Figur des Antifaschismus." Und weiter: "Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute negative deutsche Identität hat das ‚absolut Böse` nur einen ausschließlichen Ort: Auschwitz. Eine Identität, die ihre eigene Brüchigkeit ahnt und deshalb diese um so vehementer verteidigt." Hier verblüfft nicht nur das auf Einschüchterung angelegte Kauderwelsch ("identitätsstiftende Klammer im linken Diskurs"), sondern auch die Leichtigkeit, mit der die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ohne ein Argument vom Tisch gewischt wird.

Die von Ackermann vorgegebene Bestimmung des Feindes - die Linke, die Geschichte nicht aus "antitotalitärem Blockwinkel" betrachten will - liegt auch zwei weiteren Diskussionsbeiträgen aus der taz-Redaktion zugrunde. Gegen "das Elend linker Immunisierungsversuche" wetterte Christian Semler (taz-mag, 30./31.1998), der Courtois gegen den Vorwurf in Schutz nahm, er habe wie Ernst Nolte im deutschen "Historikerstreit" von 1987 den nationalsozialistischen Judenmord relativieren wollen.

Auch bei Stefan Reinecke (taz vom 25.6.1998), der als Redakteur der Meinungsseite verantwortlich für die Auswahl der Debattenbeiträge ist, sitzt die Linke auf der Anklagebank. Ihr Eintreten für ein Festhalten an der "Holocaustfixierung" habe einen "religiös anmutenden Unterton": "So rückt die Vernichtung der Juden in die Nähe einer negativen Sinnstiftung." Auch Reinicke stört "die Formel der ‚Singularität von Auschwitz`": "Denn bei allen fundamentalen Unterschieden im Modernitätsniveau und den Zielen - moralisch existiert kein Unterschied zwischen den stalinistischen und nationalsozialistischen Ausrottungsverbrechen." Die Uneinsichtigkeit der Linken faßt Reinicke in der zumindest geschmacklosen Formel "Don't touch my Holocaust" zusammen, die seinem Kommentar auch als Überschrift dient - staatstragend und schnoddrig zugleich spricht die "Kinder-FAZ" (Gremliza).

Der Vollständigkeit halber sollen auch noch die übrigen in der taz veröffentlichten Diskussionsbeiträge erwähnt werden. Der italienische Philosoph Norberto Bobbio will nach Lektüre des Schwarzbuches darüber diskutieren, "ob die despotische Form der Macht nicht mit dem Wesen des Kommunismus verbunden ist." (22.7.) Das dürfte Courtois gern hören. Nicht auf taz-Linie ist zum einen Rudolf Walther, der "die Legende von der linken Lebenslüge" zurückweist. Walther unterscheidet im Schwarzbuch "550 Seiten seriöser Forschung" und "über 400 Seiten Texte, die nur propagandistisches Niveau erreichen". André Brie (11.7.) weist zwar den Zweck des Schwarzbuches zurück - die "endgültige Delegitimierung allen Nachdenkens über eine Alterative (zu) besiegeln"; gleichzeitig plädiert er dafür, das Buch ernst zu nehmen und zu lesen - "ohne Selbstaufgabe..., aber mit entschieden kritischer Selbstbefragung".

Eine Debatte mit Zwischentönen

Von anderer Art war die Debatte in der Berliner "Ost-West-Wochenzeitung" Freitag. Zwischen Mai und September erschienen hier 13 größtenteils ganzseitige Beiträge. Beachtlich war aber nicht nur der Umfang, sondern auch die politische Bandbreite der Debatte, die durch Wolfgang Wippermann eröffnet wurde - für die taz die linksradikale Halsstarrigkeit in Person.

Wippermann findet "einige wenige" Beiträge des Schwarzbuchs "ganz gut, verschiedene äußerst mittelmäßig und mehrere absolut schlecht" - "der weitaus schlechteste ist ausgerechnet der wichtigste": das Vorwort. Wippermann weist nicht nur Courtois' "absurde Zahlen" und seine Erfindung eines "Klassen-Genozids" zurück, er bezeichnet ihn auch als Revisionisten, "weil der wirklich perfide Vorwurf, die Juden würden den Holocaust ausnützen und instrumentalisieren, zum Standardrepertoire der Revisionisten gehört". Die Begeisterung, mit der das Schwarzbuch in Deutschland, auch von ehemaligen Linken, aufgenommen wurde, zeige, daß "die direkte und indirekte Relativierung des Holocaust durch Leugnung und vergleichende Verharmlosung schon weit verbreitet ist". Der Revisionismus, schreibt Wippermann abschließend, "bedroht unsere politische Kultur und stellt den mühsam errungenen Konsens in Frage, daß der Holocaust und nicht die Verbrechen des Kommunismus der Zivilisationsbruch in diesem Jahrhundert gewesen ist. An diesem Konsens sollten die Deutschen festhalten, weil es Deutsche waren, die für den Holocaust die Verantwortung trugen." (29.5.98)

Im Ton noch schärfer griff Lothar Baier den Schwarzbuch-Macher Courtois an: "Ein außer sich geratener Ex-Maoist wie Courtois ist natürlich als Kuriosum attraktiv und verspricht, da Kriterien der Wahrheit heute sowieso niemanden interessieren, mediale Aufmerksamkeit." "Ernstzunehmende Autoren" wie Nicolas Werth und Jean-Louis Margolin, die Courtois die Gefolgschaft verweigerten, "verstehen ihre Arbeit als Anstoß zum Nachdenken und zu weiteren Forschungen, nicht als ‚definitive Bilanz oder gar als Bibel`". (12.6.)

Den ersten Kontrapunkt - nach weiteren kritischen Beiträgen - setzte Daniel Cohn-Bendit in einem Streitgespräch mit Rudolf Walther. Ihn habe Courtois' Vorwort "überhaupt nicht aufgeregt", bekennt Cohn-Bendit ("Ich war ja immer radikaler Anti-Kommunist"); wie Courtois sieht er die marxistische Theorie als Ursprung des Übels: "Von dem Moment, wo der historische Materialismus sagt, der Kommunismus ist eine historische Notwendigkeit, da ist in sich kein Freiraum mehr für die demokratische Auseinandersetzung." Einer Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus widerspricht er: "Für mich ist der Kommunismus

schlimmer, nicht weil er mörderischer war, sondern weil er das Gute wollte." Das nimmt er, allerdings ohne es zu merken, kurz darauf zurück: "Moralisch sind beide gleichwertig verbrecherisch." (26.6.)

Nicht dieser gefährliche Unfug, sondern mehrere kritische Beiträge veranlaßten den Freitag-Redakteur Michael Jäger zum "korrigierenden Eingreifen" in die Debatte. In seinem von der Redaktion als "Aufklärungsseite" (über Hannah Arendts Totalitarismustheorie) deklarierten Artikel nimmt er nicht nur Courtois gegen Baiers "Verunglimpfungen" in Schutz. Klaus-Dietmar Henke ohrfeigt er als namenlosen und offensichtlich inkompetenten "Direktor eines ‚Hannah-Arendt-Institus`"; Hauptfeind aber ist Wippermann, dem Jäger "empörende Argumentation" unterstellt - ohne eigene Argumente dagegen zu setzen. Wippermann hatte Courtois widersprochen, der in seinem Vorwort ein verhungertes ukrainisches Kulaken-Kind und ein verhungertes jüdisches Kind im Warschauer Ghetto als Opfer desselben Verbrechens bezeichnet hatte. (siehe auch nebenstehenden Artikel)

Mit seinen an Arendt angelehnten Thesen kommt Jäger einer Nationalsozialismus und Kommunismus gleichsetzenden Totalitarismus-These gefährlich nahe. Ein totalitäres Regime erkenne man daran, "daß es eine fiktive Welt schafft und an die Stelle der vorhandenen Welt setzt"...- "Daraus ergibt sich der Massenterror: alles was der Fiktion nicht entspricht, muß vernichtet werden." (17.7.) Pascal Meisers Kritik an Jäger (7.8.) fiel zurückhaltend aus: Nicht der "Glauben an die Konstruktion einer fiktiven Welt" sei das "Mörderische an dieser Form des Kommunismus" gewesen, "sondern viel eher der Glaube an (aus)gewählte Konstrukteure, die diese neue Welt erschaffen könnten."

Die Freitag-Debatte endete am 4. September mit der bis dahin "ersten Stimme aus dem Osten". Der Beitrag des PDS-Vorstandsmitglieds Michael Schuman hat den Charakter eines Schlußwortes: milde im Ton, "ausgewogen" in der Kritik - und leider etwas schwammig in der Aussage. "Kann nach dem Gulag noch die Revolution gedacht werden?" - diese in der Überschrift gestellte Frage beantwortet Schumann nur indirekt. Er fordert das "kritische Anknüpfen an die Traditionsbestände des marxistischen Denkens", sieht bei Marx aber auch "Anknüpfungspunkte für die stalinistische ‚Verwechslung` von sozialer Emanzipation mit Gehorsam gegenüber dem ‚Neuen`". Problematisch findet er die Marxsche "Leitidee", das kapitalistische Privateigentum sei "das die gesamte gesellschaftliche Totalität durchdringende und sich voll und ganz unterwerfende Prinzip".

Womit eine neue Diskussion eröffnet wäre. Die laufende Debatte um das Schwarzbuch schließt Schumann (und mit ihm der Freitag) mit folgenden Sätzen ab: "Die Denunziation von allem, was mit Marxismus, Kommunismus und Sozialismus zu tun hat, als verbrecherisch, zielt nicht auf das Häuflein unverbesserlicher Stalin-Anhänger, die man mit der Lupe suchen kann. Ziel sind diejenigen, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die stalinistische Befreiungslüge durch eine ultrakonservative Bewahrungslüge ersetzt wird."

Js.

30. 9. November 1938. Ein Pogrom wird inszeniert

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:25

27.-29. Oktober 1938: 17.000 in Deutschland lebende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden aus ihren Wohnungen geholt, zu Sammelstellen getrieben und schließlich über die polnische Grenze abgeschoben.

3. November 1938: Der bei Verwandten in Paris lebende, in Hannover geborene 17jährige Herschel Grynszpan erhält eine Postkarte von seiner Schwester, die ihm die Abschiebung seiner aus Polen stammenden Familie aus Deutschland schildert.

7. November 1938: Herschel Grynszpan erscheint bei der deutschen Botschaft in Paris und verlangt, einen leitenden Beamten zu sprechen, um ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er schießt den Legationssekretär Ernst von Rath nieder, der ihn empfängt.

9. November 1938, spätabends: Nachdem von Rath am Nachmittag in Paris gestorben ist, beginnen von der NSDAP und ihren Nebenorganisationen, vor allem der SA, ausgehende Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung. Sie dauern mit örtlichen Unterschieden bis zum Vormittag des 10. November. Dann werden sie durch eine offizielle Anordnung abgebrochen.

Mindestens 91 Juden, vermutlich mehr als 100, wurden im unmittelbaren Zusammenhang mit dem November-Pogrom ermordet, Hunderte zusammengeschlagen und teilweise schwer verletzt, 7.500 Geschäfte und 270 Synagogen, ebenso wie ungezählte Wohnungen wurden verwüstet und zerstört. 30.000 jüdische Männer und männliche Jugendliche wurden festgenommen und in Konzentrationslager gebracht.

Goebbels hatte gleich am Tag des Attentats, 7. November, die gesamte Presse angewiesen, die Nachricht in großer Aufmachung zu bringen und in Kommentaren "darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß". Darauf hin hieß es am folgenden Tag, 8. November, beispielsweise im Leitartikel des "Völkischen Beobachters": "Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische Hausbesitzer` das Geld deutscher Mieter einstecken."

Damit waren einige der nach dem 9. November offiziell verkündeten Maßnahmen zur weiteren Enteignung und Entrechtung der Juden schon angesprochen. Tatsächlich waren sie schon seit mehreren Monaten in Diskussion und Vorbereitung. Insbesondere waren mit den Verordnungen über die Anmeldung der jüdischen Vermögen (26.4.38) und über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe (14.6.38) die Grundlagen für eine vollständige "Erfassung" - und damit sowohl für Enteignungsmaßnahmen wie auch für die systematischen Zerstörungen in der Pogrom-Nacht - geschaffen worden.

Am 9. November hieß es im Leitartikel des "Völkischen Beobachters": "Da sich das Judentum der Welt selbst mit dem Verbrecher in Paris identifiziert, so ist es das Recht des deutschen Volkes, auch die Juden in Deutschland, gleichgültig, ob sie einen deutschen oder ausländischen Paß besitzen, mit diesen Verbrechern zu identifizieren. (...) Die Schüsse von Paris bleiben nicht ungesühnt, davon kann die Judenheit überzeugt sein!"

Trotz der unmißverständlichen Drohungen folgten zunächst außer dem Verbot der wenigen noch bestehenden jüdischen Zeitungen und der Vereinigung Jüdischer Kulturbünde keine praktischen Maßnahmen. Hitler, der am Abend des 8. November in einer der Münchner Bierhallen sprach, erwähnte in seiner Rede das Attentat von Paris nicht einmal. Offenbar wollte die NS-Führung vor ihren Entscheidungen zunächst die weitere Entwicklung des Falles Rath, d.h. des Zustands des Angeschossenen, abwarten.

Hitler hatte noch in der Nacht des 7. November zwei Mediziner zur Teilnahme an der Behandlung des Diplomaten nach Paris geschickt. Einer davon war Hitlers persönlicher Arzt Dr. Brandt, der später als Kriegsverbrecher zum Tod verurteilt wurde. Die beiden kamen frühmorgens am 8. November in Paris an. Nach ihrer ersten Visite bei von Rath bezeichneten sie dessen Zustand zwar als ernst - die Milz mußte entfernt werden, auch der Magen war verletzt -, doch bestehe noch "Hoffnung für den weiteren Verlauf". Am frühen Nachmittag des 8. November trat eine leichte Besserung ein, doch verschlechterte sich am Vormittag des 9.

November der Zustand des Patienten sichtlich. Kurz vor 12 Uhr gab der behandelnde französische Chirurg die Hoffnung auf Rettung des Patienten auf. Gegen 15 Uhr fiel Rath ins Koma, und gegen 17 Uhr stellten die Ärzte seinen Tod fest.

Goebbels-Theater

Am Abend des 9. November 1938 findet im Münchner Rathaus die traditionelle Feier der "alten Kämpfer" zur Erinnerung an den nazistischen Putschversuch vom 9. November 1923, dem sogenannten Marsch auf die Feldherrnhalle, statt. Gegen 21 Uhr erscheint an Hitlers Tisch ein Bote, der offensichtlich etwas überraschendes und erschreckendes mitzuteilen hat. Hitler wirkt sehr erschüttert. Augenzeugen beobachten ein längeres "intensives" und "sehr eindringliches", aber leises Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Danach verläßt Hitler vorzeitig die Versammlung, ohne seine übliche Rede zu halten und ohne daß zunächst eine Erklärung für diesen plötzlichen Aufbruch gegeben wird.

Erst gegen 22 Uhr gibt Goebbels den Tod von Raths bekannt und hält eine aufhetzende Rede: In den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt sei es bereits zu antijüdischen "Kundgebungen" gekommen, bei denen Geschäfte von Juden zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden seien. Hitler habe entschieden, "daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten".

Diese Formulierung sei wohl, hieß es später in einem Untersuchungsbericht des NSDAP-Parteigerichts (Februar 1939), von sämtlichen anwesenden Funktionären "so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte". Offenbar habe Goebbels es auch genau so gemeint. Den aktiven Nationalsozialisten sei ja "aus der Kampfzeit" (d.h. vor 1933) "selbstverständlich, daß Aktionen, bei denen die Partei nicht als Organisator in Erscheinung treten will, nicht mit letzter Klarheit und in allen Einzelheiten befohlen werden".

In dem Untersuchungsbericht stand außerdem: Goebbels habe, als ihm gegen zwei Uhr morgens am 10. November die erste Tötung eines Juden gemeldet wurde, sinngemäß geantwortet: "Der Melder solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen; in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen". Daraus schlußfolgerte das Parteigericht, "daß der schließliche Erfolg gewollt, mindestens aber als möglich und erwünscht in Rechnung gestellt wurde. Dann hat aber der einzelne Täter nicht nur den vermeintlichen, sondern den zwar unklar zum Ausdruck gebrachten, aber richtig erkannten Willen der Führung in die Tat umgesetzt."

Um eine strafrechtliche Behandlung der während des Pogroms begangenen Taten zu verhindern, hatte Göring das Parteigericht und die Gestapo mit allen Untersuchungen beauftragt. Die meisten Verfahren wurden eingestellt. Ein SA-Sturmführer bekam eine Verwarnung, weil er "entgegen gegebenem Befehl", wie in diesem besonderen Fall unterstellt wurde, ein jüdisches Ehepaar erschossen hatte. Nur einzelne SA-Leute, die Vergewaltigungen begangen hatten, wurden in Haft genommen - wegen "Rassenschande".

Zweifellos war der an Hitlers Tisch tretende Bote, der angeblich die Schreckensnachricht überbrachte, eine theatralische Inszenierung von Goebbels. Auch das kunstvolle Aufheizen der Spannung - erschütterte Gesichter am Führertisch, geheimnisvolles Getuschel, Aufbruch Hitlers ohne Erklärung, nochmalige Verzögerung bis zur Bekanntgabe des Todes und der Freigabe des Pogroms - entsprach ganz dem primitiven, aber stets wirkungsvollen Regiestil des Propagandaministers.

Von Rath war ungefähr vier Stunden vor Versammlungsbeginn gestorben, und aus dem Tagebuch von Goebbels wissen wir präzis, daß er die Todesnachricht bereits am Nachmittag erhalten hatte. Offensichtlich hatte er selbst daraufhin dafür gesorgt, daß die Meldung noch nicht durch den Rundfunk und die Abendzeitungen verbreitet worden war. Daß Hitler um 21 Uhr noch nicht Bescheid wußte, ist zwar möglich, aber unwahrscheinlich. Die Entsendung seiner beiden Ärzte nach Paris hatte sicher, neben anderem, auch die Funktion, ständig über die aktuelle Entwicklung auf dem Laufenden zu bleiben. Schließlich kam der Tod des Diplomaten nicht völlig überraschend, sondern war im Gegenteil vermutlich nur der Zeitpunkt, den Hitler und Goebbels abgewartet hatten, um mit der Umsetzung der angedrohten "Sühnemaßnahmen" gegen die Juden zu beginnen.

Das Ergebnis von Goebbels Ansprache war, daß die zahlreich anwesenden hochrangigen NS-Offiziere zu den nächsten verfügbaren Telefonen stürmten, um an die ihnen untergeordneten Dienststellen die Anweisung zum Pogrom weiterzugeben. Offenbar kam es dabei und im weiteren Verlauf der Befehlskette nach unten zu starken "Ausschmückungen", bis hin zu vereinzelten Meinungen, es sei wirklich die Tötung aller Juden befohlen worden.

Pogrom und November-Revolution

Daß von Rath gerade am 9. November, dem Jahrestag des Putschversuchs von 1923, starb, war aus Sicht der Regie ein sehr günstiger Umstand. An diesem Tag war von vornherein die gesamte Partei samt Nebenorganisationen überall im Reich in "feierlicher" Stimmung und leicht zu mobilisieren. Ein großer Teil der höheren Partei-, SA- und SS-Führer war zu den zweitägigen Feiern und Besprechungen in München versammelt und konnte sofort als Multiplikatoren angesprochen werden. Nur in einem solchen Rahmen konnte durch ein paar scheinbar spontan gesprochene Worte des Propagandaministers, ohne expliziten und eindeutigen Befehl, ein Pogrom in Gang gebracht werden. Es war im Grunde ein so phantastischer Rahmen, daß man an der Zufälligkeit des Datums zweifeln möchte.

Das Erstaunliche des Zufalls wird durch ein weiteres Moment noch gesteigert: Der Todestag von Raths war nicht nur der 15. Jahrestag des Münchner Putschversuchs, sondern zugleich der 20. Jahrestag des 9. November 1918. Dieses Datum hat in der NS-Ideologie eine zentrale Bedeutung: Es war der Tag, an dem der deutsche Kaiser abdankte und die Republik ausgerufen wurde. Aus deutschnationaler und nazistischer Sicht stand dieses Datum für den militärischen Zusammenbruch und für das verhaßte parlamentarisch-demokratische System. Für beides wurden neben der marxistischen Arbeiterbewegung in erster Linie "die Juden" verantwortlich gemacht. "Novemberverbrecher" war ein sehr beliebtes Schimpfwort der nationalsozialistischen Propaganda während der Weimarer Republik gewesen.

Mit dem Datum des 9. November verband sich von vornherein der Gedanke der Rache, wie es Hitler am 21. Januar 1939 beim Empfang des tschechoslowakischen Außenministers ausgesprochen haben soll: "Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden." - Daß von Rath genau an diesem Tag starb, muß der NS-Führung so außerordentlich gelegen gekommen sein, daß man sich fragen muß, ob nicht etwas nachgeholfen wurde. Die Tatsache, daß Hitler zwei Ärzte nach Paris schickte, kann vielleicht auch unter diesem Gesichtspunkt interpretiert werden.

Juden als Faustpfand

Schon vor dem 9. November 1938 stand der Entschluß der NS-Führung fest, die Unterdrückung und Vertreibung der deutschen Juden zuzuspitzen. Das stand in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß für 1939 eine kriegerische Konfrontation geplant war, ohne daß allerdings schon definitiv feststand, gegen wen und in welchem Umfang. Die Annektion der sogenannten Sudetengebiete durch das Münchner Gipfeltreffen (Ende September 1938) war die letzte Eroberung, die Hitler noch auf dem Wege der Verhandlungsdiplomatie hatte machen wollen. Danach wurden in der Außenpolitik kaum noch taktische Rücksichten genommen, und auch in der Politik gegen die Juden fielen fast alle Hemmungen fort.

Sofort nach dem November-Pogrom begann man, offen von der Vernichtung der Juden im kommenden Krieg zu sprechen. Den Anfang machte Göring während einer Regierungskonferenz am 12. November 1938: "Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung zu vollziehen."

Das SS-Organ "Das Schwarze Korps" begründete in seiner Ausgabe vom 24. November 1938, warum man bisher einen - gemessen am eigenen Programm - relativ langwährenden, schrittweisen Gang der antijüdischen Politik habe wählen müssen: 1933 habe Deutschland noch die militärische Macht gefehlt, die es jetzt besitze; "damals wäre es den Juden vielleicht gelungen, die Völker in einen Rachekrieg gegen uns zu hetzen". Jetzt aber könne keine Macht der Welt Deutschland mehr daran hindern, "die Judenfrage nunmehr ihrer totalen Lösung zuzuführen". Das Ergebnis werde "das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung" sein.

Unüberhörbar war schließlich Hitlers Ankündigung im Reichstag am 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler: "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb

Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Hitler wiederholte diese Drohung während des Krieges noch mehrmals öffentlich, erstmals am 30. Januar 1941. Möglicherweise war damit die Absicht verbunden, die Juden in Deutschland und im deutschen Einflußbereich als Geiseln gegen ein Eingreifen der USA in den Krieg einzusetzen. Goebbels hatte schon am 25. Juli 1938 ins Tagebuch notiert: "Hauptsache ist, daß die Juden hinausgedrückt werden. In 10 Jahren müssen sie aus Deutschland entfernt sein. Aber vorläufig wollen wir die Juden noch als Faustpfand hierbehalten."

Kt.

31. 1938: Deutschland schiebt ab. Der Konflikt um die Juden polnischer Herkunft

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:24

Alle Jahre wieder ist der 9. November ein Anlaß für erbauliche Feierstunden, die vor allem der möglichst durch jüdische Zeugen abzusichernden Selbstbestätigung dienen, daß so etwas sich nicht wiederholen wird, weil das heutige Deutschland völlig anders ist als das damalige. Das ist natürlich wahr. Wer heute Synagogen anstecken möchte, muß es heimlich tun, und wenn er sich erwischen läßt, droht ihm ein Prozeß statt wohlwollendem Verständnis für seine gerechte Empörung.

Selten oder nie wird bei diesen Feierstunden davon gesprochen, daß unmittelbarer Auslöser des Novemberpogroms eine Massenabschiebung von Menschen war, die als "unerwünschte Ausländer" galten. Abgeschoben wird in Deutschland immer noch mit erschreckender moralischer Hemmungslosigkeit und unmenschlicher Gleichgültigkeit. Daß dabei keine Güterwaggons mehr benutzt werden und auch die Peitsche nicht mehr in Erscheinung tritt, sollten wir uns nicht als große humanitäre Errungenschaft zugute halten. Die Parallelen sind auch ohne dieses Zubehör beschämend genug.

Am 31. März 1938 gab die polnische Regierung den Erlaß eines Gesetzes bekannt, das die Möglichkeiten zur Ausbürgerung polnischer Staatsangehöriger, die im Ausland lebten, erweiterte. Insbesondere betraf das Personen, die während der letzten fünf Jahre keine Verbindung mit Polen mehr gehabt hatten, die also längerfristig oder sogar dauerhaft im Ausland lebten. Nicht zuletzt war dabei an die schätzungsweise 30.000 Juden polnischer Herkunft in Deutschland gedacht. Wohl die meisten aus der ersten Generation dieser Menschen lebten schon vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland oder waren kurz danach zugewandert, teilweise aus früheren Ostgebieten des Reichs, die nach dem verlorenen Krieg Teil des polnischen Staates geworden waren. Die zweite Generation dieser "polnischen" Juden war bereits in Deutschland geboren worden. Freiwillig hätte unter normalen Umständen vermutlich kaum jemand von ihnen den Wunsch gehabt, seinen Wohnsitz nach Polen zu verlegen, und selbst angesichts des zunehmenden Drucks in Deutschland seit der Regierungsübernahme durch Hitler war Polen nicht gerade ein bevorzugtes Ziel.

Was war Zweck und Anlaß des Gesetzes? Bis Ende 1937 hatte nur etwa ein Fünftel der deutschen Juden, 120.000 von insgesamt rund 500.000 Menschen, das Reichsgebiet verlassen. Sie waren ungefähr zu gleichen Teilen nach Palästina, nach Übersee (vor allem USA) und in europäische Nachbarländer ausgewandert. Es gab aber Ende 1937/Anfang 1938 klare Anzeichen, daß die deutsche "Judenpolitik" erheblich verschärft und die Massenvertreibung ausgeweitet und beschleunigt werden sollte.

Ein wichtiges Warnsignal in diesem Sinn war Himmlers Anordnung vom 5. Januar 1938, alle Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit (mit Ausnahme der Inhaber von Diplomatenpässen) innerhalb von zehn Tagen aus Deutschland auszuweisen. Wer der Aufforderung zur Ausreise nicht "freiwillig" nachkam, sollte abgeschoben werden - möglichst mit Einverständnis der UdSSR, anderenfalls aber auch einfach irgendwo "über die grüne Grenze". Mitte Februar verlängerte Himmler die Frist auf bis zu sechs Wochen, und Anfang Mai 1938 ordnete er eine nochmalige Verlängerung an.

Die deutsche Regierung hatte es also zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nicht ganz eilig, und die angedrohte Abschiebung betraf auch nur eine kleine Zahl von Menschen. Polen hatte aber allen Grund, das deutsche Vorgehen gegen die jüdischen Sowjetbürger als Einstieg und Probe für Maßnahmen gegen die größte Gruppe "ausländischer" Juden in Deutschland, eben die "polnischen" Juden, zu verstehen. Nun war aber auch in Polen das gesellschaftliche Klima vom Antisemitismus geprägt, und die polnische Regierung war bereits seit einiger Zeit selbst bemüht, im Ausland Verständnis und Unterstützung für ihren Wunsch nach "Entlastung" von einem Teil ihrer jüdischen "Überbevölkerung" (insgesamt etwa 3,3 Millionen) zu finden.

Konkurrenz

der Antisemiten

Weitere Konkurrenten auf dem weitgehend blockierten "Markt" für jüdische Auswanderer bzw. Flüchtlinge und Vertriebene waren Ungarn und Rumänien mit zusammen rund 1,5 Millionen jüdischer Einwohner. Im Januar 1938 hatte die Ende Dezember 1937 gebildete rumänische Regierung unter dem Antisemiten Goga ein Gesetz

über die Überprüfung der Staatsbürgerschaft bekannt gegeben, das auch dort eine erhebliche Verschärfung der judenfeindlichen Politik signalisierte. Im Ergebnis lief es darauf hinaus, daß ungefähr 250.000 rumänische Juden ihre Staatsbürgerschaft verlieren würden und damit voraussehbar über kurz oder lang zu Freiwild für Massenabschiebungen werden würden. Auch wenn Goga bereits im Februar 1938 vom König wieder abgesetzt wurde, blieb die Vertreibung als Damoklesschwert. Anfang Oktober wurde ein Erlaß veröffentlicht, der die Betroffenen verpflichtete, ihre Aufenthaltsgenehmigung vierteljährlich neu zu beantragen.

Im ungarischen Parlament wurde seit Anfang 1938 gleichfalls über antijüdische Maßnahmen diskutiert, die Anfang Mai als Gesetz beschlossen wurden. Sie sahen Höchstquoten für Juden in praktisch allen akademischen Berufen und darüber hinaus vor. Anders als in Deutschland verlor zwar dadurch niemand seinen Arbeitsplatz, aber die Zulassung neuer jüdischer Bewerber für diese Berufe sollte blockiert sein, solange die Quote überschritten war.

Zum Hintergrund des polnisches Gesetzes vom 31. März 1938 gehörte schließlich auch der "Anschluß" Österreichs, den Deutschland Mitte März durchgesetzt hatte. Dadurch kamen mit einem Schlag 190.000 weitere jüdische Menschen unter nationalsozialistische Herrschaft, und schon aus den allerersten deutschen Maßnahmen wurde deutlich, daß man deren Entrechtung und Vertreibung von vornherein sehr viel systematischer und schneller angehen würde als bisher im Reichsgebiet praktiziert. Streicher triumphierte im "Stürmer" (12/38): "Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen, einem Großdeutschland ohne Juden".

Die deutsche Regierung hatte das polnische Gesetz zwar sofort kritisiert und eine Rücknahme-Zusage der Warschauer Regierung für alle "polnischen" Juden gefordert, aber den Konflikt zunächst nicht zugespitzt. Er wurde erst Anfang Oktober 1938 wieder akut.

Für die Zwischenzeit sind weitere Vorgänge zu erwähnen, die die sich drastisch verschlechternde internationale Situation der Juden kennzeichnen.

Im Juni 1938 wurde den in Deutschland lebenden Juden mit rumänischer Staatsangehörigkeit die Aufenthaltserlaubnis teilweise entzogen oder beschränkt. Vor allem ging es um die Drohung, die Betroffenen künftig bei den geringsten Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, wie etwa gegen das Melderecht, auszuweisen und abzuschieben.

Anfang September beschloß der italienische Ministerrat, alle Juden, die sich nach dem Stichtag 1. Januar 1919 in Italien oder seinen Kolonialgebieten niedergelassen hatten, zu Ausländern zu erklären. Mit gewissen Ausnahmen (beispielsweise für Kriegsteilnehmer und "verdiente" Faschisten samt Familienangehörigen) waren sie verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten das Land zu verlassen; anderenfalls drohte ihnen die Ausweisung.

Es zeigte sich später, daß die italienischen Behörden diesen Erlaß kaum in die Praxis umsetzten. Dennoch verschärfte er zunächst einmal das internationale Klima zu Ungunsten der Juden und wurde deutscherseits als Bestätigung und Ermutigung aufgefaßt.

Das große rote "J"

Wichtig für die weitere Entwicklung war vor allem der Konflikt Deutschlands mit der Schweizer Regierung. Am 24. Juni 1938 teilte die Schweiz mit, daß für alle Reisenden aus Österreich der Visumzwang eingeführt sei, "um die Schweiz vor dem ungeheuren Zustrom von Juden aus Wien zu sichern". Diese Maßnahme brachte aber nicht die gewünschte Wirkung, weil die deutschen Stellen vielen betroffenen Juden neue Reisepässe ausstellten, aus denen ihre österreichische Herkunft nicht mehr hervorging. Selbst vor direkter Unterstützung der illegalen Einreise von Juden in die Schweiz schreckten die deutschen Stellen zum Ärger der Schweizer Behörden nicht zurück.

Anfang August teilte die Schweiz deshalb auf diplomatischem Weg mit, daß sie weitergehende Maßnahmen erwäge, darunter an erster Stelle die Einführung eines allgemeinen Visumzwangs für alle Reichsdeutschen. Mit dem deutschen Versprechen, die Einreise von Juden aus Österreich in die Schweiz künftig zu verhindern, wollte man sich nicht mehr zufrieden geben.

Am 31. August teilte die Schweizer Regierung ihre Absicht mit, das Paß- und Visumabkommen mit Deutschland zu kündigen. Gleichzeitig gab der Schweizer Polizeichef Rothmund dem deutschen Gesandten

aber am 2. September zu verstehen, daß man den Visumzwang auf deutsche Juden beschränken könnte, sofern aus den Pässen klar ersichtlich wäre, ob die betreffenden deutschen Staatsangehörigen Juden sind.

Verhandlungen, die vom 27. bis 29. September in Berlin stattfanden, führten zum gewünschten Ergebnis: Deutschland sagte zu, alle Pässe reichsdeutscher Juden möglichst schnell mit einem entsprechenden Kennzeichen zu versehen. Um dies durchzuführen, wurden am 5. Oktober alle Reisepässe deutscher Juden für ungültig erklärt. Sie mußten innerhalb von zwei Wochen bei der Paßbehörde eingereicht werden, um durch Hineinstempeln eines großen roten "J" wieder gültig zu werden. Selbstverständlich war das ein Schritt, der der deutschen Seite auch ohne den Schweizer Druck äußerst zweckmäßig erschien.

An diesem Punkt kam nun wieder die polnische Regierung ins Spiel: Am 6. Oktober, einen Tag nach Bekanntgabe der deutschen Maßnahme, erließ sie ein Dekret, wonach die Pässe der im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen nur noch in Verbindung mit einem konsularischen Prüfungsvermerk, also praktisch einem Visum, zur Einreise nach Polen berechtigen sollten. Dieser Vermerk sei insbesondere denjenigen zu verweigern, auf die das Gesetz vom 31. März 1938 sich bezog, also den seit Jahren im Ausland lebenden Personen und ihren Nachkommen. Stichtag für das Inkrafttreten dieser Regelung war der 29. Oktober.

Zur Begründung erklärte die polnische Regierung später, sie wolle vermeiden, "daß größere Mengen von Besitzern polnischer Pässe, die durch die Anordnungen der Deutschen Regierung ihres Vermögens verlustig gegangen und in einen Zustand völliger Proletarisierung gebracht worden sind, massenweise nach Polen zurückkehren".

Als diese Maßnahme mit Verzögerung am 15. Oktober bekannt gegeben wurde, antwortete die deutsche Seite mit der Drohung, alle "polnischen" Juden abzuschieben, falls das Dekret nicht umgehend annulliert würde. Am 26. Oktober wiederholten die deutschen Vertreter ihre Forderung in ultimativer Form. Nach der polnischen Ablehnung am folgenden Tag lief sofort die schon vorbereitete Maschinerie der ersten großen Deportation an. Himmler verfügte gegen alle "polnischen" Juden ein Aufenthaltsverbot, verbunden mit der Aufforderung, Deutschland bis spätestens am 29. Oktober zu verlassen.

Tatsächlich ließ man den Betroffenen nicht einmal einen minimalen zeitlichen Spielraum, dieser Aufforderung selbst nachzukommen. Gleichzeitig mit der formalen Zustellung des Aufenthaltsverbots wurden sie in "Abschiebehaft" genommen und in Sammeltransporte getrieben. Insbesondere war man bemüht, die männlichen Juden möglichst vollständig bei dieser Aktion zu "erfassen", da man davon ausging, daß ihren Angehörigen anschließend sowieso nichts anderen übrigen bleiben würde, als ihnen nachzufolgen. In vielen Fällen wurden aber auch ganze Familien in die Züge getrieben.

Vertreibung ins "Niemandsland"

Nach offiziellen Angaben wurden am 28. und 29. Oktober rund 17.000 jüdische Menschen an die Grenze geschafft, von denen 12.000 abgeschoben wurden. Teilweise waren die polnischen Behörden im ersten Moment so überrumpelt, daß sie die Einreise zuließen. Später war das aber nicht mehr der Fall, und die Deutschen jagten Tausende von Deportierten bei spätherbstlichen Temperaturen und Witterungsverhältnissen einfach ins "Niemandsland", wo sie mit primitivsten Hilfsmitteln campieren mußten - bis schließlich die polnische Seite sich erbarmte und sie aufnahm.

Der erste Reflex der polnischen Regierung war, sich für das deutsche Vorgehen zu rächen. Sie gab deshalb Anweisung, eine gleiche Zahl deutscher Staatsangehöriger aus den früheren Ostgebieten des Reichs auszuweisen. Zur Vorbereitung wurden vielen von ihnen die Pässe abgenommen, einige kamen gleich in "Abschiebehaft". Polen entschied sich dann aber, den Konflikt mit dem mächtigen Nachbarn nicht weiter zuzuspitzen. Es wurden also Verhandlungen aufgenommen, zunächst mit dem Ergebnis, daß die Deutschen die Deportationen erst einmal abstoppten und einen Teil der noch an der Grenze Stehenden in ihre Wohnungen zurückkehren ließen.

Am 24. Januar 1939 wurde eine deutsch-polnische Vereinbarung geschlossen. Sie lief einerseits darauf hinaus, daß Polen die Familienangehörigen der im Oktober 1938 Abgeschobenen - etwa 5-6000 Menschen - aufnehmen würde. Sie gestattete es andererseits den Abgeschobenen, befristet noch einmal nach Deutschland zurückzukehren, um ihre Angelegenheiten zu regeln, ihren Besitz zu verkaufen usw. Die Frage,

was mit dem Erlös aus solchen Verkäufen geschehen sollte, wurde allerdings nicht abschließend geklärt. In der Vereinbarung war die Rede von der Einrichtung besonderer Konten bei einer deutschen Devisenbank, über deren weitere Behandlung sich die beiden Staaten später noch verständigen sollten.

Ungeklärt blieb auch, was mit den übrigen etwa 7-8000 noch in Deutschland lebenden "polnischen" Juden geschehen sollte. Polen wollte sich zu deren Übernahme nicht verpflichten. Heydrich gab daraufhin am 8. Mai 1939 Anweisung, "ihre Abschiebung nach Polen unter Anwendung polizeilicher Zwangsmittel vorzunehmen". Das sollte aber nicht wieder durch eine Massendeportation gemacht werden, sondern in weniger auffälligen Formen. "Es muß erreicht werden, daß bis zum 31. Juli 1939 die erwähnten polnischen Juden das Reich verlassen haben oder zum Vollzug der Abschiebungshaft in ein Konzentrationslager eingewiesen worden sind. (...) Die Grenzpolizeibehörden (...) werden angewiesen, mit allen polizeilichen Mitteln die Abschiebung (...) über die grüne Grenze nach Polen zu erzwingen."

Aus einer Anweisung von Gestapochef Best vom 8. Juli 1939 geht hervor, daß die polnische Seite sich gegen dieses Vorgehen der Deutschen schließlich durch eine verschärfte Grenzüberwachung zur Wehr setzte. Heydrichs Anweisung vom 8. Mai wurde deshalb dahingehend abgeändert, zwar möglichst alle bereits ins Grenzgebiet geschafften Juden bis Ende des Monats über die "grüne Grenze" auf polnisches Gebiet zu jagen, aber weitere Deportationen nur noch dann vorzunehmen, "wenn eine Mitteilung einer Grenzpolizeidienststelle vorliegt, daß die Abschiebung in ihrem Grenzabschnitt möglich ist".

Erst der deutsche Überfall auf Polen, der am frühen Morgen des 1. September 1939 begann, beendete das deutsch-polnische Tauziehen um die entrechteten, beiderseits "unerwünschten" Juden. Von nun an waren sie nur noch der Willkür der Deutschen ausgeliefert.

Kt.

32. Double-b(l)ind. Die Konzeption der Menschenrechte aus feministischer Perspektive

Autor: Monika Hoffmann · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:09

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus Heft 232 der blätter des informationszentrums 3. welt, der uns von der Autorin freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde.

Auch wenn der Titel "Menschenrechte sind Frauenrechte" der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 vielversprechend klang, blieb doch das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurück. Die Frauen scheiterten in ihrer Absicht, eine über Einzelstandpunkte hinausgehende, gemeinsame Strategie zu entwickeln. Es liegt nahe, dieses Scheitern darauf zurückzuführen, daß innerhalb der feministischen Diskussion über Menschenrechte die unterschiedlichsten Strömungen vertreten sind und die Differenzen zwischen Frauen bezüglich ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Stellung die gemeinsamen Handlungsmöglichkeit stark einschränken. Der Grund liegt zunächst jedoch in der historischen Konzeption der Menschenrechte selbst.

In der Charta der Vereinten Nationen sind die völkerrechtlich national und international verbindlichen Menschenrechte ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion festgehalten. Sie behaupten die Gleichheit und Gleichberechtigung aller vor einer als absolut und universell gültig gesetzten Verfassung. In den Menschenrechtskatalogen spiegelt sich das ihnen zugrundeliegende Selbstbild der Autoren und ihrer im 18. Jahrhundert geprägten Vorstellung von Gesellschaft. Das daraus entworfene Menschenbild hat als Vorlage das männliche, weiße, ökonomisch unabhängige und besitzende Individuum. Folgerichtig stellt bis heute trotz der zahlreichen Erweiterungen und Ergänzungen nur die Lebensrealität einer bestimmten Gruppe den Rahmen für den Geltungsbereich des Grundrechtsystems. Bis heute ist die Blindheit der in Gesetzen und Konventionen verankerten Menschenrechte gegenüber dem Geschlechterverhältnis, den Klassenverhältnissen und der rassistischen Ausgrenzung systematisch. Der Gleichheitsgedanke in den Menschenrechtskonventionen geht von einem abstrakt herausdestillierten Individuum aus und meint nie den real existierenden Menschen. Die zahlreichen Sonderrechte und Nachträge in den verschiedenen Stadien und Kategorien der völkerrechtlichen Konventionen, in denen versucht wird, die Lebensrealität einzelner zu berücksichtigen, wirken deshalb wie schlecht aufgetragenes Make-up. Ob mit ihnen überhaupt bestehende Machtverhältnisse angetastet werden sollen oder können, ist fraglich.

Die Menschenrechtsbewegung, insbesondere die feministische, befindet sich vor diesem Hintergrund zwangsläufig in einem Dilemma. So wichtig es ist, sich aus der Perspektive der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen positiv auf die allgemeinen Konventionen zu beziehen, muß andererseits deren behauptete Allgemeingültigkeit und Grundlage radikal in Frage gestellt werden. Während weite Teile der Frauenbewegung eine Ausweitung bestehender Regelungen und Stärkung der Rechtsauslegung unter Berücksichtigung der Geschlechterdifferenz fordern, kritisieren andere die Konventionen grundsätzlich als patriarchats-, herrschafts- und besitzstabilisierend.

Und wie's drinnen aussieht ...

In den verschiedenen Stadien der Protokolle, dem Zivil- und dem Sozialpakt und ihren Nachträgen (zu denen auch die Frauenkonventionen gehören), wurden die Menschenrechte zeitgerecht aufgepeppt. Die grundsätzlichen Protokolle berücksichtigen aber keineswegs die unterschiedlichen Gewaltverhältnisse. Sexuelle Gewalt wird nicht als systematische und machtpolitische Verfolgung, sondern als eine Tat definiert, die sogar im Kriegsfall von "Zivilisten", also von "individuellen Triebtätern" ohne politischen Hintergrund verübt wird. Das Verbot von Folter blendet sexuelle Folter aus und schützt Frauen nicht vor häuslicher Gewalt. Im Pakt über den Schutz des Lebens vor staatlicher Willkür wird nicht zur Kenntnis genommen, daß das Leben von Frauen (durch Witwenverbrennung oder Tötung weiblicher Kinder) allein aufgrund ihres Geschlechts bedroht ist. Das Recht auf Freiheit und Sicherheit ist nur gegenüber Staatsorganen, nicht aber gegenüber Einzelpersonen formuliert, in deren ökonomischer Abhängigkeit sich Frauen häufig befinden. Der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte berücksichtigt nicht die Lebensumstände, in denen Frauen leben, das Recht auf Arbeit berücksichtigt nicht die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes. Geschlechtsbezogene Machtverhältnisse werden also nicht berücksichtigt.

Diese Ausblendungen in den Menschenrechtskonventionen sind ebenso Ansatzpunkte feministischer Kritik wie die an dem gültigen, an westlichen Normen orientierten Rechtsbegriff zugrundeliegende Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre. Die überwiegende Mehrheit der Frauen weltweit führt ihr Leben in eben jenem als "private Sphäre" definierten Raum. Ökonomische, gesellschaftliche, kulturelle und rechtliche Strukturen hindern vielerorts bzw. in vielen Bereichen Frauen daran, am sogenannten öffentlichen Leben teilzuhaben. Dabei ist der "alte" feministische Gedanke, daß auch das Private öffentlich ist, scheinbar in Vergessenheit geraten. Statt dessen wird in der Konzeption der Menschenrechte die Ideologie eines angeblich herrschaftsfreien Privatbereiches ebenso anerkannt wie die Trennung der Gesellschaft in öffentliche und private Räume, die mit der "Zuweisung" spezifischer Arbeitsbereiche für Männer und Frauen einhergeht. Dem Staat kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu: Er organisiert und reguliert die Demarkationslinie zwischen öffentlich und privat. Ob und wo der einzelne Staat diese Trennung vollzieht, ist seine politische bzw. durch Machtinteressen geleitete Entscheidung. Die Überwindung struktureller Benachteiligungen ist dabei selbstredend nicht beabsichtigt.

So wird beispielsweise in der deutschen Rechtsprechung die Privatsphäre dann "geschützt", wenn es um die Nicht-Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe in der Asylgesetzgebung oder um die Nicht-Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe geht. Ebensowenig wie der öffentliche ist also der private ein gesellschaftlich freier Raum. Jede Orientierung an dieser konstruierten Aufteilung kann nur eine Anerkennung der staatlichen Definitionsmacht sein. Wird also sexuelle Gewalt und Frauenunterdrückung als strukturelles, staatsimmanentes Gewaltverhältnis analysiert, gleichzeitig jedoch nach staatlichem bzw. völkerrechtlichem Schutz durch Eingreifen in die "Privatsphäre" gerufen, dreht sich die Argumentation im Kreis.

... geht keineN was an

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß das Menschenrechtssystem nicht nur aufgrund seiner konzeptuellen, sondern auch wegen seiner institutionellen Beschränkung kein Bezugspunkt für feministische Ansätze sein kann. Die Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen obliegt den einzelnen UN-Institutionen. Die Anwendbarkeit der internationalen Abkommen gilt prinzipiell nur für Staatsangehörige (Staatenlose sind also ausgenommen), deren Staat die Verträge ratifiziert hat. In den völkerrechtlichen Vereinbarungen ist die relative Souveränität der Staaten verankert. Der Staat ist gegenüber dem Völkerrecht, die Einzelperson gegenüber dem Staat in der Erfüllungspflicht. Die nationalen Hierarchien und Machtkonstruktionen, in denen Diskriminierung und Marginalisierung von Frauen eingebettet sind, werden also auf die internationale Ebene übertragen. Strukturelle innerstaatliche Macht- und Gewaltverhältnisse können (und sollen) nicht auf internationaler Ebene verhandelt werden. Die Vertragsstaaten sind zwar verpflichtet, die Einhaltung der Verträge durch gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen zu überwachen, doch sind z.B. für die in den speziellen Konventionen festgelegten Frauenrechte (in denen z.B. die Ächtung der Diskriminierung von Frauen oder das Übereinkommen zur Unterdrückung des Menschenhandels festgelegt sind) keine Sanktionsmaßnahmen vorgesehen; nicht einmal ein Petitionsrecht ist im Vertrag enthalten. Können Rechte nicht in Kraft treten (ganz abgesehen von der Frage, wer deren Einhaltung überwacht und die Verstöße ahnden soll), da ihnen keine Durchsetzungsinstrumentarien gegeben sind, bleiben sie Empfehlungen mit nichtssagendem appellativen Charakter von bemerkenswerter Sinnlosigkeit.

Patriarchale Zwangsjacken

Doch auch innerhalb der feministischen Menschenrechtsbewegung selbst läßt sich kaum eine gemeinsame Linie finden, wie den offensichtlichen Beschränkungen durch die völkerrechtlichen Konventionen begegnet werden kann. Die Gleichheits- oder Differenzdebatte erweist sich hier oft als Zwangsjacke, die den Blick auf die Struktur patriarchaler Verhältnisse verstellt. "(...) Frauen (sehen) sich gezwungen zu argumentieren, daß entweder Männer und Frauen gleich seien und sie deshalb auch gleichbehandelt werden sollen, oder daß sie anders seien, aber so behandelt werden sollten, als seien sie gleich; oder aber, daß sie anders seien und deshalb eine spezielle Behandlung erfahren sollten. Dieses Modell verhindert, daß die Art und Weise, wie Gesetze, Kultur, Religion oder Tradition die Diskriminierung von Frauen konstituiert und verfestigt haben, hinterfragt wird. Ebensowenig wird das Ausmaß, in dem die Institutionen männlich definiert sind und männliche Vorstellungen über Herausforderungen und Nachteile vorherrschen, sichtbar." (1)

Um den Rassismusdiskurs, der sich durch sämtliche Frauenrechtsforen, so auch in Peking, zieht, manifestiert sich der Konflikt um Gleichheit und Differenz zwischen den Frauen selbst. Diese finden u.a. in der Debatte um

universale und kulturrelativistische Ansätze ihren Ausdruck. Meist stehen die Positionen stark polarisiert gegeneinander: So wird seitens der kulturrelativistischen Position der Werteimperialismus der westlichen Ideologien, die Dominanz der westlich geprägten Vorstellung von Individualität und die damit einhergehende politische Funktionalisierung des Universalistätsanspruchs kritisiert. In bezug auf die feministischen Ansätze besteht ein prinzipielles Mißtrauen gegenüber den Interessen der westlichen Frauenbewegung, deren potentieller Zugang zur Macht als privilegierte, westliche unabhängige Frauen ins Feld geführt wird. Die VertreterInnen der Universalität der Menschenrechte dagegen gehen von der naturrechtlichen generellen Gültigkeit moralischer Kriterien aus. Mit dem Verweis auf kulturelle Selbstbestimmung würden in der kulturrelativistischen Position Abwehrkämpfe eines sich bedroht fühlenden Patriarchats ausgefochten. Vielfach sei die Ablehnung einzelner menschenrechtlicher Vereinbarungen (speziell in den Frauenkonventionen) nicht durch kulturelle Praktiken motiviert, sondern durch wirtschaftliche und politische Interessen.

Die unterschiedliche Schwerpunktsetzung zwischen Feministinnen aus den südlichen Ländern und westlichen Feministinnen wird auch daran deutlich, welchen Themen politische Priorität zugeteilt wird: Vereinfacht gesagt, geht es einerseits vorrangig um den Kampf um sozio-ökonomische Rechte und andererseits um die Auseinandersetzung um häusliche Gewalt. Wo auf der einen Seite die "genderblindness" kritisiert wird, gerät die Kritik vor allem von Seiten der westlichen Frauenbewegung oft genug zur Doppelblindstudie bezüglich der Klassen- und der rassistischen Verhältnisse. Die Frage bleibt, ob das so weitgehend verworfene Konzept der Menschenrechte überhaupt ein Schritt auf dem Weg zur Befreiung sein kann. Der Verzicht auf diese Basis und die bislang erkämpften Rechte bietet allerdings ebensowenig Chancen, sich der Unterordnung unter staatliche Macht zu entziehen.

Monika Hoffmann

Anmerkung:

(1) Rebecca J. Cook: 1993: Women's international Human Rights Law, in: Human Rights Quarterly, Nr.1, S. 239.

33. Ehemalige Zwangsarbeiterinnen klagen auf Entschädigung

Autor: Entschädigung · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:43

"Die Siemens-Anwälte waren arrogant, die haben mich keines Blickes gewürdigt geschweige denn mich angesprochen. Ich bin mir vorgekommen, als wenn ich die Angeklagte gewesen wäre." Waltraud Blass hat 1990 einen Prozeß gegen Siemens angestrengt. Ihre Klage auf Entschädigung für die Zwangsarbeit, die sie 1943 und 1944 im KZ Ravensbrück für den Elektrokonzern leisten mußte, wurde abgewiesen: wegen "Verjährung" und "Unschuld" der Firma, der die Zwangsarbeiterin "von der SS zugewiesen" worden sei.

Jahrelang hat Siemens gemauert, wenn es um Wiedergutmachung für die etwa 60.000 ZwangsarbeiterInnen ging, die der Konzern während der NS-Zeit ausgebeutet hat. (Vgl. ak 400 und 406). Zwar hat das Unternehmen 1962 auf Druck der Jewish Claims Conference rund sieben Millionen DM an etwa 2.000 jüdische KZ-Gefangene gezahlt, die Zwangsarbeit und Lager überlebt hatten. Eine "rechtliche oder moralische Verpflichtung", für die ehemaligen Arbeitssklaven oder ihre Angehörigen finanzielle Wiedergutmachung zu leisten, hat der Konzern jedoch ausdrücklich abgelehnt. Weitere Forderungen haben die Anwälte des Konzerns an die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des "Dritten Reiches" verwiesen.

Wie der Elektroriese Siemens haben auch andere deutsche Großunternehmen argumentiert, wenn es darum ging, Wiedergutmachungsleistungen für die ZwangsarbeiterInnen zu verweigern, von deren Arbeit sie während des Zweiten Weltkrieges profitiert haben. Deren Zahl läßt sich kaum zu hoch ansetzen. Auf jeden Fall war in der Rüstungsindustrie 1944 jeder dritte Beschäftigte einE ZwangsarbeiterIn; insgesamt waren es sechs bis neun Millionen Menschen.

Unternehmen als "Agenten des Reiches"

Auch wenn sie nach dem Krieg das Gegenteil behaupteten: Die Unternehmen wußten, daß die Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen gegen das Völkerrecht verstieß. Freiwillig und direkt forderten sie ZwangsarbeiterInnen von den Arbeitsämtern oder aus den Konzentrationslagern der SS an. In den Nürnberger Prozessen war denn auch einer der Hauptanklagepunkte der Einsatz von Menschen zur "Sklavenarbeit", und er wurde mit schweren Strafen geahndet.

Entsprechend fürchteten die Unternehmen, daß sie in den Nachkriegsjahren mit einer Flut von Prozessen überzogen würden. Der Kalte Krieg machte diesen Ängsten bald ein Ende. Um die Bundesrepublik als Bollwerk gegen den Kommunismus wirtschaftlich zu stabilisieren, wurde 1953 im Londoner Schuldenabkommen vereinbart, daß AusländerInnen, die aus den besetzten Gebieten verschleppt und in deutschen Firmen zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, eventuelle Schadensersatzforderungen bis zum Abschluß eines Friedensvertrags nicht an die Unternehmen, sondern an den Staat zu richten hätten. Begründet wurde dieses Moratorium mit der - von HistorikerInnen längst widerlegten - Behauptung, daß die Unternehmen als "Agenten des Reichs" gehandelt, mithin also die ZwangarbeiterInnen nicht aus eigener Initiative angefordert und eingesetzt hätten. Die Bundesrepublik behandelte die Entschädigungsansprüche wie Reparationen und sorgte durch das ebenfalls 1953 verabschiedete Bundesentschädigungsgesetz und seine Novellen dafür, daß der Kreis der Anspruchsberechtigten anfangs sehr eng gefaßt wurde.

Das Londoner Schuldenabkommen, die "Verjährungspolitik" und die These von den "Agenten des Reiches" haben es jahrzehntelang ermöglicht, Entschädigungsforderungen von ZwangsarbeiterInnen abzuwehren. Jetzt aber zeigen sich Risse in der Ablehnungsfront. So will beispielsweise VW 20 Millionen in einen Fonds einzahlen, aus dem Ansprüche von NS-Opfern befriedigt werden sollen. Ähnliche Überlegungen gibt es auch bei BMW, Hochtief, Siemens und Varta, und inzwischen denkt sogar der BDI über einen Fonds für ehemalige ZwangsarbeiterInnen nach.

Einige Firmen - darunter Daimler - fordern allerdings, daß ein Fonds für ZwangsarbeiterInnen von Unternehmen und Bundesregierung gemeinsam bestückt werden soll. Helmut Kohl hat es strikt abgelehnt, die staatliche Entschädigungskasse wieder aufzumachen. In der SPD hingegen gibt es mehrere Politiker, unter ihnen vor allem Hans-Jochen Vogel, die sich für die Interessen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen

einsetzen. Und Gerhard Schröder hat während des Wahlkampfes versprochen, daß sich im Falle eines Wahlsieges auch die Bundesregierung an einer Stiftung beteiligen werde, wie sie die Bündnisgrünen schon seit Jahren fordern.

Diese plötzliche Wende in der Entschädigungsfrage, 50 Jahre nach Kriegsende, ist nur zu einem geringen Teil der Arbeit jener HistorikerInnen und JournalistInnen zu verdanken, die die Öffentlichkeit in den letzten Jahren für die Verstrickungen der deutschen Industrie mit dem NS-Regime sensibilisiert haben. Weit wirkungsvoller waren in diesem Zusammenhang die Geschäftsinteressen vor allem der exportorientierten Unternehmen, besonders solcher mit großen Geschäftsvolumen in den USA. Zuerst waren es deren PR-ManagerInnen, die auf eine Bereinigung der "NS-Altlasten" drängten. Denn die Umsätze leiden darunter, wenn Diskussionen über Zwangsarbeit am Image einer Firma kratzen. In den letzten Monaten mußten aber auch Hardliner in der Abwehrfront auf Druck aus den USA reagieren.

Dort sind nämlich etliche Sammelklagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen anhängig: gegen BMW, Daimler-Benz und VW; gegen Degussa und die Rüstungsfirma Diehl; gegen Krupp MAN, Leica, Siemens, WMF und Württembergische Metallfabrik. Zum Teil setzen die AnwältInnen auf außergerichtliche Lösungen. Hinter den Kulissen wird über die Einrichtung eines Fonds oder einer Stiftung verhandelt, an die NS-Opfer ihre Ansprüche anmelden könnten. Vor allem ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion und Polen haben bisher allenfalls symbolische Wiedergutmachung erhalten, die weder den vorenthaltenen Lohn für die Zwangsarbeit noch Rentenansprüche ersetzen kann. Die Gesundheitsschäden, an denen viele Menschen durch die Verschleppung und Zwangsarbeit leiden, die Zerstörung von Berufschancen und soziale Entwurzelung sind mit den geringen Summen, die die Bundesregierung bisher gezahlt hat, erst recht nicht entschädigt.

Anwalt Witti: "Jetzt geht's erst richtig los"

Inzwischen üben auch deutsche Gerichte Druck auf die Unternehmen aus, die von der Zwangsarbeit profitiert haben. Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, daß das Londoner Schuldenabkommen beendet sei und das Völkerrecht einen Anspruch von ausländischen ZwangsarbeiterInnen auf Wiedergutmachung keineswegs ausschließe. Daraufhin haben die Landgerichte Bremen und Bonn ehemaligen ZwangsarbeiterInnen Entschädigung zugesprochen.

Zu erklären ist diese Tendenzwende in den deutschen Gerichtssälen unter anderem mit einem Generationenwechsel in der Richterschaft. Verjährung, das Argument, das noch gegen die Siemens-Zwangsarbeiterin Blass vorgebracht wurde, scheint in der jüngeren Richtergeneration nicht mehr überall durchzuschlagen. Auch der Verweis darauf, daß die osteuropäischen Staaten auf Entschädigungsforderungen an das Bruderland DDR verzichtet haben, überzeugt seit der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten nicht mehr jeden.

Auch die neue Managergeneration in den Unternehmen ist inzwischen eher bereit, eine Mitschuld der Industrie an den Verbrechen des Nationalsozialismus einzugestehen. Besonders wichtig für den Stimmungsumschwung in den Chefetagen der Konzerne ist aber das Einknicken mehrerer Schweizer Großbanken. In einer Sammelklage vor einem Gericht in Brooklyn hatten Holocaust-Überlebende 20 Milliarden Dollar von Schweizer Banken gefordert. Die Banken waren zunächst nur zu einer einmaligen Zahlung von 600 Millionen Dollar bereit. Sie gaben aber nach, nachdem etwa 20 US-Bundesstaaten und 30 Gemeinden Boykottmaßnahmen gegen die beklagten Banken angekündigt hatten. Mitte August einigten sich die Geldinstitute in New York außergerichtlich mit den Klägern auf die Zahlung einer Summe von 1,2 Milliarden Dollar.

Damit sei das Thema aber nicht erledigt, sagte Michael Witti, Anwalt in München und einer der Vertreter der Kläger, "jetzt geht's erst richtig los". Tatsächlich hat die New Yorker Einigung Bewegung in die Frage der Entschädigungen gebracht. Die Angst auch deutscher Banken und Unternehmen vor Boykotten ist groß. Selbst der Siemens-Konzern, der nicht einmal anläßlich seines 150. Jubiläums im letzten Jahr Gelder für seine ehemaligen ZwangsarbeiterInnen freistellen wollte, zeigt sich inzwischen verhandlungsbereit. Ende September hat das Unternehmen angekündigt, daß man "einen Fonds für Opfer des Holocaust" einrichten wolle. 20 Millionen Mark würden bereitgestellt, die "unbürokratisch" an "bedürftige" ehemalige Zwangsarbeiter gezahlt werden sollen.

Mehr als 50 Jahre nach Kriegsende kommt diese Hilfe für die wenigen noch lebenden, inzwischen sehr alten ZwangsarbeiterInnen fast zu spät. Es ist zu begrüßen, wenn den in oft ärmlichen Verhältnissen lebenden

ZwangsarbeiterInnen zumindest der Lebensabend finanziell erleichtert wird. Die Motive der Konzerne für die Einrichtung der Fonds allerdings sind weniger humanitärer als geschäftlicher Art. Man will auf diese Weise kostspielige Verfahren vermeiden und etwaigen Boykotten zuvorkommen. Entsprechend warnen auch einige AnwältInnen von NS-Opfern ihre MandantInnen davor, sich mit Almosen abspeisen zu lassen.

Angela Martin

34. "Gescheitert, integriert". Geschichte der deutschen Frauenbewegung - eine Buchkritik

Autor: efa · Rubrik: Frauen; Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:17

Im Grunde mag ich keine Bücher, die mit "Geschichte des/der soundso" betitelt sind. Zwar fände ich es schön, alles zu wissen, was da drin steht, um bei gegebenem Anlaß durch lässige Gesprächseinwürfe gezielt Eindruck machen zu können - aber lesen mag ich sie nicht. Zumal mein Langzeitgedächtnis, wenn es sich langweilt, die Lagerung historischer Daten konsequent bestreikt. Deswegen muß das posen in der Regel leider ausfallen.

Aber: Mit diesem Buch ging es mir anders. Einerseits weil es mich gepackt hat und andererseits, weil es mich geärgert hat.

Neun Aufsätze von sechs verschiedenen Autorinnen führen die Leserin durch die Geschichte der Frauenbewegung von 1848 bis heute. Natürlich sind die Texte qualitativ recht unterschiedlich und lesen sich infolgedessen unterschiedlich gerne. Mit Interesse verfolgt die Leserin die Abhandlung der Herausgeberin Florence Hervé über die Entwicklung der Frauenbewegung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Wobei allerdings die Rede von der Frauenbewegung bereits falsch ist: Die Spaltung zwischen bürgerlicher und proletarischer Bewegung erscheint ebenso klar wie unvermeidlich. Konkret hieß das vor allem, daß sich die Bürgerinnen zwar sehr wohl für ihre eigenen Interessen - im geziemenden Rahmen - einzusetzen vermochten, daß sie sich aber keineswegs dazu veranlaßt sahen, ihren proletarischen Schwestern beizustehen, als zum Beispiel im Rahmen der Sozialistengesetze in den 80er Jahren die Arbeiterinnenvereine aufgelöst wurden. Die Proletarierinnen ihrerseits träumten den süßen Traum von der sozialistischen Revolution, die "die Frauenfrage" gleich miterledigt , eine Illusion, die sich ja bis heute als äußerst zählebig erwiesen hat.

"Frauenemanzipation durch Reform der ...

Etwas mühsam ist es, Renate Wurms durch die Zeit von 1890 bis 1918 zu folgen. Ihr Beitrag enthält eben gerade jene Überdosis an Abkürzungen und Zahlen, die das Lesen etwas freudlos macht. Auch wenn viele der von ihr sauber aufgeführten Fakten interessant sind, hätte zumindest der Versuch einer Antwort auf die von ihr eingangs aufgeworfene Frage unternommen werden müssen: Ob nämlich die Integration beider Bewegungen in die bürgerliche Gesellschaft gelungen war, ohne daß männliche Privilegien wesentliche Einbußen erlitten hatten. Statt dessen wird die ziemlich glatte Geschichte einer Bewegung erzählt, die mehr und mehr um Gleichberechtigung und Befreiung streitet.

bürgerlichen Gesellschaft oder durch Revolution ...

Da wird zum Beispiel Helene Stöcker zur zentralen Figur im Kampf um Sexualfreiheit und Recht auf Abtreibung. Ja, ja. Gerade aber die Ansätze der frühen Sexualreformerinnen sind von der aktuellen Frauenforschung gründlich auf eugenische und rassistische Bestandteile analysiert worden und in die Diskussion um die Zweischneidigkeit des feministischen Selbstbestimmungsbegriffes einbezogen worden. Gut, ein "Geschichte des ..."- Buch kann und will vielleicht nicht zugleich alle aktuellen theoretischen Debatten zum Thema berücksichtigen. Aber daß hier in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Frauenbewegung die Diskussion um Mittäterinnenschaft einfach übergangen wird, ist ärgerlich.

Die im folgenden Kapitel - wiederum von Florence Hervé - aufgeworfene Perspektive erinnerte mich an die Chronologie meines Geschichtsunterrichts in der Schule: Da wurde nämlich zunächst ausführlich die Weimarer Republik abgehandelt und ebenso ausführlich die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945. Dazwischen lagen die Sommerferien. Hier wird der Nationalsozialismus zwar nicht ausgelassen. Aber das Kapitel über die Zeit zwischen 1933 und 1945 beschäftigt sich praktisch ausschließlich mit "der Frau" als Opfer des NS und "der Frau" als Widerstandskämpferin. Sophie Scholl eine Heldin der deutschen Frauenbewegung? Wohl kaum. Es ist ja unbestritten, daß Frauen auch Widerstand geleistet haben, und daß dieser Widerstand von der herrschenden Geschichtsschreibung gerne totgeschwiegen wird. Aber ebenso unbestritten ist doch wohl, daß die Mehrheit der Frauen in Deutschland den Nationalsozialismus passiv oder aktiv geduldet und/oder

unterstützt hat. Ungläubig blättert frau Seite um Seite in der Erwartung, daß von der jüngeren Debatte um Mittäterinnenschaft irgendein Reflex aufscheint. Vergeblich. Frauen sind Opfer oder Heldinnen - oder beides.

das ist die Frage, die die beiden Bewegungen ...

Die nationalsozialistischen Frauenorganisationen werden zwar beschrieben; in diesem Beschreiben tauchen Frauen als handelnde Subjekte aber nicht auf. Erst zum Schluß ist von der "Zustimmung" der Mehrheit der Frauen zu diesen Organisationen die Rede - aber diese Zustimmung bezieht sich eben auf "Gemeinschaftsleben, Sport- und Reisemöglichkeiten" (S. 116). In dem Kapitel "Zwischen Anpassung und Widerstand" heißt es zu Beginn: "Ein Teil der Frauen hat aktiv mitgemacht, war an den nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt." Das ist aber auch genau der einzige Satz dieser Art, und er steht da wie unfreiwillig hineingeraten. Ihm folgen sieben Seiten Abhandlung über die Beteiligung von Frauen in den verschiedenen Widerstandsgruppen. Vor diesem Hintergrund wirkt dann auch eine Verallgemeinerung wie diese zulässig: "Die deutschen Frauen leisteten Widerstand aus den verschiedensten Motiven heraus." (S. 119)

Diese unterschiedlichen Motive aber hatten eine gemeinsame Basis, das erfahren wir auf der nächsten Seite, nämlich "Mitgefühl" (S. 120), offenbar so eine Art weibliche Primärtugend, ebenso wie der mehrfach zitierte "Glaube an das Gute". Übrigens ordnet sich Hervé damit geistig den bürgerlichen Feministinnen der Weimarer Republik zu, die, wie sie selbst feststellt, prinzipiell vom "seelisch-Anderssein" der Frau ausgingen. Da darf im folgenden Kapitel die Huldigung der "ungeheuren Leistungen" der Trümmerfrauen natürlich nicht fehlen, freilich ohne die ungeheure Verdrängungsleistung dieser Frauen, die ja mehrheitlich auch von nichts gewußt haben wollen, zu erwähnen. Und fast rührend mutet es an, wenn es dann im Kapitel über die Zeit nach 1945 heißt: "Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Wurzeln fand nicht statt." (S. 132) Ist das nicht auch ein bißchen viel verlangt, wo es doch mehr als fünfzig Jahre später anscheinend immer noch nicht möglich ist, nur das, was war, überhaupt zu erwähnen? Vielleicht ist es da ja doch besser, Sommerferien zu haben, als diese Form von Geschichtsbegradigung ertragen zu müssen.

grundsätzlich und taktisch trennt." (Clara Zetkin)

Aber das ist kein Grund, das Buch nicht zu lesen. In anderen Beiträgen gelingt es durchaus, Geschichtsschreibung und Kritik zu verbinden. Flott und prägnant beschreibt etwa Marianne Hochgeschurz die Geschichte der neuen westdeutschen Frauenbewegung von "der roten Tomate auf die Denkerstirn eines führenden SDS-Mannes" über den Frauenkampf gegen den §218, Selbsterfahrungsgruppen, die Institutionalisierungsdebatte, Frauenforschung, Grüne etc. etc. bis hin zum gesellschaftlichen Rollback. Ihr gelingt es, parteilich aus der Sicht einer Beteiligten zu schreiben, ohne zu beschönigen; der Konflikt zwischen lesbischen und heterosexuellen Frauen beispielsweise wird als solcher benannt und erläutert.

Das Buch endet mit dem aus meiner Sicht interessantesten Beitrag: In dem Aufsatz über die Frauenbewegung und Frauenpolitik in der DDR arbeitet die Autorin Herta Kuhrig überzeugend heraus, wie die konsequent auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit angelegte staatliche Politik trotzdem die These von der Geschlechterfrage als Nebenwiderspruch festklopft. De facto verfügten die Frauen in der DDR gegenüber den West-Frauen in bezug auf Erwerbstätigkeit, rechtliche Gleichstellung usw. über einen Modernisierungsvorsprung; über die "privaten" Verhältnisse zwischen den Geschlechtern ist damit freilich nichts ausgesagt, und einen "Bewegungscharakter" nach BRD-Muster ist den DDR-Frauenorganisationen schwerlich nachweisbar. Fest steht jedenfalls, daß nach der "Wende" der Modernisierungsvorsprung zügig nach unten angeglichen wurde.

Kurz: Ein Geschichtsband mit erheblichen inhaltlichen Defiziten - und trotzdem lohnt sich die Anschaffung, schon allein zum Nachschlagen.

Und was das posen betrifft: Ich weiß jetzt, daß der 1885 gegründete "Fachverein der Berliner Mantelnäherinnen" die erste gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation in Deutschland war; daß im August 1916 in Hamburg 57 Lebensmittelläden von Frauen und Kindern geplündert wurden; daß Feministinnen nach dem ersten Weltkrieg für die katastrophale wirtschaftliche Situation das geflügelte Wort "Männerbankrott" prägten; daß Anfang der 30er Jahre auf jede Geburt eine Abtreibung kam; daß ein Jahr nach Kriegsende 58% der deutschen Frauen meinten, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee gewesen. Und daß sich in der DDR während der "Wende" der Unabhängige Frauen-Verband konstituierte und auf eine "Veränderung der patriarchalen Verfaßtheit dieser Welt" abzielte, um kurz darauf resigniert festzustellen: "Der Wahlsieg der

Allianz für Deutschland war gleichbedeutend mit dem Verlust der Vision einer feministischen Gestaltbarkeit der Gesellschaft." (S. 247)

Dieser Visionsverlust ist vielleicht eines der wenigen Dinge, die viele West-Frauen den Ost-Frauen zu diesem Zeitpunkt ganz bestimmt voraushatten.

efa

Florence Hervé: Geschichte der deutschen Frauenbewegung. PapyRossa, 282 Seiten, 29,80 DM

35. Blinde Passagiere

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:31

Am 10. und 11. Oktober fand in Hamburg die erste Konferenz zu Blinden Passagieren statt. Rund 30 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Zusammenhängen diskutierten an beiden Tagen in drei Arbeitsgruppen über: Rechtliche Situation / Minderjährige stowaways; Beratungsmöglichkeiten/Medizinische Versorgung; Seeleute/TaxifahrerInnen und andere FluchthelferInnen.

Alleine in Hamburg kommen - nach Angaben der Wasserschutzpolizei - rund 100 blinde Passagiere jährlich an. Insgesamt werden jährlich rund 200 stowaways - wie blinde Passagiere von den Seeleuten genannt werden - von bundesdeutschen Behörden registriert. Über die tatsächliche Anzahl kann nur spekuliert werden, da es doch einigen Blinden Passagieren gelingt, unentdeckt nach Europa zu kommen. Für die Reedereien sind die ungebetenen Fahrgäste ein Ärgernis, da sie für deren Rückschiebung und die dabei anfallenden Kosten verantwortlich sind und zu dem noch ein Strafgeld zahlen müssen. Erst am 16.9. wurde auf Drängen der Bundesregierung von den Schengen-Staaten beschlossen, dieses zu erhöhen. Weder die Reedereien noch die von ihnen beauftragten Versicherungen haben somit ein Interesse, stowaways nach den Gründen ihrer Flucht zu fragen und sie über ihre rechtliche Situation aufzuklären. Die Wasserschutzpolizei, die im Hamburger Hafen für Einreiseangelegenheiten zuständig ist, überprüft Papiere und stellt Zurückweisungsbeschlüsse aus. Ankunft und behördliche Abfertigung von blinden Passagieren geschieht somit unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Folglich standen bei der Konferenz Überlegungen im Mittelpunkt, wie mehr Transparenz in diese Verfahren gebracht werden kann. Die einfachste Lösung wäre es, stowaways den Zugang zum ausländerrechtlichen Verfahren zu ermöglichen. Wie andere Flüchtlinge auch, könnten sie dann einen Antrag auf Asyl stellen. Die Konferenz entwickelte einen Vorschlag, wie Blinde Passagiere Zugang zu unabhängiger Beratung und anwaltlicher Betreuung erhalten könnten. Ansatzpunkt ist die Aufhebung der Kriminalisierung der Einreise. Damit würde auch die Kriminalisierung der Unterstützung von stowaways durch Seeleute aufgehoben. Selbst die Rechtssicherheit für die Reedereien, so die Überlegungen, würde steigen. Auch müßten nicht mehr Wasserschutzpolizei und BGS über die Schutzbedürftigkeit von Blinden Passagieren entscheiden. Ein Modell zur Umsetzung dieses Vorschlages wird in den nächsten Wochen ausgearbeitet. Es soll mit VertreterInnen von Behörden, Gewerkschaften und UnterstützerInnengruppen diskutiert werden.

Ein anderer Aspekt der Konferenz betrifft UnterstützerInnen selbst, die weitgehenden Möglichkeiten der Kriminalisierung der Unterstützung von Flüchtlingen. An der Ostgrenze werden TaxifahrerInnen, die Menschen ohne Papiere befördern, wegen Unterstützung von unerlaubter Einreise und Aufenthalt kriminalisiert. Auch in Berlin gibt es mittlerweile Verfahren gegen TaxifahrerInnen. Betroffen von Kriminalisierung können aber alle sein, die mit Illegalisierten in Kontakt kommen, ob gewollt oder ungewollt. So erzählte ein Seemannspastor aus Rostock, daß im dortigen Hafen der BGS (der ist dort für die Kontrolle der Einreise zuständig) mittlerweile Schiffe mit blinden Passagieren an Bord weitestgehend "abschottet". Den Seeleuten wird die Möglichkeit zum Landgang erschwert, indem sie verhältnismäßig scharf kontrolliert werden.

ch.

Kontakt: AG Blinde Passagiere

c/o DOK-Zentrum

Wohlersallee 12, 22767 Hamburg

Tel.: 040/430 80 30, Fax: 040/490 42 56

36. Überlebende, Hoffungsträger, Abenteurer. Tagung zu unbegleiteten Kinderflüchtlingen

Autor: Rüdiger Hänlein · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:21

Vom 30.9 bis 2.10. fand in Hamburg eine Fachtagung zu Situation und Perspektiven der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen statt. Organisiert wurde diese Tagung von "Woge e.V.", einem Hamburger Träger der Kinder- und Jugendhilfe, dem damit verbundenen Projekt "Netzwerk" sowie dem Institut für Soziale Arbeit in Münster.

"Laßt sie zur Schule gehen, eine Ausbildung machen, laßt sie nicht rumhängen". Mit dieser Aufforderung der Journalistin Peggy Parnass an die Teilnehmer der Fachtagung endete am 30.9.1998 eine bewegende Auftaktveranstaltung ("Kinder im Exil"). Sie schlug einen Bogen von den Erfahrungen von Überlebenden, die als Kinder aus NS-Deutschland und den besetzten Ländern fliehen mußten, zu der heutigen Situation der Kinderflüchtlinge in Deutschland. Peggy Parnass, der Schriftsteller Peter Finkelgruen und der Musiker John Fischer schilderten in einem sehr persönlich geführten Podiumsgespräch ihre Flucht als alleinreisende Kinderflüchtlinge. Parnass mußte sich am Hamburger Hauptbahnhof zum letzten Mal von ihrer Mutter verabschieden und trat dann eine Odyssee durch 14 verschiedene Gastfamilien in Schweden an. Fischer, der nicht wußte, was ein Jude war, als er mit 9 Jahren (als "3/4-Jude") mit dem letzten Kindertransport nach Großbritannien entkam, lebte dort bei den Quäkern und mußte sich schnell an deren streng hierarchisches Schulsystem anpassen. Finkelgruen wurde auf der Flucht geboren, lebte im Ghetto in Schanghai, später in der Tschechoslowakei, Israel und schließlich in Deutschland, wo er Erfahrungen mit der "eigenen Gesellschaft machte, der die Ermordung des eigenen Großvaters keinen Prozeß Wert war". Die Zeitzeugen berichteten davon, wie sie immer aufs neue Abschied nehmen und sich anpassen mußten, wie ihr ganzes Leben vom Verlust ihrer Eltern geprägt wurde. Sie erzählten, daß sie eigentlich "nie Kind waren" und kein zu Hause hatten. Über einige dieser traumatischen Erlebnisse sprachen sie an diesem Abend zum ersten Mal öffentlich.

Für die mehr als 150 TeilnehmerInnen der Fachtagung (SozialpädagogInnen aus Flüchtlingsunterkünften und Beratungsstellen, VormünderInnen, LehrerInnen und TherapeutInnen) ermöglichte dieser Rückblick der ehemaligen Kinderflüchtlinge vertiefte Einblicke in die Erfahrungswelten von Kindern auf der Flucht. Es wurde deutlich, wie langanhaltend und tiefgreifend die psychischen Folgen von Krisensituationen sind und wie wichtig es besonders für Kinderflüchtlinge ist, eine gesicherte und willkommene Aufnahme, Versorgung und Orientierung zu erleben. David Becker, ein Analytiker, der in Chile zur Zeit der Diktatur mit gefolterten Menschen therapeutisch gearbeitet hat, hält die Aufarbeitung traumatischer Erfahrungen nur dann für möglich, wenn die Erfahrungen der Opfer gleichzeitig in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt werden und im Rahmen öffentlicher Diskurse gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

Doch weder damals noch heute kommen Kinder als Opfer von Kriegshandlungen gesellschaftlich vor. Zu dieser Feststellung kam bereits der diesjährige 42. Historikertag in Frankfurt/Main, in dessen Rahmen sich einige Referate mit dem Thema "Kinder im Krieg" beschäftigten. Der Gesprächsabend "Kinder im Exil" jedenfalls ließ Einsichten sehr anschaulich und auch beklemmend werden, die gerade für die soziale Arbeit mit minderjährigen Flüchtlingen heute wichtig sind: die retraumatisierende Wirkung der gesellschaftlichen Mißachtung der realen Flucht- und Migrationserfahrungen und die lebenslange Auswirkung der Erfahrung von Entwurzelung und Verlust von Eltern und Heimat.

In den Überblicksbeiträgen der Tagung beschrieb zunächst Franz Nuscheler, Universität Duisburg, daß immer mehr Frauen und Kinder an den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen beteiligt sind. Ausgelöst von strukturellen Ursachen (Kriege, Bürgerkriege, Suche nach Arbeit) lassen diese die Flüchtlinge zu "Treibgut der Weltgeschichte" werden. Christa Dammermann, terre des hommes, und Manfred Liebel, TU Berlin, betonten, daß es nicht ausreiche, die Kinderflüchtlinge als Opfer zu betrachten. Vielmehr müsse man sich von dem "eurozentristischen Konzept von Kindheit" lösen, das Kinder nur als Bedürftige oder als "Investition in die Zukunft" betrachte. Statt dessen müsse den hier ankommenden Kinderflüchtlingen Respekt entgegengebracht werden. Sie müßten ihren Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen entsprechend gefördert und ausgebildet werden.

Daß wir die ganz verschiedenen Motive der Kinder und Jugendlichen wahrnehmen und akzeptieren müssen, betonte Karoline Korring für die VeranstalterInnen: Sie seien "Flüchtlinge, weil sie ihre Heimat nicht freiwillig verlassen haben, Hoffnungsträger, da die Hoffnung ihrer ganzen Familien auf ihnen lastet, Überlebende, die Gewaltsituationen, Hunger und Elend entkommen sind und schließlich auch Abenteurer, die den Mut hatten - und den Pfeffer im Mors - in der Fremde ihr Glück zu suchen". "Alle Menschen sind Blumen" - so formulierte es ein Teilnehmer - "aber die einen wurden umgepflanzt ohne Rücksicht auf die Wurzeln".

Kindheit, welche Kindheit?

Ziel der Tagung war es, jenseits des Arbeitsalltags der Fachkräfte, der von Sondergesetzen für MigrantInnen bestimmt wird, Raum zu finden, um sich in AG's der tatsächlichen Lebenssituation der jungen Flüchtlinge anzunähern: zu begreifen, wie tiefgreifend der Verlust von Familie wirkt und wie wesentlich es für die Betreuungsarbeit ist, sich Zeit für die Aufnahme von Beziehungen zu nehmen. Es ging darum zu verstehen, welche Bindung oft Religion oder Spiritualität bedeuten und wie verstörend es wirken kann, plötzlich zu hören, daß Betreuungspersonen eine Existenz Gottes negieren. Die Tagung sollte den TeilnehmerInnen auch noch einmal vergegenwärtigen, daß neben Sprache verschiedenste Formen nicht-verbaler Kommunikation existieren, die erkannt werden müssen und genutzt werden können. Und es ging auch um die Erkenntnis, daß psychische Verletzungen nicht Ausdruck von Krankheit sind, sondern Zeichen dafür, daß "etwas meine Kräfte übersteigt". Als Parameter sozialpädagogischer Praxis wurde die Notwendigkeit formuliert, anzuerkennen, welche Anstrengung es erfordert, sich in einer völlig anderen Welt orientieren zu müssen, und es zuzulassen, sich selbst in der Arbeit immer wieder in Frage zu stellen.

Bei der Frage nach der Umsetzung dieser Erkenntnisse in praktisches Handeln, standen jedoch zunächst die Fragen nach dem Erhalt der Einrichtungen und damit auch der Betreuungs- und Arbeitsplätze im Vordergrund. Diese sind aufgrund von Sparmaßnahmen und verschärften Ausländergesetzen in ihrer Existenz bedroht. Die Betreuungsarbeit besteht fast nur noch in der Abwicklung von Verfahrensfragen. Ursache sind Asylverfahren, die für Kinder und Jugendliche völlig unpassend sind und die Kinder und Jugendliche in eine permanente Ungewißheit über ihren Aufenthaltsstatus stürzen. Es könne nur noch eine "Pädagogik des Notstandes" geboten werden, Pädagogik verkomme zu einem "Luxus, den sich niemand mehr leisten kann". Deshalb kamen die Diskussionen immer wieder auf die für diesen Bereich zentralen politischen Forderungen zurück: Die minderjährigen Flüchtlinge müssen gleichbehandelt werden wie deutsche Jugendliche. Dafür ist für sie ein gesicherter Status außerhalb des Asylverfahrens dringend erforderlich, der die Grundlagen für eine angemessene pädagogische Betreuung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) gewährleisten kann. Es müssen Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem: Volle Anwendung der Kinderrechtskonvention der UN auch für Flüchtlingskinder, Verbot der Abschiebehaft, Nichtanwendung der Dritt-Staatenregelung und des Flughafenverfahrens!

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, um die Öffentlichkeit verstärkt auf die Situation der Kinderflüchtlinge hinzuweisen und um die praktische Arbeit der Initiativen bundesweit zu vernetzen, wurde nach Abschluß der Fachtagung ein "Bundesfachverband unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge" gegründet.

Rüdiger Hänlein

Kontakt für den Verband und für die Bestellung der Dokumentation zur Fachtagung: Netzwerk c/o WOGE e.V., Bahrenfelder Straße 244, 22765 Hamburg, Tel. 040/398 42 60

37. Anmerkungen zum Kosovo-Konflikt

Autor: HH · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Diskussion; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:52

"Den Völkermord in Kosovo stoppen!" - Unter diesem Motto rief die Union der albanischen Studierenden in Hamburg am 17.10.98 zu einer Demonstration auf. "Von einem Völkermord im Kosovo zu sprechen, wie es Sprecher der Albaner tun, ist maßlos übertrieben" - so hieß es hingegen in der ak 417, mit Hinweis auf die nicht erkennbare Systematik beim Morden im Kosovo.

Dabei gehen die Beurteilungen darüber, was im Kosovo-Krieg seit Februar dieses Jahres passiert ist, gar nicht so weit auseinander. Es gibt darüber ziemlich genaue Informationen, z.B. detaillierte Listen, in denen die Todesumstände von bis zu 1.000 Personen einzeln aufgelistet werden:

- über Tote bei direkten militärischen Auseinandersetzungen,

- über zahlreiche einzelne Morde,

- über Opfer beim Beschuß von Dörfern und Siedlungen,

- über Opfer bei der Beschießung von Flüchtenden von Hubschraubern aus,

- über Massenexekutionen, die zum Teil nicht im Detail bewiesen werden konnten,

- zudem gibt es Listen mit hunderten von Verschwundenen,

- von an die Tausend Gefangenen,

- von zahlreichen Folterungen und zu Tode Gefolterten,

- über 300 Orte und über 40.000 Wohnhäuser, Geschäfte und auch Schulen wurden zerstört,

- 250.000 bis 450.000 Menschen sind auf der Flucht,

- einige Gebiete, speziell an der albanischen Grenze, wurden systematisch zwecks Schaffung einer militärischen Pufferzone geräumt,

- an der Grenze zu Albanien wurden Grenzübergänge systematisch vermint.

Keine genauen Angaben gibt es darüber, wie viele Menschen auf der Flucht in den Bergen umgekommen sind. Aber alle Welt weiß, daß spätestens bei Wintereinbruch hier eine absolute "humanitäre Katastrophe" ausbrechen muß, wenn der Krieg nicht vorher gestoppt wird.

Es gibt zudem einen Massenexodus von Kosovo-Albanern in den letzten zehn Jahren und speziell im letzten Jahr, der bis zu 50% der ursprünglichen Bevölkerung betreffen könnte.

Wieviele Tote werden "benötigt"?

Niemand hält das Vorgehen der serbischen Armee und Polizei für einen militärischen Einsatz gegen "Terrorismus", wie das Milosevic-Regime es rechtfertigt. Sicherlich kann man das auch nicht als systematischen Völkermord bezeichnen. Es werden aber Menschen umgebracht, weil sie rassistisch ethnisch eingeordnet und als minderwertig abgestempelt werden. Es wird gemordet, und der Tod von Zehntausenden in Kauf genommen bzw. direkt herbeigeführt - und es gibt in Serbien eine offene Propaganda in diesem Sinne. Die Parole "Tod den Albanern", die auf einer serbischen Großdemonstration am Anfang des Kosovo-Konfliktes gerufen wurde, wird in die Tat umgesetzt.

Leider ist es so, daß die Linke hierzulande in der Vergangenheit für vergleichbare Situationen immer dann mit dem Begriff "Völkermord" operiert hat, wenn eine ausdrückliche Solidarisierung stattgefunden hat. Ein vernünftiger Begriff für Vorgänge "unterhalb" eines systematischen Völkermordes müßte erst noch gefunden werden. Menschenrechtsorganisation sind schon im Bosnien-Krieg den Weg gegangen, dies als Kriegsverbrechen und Verstöße gegen internationale Menschenrechtskonventionen anzuklagen und zu fordern, daß dies vor ein internationales Gericht zu bringen sei.

Es ist keineswegs zu ignorieren, daß sich auf dem Konto der UCK, die in diesem Jahr sehr schnell allgemein unter den Kosovo-Albanern den Status einer "Befreiungsarmee" bekommen hat, eine stattliche Liste solcher Verbrechen angesammelt hat:

- es ist von Sammelexekutionen an Serben und vermeintlichen Kollaborateuren die Rede,

- es gibt Listen von Verschwundenen und Inhaftierten,

- Angriffe auf Zivilpersonen sind zu verzeichnen,

- es gab Behinderungen von Hilfslieferungen und der Presse.

Als erstes müßte es also darum gehen, die Zurückhaltung aufzugeben und für alle Betroffenen in diesem Konflikt bedingungslos eine internationale humanitäre Hilfe zu fordern, humanitäre Aktivitäten direkt zu unterstützen, die Vorgänge publik zu machen und alle Verbrechen anzuprangern.

Militäreinsatz im Namen der Humanität?

Die Kräfte, die nun im Namen der Humanität laut nach einem Militärschlag rufen bzw. damit drohen, weil anders Milosevic nicht zu stoppen und die humanitäre Katastrophe nicht zu verhindern sei, tragen einen großen Anteil an Mitverantwortung für diese Katastrophe, bis hin zur direkten Komplizenschaft.

Zehn Jahre gewaltfreier Widerstand im Kampf um Wiederherstellung der Autonomie ließ man seitens der internationalen Staatengemeinschaft einfach verstreichen, ohne sich für die Rechte der Albaner einzusetzen.

Beim international verordneten Dayton-Abkommen zur Beendigung des Bosnien-Krieges hatte man den Kosovo-Konflikt einfach außen vor gelassen.

Der internationale Druck zu einer friedlichen Lösung war selbst noch inmitten des Krieges nur ein laues Lüftchen; die Bundesregierung weinte fast Krokodilstränen, als die EU den Boykott der Luftverkehrsgesellschaft Rest-Jugoslawiens beschloß, hatte sie doch noch bis zuletzt darüber Flüchtlinge aus dem Kosovo wieder ins Kriegsgebiet abgeschoben.

Solange die serbische Kriegsführung eine internationale Fluchtbewegung in Grenzen halten konnte, solange es darum ging, mit diesem Krieg Strukturen der Kosovo-Albaner und speziell die UCK zu zerschlagen, konnte sich Milosevic einer direkten oder auch indirekten Komplizenschaft der NATO sicher sein.

Erst als es dafür eigentlich zu spät war, nachdem die Forderung nach Autonomie unter den Kosovo-Albanern passé war, wurde sie international aufgenommen.

Am Ende steht dann der vermeintliche Beweis, daß außer militärischer Drohung und Gewalt gar nichts mehr helfen könne. Wie anders hätte man die "humanitäre Katastrophe" noch verhindern sollen? Diese dummerhafte Logik des Bosnien-Krieges wird noch einmal in erstaunlicher Weise überboten.

Ganz unverhohlen hörte man aus CDU-Kreisen, daß man sich noch vor der Wahl einen Militärschlag gewünscht hätte, weil man daraus ganz sicher einen Stimmenzuwachs erwartete.

Die Frage, ob sich die Enkel der faschistischen Mörder der Hitlerarmeen an einer solchen Militäraktion beteiligen sollten, um die Enkel dieser Opfer jetzt mit Waffengewalt Demokratie und Humanität zu lehren, wird nicht mehr gestellt.

Die Grünen, bei denen es während des Bosnienkrieges noch erhebliche Auseinandersetzungen um die Forderung nach einem internationalen Militäreinsatz gegeben hatte, diskutieren jetzt nur noch am Rande, ob ein Schlag der NATO nicht einer UNO-Zustimmung bedürfe. Unsere ehemaligen Pazifisten bereiten sich darauf vor, den ersten "ordentlichen" Kriegseinsatz der Bundeswehr mitzuverantworten; scheitern soll er an ihnen auf keinen Fall.

Raushalten geht nicht!

Es ist zu befürchten, daß die Zurückhaltung vieler Linker auf diese Interventionsdebatte und speziell schon im Bosnienkrieg gemachte Erfahrungen zurückzuführen ist. Im erwähnten ak-Artikel wurde die taz ziemlich bösartig an den Pranger gestellt, weil sie ein vermutetes serbisches Massaker in Orahovac groß herausgestellt hatte. Es muß befürchtet werden, daß dieses und andere Massaker tatsächlich stattgefunden haben. Und

selbst, wenn es nicht bewiesen werden kann, gibt es keinen Grund, so über die Berichterstattung herzufallen. Es sei an sich lobenswert, Gerüchten über Massakern nachzugehen, räumte der ak-Artikel ein. Aber dann wird das Motiv für die Kritk geliefert: Man befürchte, die taz könne versuchen, hier "einer internationalen Militärintervention als Stichwortgeber auf den Weg zu helfen". Aber man kann Gerüchte über Massaker doch nicht deshalb angreifen, weil die Furcht begründet ist, daß humanitäre Forderungen als Speerspitze einer neokolonialen Macht- und Kriegspolitik der Großmächte bzw. der NATO genutzt werden könnten. Es gibt allerdings in der Tat Organisationen, wie die "Gesellschaft für bedrohte Völker", die sich mittlerweile ganz und gar auf das Rufen nach NATO-Interventionen spezialisiert haben. Als wenn diese Politik berechtigter wäre, wenn man größere Massaker entdeckt.

Hilfe für die Opfer

Der Kosovo-Konflikt zeigt einmal mehr, daß linke Zurückhaltung oder gar eine pro-serbische Tendenz, wie sie teilweise im Bosnien-Konflikt zu erleben war, gar nichts nutzen - im Gegenteil. Vor allem aber ist dies inhuman gegenüber den Opfern dieses Konflikts.

Es hat in der linken Vergangenheit vielfach Solidarisierungen mit Befreiungsbewegungen gegeben, wo der nationale oder nationalistische Charakter schlicht übersehen wurde. Nationalismus ist immer gefährlich, aber kein Grund, auf humanitäre Hilfe und Parteinahme zu verzichten. Im Kosovo-Konflikt haben wir beides zu verzeichnen: Im Vergleich zu den anderen "national" auftretenden Kräften im ehemaligen Jugoslawien haben die politischen Kräfte der Kosovo-Albaner seit 1968 mit zivilen Mitteln erst um die Anerkennung als Teilrepublik, dann um die Wiederherstellung einer Autonomie-Regelung gekämpft. Ein Rugowa ist nicht mit einem Izetbegovics zu vergleichen. Und wir haben die UCK, der nationalistische Massaker vorgeworfen werden und die mit der politischen Losung eines Großalbaniens angetreten ist. Zweifellos ist die UCK und die fast ausnahmslose Unterstützung, die sie sehr schnell gefunden hat, eine Reaktion auf die politische Erfolglosigkeit des zivilen Protestes, aber deswegen nicht weniger nationalistisch.

Man muß sich ohne Vorbehalte für internationale Hilfe und Unterstützung der Opfer einsetzen. Und diese Hilfe ist selbstverständlich nicht politisch parteiisch und bezieht alle Opfer - auf welcher Seite auch immer - ein. Konkrete Aufrufe sollten sich auf solche Gruppen beziehen, die diese Art der Hilfe am sichersten gewährleisten können.

Ebenso muß man sich vorbehaltlos für die Einhaltung der Menschenrechte auf allen Seiten einsetzen und sich gegen die Kriegsverbrechen stellen - von welcher Seite auch immer sie begangen werden. Die Untersuchung und Aufdeckung dieser Verbrechen muß Bestandteil einer politischen Lösung sein.

Man muß bei aller Ablehnung von Nationalismus jeder Art anerkennen, daß nach den ethnisch begründeten Massakern nicht einfach zu einer "demokratischen" Tagesordnung übergegangen werden kann. Der von der NATO ausgegebene Forderungskatalog an Milosevic hat dessen Herrschaft über den Kosovo wenig angetastet Es gibt zwar internationale Beobachter, aber kein internationales Protektorat. Politisch wird es bei einer Wiedereinsetzung einer Autonomieregelung enden, die von der Zustimmung Serbiens abhängig ist.

Von allen Seiten (einschließlich der NATO) muß die Beendigung des Kriegsführung und der Kriegsdrohungen verlangt werden. Die NATO bis hin zu den Grünen rechtfertigen Interventionen damit, daß man anders eine humanitäre Katastrophe nicht hätte vermeiden können. Doch wie mit Bomben und Krieg ein friedliches Zusammenleben erreicht werden soll, hat die NATO noch nicht vorgemacht. Deshalb ist es sehr wichtig, die generelle Ablehnung militärischer Mittel unbedingt beizubehalten und alle Gruppierungen anzugreifen, die humanitäre Forderungen für Interventionsforderungen funktionalisieren.

Außerdem sollte die Linke sich vielleicht daran erinnern, daß sie sich in anderen Konflikten nicht gescheut hat, die Forderungen nach einen Boykott zu erheben, um den öffentlichen Druck zu verschärfen.

Die westlichen Staaten, denen kein Militäreinsatz zu teuer ist, halten es gleichzeitig für selbstverständlich, daß über unmittelbare Katastrophen- oder Versorgungshilfe hinaus kaum eine Mark in den Frieden oder Wiederaufbau zu investieren ist. Ein friedliches Zusammenleben ohne nationalistische Ausgrenzung kann sich gerade dort durchsetzen, wo die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Selbstverständlich sollte ein Aufbauprogramm angeboten werden, und zwar ein Programm, das allen Seiten

zugute kommen müßte. Vielleicht lohnt es sich daran zu erinnern, daß sogar dieses (Deutsch-) Land nach der Niederschlagung des Faschismus solche Hilfe bekommen hat.

Der Krieg Serbiens wurde keineswegs nur gegen die UCK, sondern gegen alle Strukturen der Kosovo-Albaner geführt. Sofern es auf serbischer Seite Strukturen für eine friedliche Zusammenarbeit gegeben haben sollte, sind auch diese dem Krieg zum Opfer gefallen.

Eine friedliche Lösung kannt es nur dann geben, wenn jetzt Hilfeleistungen über örtliche Strukturen organisiert werden, die diese nicht parteiisch oder nach nationalistischen, sondern nach humanitären Gesichtspunkten verteilen.

HH

Spendenkonten:

Medikamentenhilfsprojekt Hamburg, Klinikärzte e.V., Kto-Nr: 601926, BLZ 206 905 00, Stichwort "Kosovo-Flüchtlinge"

Kirchenkreisamt Dannenberg, Kto-Nr. 24950, BLZ 25851335, Stichwort: "Kosovo"

Die Liste ließe sich sicher erweitern, aber von den betreffenden Gruppen ist bekannt, daß sie während des Konflikts und auch jetzt Hilfslieferungen organisiert haben, die sie in den Kosovo und zu Flüchtlingen in Albanien gebracht haben und mit Hilfe von Kräften vor Ort haben verteilen lassen.

38. Gegen die Hierarchisierung des Elends (II). Kampf gegen die(se) Arbeit

Autor: Gruppe Blauer Montag · Rubrik: Sozialbewegung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:01

In der letzten Ausgabe von ak (ak 418) haben wir den ersten Teil eines umfangreichen Diskussionspapiers der Gruppe Blauer Montag veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Debatte um prekäre Arbeit wurde dort u.a. eine Kritik an politischen Forderungen formuliert, die lediglich auf neue staatliche Regulierungsmaßnahmen setzen. In dem nun folgenden letzten Teil des Papiers wird diese Kritik am Beispiel der Forderungen nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung verdeutlicht. Gleichzeitig setzt die Gruppe auf eine Kritik der (Lohn-)Arbeit als verbindendes Element zwischen den isolierten Teilbereichdiskussionen um Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung.

Gerade die Forderungen nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung (AZV) zeigen, wie schwach die inhaltliche Bezugnahme unterschiedlicher Diskussionen ausgeprägt ist. Obwohl diese Forderungen sowohl im Rahmen der Prekarisierungsdiskussion als auch bei den (neuen) Erwerbslosenprotesten eine erhebliche Rolle spielen, ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame inhaltliche Klammer in diesen Diskussionen zu entwickeln. Dies liegt auch an der Art und Weise, wie diese Forderungen heute in der Regel vertreten werden, nämlich losgelöst von der ursprünglich in ihnen enthaltenen Kritik an der (Lohn-)Arbeit. Gerade in der radikalen Kritik der real existierenden Arbeit liegt aber der Schlüssel für eine inhaltliche Klammer, die über zugewiesene Identitäten hinausgeht. Es geht darum, den umfassenden Anspruch des Kapitals auf die grenzen- und bedingungslose Verfügbarkeit über die Ware Arbeitskraft zurückzuweisen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum muß nicht erst "verdient" werden; der Zwang, arbeiten gehen zu müssen, bedeutet nicht, daß die Ansprüche an Arbeitsbedingungen, Löhne etc. unberechtigt wären. Und vor allem bedeutet dieser Zwang nicht, daß man sich für "die Arbeit" entwürdigen muß. Eine solche Orientierung gegen die Unterwerfung des eigenen Lebens unter die Arbeit wäre eine inhaltliche Gemeinsamkeit sowohl der Kämpfe gegen Prekarisierung als auch derjenigen der Erwerbslosen. Unterschiedliche Forderungen wie z.B. Existenzgeld oder Arbeitszeitverkürzung können dann Ausdruck einer gemeinsamen inhaltlichen Stoßrichtung sein.

Existenzrecht

unabhängig von Arbeit

Die Existenzgeldforderung entwickelte sich in der politischen Auseinandersetzung der BRD zu Beginn der achtziger Jahre. Die gewerkschaftsunabhängigen Erwerbslosen- bzw. Jobberinitiativen stellten sie ausdrücklich den gewerkschaftlich orientierten Forderungen nach Arbeit für alle und Arbeitszeitverkürzung entgegen. Es sollte nicht mehr um einen Platz im Verwertungssystem der Lohnarbeit gekämpft werden, sondern um die Anerkennung einer Existenzberechtigung für jede/n unabhängig von ihrer Verwertbarkeit. Die Forderung richtete sich nicht an den Staat, sondern war als Orientierung für die Kämpfe gedacht, die in den achtziger Jahren um die Fragen von Arbeit und Einkommen erwartet wurden. Folgerichtig wurde die Forderung in den ersten Jahren ausdrücklich nicht beziffert. Vielmehr suchte man nach Aktionsformen, die ausdrücken: "Wir nehmen uns, was wir brauchen!" Diese Forderung drückte sich in vielen Aktionen aus, die teilweise in erbitterten Auseinandersetzungen mit anderen Teilen der Erwerbslosenbewegung durchgesetzt wurden: Forderungen nach Nulltarif für (mindestens) alle öffentlichen Einrichtungen wie Nahverkehr, Kultureinrichtungen, Schwimmbäder, Büchereien, Volkshochschule etc., aber auch Mietstreiks, Besetzungen, Nachdrucken von Fahrausweisen oder die gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln und anderen benötigten Dingen.

Um den Unterschied in der Orientierung zu den seit einigen Jahren diskutierten "Grundsicherungsmodellen" deutlich zu machen, geben die Erwerbsloseninitiativen seit etwa 1992 auch eine Höhe an. Zwischen 1200,-DM bis 1500,- DM plus Mietkosten für jede/n wird gefordert. Unabhängig vom exakten Betrag ist aber der Gedanke wesentlich, daß auch ohne den Zwang - oder die Möglichkeit - zur entfremdeten Arbeit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum möglich sein soll. Dennoch ist klar, daß durch diese Festlegung auf einen Betrag viele Komponenten der ursprünglichen Forderung nicht mehr mitgedacht werden.

Damals wurde die Existenzgeldforderung von einer politischen Bewegung getragen. Die Hoffnung auf eine massenhafte Bewegung von Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen oder prekär Beschäftigten, also all denen, die aus dem Normalarbeitsverhältnis herausfielen und -fallen, hat sich in den vergangenen 15 bis 20 Jahren aber nicht erfüllt. Warum sollten auch ausgerechnet diejenigen die VorkämpferInnen gegen die gesellschatlichen Entwicklungen sein, die aus den sicher scheinenden Lebenssituationen ausgeschlossen werden? Hinzu kommt, daß Bewegungen, die Menschen auf eine bestimmte Lebenssituation festlegen und entsprechende Teilbereichsidentitäten formulieren, letztlich Spaltungsmechanismen nachvollziehen: hier die Erwerbslosen, dort die Beschäftigten und schließlich noch die Flüchtlinge.

Die politische Bewegung von damals gibt es derzeit nicht. Was es heute noch in großer Zahl gibt, sind kleine, sehr unterschiedlich orientierte Gruppen mit dem Themenschwerpunkt Erwerbslosigkeit ohne einen klar erkennbaren Bezug aufeinander. Das wird auch nicht durch die erfreuliche Entwicklung des Frühjahres 1998 mit den Erwerbslosenaktionstagen relativiert. So wunderbar es ist, daß wieder in vielen Städten Menschen auf die Straße gehen, um gegen die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Ausgrenzung zu protestieren, so wenig kann hier von einer politischen Bewegung mit erkennbaren gemeinsamen Zielen oder Strategien gesprochen werden. Die direkte Aneignung, und sei es symbolischer Art, ist nur sehr vereinzelt Bestandteil dieser Aktionstage. Das politische Vakuum, das entsteht, wenn nicht mehr erfolgreich die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und Reichtum eingefordert werden kann, wird überbrückt durch die Forderung an die Regierenden nach "Arbeit" und nach Rücknahme der letzten Verschärfung. Bestenfalls könnte ein so orientierter Protest eine neue Festschreibung auf erreichtem schlechten Niveau sichern. Das wäre zwar immer noch besser, als weitere Verschlechterungen, hat aber mit der Existenzgeldforderung nichts zu tun.

Verblüffenderweise ist aber gerade im jetzigen Protest die Forderung auf dem Papier viel unumstrittener als es Anfang der achtziger Jahre der Fall war. Das ist nur erklärbar über eine Änderung des - gedachten - Inhaltes. Reduziert auf eine Geldforderung an den Staat, deren Höhe dann allemal von politischen Kräfteverhältnissen bestimmt würde, werden all die weitergehenden Vorstellungen von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ausgeblendet. Dabei geraten die Vorstellungen darüber, wie diese Teilhabe denn praktisch aussehen müßte, gleich mit aus dem Blick.

Arbeitszeitverkürzung wozu?

Es ist nicht verwunderlich, daß der konkrete Inhalt der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung eine vergleichbare Entwicklung erlebte wie die Existenzgeldforderung. Sie ist heute fast unumstritten, dafür aber eines klaren Inhalts beraubt.

Die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung entstand zu einer Zeit, als der Einfluß auf die Gestaltung der Arbeit - jedenfalls in den Debatten - noch eine wesentliche Rolle spielte. Arbeitszeitverkürzung meinte eine Verringerung der Arbeitsmenge bei Erhalt der Einkommensmöglichkeit und -höhe. Die Verwirklichung dieser Idee hätte eine weit stärkere Einflußnahme auf den Inhalt der Arbeit vorausgesetzt, als sie dann möglich war. Tatsächlich ist es in den letzten Jahren zwar gelungen, Arbeitszeitverkürzung tarifpolitisch zu vereinbaren. Die Einflußnahme auf die Gestaltung und Organisation der Arbeit hat jedoch eher ab- als zugenommen: Arbeitsverdichtung, vermehrter Einsatz von LeiharbeiterInnen, Vergrößerung der nicht mehr tarifierten Bereiche innerhalb eines Betriebes, Auslagerung von Produktion, untertarifliche Bezahlung als Regel in zahlreichen Branchen. All diese Veränderungen der Arbeit waren Gegenstand von Auseinandersetzungen, die schließlich bis heute weitgehend erfolglos blieben.

Die Erfolglosigkeit liegt vor allem darin, daß die Verfügungsmöglichkeit über die Arbeit heute mehr als vor zwanzig Jahren den Chefs zugestanden wird. Das Bewußtsein, daß die Lohnabhängigen auf die Gestaltung ihrer Arbeit einen Anspruch erheben könnten, ist geringer geworden. Nicht erst seit den Debatten um den Standort Deutschland machen deshalb die Beschäftigten die Probleme der Chefs zu ihren eigenen: "Wie soll der Betrieb kurze Arbeitszeiten, viel Urlaub und hohen Lohn erwirtschaften?" Mit solchem Denken ist der Erpressung von oben nicht viel entgegenzusetzen.

Die Entwicklung der AZV-Forderung hat zu diesem Denken beigetragen. In erster Linie wurde über die Verteilung der Produktivitätsgewinne diskutiert: Lohnerhöhungen oder kürzere Arbeitszeit. Es stand nicht das Lebensgefühl im Vordergrund "Wir wollen weniger kaputt nach Hause kommen, aber das gleiche verdienen".

Es gab keinerlei betriebliches Selbstbewußtsein dafür, daß der Anspruch berechtigt sein könnte, nicht kaputt nach Hause zu kommen. Oder es wurde zugelassen, daß innerhalb des Betriebes KollegInnen als LeiharbeiterInnen o.ä. weniger Geld für die gleiche Arbeit bekamen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Arbeitszeitverkürzung zu Lohnkürzung und Arbeitsverdichtung. Dabei war den KollegInnen eine verkürzte Arbeitszeit weit weniger wichtig als ein gesichertes Einkommen oder der Erhalt des Arbeitsplatzes. Das führte dazu, daß in zunehmenden Bereichen der Tarif nur noch auf dem Papier steht. So trifft man etwa im Bereich Metall und Elektroindustrie betriebliche Vereinbarungen zwischen 28,8 Stunden und über 40 Stunden Regelarbeitszeit, und das nicht nur in kleinen Betrieben.

Die flexible Verfügbarkeit wurde in den letzten Jahren in vielen Betrieben Normalität, mit Unterstützung großer Teile der Gewerkschaften, mit Unterstützung der Betriebsräte sowieso. Mit Arbeitszeitverkürzung ist so immer öfter nur noch eine Anpassung an die Auftragslage gemeint. Wenn der Laden nicht läuft, beinhaltet diese Tendenz die Verringerung der Arbeitszeit bei voller Lohnkürzung oder auch die Verlängerung ohne Überstundenzuschläge. Für mehr Freizeit und das Bedürfnis, weniger kaputt nach Hause zu kommen, ist damit nichts erreicht. Arbeitszeitverkürzung ist bei den Beschäftigten zunehmend unpopulär, an einen vollen Lohnausgleich glaubt auch niemand mehr. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzung wird gegen befristete Arbeitsplatzgarantien getauscht.

"... können wir

nur selber tun"

Die unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Betrieben und die zunehmenden "atypischen" Arbeitsverhältnisse sind allein mit tarifpolitischen Mitteln nicht zu steuern.

Dennoch wird in der Orientierung auf weitere Arbeitszeitverkürzung keineswegs der Schwerpunkt darauf gelegt, wie denn in den Betrieben wieder eine Haltung der Solidarität entwickelt und Kämpfe nicht nur für uns, sondern für uns und alle wieder entstehen könnten. Die jetzige AZV-Forderung richtet sich statt dessen an zentrale (staatliche) Instanzen, die Lohnsenkungen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen eindämmen sollen. Das ist bestenfalls Ausdruck von Hilf- und Ratlosigkeit. Dabei gibt es durchaus erfolgreiche Kämpfe zur Sicherung von tariflichen Regularien. Wenn in einem Betrieb die KollegInnen zu kämpfen beginnen, ist plötzlich Tarifflucht gar kein Thema mehr. Natürlich gibt es auch die vielen Fälle, wo sich die KollegInnen nicht durchsetzen können. Aber keine zentrale Vorschrift wird die praktische Änderung der Kräfteverhältnisse ersetzen können.

Wenn wir ausreichendes Einkommen für alle wollen, wenn wir besser leben wollen, statt uns kaputt zu schuften, dann geht der Weg erstmal nicht allein über Re-Regulierungsforderungen wie Arbeitszeitverkürzung oder Existenzgeld. Wenn wir über diese Forderungen nachdenken und streiten, sollten wir uns zunächst den gesamten Umfang der Idee ins Gedächtnis zurückrufen. Keine Forderung wird und kann den gesamten Anspruch auf Aneignung gesellschaftlichen Reichtums transportieren. Aber wenn dieser Inhalt zum Maßstab gemacht wird, wird auch klar, daß sich beide Forderungen nicht widersprechen, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

Natürlich müssen aus der Idee die konkreten Vorschläge und Forderungen entwickelt werden, um die dann gekämpft werden soll: Nulltarif für alle mit wenig Einkommen, billigere Mieten, der Abbau von Überstunden, weniger Arbeit, mehr Lohn. Der Sozialstaat in seiner reduzierten heutigen Form ist ein umkämpftes Terrain. Der Rückzug des Staates aus der Sicherung der Sozialeinkommen, der neue militante Produktivismus mit immer massiveren Elementen von Ausgrenzung und workfare verschlechtert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ganz erheblich. Dagegen gab und gibt es Widerstand. Der kann sich auf bloße Forderungen an den Staat zur Aufrechterhaltung des Status quo beziehen. Er kann aber auch Ansprüche entwickeln, die weit über den Anteil des Kuchens hinausgehen, der uns heute zugestanden wird.

Gruppe Blauer Montag

Die Gruppe Blauer Montag ist über folgende Adresse zu erreichen:

Blauer Montag, c/o GWA St. Pauli-Süd, Hamburger Hochstr. 2, 20359 Hamburg

39. Arbeit 2000: flexibel, billig, weiblich

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:07

Am 28. Juli 1998 stellte das Statistische Landesamt Hamburg eine Auswertung aus den Hamburg Mikrozensus-Erhebungen vor, die es in sich hat.

Von allen 674.000 abhängig Beschäftigten in Hamburg arbeiten 22% (= 140.000) in Teilzeit, und wiederum 79% der Teilzeit-Beschäftigten sind Frauen. 7,6% oder 51.000 Hamburgerinnen und Hamburger arbeiten sozialversicherungsfrei in einer sog. geringfügigen Beschäftigung. Auch hier ist der Frauenanteil enorm, nämlich 66%. Ebenfalls ca. 8% (= 55.000) verfügen nur über befristete Arbeitsverhältnisse. Allein nach diesen Kriterien ist bereits jeder dritte Job in Hamburg kein tariflich reguliertes, unbefristetes "Normalarbeitsverhältnis" mehr. Das Statistische Landesamt spricht hier von einem "außergewöhnlichen Einbruch bei der Vollzeiterwerbstätigkeit".

Die zeitliche Flexibilität, die den Beschäftigten abverlangt wird, ist enorm: Fast jede/r Fünfte arbeitet regelmäßig auch am Sonnabend (118.000) und jede/r Zehnte (= 64.900) sogar sonntags. Ebenfalls zehn Prozent der Erwerbstätigen arbeitet ständig oder regelmäßig in Wechselschichten, sieben Prozent auch nachts (Bei Männern steigt der Anteil von Nachtarbeit auf zehn Prozent.).

Die erzielten Arbeitseinkommen weisen nach wie vor starke geschlechtsspezifische Unterschiede auf. In den unteren Einkommensgruppen bis 2.200 sind Frauen stark überrepräsentiert: 45.000 Frauen verdienen zwischen 1.800 und 2.200 Mark netto im Verhältnis zu 39.000 Männern. In der Gehaltsgruppe zwischen 2.200 und 2.500 DM stehen 41.000 Frauen bereits 43.000 Männer gegenüber. Und 4.000 DM netto und mehr im Monat verdienen 91.000 Hamburger, aber nur 23.000 Hamburgerinnen.

Hamburg liegt damit voll im Bundestrend: Schätzungsweise jede/r zehnte Beschäftigte in der BRD hat noch mindestens einen Nebenjob. Im Januar 1997 wurden 6,4 Mio. geringfügig - also sozialversicherungsfrei - Beschäftigte gezählt (620-Mark-Jobs). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden geringfügig Beschäftigte mit Abstand am häufigsten im Handel und Gastgewerbe (29%) und in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen (28,7%) eingesetzt. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und unternehmensbezogene Dienstleistungen folgen mit 15,2% bzw. 11,6%. Im Baugewerbe sind 3,5% geringfügig beschäftigt, in der Land- und Forstwirtschaft 3,4%, im Bereich Verkehr und Telekommunikation 3,2%. Der niedrigste Anteil geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse befindet sich in der öffentlichen Verwaltung (2,9%) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe (2,2%).

Zusätzlich zu den geringfügig Beschäftigten gab es im Januar 1997 1,3 Mio. Scheinselbständige und ArbeiterInnen auf Werks- und Honorarvertragsbasis. 2,1 Mio. arbeiteten in "normaler Teilzeit" und 2 Mio. in befristeten Verträgen. Neben den KurzabeiterInnen befanden sich 450.000 Menschen in ABM, 400.000 in Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, 150.000 Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen in Maßnahmen mit Lohnkostenzuschuß sowie 50.000 SozialhilfeempfängerInnen in den Maßnahmen der sog. "Hilfe zur Arbeit". Insgesamt waren fast 2/3 aller Erwerbspersonen in der Bundesrepublik (= 12,85 Mio.) ungeschützt beschäftigt.

dk

40. Zwischen Hausputz und Putzkolonne. Frauen am deregulierten Arbeitsmarkt

Autor: Anne Allex · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:33

Im Juni 1998 zählte die Bundesanstalt für Arbeit 33,8 Mio. Erwerbstätige. Sozialversicherungspflichtig sind 27,1 Mio. Menschen beschäftigt. Zwischen 1970 und 1992 war im Westen die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um 2,7 Mio. auf 12,2 Millionen gestiegen. Doch diese Beschäftigungszuwächse bieten keinen Anlaß zu ungetrübter Freude. Die Arbeitsplätze liegen in Dienstleistungsbereichen, in denen niedrig entlohnte Teilzeit überproportional wuchs; Frauen werden überwiegend in prekäre Billigjobs gedrängt.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weist den Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an der Gesamtheit der Beschäftigungsverhältnisse nur noch mit 52,1 % aus; prekäre Beschäftigung wird zur Normalarbeit. Unter dem Eindruck der Ausbreitung sozialversicherungsfreier Jobs insbesondere für Frauen sprach Carola Möller 1990 von "ungeschützter Beschäftigung": Beschäftigung ohne arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Schutz, ohne Anlage auf Dauer und ohne langfristige Existenzsicherung. Im engeren Sinne bezeichnet prekäre Beschäftigung ungesicherte oder nicht sozial abgesicherte geringfügige Beschäftigung unter 15 Wochenstunden (bzw. einem monatlichen Einkommen bis zu 620 DM West/ 520 DM Ost) sowie die sog. Scheinselbständigkeit. Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) zählt 1997 6,8 Mio. sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse.

Im weiteren Sinne beschreibt prekäre Beschäftigung eine breite Palette von Arbeitsverhältnissen wie "normale" Teilzeit ab 15 Stunden, Leiharbeit, illegale bzw. untertarifliche Beschäftigung, Befristungen, Heimarbeit, Zeitarbeit, Telearbeit und Teleheimarbeit. Aber auch ABM, Strukturanpassungsmaßnahmen oder Arbeitsmaßnahmen für SozialhilfeempfängerInnen zählen dazu. Zu prekärer Beschäftigung gehören weiterhin unständige Beschäftigung von Werk- bzw. HonorarverträglerInnen bzw. JobberInnen. All diese Beschäftigungen weisen verschiedene Merkmale der Prekarität auf. Die bisher als "normal" geltenden Absicherungen wie Mitbestimmungsrechte, Sozialversicherungsansprüche, Urlaubsgeld, Mutterschaftsurlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. sind bei diesen Jobs eingeschränkt. Zudem sind sie meist niedrig bezahlt.

Die Bandbreite der Prekarität drückt sich in der ganz "normalen" Teilzeit aus. Sie reicht von der schlechtbezahlten Kollegin mit 19 Stunden Wochenarbeitszeit und schlechten Aufstiegschancen bis hin zur hochqualifizierten Dreiviertelstelle mit BAT 2a, aber befristetem Arbeitsvertrag. Von den jetzt rund 34 Mio. Erwerbstätigen sind derzeit 16,26 Mio. Menschen - also nahezu die Hälfte - prekär beschäftigt, darunter mehrheitlich Frauen.

Dieser Boom sozialversicherungsfreier Beschäftigung ist nicht etwa auf die Tendenz einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit zurückzuführen. Durch die Deregulierungspolitik der bisherigen Bundesregierung wurde einerseits die Arbeitszeit bei Erwerbstätigen mit Überstunden immer weiter ausgedehnt. 1998 leisteten bundesdeutsche ArbeitnehmerInnen 1,8-2,0 Mrd. Überstunden . Andererseits wurden massenhaft Arbeitskräfte aus gesicherten Voll- und Teilzeitarbeitsstellen entlassen. Ein Teil davon - meist Frauen wurden als geringfügig Beschäftigte wieder angestellt .

Arbeiten für

'n Appel ohne Ei

Arbeitslosigkeit wird immer weiblicher. Im Mai 1998 waren über 1,2 Mio. westdeutsche Frauen arbeitslos. Die Anzahl der arbeitslosen Männer betrug 1,59 Millionen. Obwohl die Frauenerwerbsquote stark zugenommen hat, liegt die Arbeitslosenquote bei Frauen seit 1969 permanent über der der Männer. Während die Arbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern seit 1992 von 1,8 Mio. auf 2,82 Mio. gestiegen ist, schnellte parallel dazu die Arbeitslosenquote bei Frauen/West von 7,2% im Jahr 1992 auf 10,2%.

Jobs für Frauen gibt es vor allem in niedrig entlohnter Teilzeit. Während 1970 noch etwa jede vierte abhängig beschäftigte Frau einen Teilzeitjob hatte, ist es heute mehr als jede Dritte. 88% aller TeilzeitarbeiterInnen sind Frauen. Ähnliche Zahlen zeigen sich bei der geringfügigen Beschäftigung. Diese nahm von 1990 bis 1996 in den neuen Bundesländern um 105%, im Westen um 56% zu. Die Zuwachsraten bei Frauen betrugen hier 66

% im Westen und 139% im Osten . Im Einzelhandel ist die Anzahl von Frauen von 250.000 auf mehr als 500.000 im Jahr 1995 gestiegen. Von vier Mio. JobberInnen, die in 620 DM/ 520 DM-Jobs ausschließlich geringfügig tätig sind, sind 80 % Frauen.

Niedriglöhne für Frauen werden in der BRD als Kavaliersdelikt betrachtet. Nicht einmal für die Gewerkschaften ist es ein Thema, wenn die Äpfelpflückerin im Havelland nur 5,95 DM pro Stunde verdient; beim Thüringer Wachschutz erhalten Frauen bei einem Zwölfstundentag mit Wechselschicht nur 6,60 DM die Stunde. Die Entwicklung von Arbeit für 'nen Appel ohne Ei zeigt sich in der Bekleidungsindustrie Sachsens, wo Frauen in nicht tarifgebundenen Betrieben Hosen und Röcke für einen Leistungslohn von 7,50 pro Stunde nähen. Durch die Leistungsnorm wird ihr Lohn schließlich auf maximal 5,62 DM pro Stunde oder 955 DM brutto pro Monat gedrückt. Diese Armut trotz Arbeit hat nicht nur bei untertariflicher Arbeit stark zugenommen. "Working poor" finden sich zunehmend auch bei tariflicher Erwerbsarbeit oder bei Beschäftigung im Bereich der Arbeitsförderung (SGB III) und des Bundessozialhilfegesetzes; inzwischen sind mehrere Millionen Menschen trotz Arbeit arm.

Nach Mikrozensusergebnissen erhielten 1996 7,4 Mio. Menschen Nettoeinkommen unterhalb von 1.400 DM, darunter ca. 5,5 Mio. Frauen. Das sind z.B. Zimmermädchen und Topfspülerinnen im Frankfurter Grand Hotel mit nur 1.600 DM Brutto-Monatsverdienst. Das sind die Putzfrauen ohne deutschen Paß, die als Scheinselbständige im Maritim Hotel Hannover arbeiten und mit maximal 900 DM Brutto nach Anzahl der Zimmer pro Stunde bezahlt werden, unabhängig von Verschmutzung oder Belegungsdauer der Zimmer. Neben ihrer offensichtlich gering geschätzten Erwerbsarbeit leisten Frauen häufig den Löwenanteil der Familienarbeit. Die von den Frauen unbezahlt geleistete Familienarbeit übertrifft dem Umfang nach die bezahlt geleistete Arbeit bei weitem. Laut statistischem Bundesamt hatte die bezahlte Erwerbsarbeit im Jahr 1992 einen Umfang von 48 Mrd. Stunden, die unbezahlte dagegen einen Umfang von 77 Mrd. Stunden.

Und Unternehmer träumen immer öfter davon, die winzigen Frauen-Löhne zur allgemeinen Norm zu machen. Sie fordern immer nachdrücklicher eine stärkere Lohnspreizung in den unteren Lohngruppen. Von niedrigen Löhnen für arbeitslose Geringqualifizierte, Kombi-Löhne für Sozialhilfe- oder ArbeitslosenhilfeempängerInnen und besonderen Anreizlöhnen für "BerufseinsteigerInnen" ist die Rede. Die Arbeitgeber des Einzelhandels schlugen die Einführung neuer Tarifgruppen unter dem derzeitigen Tarifniveau vor, das bereits jetzt kaum zum Leben reicht.

Frauen als "Reform"opfer

Die "Reformen" bei Sozialversicherungen haben die Jobchancen von Frauen weiter verschlechtert. Das "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung", 1996 als Artikelgesetz verabschiedet, hieß im Klartext: Umverteilung der Einkommen von Frauen zu Männern und Abbau demokratischer Rechte vor allem von Frauen. Diskriminierend für Frauen erweist sich dabei, daß Zeiten der Berufsausbildung bei der Rentenversicherung nur noch ab dem 17. Lebensjahr und für nur drei Jahre anerkannt werden. Längere Ausbildungszeiten wie z.B. ein Studium werden nicht mehr berücksichtigt. Dabei haben viele junge Frauen in den letzten 10 - 15 Jahren gerade deshalb eine Fach- oder Hochschulausbildung absolviert, um berufliche Diskriminierung und vorhersehbare Ungleichheiten in der Karriere sowie im sozialem Status und im Einkommen zu mildern. Diese Bemühungen von Frauen, die unter schwereren Bedingungen als Männer studiert haben, werden nachträglich zunichte gemacht. Hauptbetroffene sind jetzt jüngere Frauen aus den alten Bundesländern, die ihr Studium mit eigener Arbeit finanzierten, länger als zehn Semester studierten und mitunter anschließend noch längere Zeit in der Arbeitslosigkeit verharren mußten.

Auch die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle belastet Frauen mehr, da sie meist über geringere Einkommen verfügen. Sie sind durch die Doppelbelastung mit Familie, Haushalt und Erwerbsarbeit stärker gesundheitsgefährdet als Männer und betreuen überdies häufig ihre kranken Kinder zu Hause. Gleiches gilt für die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Aufweichung der Sozialplanregelungen, die sich ebenfalls vornehmlich gegen Frauen richten: Frauen arbeiten mehrheitlich in tariffreien Klein- oder Kleinstbetrieben. Durch Kindererziehungs- und Pflegezeiten haben sie in der Regel eine kürzere Betriebszugehörigkeit als Männer und weniger Chancen, überhaupt länger im Betrieb zu arbeiten.

Die Förderung hauswirtschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse ("Dienstmädchenprivileg") erwies sich als Beschäftigungsprogramm für Frauen im Niedriglohn-Segment. 1997 sind 1.259 zusätzliche sozialversicherte

Arbeitsplätze in privaten Haushalten entstanden. Dabei hat der Staat letztlich jeden einzelnen dieser Jobs mit 236.000 DM in Form vorn Steuervergünstigungen für wohlhabende Haushalte bezuschußt.

Auch die neuen Zumutbarkeitregelungen im Arbeitsförderungsrecht enteignen vor allem die Qualifikation und Berufserfahrung von Frauen. Mittlerweile gelten nach sieben Monaten Erwerbslosigkeit Löhne als zumutbar, die gerade das Niveau der Arbeitslosenunterstützung erreichen. Da Frauen i.d.R. länger erwerbslos sind als Männer, wird auf sie auch ein höherer Druck zur Aufnahme sog. zumutbarer Beschäftigung unabhängig von ihrer Qualifikation und Berufserfahrung ausgeübt. "Armut durch Arbeit" wird auf diese Weise mit staatlichen Mitteln produziert.

Zurück an Heim und Herd

Die Ansprüche von Frauen an eine "vollwertige" und existenzsichernde Erwerbsarbeit gelten häufig genug als lästig. So benennt die "Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern" (federführende Vordenker: Meinhard Miegel und Ulrich Beck) die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird als Hauptgrund der hohen Arbeitslosigkeit im Osten: Zuviele Frauen wollen arbeiten. Der gewünschte Rückzug vom Arbeitsmarkt findet einfach nicht statt, obwohl angeblich "sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern die meisten Frauen davon überzeugt (sind), daß sie sich in der Rolle als Mutter, die nebenbei noch teilweise berufstätig ist, am wohlsten fühlen." Der ungebrochene Wunsch ostdeutscher Frauen nach qualifizierter und existenzsichernder Erwerbsarbeit wird auf die Zwänge der sozialistischen Ideologie und der Einkommenssicherung reduziert. Die Leiterin einer sächsischen Dienstleistungsagentur beklagt z.B. ein "von der DDR geprägtes Weltbild, in dem es für Haushaltshilfen keinen Platz gab". Wenn Frauen nach wie vor nicht nur materielle Ansprüche, sondern auch individuelle Entfaltung und Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit anstreben, so erscheint das unter diesem Blickwinkel als "mentale Barriere".

Diese Frauenbilder verfestigen traditionelle Rollenmuster: Männer als "hochkompetitive Kernarbeiter" mit "extremer Arbeitsverdichtung" in "fraktalen Fabriken" mit einem Arbeitstag bis zu 16 Stunden und Frauen als personenbezogene Dienstleisterinnen mit niedrigen Zuverdiensten. Wenn Frauen wirklich Arbeit suchen, werden sie auch Arbeit finden, so die sächsisch-bayrische Zukunftskommission: als selbständige Unternehmerin mit eigenem Risiko beim Autoscheibenputzen, als abhängig beschäftigte Tüteneinpackerin im Supermarkt zum Stücklohn, als ehrenamtliche Gemeinwesenhelferin mit Bürgergeld in Höhe des Sozialhilfesatzes, als Putzfrau, Waschkraft, Pflegeperson im Altenheim oder Kinderfrau.

Auch der neue Bundeskanzler setzt auf einen massiven Ausbau des Niedriglohn-Sektors. In einem kurz vor der Wahl veröffentlichten Wirtschaftspapier konturierte Gerhard Schröder die Vision einer neuen sozial-reaktionären Arbeitsgesellschaft und eines "Welfare to work"- Staates. Niedriglöhnen sollen mit Sozialtransfers wie Lohnkostenzuschüsse (LKZ) aufgestockt werden. Durch die Kombination von niedrigen Löhnen, LKZ und Sozialhilfe soll subventionierte Erwerbsarbeit im privaten Billiglohn-Sektor entstehen. Schröder will dafür sorgen, "daß mehr Menschen von personenbezogenen Dienstleistungen leben können ". Vor allem Frauen sollen demnächst Klinken putzen, um zur "existentiellen Grundversorgung" ein paar Mark hinzuzuverdienen.

Schluß mit Brot

und Rosen?

Was eine rot - grüne Koalition an frauenpolitischen Innovationen auf die Beine stellen wird, bleibt zunächst abzuwarten. Bisher gehen die unterschiedlichen Konzepte der Sozialdemokratie - und übrigens auch der Bündnisgrünen - zur Verbilligung des Faktors "Arbeit" durchaus in neoliberalen Politikprojekten auf. Produktivitätswachstum führt dann nicht zu mehr freier Zeit für alle, sondern bringt weniger freie Zeit besonders für Frauen. Regulär Erwerbstätige erwarten längere Arbeitszeiten, die Frauen wegen familiärer Aufgaben und Kinderbetreuung immer weniger leisten können. Für Erwerbslose und Geringverdienerinnen wird sich der Zeitaufwand für die bloße Existenzsicherung ebenfalls vergrößern, wenn immer öfter in mehreren ungesicherte Jobs gearbeitet werden muß. Je geringer staatliche Leistungen zur sozialen Absicherung werden, desto größer wird der Zwang zur Annahme jeder Arbeit. Niedriglohnarbeitsmärkte werden so ausgeweitet und prekäre Jobs von der Ausnahme zur Regel.

Obwohl - oder gerade weil - die Arbeitsproduktivität für Frauen eigentlich eine gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsarbeit und ihren Ergebnissen sowie an tatsächlich freier Zeit möglich macht, dominiert ein völlig überholtes Streben nach "Arbeit". Alternativen zur Gleichstellung von Frauen sind nur in Konzepten mit einer ganz andere Organisation gesellschaftlicher Arbeit und Aneignung zu finden. Eine Richtung solch anderer Organisation ist eine andere Verteilung von Erwerbsarbeit, eine Neu- und Umbewertung der Arbeit sowie eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das beinhaltet eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich und die Einführung einer sozialen Grundsicherung.

Auf dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik wächst die Arbeitsproduktivität alle 10 Jahre um 100%. Eine wichtige Voraussetzung, insbesondere für Frauen gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, ist deshalb weniger Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger allgemeiner sozialer Absicherung. Das kann aber nur mit einer Konsolidierung der sozialen Versicherungssysteme gelingen, nicht aber durch ihre Abschaffung. Zur Organisation von gleichberechtigter Teilhabe an gesellschaftlichen Arbeit gehört die Schaffung von bedarfsorientierten Beschäftigungsfeldern nach arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Maßstäben, die für Frauen und Männer gleichberechtigt zugänglich gemacht werden müßten.

Anne Allex

41. Job-Check von unten. Tips und Tricks für prekär Beschäftigte

Autor: Guido Grüner · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:40

Die folgenden Tips haben wir der Juni-Ausgabe der Erwerbslosenzeitung quer entnommen. Sie sind ohne Gewähr und ersetzen ausdrücklich nicht die genauere juristische Beratung. Weitere Hinweise für einen "Job-Check von unten" erscheinen in der nächsten Ausgabe von ak.

Auf immer schlechter bezahlte Jobs folgen immer geringere Bezüge vom Arbeitsamt. Weniger Arbeitslosengeld oder -hilfe machen danach noch schlechter bezahlte Jobs "zumutbar". Doch nicht auf jeden schlechteren Job muß ein gesenktes Arbeitslosengeld (Alg) folgen. Einige Regelungen im neuen Arbeitsförderungsrecht (SGB III) können genutzt werden, um sich der Abwärtsspirale bei Löhnen und Gehältern zu widersetzen.

Wechsel in Teilzeit

Beim Wechsel von einer Vollzeit- in eine Teilzeitstelle berechnet sich bei anschließender Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld u. U. nach dem Vollzeitlohn. Bedingungen dafür:

- Die Arbeitszeit muß im Beschäftigungsverhältnis reduziert werden und zwar mindestens um fünf Stunden und mindestens unter die Marke von 80 % der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit.

- innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre vor der Arbeitslosigkeit muß mindestens sechs zusammenhängende Monate Vollzeit gearbeitet worden sein.

- Der Teilzeitlohn muß netto mindestens so hoch wie das folgende Arbeitslosengeld sein.

Beispiel: Karla Kinderlieb ist Erzieherin mit Vollzeitjob (40 Std./Woche lt. Tarif). Die Stadtverwaltung stellt sie vor die Alternative: fristgemäße Kündigung oder Weiterbeschäftigungsgarantie für vier Jahre bei einer Arbeitszeit zwischen 20 bis 32 Stunden/Woche. Sie willigt in die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich ein und schlägt der Stadtverwaltung zwei Alternativen vor:

a) Beschäftigungsgarantie für weitere vier Jahre und im letzten der vier Jahre volles Gehalt. So bekäme sie ein Alg gemäß der Vollzeitstelle, da in den letzten 12 Monaten des Jobs Vollzeit gearbeitet wurde. Bei vier Jahren Teilzeitjob hat sie ansonsten keine zusammenhängende Vollbeschäftigungszeit von sechs Monaten und würde Alg nur entsprechend dem Teilzeiteinkommen erhalten.

b) Beschäftigungsgarantie für drei Jahre bei einer Arbeitszeit von mindestens 25 Stunden und höchstens 31 Stunden. Im Fall folgender Arbeitslosigkeit hat sie dann bei sofortiger Arbeitslosmeldung sechs Monate Vollzeitjob innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre vor der Arbeitslosigkeit vorzuweisen; ihre Arbeitszeit ist auf unter 80% der tariflichen Vollarbeitszeit gesenkt, ihr Nettoeinkommens liegt bei einer 25 Std.-Stelle über dem gezahlte Alg in Höhe von 60% des Nettoeinkommen einer Vollzeitstelle. Sie kann trotz des Personaleinsparungsinteresses der Stadtverwaltung weiterarbeiten, ohne am Ende bei der Alg-Höhe Einbußen zu haben.

Arbeitslos nach Arbeit

und Kindererziehung

Wenn Lohn und Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung und -erziehung reduziert werden, werden diese Zeiten bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt; das Arbeitslosengeld berechnet sich dann nach dem vorherigen (Vollzeit-)Lohn.

Beispiel: Herta Heimlich wird nach zwei Jahren Erziehungsgeldbezug bei gleichzeitigem Halbtagsjob arbeitslos. Vormals war sie vollzeitig tätig. Sie erhält Alg gemäß Verdienst im Vollzeitjob, da die letzten zwei Jahre bei der Berechnung der Höhe des Alg nicht zählen.

Arbeitslos

nach Selbständigkeit

Wer die Arbeitslosigkeit durch "selbständige Tätigkeit" beenden will oder in die (Schein-)Selbständigkeit gedrängt wurde, muß beachten:

a) Wenn die Selbständigmachung direkt aus abhängiger Beschäftigung heraus schief geht, kann nur dann noch Arbeitslosengeld beansprucht werden, wenn in den letzten fünf Jahren noch mindestens ein Jahr mit einem Einkommen aus abhängiger Beschäftigung liegt.

Beispiel: Rudi Rumpel ist angestellt als LKW-Fahrer bei einer Spedition. Diese ist pleite am 30.6.98. Er macht sich zum 1.7.98 mit einem LKW selbständig. Am 1.6.2002 ist auch er pleite und kann Alg beziehen, wenn er sich umgehend arbeitslos meldet. Ist er erst am 1.12.2002 pleite und will zu diesem Termin Alg beantragen, geht er leer aus, da er in den vergangenen fünf Jahren nur sieben Monate mit beitragspflichtiger Arbeit vorweisen kann.

b) Nach Selbständigmachung aus dem Arbeitslosengeld-Bezug heraus kann in den alten Alg-Anspruch nur zurückgekehrt werden, wenn seit Entstehen des alten Anspruchs noch keine vier Jahre vergangen sind.

Beispiel: Rudi Rumpel wird wie im obigen Beispiel seinen Job bei der Spedition los und bezieht vom 1.7.98 bis 30.11.98 Alg. Zum 1.10.98 macht er sich mit einem Brummi selbständig. Bis 30.6.2002 kann er in seinen Alg-Bezug zurückkehren.

c) Nach Selbständigmachung aus dem Arbeitslosenhilfe-Bezug heraus kann Alhi nur wieder beansprucht werden, wenn seit dem letzten Tag des Alhi-Bezugs noch keine drei Jahre vergangen sind.

Arbeitslos nach "Teilselbständigkeit"

Wer neben einer selbständigen Tätigkeit (15 bis 17,9 Std./Woche) noch eine versicherungspflichtige, abhängige Beschäftigung ausübte, kann anschließend Alg bei fortgesetzter Selbständigkeit beziehen. Die selbständige Tätigkeit muß aber innerhalb des letzten Jahres mindestens zehn Monate neben der abhängigen Beschäftigung ausgeübt worden sein. Das so erzielte Einkommen aus der selbständigen Tätigkeit wird aufs Alg nicht angerechnet, wenn es das selbständige Durchschnittseinkommen vor dem Alg-Bezug nicht übersteigt. Wird nach dem Alg jedoch Arbeitslosenhilfe bezogen, wird die Alhi durch Anrechnung des "selbständigen" Einkommens gemindert.

Arbeitslos nach zwei beitragspflichtigen Jobs

Geht einer von mehreren sozialversicherungspflichtigen Jobs verloren, kann im anschließenden Jahr für längstens sechs Monate Teil-Arbeitslosengeld (Teil-Alg) neben der beitragspflichtigen Arbeit bezogen werden. Voraussetzung: der Teiljob wurde in den letzten zwei Jahren mindestens zwölf Monate ausgeübt.

Geht der zweite beitragspflichtige Job noch während des Teil-Alg-Bezugs verloren, so errechnet sich das anschließende Alg aus der Höhe beider verlorenen Verdienstquellen.

Geht der zweite beitragspflichtige Job erst nach Ende des Teil-Alg-Bezugs verloren, so errechnet sich das anschließende Alg für die Monate ohne Teil-Alg-Bezug allein aus der Höhe des zuletzt verlorenen Jobs.

Beispiel: Friedolin Flottmann ist gelernter Kellner und übt diesen Beruf in zwei 20-Stunden-Jobs (je 1.200 Mark brutto) aus. Zum 1.1.1999 verliert er den ersten Job. Vom 1.1.99 bis 30.6.99 bezieht er Teil-Alg neben dem Einkommen aus dem anderen Kellnerjob. Den zweiten Job verliert er zum 31.12.99. Als Berechnungsgrundlage für das anschließende Alg wird das Durchschnittseinkommen des letzten Jahres errechnet. Für die Monate Januar bis Juni wird ein Monatsbrutto in Höhe von 2.400 Mark (1.200 Mark des verbliebenen Jobs zzgl. der Berechnungsgrundlage des Teil-Alg, gleichfalls 1.200 Mark) errechnet, für die Monate Juli bis Dezember 99 das Bruttoeinkommen des verbliebenen Kellnerjobs. Im Jahresdurchschnitt ergibt das ein Monatsbrutto von 1.800 Mark, aus dem sein Alg errechnet wird. Hätte er seinen zweiten Kellnerjob bereits zum 1.7.99 verloren, wäre das anschließende Alg aufgrund eines Bruttoeinkommens von 2.400 Mark errechnet worden. Der Verlust des zweiten Jobs bleibt nur ohne negative Folgen für die Gesamthöhe des Alg, wenn er noch während des Teil-Alg-Bezugs erfolgt.

Guido Grüner

Die überregionale Arbeitslosenzeitung quer kann unter folgender Anschrift bestellt werden: Arbeitslosenzeitung quer, Postfach 1363, 26203 Oldenburg

42. Soziale Rechte sind Bürgerrechte. Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Autor: Roland Roth · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:19

Vom 18.-20. September fand in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Taunus die Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie statt. Mit dem diesjährigen Tagungsthema "Soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit" setzte das Komitee seine Bemühungen fort, soziale Grund- und BürgerInnenrechte in die allgemeine Bürgerrechtsarbeit einzubeziehen.

Eine Woche vor den Bundestagswahlen erlangte das Tagungsthema bedrückende Aktualität. Eine Bundesregierung, die bereits die bloße Existenz von Armut in diesem Lande leugnet; Volksparteien, die mit ihren vor Zuversicht strotzenden KandidatInnen soziale Ausgrenzung beschweigen und zugleich weiter androhen; eine breite Öffentlichkeit, die sich längst daran gewöhnt hat, daß nicht die vielfältigen Erscheinungsformen sozialer Benachteiligung bekämpft werden, sondern die Benachteiligten selbst; keine Perspektiven auf nachhaltige Besserung und soziale Teilhabe, dafür aber Feindbilder und Sündenböcke: Ausländer vor allem und vermehrt Jugendliche. Es scheint nur eine Frage der Opportunität, daß einschränkend und verallgemeinernd "kriminell" hinzugefügt wird. Die Wahl der politischen Mittel folgt der simplen Maxime: je weniger soziale Sicherheit, desto repressiver die staatlichen Instrumente. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden mit Arbeitszwang traktiert (so auch die SPD in ihrem Wahlprogramm mit Blick auf das britische Vorbild von New Labour). Im Fall "Mehmet" wurde der Versuch gestartet, die Sippenhaft erneut einzuführen. Geschlossene Heime sollen unbotmäßige Kinder und Jugendliche in Schach halten. Für die Wahlstrategen jedenfalls schien längst ausgemacht, daß es wieder "gefährliche Unterklassen" gibt, die das Unterfutter für das politische Geschäft mit der Angst abgeben. Repression und Einsperren als Antwort auf soziale Ausgrenzungen: Strategien, durch die besonders die Opfer nicht nur ihrer sozialen, sondern auch der politischen und zivilen Bürgerrechte beraubt werden.

"Gefährliche Unterklassen"

Auf der Tagung ging es freilich nicht um Wahlkampfrummel und Tagespolitik, sondern um die nötige analytische Tiefenschärfe in der Untersuchung des Zusammenspiels von sozialer Ausgrenzung und repressiv-sicherheitsstaatlichen Antworten. Und mehr noch: Es ging um die Suche nach demokratisch-menschenrechtlichen Alternativen. Eckart Reidegeld (Hagen) verstärkte durch seinen einstimmenden Vortrag über die Geschichte der Armenpolitik in Deutschland - vor allem im 18. und 19. Jahrhundert - den Eindruck des dejá vu. Wir sind zwar nicht auf dem Wege in ein "neues" Mittelalter, aber viele aktuelle Entwicklungen erinnern an die Situation vor der Einführung nationaler sozialer Sicherungssysteme. Mit der Senkung der nationalen Standards, durch Experimentierklauseln und leere Gemeindekassen erfahren die Kommunen gegenwärtig einen prekären Bedeutungsgewinn in Sachen sozialer Bürgerrechte. Lokales Handeln bedeutet dabei aber keineswegs einen Zugewinn an bürgerlich-demokratischen Freiheiten. Der Druck zur Kostenreduzierung schwebt über allem und führt zur Aushöhlung sozialer Garantien. Sozialhilfe wird so diskriminierend "gewährt", daß inzwischen die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten lieber darauf verzichtet. Arbeitszwang, die Vertreibung von Obdachlosen aus den Innenstädten, ihre Abschiebung über die Gemeindegrenzen sind einige der eingesetzten Mittel aus dem armenpolitischen Arsenal längst vergangen geglaubter Tage. Leipzig, Lübeck oder Chemnitz sind einige der "Modellstädte", die sich dabei einen Namen gemacht haben. Eine weitere Parallele drängt sich auf. Damals wie heute dient der Bürgerstatus zur sozialen Ausgrenzung und armenrechtlichen Sonderbehandlung von "Nichtbürgern", etwa denen des Nachbarortes, der Bayern in Preußen und umgekehrt. Lokale Bettlerjagden und "Bettlerschübe" sind heute maßstabsvergrößert in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu besichtigen.

Wolf-Dieter Narr (Berlin) zog die historischen Linien für die Bundesrepublik weiter und inspizierte das System der "Inneren Sicherheit" seit den 1970er Jahren. Es war und ist nicht zuletzt eine Antwort auf ökonomische und soziale Krisenprozesse nach dem "goldenen Zeitalter", das Arbeit und Wohlstand für (fast) alle verheißen hatte. Mit einer Flut von "Vorratsgesetzen", mit der technischen und taktischen Modernisierung der Polizei und dem Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei wurde ein repressives Repertoire geschaffen, mit dem auch größere soziale Konflikte "bearbeitet" werden können. Das Konzept des "Sicherheitsstaats" erinnert an die gewalttätigen Ursprünge moderner Staatlichkeit: "Friedensstiftung" durch die Zentralisierung der Mittel

physischer Gewaltsamkeit. Die überwiegend sozialstaatliche Deutung von "Sicherheit" erscheint rückblickend wie eine kurze Episode. Die Karriere der Angstproduktion (vor Armen, Ausländern, Flüchtlingen, Jugendlichen etc.) wirkt als Rechtfertigung sicherheitsstaatlicher Prävention und setzt eine Abwärtsspirale in Gang. Jedes uneingelöste Sicherheitsversprechen, so scheint es, rechtfertigt den weiteren Abbau von Bürgerrechten (s. Großer Lauschangriff). Es droht die allgemeine "Verburgung" ("gated communities", sichere Landesgrenzen), an der nicht zuletzt eine expandierende private Sicherheitsindustrie verdient.

Ausgrenzen, einsperren, abschieben

Im Zentrum der Tagung standen fünf Arbeitsgruppen, die sich detailliert verschiedenen Aspekten sozialer Ausgrenzung und ihrer repressiven Bearbeitung widmeten. Die AG "Kriminalität und Armut" ging den verschiedenen Facetten der Wiederkehr "gefährlicher Unterklassen" nach. Handelt es sich dabei im wesentlichen um eine angstbesetzte projektive Feinderklärung, gestützt auf windige Polizeistatistiken und interessierte Auslegungen, oder ist etwas dran an der Konstruktion, die wachsende soziale Ungleichheiten und Ausgrenzungen mit steigender Kriminalitätsfurcht zusammenbringt? Ist diese Furcht ausschließlich reaktionär im Sinne von mehr Polizei und mehr Gefängnissen nutzbar, oder kann sie nicht auch Ausgangspunkt für grundlegende soziale Reformen sein, wie Abram de Swaan für den Übergang von der lokalen zur nationalen Sozialpolitik geltend gemacht hat? Gegenwärtig, so der Eindruck in der Bundesrepublik, dient die Politik mit der Angst allerdings deutlich der Legitimation repressiver Praktiken im Umgang mit der Armutsbevölkerung. Sie erlaubt Schuldzuweisungen an die Betroffenen, Entsolidarisierung und die Beschneidung ihrer Bürgerrechte.

In der AG "Vom Welfare zum Workfare State" wurden ähnliche Tendenzen für einen Kernbereich der Sozialpolitik identifiziert. Auf den ersten Blick scheint es paradox, daß die Gewährung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zunehmend an verschiedene Formen des Arbeitszwangs (gemeinnützige Arbeit, Hilfe zur Arbeit etc.) geknüpft wird, fehlt es doch gerade an regulären Arbeitsplätzen. Arbeitslosigkeit ist - zumal in den neuen Bundesländern - zentrale Armutsursache. Doch die Politik des Arbeitszwangs erweist sich durchaus als funktional: Sie schreckt Anspruchsberechtigte ab und spart damit Kosten; sie trägt zur Etablierung eines Billiglohnsektors bei; und sie betreibt eine Schuldzuweisung an die Opfer, indem sie die angeblich fehlende Arbeitsbereitschaft der einzelnen in den Mittelpunkt rückt. "Workfare" ist daher nicht zufällig zu einer in den angelsächsischen Ländern seit Jahrzehnten erprobten, international propagierten sozialpolitischen Wunderwaffe avanciert, die auch in der Bundesrepublik die Orientierung an sozialen Bürgerrechten abzulösen scheint.

Daß workfare keine sozial integrierende Antwort auf die Ungleichheitsdynamik globalisierter Standortkonkurrenzen anzubieten hat, wird in dem Anwachsen einer sichtbaren Armutsbevölkerung in den Städten deutlich. Ihre sicherheitspolitische und polizeiliche Verwaltung und Disziplinierung war Gegenstand der Arbeitsgruppe "Räumliche Ausgrenzungen". Wo die Vision sozialstaatlicher Integration aufgegeben wurde, bleibt nur räumliche Separierung und Hierarchisierung. Kommunale Ordnungs- und Sicherheitspolitik hat einen enormen Aufschwung erlebt. Modelle werden weltweit gehandelt: Singapur und das New York der "Zero Tolerance" sind Marktführer. Kaum eine größere Stadt, in der es nicht zu heftigen Kontroversen um repressive "Gefahrenabwehrverordnungen" gekommen ist. Am Beispiel des politischen Umgangs mit den Wagenburgen läßt sich zeigen, wie tief die Angst der Bürger um ihre längst brüchig gewordene Normalität sitzt. Wenn in Köln jüngst ein Treffen von "Grufties" vor dem Dom mit dem Hinweis auf die "Würde des Platzes" verboten wurde, zeigt sich, wie weit wir auf dem Wege ins Mittelalter vorangeschritten sind.

Wie sehr Armutsbekämpfung als Kampf gegen die Armen praktiziert wird, läßt sich am Beispiel USA lernen. Dort hat längst der Übergang vom helfenden zum strafenden Staat stattgefunden, und der "prison industrial complex" hat spektakuläre Wachstumsraten vorzuweisen. Ziel der Arbeitsgruppe "Ausgrenzen und Einsperren. Zur ‚Verknastung' der Gesellschaft" war es, diese Tendenzen für die Bundesrepublik zu untersuchen und deren enorme soziale und bürgerrechtliche Kosten kenntlich zu machen. "Einsperren", so lautet der politischen Dummheit erster und letzter Schluß. Um so notwendiger und dringlicher war die Frage nach den Alternativen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung: Wie können wir uns erfolgreich für die Abschaffung von Gefängnissen einsetzen und gleichzeitig berechtigten Sicherheitswünschen Rechnung tragen?

Daß Asylsuchende, Flüchtlinge und AusländerInnen zu einer Legitimationsressource und einem Experimentierfeld für die repressive Verkürzung von Bürger- und Menschenrechten geworden sind, gab einer

weiteren Arbeitsgruppe ihren Titel. Es gehört zur "Banalität des Bösen", daß mit sozialer Ungleichheit und Abstiegsängsten auch der Bedarf nach Feinden und Sündenböcken wächst. Die politischen Mundschenke sind besonders in Wahlzeiten unterwegs, und die herrschen ja fast permanent. Auch wenn sich viele Menschen gegen diese Feinderklärungen zur Wehr gesetzt haben: Drängend bleibt die Frage, wie diesen Tendenzen begegnet werden kann.

Subkulturen und

soziales "Gegenfeuer"

Um politische Alternativen ging es deshalb auch in den beiden letzten Vorträgen am dritten Tag der Veranstaltung. Rolf Schwendter (Kassel/Wien) erinnerte an die Fülle von Alternativen, die in freiwilligen und unfreiwilligen "Subkulturen" in den letzten Jahrzehnten ausprobiert wurden. Zwar bestehen zahlreiche Vernetzungen und Initiativen; kein sozialpolitischer Bereich, keine soziale Institution ist ohne libertäre Alternative geblieben. Aber herrschaftliche, bürokratische, ein- und ausschließende Institutionen dominieren das Feld, ja sie werden mit den ökonomisch-sozialen Umbrüchen zusehends stärker legitimiert. Allein aus Sub- und Gegenkulturen wird sich keine politische Alternative entwickeln lassen, wenn es nicht gelingt, Kernbereiche der Gesellschaft solidarisch umzugestalten. Eine radikale Arbeitszeitpolitik und eine soziale Grundsicherung werden ebenso dazu gehören müssen wie eine soziale Ökonomie.

Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt/M) blieb es vorbehalten, auf einige Schwierigkeiten und Dilemmata aufmerksam zu machen, die den Weg zu neuen Solidaritäten verstellen. Gut gemeint (und wer in den sozialen Berufen meint es nicht gut) ist oft das Gegenteil von gut. Empowermentstrategien, die für Benachteiligte entworfen wurden, produzieren häufig Entmündigung. Orientierend können zumindest einige "minima moralia" des Unterlassens sein, soll es zu einem gemeinsam von sozial Ausgegrenzten und (noch) Integrierten entfachten "Gegenfeuer" (Pierre Bourdieu) kommen.

Fazit der Tagung: Phantasievolle Aktionen und Gegenentwürfe zur Politik der sozialen Ausgrenzung sind gefordert. Vorschläge und Mitarbeit sind erwünscht. In Kürze wird eine Tagungsdokumentation erscheinen.

Roland Roth

43. BGH-Urteil im Mißhandlungsfall Oliver Neß. Freispruch für Polizeitäter

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:30

Der Fall Oliver Neß, der Justiz und Öffentlichkeit seit gut vier Jahren beschäftigt, hat eine unglaubliche Wende erfahren: Die Polizeibeamten, die den Hamburger Fernsehjournalisten schwer mißhandelt hatten und deswegen in erster Instanz zu extrem geringen Geldstrafen verurteilt worden waren, werden in der Revisionsinstanz vom Bundesgerichtshof (BGH) praktisch reingewaschen - obwohl dieser Fall per Video so gut dokumentiert ist wie wohl noch kein Polizeiübergriff. Die beiden Haupttäter wurden kürzlich mit einer "Durchentscheidung" des BGH freigesprochen.

Zur Erinnerung: Am 30. Mai 1994 wurde Oliver Neß auf dem Hamburger Gänsemarkt, am Rande einer Demonstration gegen den "Bund freier Bürger" und dessen Gastredner Jörg Haider, von Polizeibeamten mißhandelt. Dabei wurde der für seine kritischen Fernsehdokumentationen über die Hamburger Polizei bekannte Neß so schwer verletzt, daß er gesundheitliche Langzeitschäden davongetragen hat. Erst wurde er von hinten angefallen, mit einem lebensgefährlichen Würgegriff zu Boden gerungen, wo sich dann ein Polizist auf seinen Oberkörper kniete und mit dem Schlagstock wie von Sinnen auf sein Brustbein hämmerte, während sich ein anderer Beamter an seinen Beinen zu schaffen machte, einen Schuh abstreifte und seinen Fuß mit beiden Händen ruckartig erst in die eine, dann in die andere Richtung riß. Resultat: Ein zerfetzter Bandapparat und eine gesprengte Gelenkkapsel. Neß mußte sich einer schwierigen Operation mit Sehnentransplantation sowie monatelangen Rehabilitationsmaßnahmen unterziehen. Fast ein Jahr lang war er wegen Arbeitsunfähigkeit krankgeschrieben.

Bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens gegen zwei der Täter ereigneten sich viele Merkwürdigkeiten. Videobänder der Polizei verschwanden, Funkmitschnitte wurden "versehentlich" gelöscht, Einsatzberichte verfälscht. Das Opfer wurde in sog. Zusatzberichten zum "Rädelsführer" und "Aggressor" stilisiert, um die Gewaltanwendung nachträglich zu rechtfertigen. Polizeizeugen haben sich vor ihren Zeugenaussagen abgesprochen und leiden an hochgradiger Amnesie, schweigen und mauern.

Am Ende der Ermittlungen bleiben von einem knappen Dutzend Mittätern und Gehilfen nur noch zwei übrig, die auch vor dem Landgericht Hamburg angeklagt werden: Olaf A., der das Opfer brutal mit dem Schlagstock geschlagen und auf ihm gekniet hat, sowie Oliver H., dem der prinzipiell gefährliche Fußdrehhebel zum bänderzerfetzenden und Gelenkkapsel sprengenden Fußverdreher geraten ist. Das Urteil vom 26. Juni 1996: 3.200 bzw. 4.800 DM Geldstrafe. Übriggeblieben von der schweren Mißhandlung ist für das Gericht: bloße Nötigung sowie fahrlässige Körperverletzung. Das Gericht sah lediglich als erwiesen an, daß der eine Angeklagte den Journalisten vorsätzlich bedrohte und festhielt und daß der andere Angeklagte den Fuß von Neß verdreht und ihm so einen doppelten Bänderriß zugefügt habe. Diese Körperverletzung sei - im Zweifel für den Angeklagten - nur fahrlässig begangen worden: Denn bei der Anwendung des prinzipiell zum Umdrehen eines Festgenommenen zulässigen Bein-Fuß-Hebels mittels "dosierter Schmerzzufügung" habe er sorgfaltswidrig nicht beachtet, daß sein Polizeikollege auf dem Brustkorb des Opfers kniete, so daß ein Umdrehen nicht möglich war. Das Gericht bestätigte in seinem Urteil, daß Oliver Neß keinerlei Anlaß für das Einschreiten der Polizisten gegeben habe - im Gegenteil kommt das Landgericht zu dem Schluß, einer der Angeklagten habe an dem "Nichtstörer" Neß ein "Exempel statuieren" wollen. Alle Verfahrensbeteiligten haben - aus unterschiedlichen Gründen - Revision gegen das Urteil eingelegt.

Der BGH macht das Opfer zum "Störer"

Von diesem Urteil bleibt in der zweiten Instanz so gut wie nichts mehr übrig. Man traut seinen Augen nicht, wenn man die "Rechtsüberlegungen" des BGH liest, die letztlich zum Freispruch führt: Der BGH unternimmt nämlich mit seiner entlastenden Argumentation den Versuch, das Opfer einer polizeilichen Mißhandlung zum "Störer" umzudefinieren: Die Täter hätten gegen Neß womöglich einen Straftaten-Verdacht ("Landfriedensbruch") gehegt oder ihn als "Störer" wahrgenommen; in einem solchen Fall hätten sie subjektiv gerechtfertigt gehandelt. Dieser Version widersprechen sämtliche Video-Aufnahmen, die seinerzeit in aller Welt Entsetzen hervorriefen. Mit einer solchen Argumentation lassen sich letztlich alle polizeilichen

Gewalttaten rechtfertigen - nicht nur in diesem Fall. "Ich glaubte, einen Störer festzunehmen", wird so zum Schlüsselsatz für einen Freispruch - "im Zweifel für die Polizei".

Der BGH behauptet zugunsten des anderen Polizeibeamten weiter, daß bei dem brutalen Verdrehen des Fußes von Oliver Neß "die Grenzen erlaubten Vorgehens" nicht pflichtwidrig überschritten worden seien - oder anders ausgedrückt: "Ihn trifft kein Vorwurf wegen der Wahl der angewendeten polizeilichen Mittel, die zur Verletzung des Nebenklägers (Neß) geführt haben". Um dies richtig beurteilen zu können, müsse der "Hektik des Tatgeschehens und der Streßsituation der Beteiligten ... ausreichend Rechnung getragen" werden - wobei, so das Gericht, "in derartigen Streßsituationen innerhalb einer größeren erregten Menschenmenge an die Wahl einer erfolgversprechenden Festnahmetechnik und die Sauberkeit ihrer Ausführung keine überhöhten Anforderungen gestellt werden" dürfen. Das grenzt schon an höchstrichterliche Kumpanei mit der Polizei, darüberhinaus an Geschmacklosigkeit, wenn angesichts einer fachärztlich objektiv festgestellten gesprengten Gelenkkapsel und einem zerfetzten Bandapparat praktisch - im Umkehrschluß - den Beamten ein pflichtgemäßes Vorgehen attestiert wird.

Die vom BGH beklagte Verfahrensverzögerung, die ebenfalls als (Hilfs-)Begründung für den Freispruch dient, ist von der Justiz selbst zu verantworten - in erster Linie von der Hamburger Staatsanwaltschaft. Eine Verzögerung von fast zwei Jahren kann kein Zufall sein, handelte es sich hier doch um ein ganz herausragendes Strafverfahren, das bundesweit und auch international Aufsehen erregte. Nun wird ausgerechnet diese hausgemachte Verfahrensverzögerung den Angeklagten wegen deren "starker Belastung" und "bereits erlittener beruflicher Nachteile" zugute gehalten.

Dieser polizeiliche Mißhandlungsfall wurde in einem von Korpsgeist und Lügen, von Manipulationen und Beweismittelunterdrückung geprägten Ermittlungs- und Strafverfahren systematisch kleingearbeitet: So mausert sich der Polizei- zum Justizskandal und reiht sich ein in die unsägliche Tradition einer mangelhaften öffentlichen Kontrolle der Polizei, die mit tiefgreifenden, immer weiterreichenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet ist. Dieses gravierende Problem, das zu einer notorischen Sanktionsimmunität der Polizei führt, ist bis heute ungelöst - übrigens auch eine ernste Herausforderung für eine rot-grüne Bundesregierung.

In Hamburg wurde vom rot-grünen Senat - als eine Konsequenz aus den dortigen Polizeiskandalen - eine Polizeikontrollkommission ins Leben gerufen, die zwar ehrenamtlich arbeitet, aber mit speziellen Kontrollbefugnissen ausgestattet ist. Eine solche Polizeikontroll-Institution ersetzt zwar keine grundlegende Polizeireform, ist aber auch auf Bundesebene überfällig. Deshalb sollte im Zuge der rot-grünen Koalitionsverhandlungen ein unabhängiges Kontrollorgan - Polizeibeauftragte/r oder Polizeikontrollkommission - beschlossen werden, das mit eigenen Befugnissen ausgestattet wird, um Polizeiskandale und Übergriffe der Bundespolizeien - Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz - angemessen aufarbeiten zu können. Eine alte Bürgerrechtsforderung, die erst kürzlich wieder in einem Memorandum von acht Bürgerrechtsorganisationen an die rot-grünen Koalitionäre bekräftigt worden ist.

Rolf Gössner

Der Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner vertrat Oliver Neß in seiner Nebenklage und Schadensersatzangelegenheit gegen die Hamburger Polizei.

44. Fidel ante portas?

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:15

Einen literarischen Nachtrag zu den Feierlichkeiten des 30. Todestages des lateinamerikanischen Revolutionärs und Guerilleros Che Guevara Ende letzten Jahres hat der Verlag 8. Mai geliefert. Das Buch dokumentiert die Ende September gehaltenen Beiträge zur Internationalen Che Guevara-Konferenz in der Berliner Humboldt-Universität, deren Ehrendoktor Guevara seit 1961 ist.

Wie üblich sind die dort versammelten Beiträge von durchaus unterschiedlicher Qualität. Gemeinsam ist ihnen der Anspruch, nicht nur das Leben des "vollkommensten Menschen unserer Zeit" (Jean Paul Sartre) zu würdigen, sondern auch dessen revolutionäres Werk. Doch der Anspruch allein genügt bekanntlich nicht. Es sind v.a. die ideologischen Verengungen der meisten Anwesenden, die eine sachlich-fruchtbare Auseinandersetzung mit der Aktualität des Denkens und Handelns von Che stark behindern. Letztlich geht es den Anwesenden nämlich nicht um Che Guevara, sondern um die bedingungslose Solidaritätsbekundung mit Kuba.

Entsprechend nähert man sich Che als einem Kronzeugen für die revolutionäre Tapferkeit der vermeintlich noch immer ausstrahlenden kubanischen Revolution und ihres maximo lider, beklagt den "Verrat" der ehemaligen UdSSR an der Weltrevolution und deren Abweichen vom geraden sozialistischen Wege. Der spezifisch guevaristische Voluntarismus, Ches tiefes, aber nicht unproblematisches Verständnis für die ethische Dimension des menschlichen Emanzipationskampfes, wird aus seinem Zeitkontext gelöst, geschichtsphilosophisch überhöht und damit entleert. Übrig bleibt einzig der moralische Zeigefinger einer immer undemokratischer regierenden Herrschaftsschicht auf der kleinen, bedrängten Zuckerrohrinsel.

So sagt beispielsweise Dietmar Koschmieder, Chefredakteur der mitveranstaltenden Tageszeitung junge Welt, auf einer Podiumsdiskussion: "Und Kuba ist nicht wegen seiner Fehler wichtig, die kein kubanischer Genosse, keine Genossin leugnen wird." Doch für die anwesenden kubanischen Genossen gilt dies jedenfalls nicht. Orlando Borrego Diaz, ehemaliger Kampfgefährte Guevaras und Ex-Minister, drängt Che zurück ins Schema der marxistisch-leninistischen, sprich stalinistischen Philosophie und spricht ungeniert vom "sozialistischen Wesen unserer Gesellschaft", wettert gegen die vermeintliche absolute Gleichmacherei des untergegangenen Sozialismus (als ob nicht Che gerade umgekehrt diese einklagte) und verkündet selbstsicher: "Im Sinne von Che vermeiden wir es, Zwang auf die Bürger auszuüben".

Armando Hart Dávalos, Ex-Guerillero und heutiger ZK-Funktionär, sekundiert und sieht Ches lebendiges Wesen "in Fidel und der Kubanischen Revolution" existent. Bei jenen, die durchaus mehr oder weniger verhaltene Kritik formulieren, kann dieser politische Eiertanz zu durchaus bemerkenswerten Widersprüchen führen. Die im kubanischen Exil lebende ehemalige Black-Panther-Aktivistin Assata Shakur z.B. rühmt einerseits Ches Häresie und verbindet dies andererseits mit einem flammenden Appell für Fidel Castro, denn die Feinde der kubanischen Revolution und des kubanischen Volkes "sind die Feinde der Menschen auf der ganzen Welt, sind die Feinde der Demokratie auf der ganzen Welt, sind die Feinde der Freiheit auf der ganzen Welt".

Ja, Kuba gehört noch immer die Solidarität all derer, die am Ziel humanistischer Emanzipation festhalten. Wer jedoch die fast unumschränkte Rückkehr zu Waren- und Geldbeziehungen organisiert, ohne auch freie Gewerkschaften und politische Oppositionsmöglichkeiten zuzulassen, wer neue soziale Ungleichheit zuläßt und mit partieller Repression verbindet, der ist nicht nur nicht auf dem Wege zum Sozialismus, er kann auch keine solch bedingungslose Solidarität fordern, wie es den Versammelten vorschwebt. Wer, wie die Herausgeber, nur die "Vermarktungs- und Verleumdungspolitik" mancher Westler anzuprangern weiß, aber zur Vermarktungsstrategie des kubanischen Staates schweigt, ist nicht nur moralisch anfechtbar. Er weiß auch nichts Substantielles beizutragen zur Erhellung von Leben und Werk Che Guevaras. Schade.

Christoph Jünke

Internationale Che-Guevara-Konferenz. Berlin 27./28. September 1997, Berlin (Verlag 8. Mai) 1998, 216 Seiten, 24.80 DM

45. "... Leben und Freiheit zu bewahren." Keine Biographie, aber eine Würdigung von Ettie und Peter Gingold

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:05

Wer von diesem Buch eine Biographie von Ettie und Peter Gingold erwartet, wird enttäuscht werden. Es ist eine biographische Skizze, wie der Autor Karl Heinz Jahnke in seinen Vorbemerkungen zu Recht einschränkend bemerkt. Genaugenommen ist es nur die Skizze der beiden eng verflochtenen politischen Biographien. Bei Menschen, die so stark wie das Ehepaar Gingold politisch engagiert sind, gruppiert sich das persönliche Leben um das politische Leben. Es geht aber nicht völlig darin auf. Der Teil, der nicht aufgeht, bleibt im Buch weitgehend ausgespart. Das wird von vielen Lesern sicherlich als Mangel empfunden. Diese Beschränkung muß aber bei einer kritischen Betrachtung des Buches zunächst einmal akzeptiert werden.

Als Juden und Kommunisten im Widerstandskampf in Deutschland, Verhaftung und Flucht in Frankreich, Verbindung zu Partisanen in Italien, auf Umwegen Rückkehr nach Frankfurt/Main, das sind einige Aspekte der biographischen Skizze, die nicht mit dem Jahr 1945 abbricht, sondern die über die Stationen des Engagements für eine antifaschistische Neuordnung, die Verweigerung der deutschen Staatsbürgerschaft wegen KPD-Mitgliedschaft, das Berufsverbot für die Tochter Silvia, die späte Anerkennung der Widerstandstätigkeit durch die Stadt Frankfurt bis in die Gegenwart reicht. Peter Gingold ist heute als Mitglied der DKP einer der Bundessprecher der VVN und für die Auflösung der IG-Farben aktiv. Gemeinsam mit Ettie Gingold ist er bis heute bei Veranstaltungen ein gefragter Gesprächspartner von Jugendlichen, die sich für den Widerstand interessieren.

Auf den knappen Textseiten können diese Stationen zeitgeschichtlich zuverlässig nachvollzogen werden. Das tut der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke mit der für ihn typischen Akribie und nüchternen Darstellungsform. Für die Gefühle und inneren Konflikte, die jeweils mit den einzelnen Etappen verbunden waren, bleibt da wenig Platz. Der Leser kann zum Glück das reichhaltige Fotomaterial aufmerksam studieren. Ungefähr die gleiche Seitenanzahl von ca. 80 Seiten nehmen, außer dem Textteil des Autors und den zahlreichen Fotos, die 24 Originaltexte von Reden und Artikeln von Ettie und Peter Gingold ein.

Die genaueren politischen Konstellationen, in denen die Gingolds als Kommunisten arbeiten mußten, fehlen in der Darstellung oft. Das ist ein Manko, unter anderem was die 70er Jahre angeht. Es wird nicht erkennbar, daß es die sozialdemokratische Bundesregierung unter Willy Brandt war, die die Länder zu den sogenannten Radikalenerlassen anhielt, und es in Hessen eben der SPD-Kultusminister Krollmann war, der auch nach juristischen Teilerfolgen Silvia Gingolds verbissen am Berufsverbot festhielt. Insofern entbehrt das spätere Auftreten von Willy Brandt und Ettie Gingold als Redner auf einer der großen Antiraketen-Demos in Bonn Mitte der 80er Jahre nicht einer traurigen Ironie.

Deutlich wird, wie gerne die BRD bis in die siebziger Jahre hinein ihre Staatsbürgerschaft, wenn irgend möglich, den verhaßten Kommunisten verweigerte. Sie war in der Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und politischer Konformität keinen Deut besser, als es die DDR in einschlägigen Fällen war.

Zum interessanten Thema "kommunistisch-jüdischer Widerstand" oder "Widerstand von Juden als Kommunisten" findet sich im Buch leider nichts, auch nicht dazu, wie die Gingolds die antisemitischen Kampagnen in der Sowjetunion mit ihrem Vertrauen in die vermeintlich kommunistische Führungsmacht vereinbarten. Ein Versäumnis des Autors, denn die Gingolds werden zu Recht respektiert dafür, daß sie auch unangenehmen Fragen nicht ausweichen.

Der beeindruckendste Abschnitt aus dem Buch betrifft das Jahr 1940 in Paris und sei hier zitiert, auch um einen Eindruck von der Sprache Jahnkes und ebenso Ettie Gingolds zu erhalten: "Wie war es Ettie Gingold inzwischen ergangen? Weil sie einen rumänischen Paß besaß, erfolgte keine Internierung. Für ihre besondere Situation war dies von großem Vorteil. Ettie war schwanger. Am 5. Juni 1940 wurde ihre Tochter Alice geboren. Kurz vor dem Einmarsch der Wehrmacht wurde sie am 13. Juni vorzeitig aus dem Krankenhaus entlassen. Ettie berichtete später: ‚Ich selbst bin am Vorabend dieses verhängnisvollen Tages aus dem

Krankenhaus entlassen worden. Ich hatte mein erstes Kind zur Welt gebracht. Es war ein kleines Mädchen mit schwarzem Haar und dunklen Augen. Der Vater des Kindes war im Internierungslager, Freunde, Bekannte und Verwandte befanden sich auf der Flucht. Ich war mutterseelenallein mit dem Neugeborenen. Aber gerade die Anwesenheit dieses Kindes gab mir die Kraft, nicht zu verzagen und den Kampf aufzunehmen gegen Krieg und Faschismus und ums Überleben, denn dieses kleine unschuldige Würmchen war von vornherein zum Tode verurteilt, da es jüdischer Herkunft war.` Nur kurze Zeit konnten Ettie und Alice sich in der früheren Wohnung im 16. Arrondissement in der 21, Villa Dufresnee aufhalten."

Die Gingolds haben die Vernichtungsabsicht der Nazis früher als andere erkannt, erfolgreich Widerstand geleistet und auch nach der Befreiung vom Faschismus an ihren Einsichten festgehalten. Der Ausgangspunkt ihres Kampfes aber war ein ganz einfacher und selbstverständlicher: Sich, ihren Kinder und anderen Bedrohten Leben und Freiheit zu bewahren.

Das Buch ist trotz der genannten Mängel und trotz der fehlenden Sorgfalt, die der Verlag auch bei einigen Bildunterschriften zeigt, unbedingt lesenswert und ansehenswert. Es ist eine Art Lese- und Bilderbuch zu deutschen Zuständen am Beispiel einer Familie, die den aufrechten Gang trotz schwierigster Umstände nie aufgegeben hat. Die Biographie von Ettie und Peter Gingold ist freilich noch zu schreiben.

Dietrich Marquardt

Karl Heinz Jahnke, Sie haben nie aufgegeben. Ettie und Peter Gingold - Widerstand in Frankreich und Deutschland, Pahl Rugenstein Nachfolger, Bonn 1998, 251 S., 36,- DM

46. Gegen Arbeitshetze. Spontaner Streik bei Opel Bochum

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak419/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:23

Am 7. Oktober kam es im Werk I bei Opel Bochum zu einer spontanen Arbeitsniederlegung gegen die Zumutungen der deregulierten Produktion. Die Opel-Beschäftigten wehrten sich vor allem gegen die durch den permanenten Personalabbau ständig verschärfte Arbeitshetze. Unter der Überschrift "Belegschaft fordert 300 Neueinstellungen, Ultimatum an die Geschäftsleitung" erschien in der Belegschaftszeitung von Opel Bochum, Standorte Extra Nr. 7 vom 7. Oktober 1998 der nebenstehende Beitrag (siehe Kasten).

Das "Benchmarking", das in dieser Meldung angesprochen wird, ist ein weltweites Strategiekonzept der Opel-Mutter General Motors für die Managemententscheidungen zur Vergabe zukünftiger Produktion. Von dem "Standort Bochum" wird in diesem Zusammenhang eine permanente Steigerung der Produktivität und eine drastische Senkung der Arbeitskosten verlangt. Ein Mosaiksteinchen neben Arbeitszeitflexibilisierung, Pausenkürzungen, Gruppenarbeit etc. ist dabei auch das "Outscourcing" - die Verlagerung von Produktionsteilen an (billigere) Fremdfirmen bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau. Im Sommer 1998 hat die Belegschaftszeitung Standorte Pläne der Geschäftsleitung veröffentlicht, nach der die betriebseigene Logistik - Fahrer, Lager, Magazine, Reparatur, Werksbahn - im Rahmen einer GmbH ausgelagert werden sollte; eine weitere neben den vielen bereits auf dem Opel-Gelände tätigen Fremdfirmen. Für 750 Beschäftigte hätte das Arbeitslosigkeit bzw. Übernahme durch den Subunternehmer zu schlechteren Bedingungen bedeutet. Nach Meldungen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 22. August hat das Management diese GmbH-Pläne angeblich ad acta gelegt; der peinliche Versprecher des Fertigungsdirektors Stracke hat den Opel-Beschäftigten jedoch gezeigt, daß diese Pläne nach wie vor vorhanden sind.

Wie erfolgreich die spontane Aktion bei Opel Bochum war, zeigte sich bereits zwei Tage später. Unter dem Eindruck der Arbeitsniederlegung kam es zu unverzüglichen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung, und erste Ergebnisse teilte der Betriebsrat bereits am 9. Oktober per Flugblatt mit:

- Aufgrund der Beschwerden der Beschäftigten wird unverzüglich eine Arbeitsgruppe aus BR-Mitgliedern und Vertretern der Unternehmensleitung gebildet. Diese soll sofort die dramatischen Arbeitsbedingungen vor Ort untersuchen und "unverzüglich" beheben.

- Die Bandgeschwindigkeit wird sofort um 2,5% abgesenkt.

- Es werden sofort 50 Neueinstellungen vorgenommen.

- Die Verträge von 35 weiteren Beschäftigten, die im Oktober ausgelaufen wären, werden um weitere sechs Monate verlängert.

- Für den Fall, daß in drei Wochen keine spürbare Verbesserung der jetzigen prekären Situation eingetreten ist, wird der Betriebsrat seine Option auf weitere Neueinstellungen offen halten.

Trotz des unzweifelhaften Erfolges, insbesondere durch die Senkung der Bandgeschwindigkeiten, gibt es aus Kreisen der Belegschaft bereits erste Beschwerden über dieses Verhandlungsergebnis. Es sei zu wenig. Doch vor allem stößt den Beschäftigten sauer auf, daß sie in die Verhandlungen nicht einbezogen waren. Vor allem die Entscheidung des Betriebsrates, dieses Verhandlungsergebnis zu akzeptieren, ist mit den Beschäftigten nicht rückgekoppelt worden.

dk

7.10.1998:

In Werk I standen die Bänder still

Um 10.30 Uhr versammelten sich ca. 1.800 Kolleginnen und Kollegen, überwiegend aus Lackiererei, Fertigmontage, Endmontage und anderen Bereichen, und marschierten zum Verwaltungsgebäude D I. Sie wollten der Geschäftsleitung die unerträglichen Zustände deutlich machen, die aufgrund der

Personalknappheit in den Abteilungen herrschen. Nach kurzer Zeit erschienen Dr. Wruck (Personaldirektor) und K. F. Stracke (Fertigungsdirektor).

Kollegen ergriffen über Megaphon das Wort:

- Gruppensprecher sind zum größten Teil voll in die Produktion eingebunden und können so ihren eigentlichen Aufgaben nicht nachkommen;

- Springer-Pausen werden wegen Personalmangels meistens kollektiv gewährt;

- Ablösungen zum Sani sind kaum möglich;

- Selbst zum Pinkeln fehlt die Ablösung;

- Fahrer stehen unter dem Druck, permanent gegen die Arbeitsvorschriften zu verstoßen (z.B. schneller zu fahren als erlaubt);

- die viel gepriesene "Qualität" kann unter dem steigenden Zeitdruck nicht mehr erbracht werden;

Fazit: Überall fehlt Personal !

K. F. Stracke verwies auf die erfolgte Verlängerung der Zeitverträge und betonte, seiner Meinung nach wäre genug Personal an Bord, und niemand sei überlastet (großes Gelächter). Der Vergleich zwischen den Werken (Benchmarking) zwinge "uns" in Bochum, die Produktivität noch weiter zu steigern. Die Qualität habe aber nach wie vor oberste Priorität (Das gab wiederum großes Gelächter.). Auf die Frage nach Verlagerung der Kleinteileschweißerei nach Kaiserslautern erwiderte Stracke, das werde geprüft; Hintergrund sei es, Beschäftigung nach Kaiserslautern zu vergeben. Die Frage nach der Zukunft der Logistik, beantwortete Stracke mit einem peinlichen Versprecher: "Die Pläne für die GmbH sind vorerst in der Schublade".

Gegen 11.40 Uhr faßten die KollegInnen ihr Anliegen nochmals in der Forderung zusammen:

300 Neueinstellungen!

Ultimatum: Erklärung der Geschäftsleitung dazu bis Freitag 9.10.98 um 11.00 Uhr.

Das war eine spontane, gelungene und selbstorganisierte Aktion!

47. Quelldatei 11.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:11

LeserInnenbriefe

Betr.: "Allumfassendes Schulterklopfen", ak 418

Oberflächliches Querlesen?

Leeve Lüd,

auch bei oberflächlichem Querlesen hätte efa in ihrer Rezension des Buches "Postfordistische Guerilla - Vom Mythos nationaler Befreiung" auffallen können, daß unter anderem ihre Kritik am sogenannten "letzten Satz des Buches" auf sie zurückfällt. Wo sie sich beschwert, daß an Schlußfolgerungen "nichts kommt", hätte sie vielleicht einfach das Abschlußkapitel zum Thema "Was machen wir - oder: Wie wäre es mit Weltkommunismus?" nicht beim oberflächlichen Querlesen überblättern müssen. Die - zugegeben - etwas umfangreich geratene Literaturliste fängt eben nicht schon auf Seite 244 (von 280) an. Der von uns bewußt übertrieben gewählte Titel des Abschlußkapitels hätte sich doch trefflich für eine weitere Bestätigung des in der Rezension aufgebauten Zerrbildes unserer Gruppe geeignet.

Wie negativ voreingenommen efa das Buch wahrnimmt, wird deutlich aus der Gegenüberstellung des Abschlusses des vorletzten Kapitels mit ihrer Sichtweise. Im Buch steht: "Eine antinationale Linke, die nicht internationalistisch ist, kann auf Dauer nicht existieren. Und umgekehrt: Ohne Bekämpfung der deutschen Nation kein revolutionärer Internationalismus." Ilja Ehrenburg schrieb 1947 in seinem Buch "Auf den Straßen Europas" für den Antifaschismus, was für den Antinationalismus ebenso gilt: "Es gibt ein ausgezeichnetes Rezept, um den falschen vom wahren Antifaschisten zu unterscheiden: der falsche Antifaschist entlarvt die fremden Faschisten und schützt die eigenen."

Bei efa wird daraus: "Dafür aber, und das ist ja vielleicht auch wichtiger, wird uns im letzten Satz des Buches noch einmal klargemacht, daß es darum geht, ein ‚wahrer` Antinationaler zu sein und die ‚falschen` Antinationalen zu entlarven."

Es ärgert mich, daß Ilja Ehrenburg unverstanden bleibt. Und die gruppe demontage gleich mit: Unser Anliegen ist es, nicht nur Befreiungsbewegungen anderswo zu kritisieren, sondern auch "vor der eigenen Haustür zu kehren.", wie es im KB mal üblich war. Weshalb eine Kritik des links ummantelten St.Pauli-Mythos uns eben auch wichtig ist. Die KB-Zeit ist in ak anscheinend unter Beliebigkeit zugeschüttet worden. Das wäre auch eine Erklärung für die allergische Reaktion darauf, daß wir als Gruppe in dem Buch eine kollektive Position formulieren, die eine radikale Perspektive offenhalten /öffnen will.

Wer es genauer wissen will, schaue in das Buch. Zum Abbau eventueller Berührungsängste mit antinationalen Schmuddelkindern empfehle ich als ersten Schritt, im 97er Jahrgang von ak nachzulesen. In ak 407 findet sich ein Artikel von mir, der eine Vorstufe zum Buch war: "Soziale Befreiung jenseits von Staat und Nation? Zur Programmatik der EZLN und der Diskussion in der Soliszene"; in ak 399 findet sich der Artikel "1971: KB, 1997: ak - Vom Betriebskampf ins Grüne und zurück". Auf beide Artikel aus der gruppe demontage wird übrigens im letzten Kapitel des Buches mit Quelle verwiesen. [...]

Wer will, kann auch mit uns auf einer der Veranstaltungen zum Buch diskutieren, z.B. am 10.11. um 20 Uhr im EX in Berlin oder am 19.11. um 20 Uhr im Peter-Panther-Buchladen in Meldorf.

Mit freundlichen Grüßen,

Gaston K.,

Mitglied der gruppe demontage

Betr.: Esoterik und die Linke, ak 418

Esoterik = Religion?

Dank für Deinen differenzierten und vergleichsweise unpolemischen (im Gegensatz zu Jutta Ditfurth) klaren Artikel über Esoterik. Das Wort alleine ist ein Thema mit vielen Variationen. Vielleicht ist Religion das bessere Wort, wenn auch sehr belastet. Übersetzt ist Religion die Rückverbindung, was genau den Sinn dessen trifft, was erreicht werden sollte: die Rückverbindung zum eigentlichen "Ich", zu mir und meiner ursprünglichen Form, noch unverfälscht von Geburt, Hautfarbe, Erziehung und gesellschaftlicher Norm, durch die ich der jetzige Mensch, dieser "Second-hand" Mensch bin.

Dieses Rückbesinnen und zum Ausgangspunkt meines Seins zu kommen, bringt Ruhe, Frieden, Harmonie. Das entspricht meiner Vorstellung von Ganzheitlichkeit, Einheit und Liebe, wobei diese Begriffe identisch sind. Sobald ich wirklich ehrlich und radikal in mir ausmiste, aufräume und mich befreie von diesem aufgesetzten "Ich", kann ich vorurteilsfrei, unbelastet wahrnehmen. Das macht weder blind noch desinteressiert, sondern offen und engagiert. Dann erst ist das möglich - was Du schreibst: "ohne Angst, ohne Konkurrenz, ohne Charaktermasken miteinander in Beziehung zu treten."

Brecht sagt es so: Wir, die wir den Boden für Freundlichkeit bereiten wollen, können selbst nicht freundlich sein. Religiöses Denken und Handeln kann sich nur bei der sogenannten "Linken" auswirken - sonst wird Religion zur Gefahr.

In Solidarität, Ilse R.

48. Quelldatei 16buwa.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/16buwa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:16buwa

Bundestagswahlergebnisse 1998 und 1994, +, +, +, +

Zweitstimmen, 1998, +, 1994, +

Wahlberechtigte, 60.762.751, , 60.396.272,

WählerInnen, 49.947.087, , 47.743.597,

Gültig, 49.308.512, , 47.104.576,

SPD, 20.181.296, (40,9%), 17.141.319, (36,4%)

CDU/CSU, 17.329.388, (35,1%), 19.516.547, (41,5%)

Bündnis 90/Die Grünen, 3.301.624, (6,7%), 3.423.091, (7.3%)

FDP, 3.080.955, (6,2%), 3.257.864, (6,9%)

PDS, 2.515.454, (5.1%), 2.067.391, (4.4.%)

DVU, 601.192, (1,2%), -,

REP, 906.383, (1,8%), 875.175, (1,9%)

NPD, 126.571, (0,3%), -,

49. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:45

Der Ball ist rund

Berti Vogts ist abgetreten, etliche seiner erfolglosen Buben haben ebenfalls ihren Rücktritt erklärt. Aber auch den gefeierten Weltmeister Frankreich hat inzwischen der Alltag eingeholt - die WM ist abgehakt. Muß nicht ein Buch über die 33 Tage in den französischen Stadien zwangsläufig die Langeweile der meisten dort gezeigten Spiele wiederholen? Nicht, wenn man die Sache so anpackt wie Christoph Biermann. Sein "WM-Tagebuch" trägt den vielversprechenden Titel "Fußball ist ein Spiel für 22 Leute, und am Ende gewinnt immer Deutschland. Außer manchmal." Ein Tagebuch im strengen Sinne sei das nicht, schreibt der Autor im Vorwort, sondern eine Mischung aus "täglichem Nachrichtendienst, Kommentar, Glosse und Hörspiel". Natürlich werden die größten Dummheiten aus Spieler- und Trainermund ebenso gnadenlos zitiert wie die Highlights des Sportjournalismus. Kostprobe vom 13. Juni: "Erste Spitzenwerte an der Analysefront. Der Sportinformationsdienst stellt fest, daß bislang alle Mannschaften mit einem ‚S` am Anfang als Verlierer vom Platz gegangen sind: Schottland, Südafrika, Spanien und Südkorea. Gut für Schweden, daß sie gleich zu Hause geblieben sind." Auch ernste Themen werden behandelt: der Mordversuch deutscher Hooligans an dem französischen Polizisten Daniel Nivel und die von Berti Vogts nach dem Ausscheiden seiner Mannschaft erfundene Verschwörungstheorie. Fußballerischen Sachverstand beweist Christoph Biermann mit seinem überschwenglichen Lob für das Halbfinalspiel zwischen Brasilien und den Niederlanden (4:2 nach Elfmeterschießen). Am Schluß des Buches finden sich die unvermeidlichen Daten über alle Mannschaften und Spiele.

Fußball ist ein Spiel für 22 Leute, und am Ende gewinnt immer Deutschland. Außer manchmal. Ein WM-Tagebuch von Christoph Biermann; Verlag Die Werkstatt, Göttingen; 144 Seiten, 16,80 DM

Abschiebehaft in Sachsen

Flüchtlinge, die "unerlaubt eingereist" sind oder den Verdacht erwecken, sie würden sich der Abschiebung widersetzen, können "zur Sicherung der Abschiebung" in Haft genommen werden. So steht es im § 57 des Ausländergesetzes. Daß es sich dabei nicht um "normale" Häftlinge handelt, ist nicht nur daran zu erkennen, daß es kein Strafmaß gibt, sondern auch daran, daß diese Flüchtlinge in eigens geschaffene Abschiebeknäste gebracht werden. Die bürgerlichen Grundrechte gelten für sie nicht: Sie haben kein Recht auf einen Pflichtverteidiger. Bei der Durchführung der Abschiebepolitik haben die Bundesländer eigene "Gestaltungsmöglichkeiten". Die Broschüre "Abschiebehaft in Sachsen" bietet neben allgemeinen Informationen über die Abschiebepolitik in Sachsen eine Übersicht über die Abschiebeknäste und die Zahl der Abschiebungen (allein im März 1996 waren es 1.318). Beispiele veranschaulichen die absurde und menschenverachtende Praxis der Abschiebehaft. Ergänzt wird die Broschüre durch einen umfangreichen Anhang mit ergänzenden Materialien und Presseberichten zu Abschiebungen und der Arbeit des Leipziger Flüchtlingsrates.

Abschiebehaft in Sachsen - Weggesperrt zum Abtransport; zu beziehen über: Abschiebehaftgruppe beim Flüchtlingsrat Leipzig e.V., Magazingasse 3, 04109 Leipzig, Tel./Fax: 0341 - 961 38 72, 62 Seiten, DM 7,-. Unter der gleichen Adresse kann auch die Zeitschrift "Flucht & Asyl" des Flüchtlingsrates kostenlos bezogen werden.

Die Grünen in Frankreich

Über die französischen Grünen ist im deutschsprachigen Raum wenig bekannt. Das versucht der in Wien beheimatete Promedia-Verlag mit dem in Frankreich vieldiskutierten Buch Grün - Die Zukunft der politischen Ökologie zu ändern, das allerdings zuerst 1993 erschienen ist, also keineswegs den neuesten Entwicklungsstand der "Verts" wiedergibt. Der Autor, Alain Lipietz, ist Sprecher der "Verts" und Forschungsdirektor am "Centre National de la Recherche Scientifique". Ausgehend von Ansätzen verschiedener marxistischer Theoretiker, vor allem von Althusser und Balibar, versucht er, die "neuen sozialen Bewegungen" auf der Linken theoretisch zu verorten. Seine Theorie der "Politischen Ökologie" basiert auf dem "Primat der Politik über die Ökonomie". Dabei sind seine Vorstellungen von einer Umgestaltung der Gesellschaft im wesentlichen systemkonform. Lipietz ignoriert die Ursachen für die zerstörerischen Tendenzen

der kapitalistischen Gesellschaft und wirft, obwohl selbst Ökonom, marxistischen Theoretikern "Ökonomismus" vor. Für ihn ist es einfach an der Zeit, "die Uhren neu zu stellen" und zu einer "nachhaltigen Entwicklung" überzugehen. Dabei sieht er die "Politische Ökologie" in der Tradition sozialdemokratischer Reformprogramme, auch wenn er sonst meint, sich von der traditionellen Arbeiterbewegung abgrenzen zu müssen. Seine Vorstellungen gesellschaftlich notwendiger Umgestaltungen (ökologische Steuerreform, Verpreisung der Umwelt) erinnern an die Ausnutzung der schöpferischen Potenzen eines Erdbebens, seine Appelle für "mehr Solidarität" und "gewaltfreie Konfliktlösung" an das Vertrauen auf die Humanität eines Rudels hungriger Wölfe. Immerhin finden sich bei Lipietz einige kritische Ansätze, die seinen deutschen Parteifreunden im Kampf um Wählerstimmen und Ministersessel verloren gegangen sind. So fordert er Demokratisierung der Arbeit, Kritik des ungehemmten Wirtschaftswachstums, Sicherung eines Mindesteinkommens oberhalb der Armutsgrenze und Entschuldung der Staaten der Dritten Welt.

Alain Lipietz: "Grün - Die Zukunft der politischen Ökologie", Promedia-Verlag, Wien, 1998, 168 Seiten, 27,50 DM

Praktische Subversion

"Schlüsseltexte der militanten Linken, außergewöhnliche Gespräche und anregende Diskussionsbeiträge zu Theorie und Praxis der Bewegung nach 1967" enthält nach Eigenauskunft des Herausgebers der "Subversionsreader", den der ID-Verlag anläßlich seines zehnjährigen Jubiläums veröffentlicht hat. Und tatsächlich: Von Antifa, Chaostagen und Anti-Olympia-Komitee über RAF-, Revolutionäre Zellen- und Rote Zora-Selbstdarstellungen bis zu Analysen über subversive Kultur- und Medienstrategien von Isabelle Graw und anderen findet sich in dem kleinen Büchlein viel Interessantes und Erfreuliches. Interessant auch der kurze Rückblick auf die Geschichte des ID-Verlages plus vollständiger Bibliographie der vormaligen Edition ID-Archiv im Anhang. Erfreulich, daß wir in Zeiten angekommen sind, in denen Kulturkritik gleichrangig neben RAF-Texten zu stehen kommen darf und auch, daß feministische Ansätze in diesem Buch nicht wie die Salatbeilage zum linksradikalen Hauptgericht daherkommen. Wer Anregungen für theoretische Diskussionen im Dunstkreis dessen, was (immer noch) nach "radikaler Veränderung" strebt, sucht und die Frage nach dem Praxisbezug daran anschließt, dem sei der Erwerb des Bändleins empfohlen. "Subversion und die Beschäftigung mit ihr im traditionellen Buchformat waren in den achtziger Jahren praktisch unvereinbar", heißt es im Vorwort. Irgendwie echt klasse, daß wir uns am Ende der neunziger Jahre befinden.

Martin Hoffmann (Hg.): Subversions Reader. Texte zu Politik und Kultur 10. ID-Verlag, 264 Seiten, 20 DM.

50. Quelldatei 48.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:48

- Kalender - Kalender - Kalender - Kalender -

Verbrechen der Wehrmacht

Die Begleitveranstaltungen zu der Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 thematisieren die Verbrechen der Wehrmacht in Westeuropa. Programmheft bei Geschichtswerkstatt Hannover, Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover, Tel.: 0511-455003

Hannover, 24.10.-15.12., diverse Veranstaltungsorte; die Ausstellung ist vom 8.11.-20.12. im Neuen Rathaus zu sehen.

Vergangenheitspolitik

Der Umgang der jungen BRD mit der NS-Geschichte ist das Thema einer Veranstaltungsreihe der Galerie Morgenland. Am 29.10. stellt Susanne Klockmann die Geschichte einer SS-Familie vor, am 5.11. hält Herbert Diercks einen Vortrag über die Wachleute des KZ Fuhlsbüttel, und am 12.11. berichten Steffi und Kurt Wittenberg über ihre Rückkehr aus dem Exil.

Hamburg, 29.10., 5.11., 12.11., jeweils 19.30h, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79.

Von Vernichtung und aufrechtem Gang

Zur Wanderausstellung Das 20. Jahrhundert der Gaudigs über den Widerstand von Theo Gaudig und seinen Freunden gegen den Nationalsozialismus gibt es ein interessantes Begleitprogramm: Stadtführung "Arisierungen" in Essen (8.11., 14.00h, S-Bhf. Steele), Jiddische Lieder mit Manfred Lemm & Ensemble (3.11., 19.30), Vorträge: Die Knöchel-Gruppe. Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Ruhrgebiet (1.11., 16.00h); Deutsche Vergangenheitsbewältigung - verschwundenes Raubgold, vergessene Opfer und versorgte Täter (10.11.,19.30h); "Stiller Boykott" - "Arisierungen" und Berufsverbote (11.11., 19.30), und den Dokumentarfilm "Man muß sich erst daran gewöhnen" (15.11.,16.00)

Essen, 1.11.-15.11., Zeche Carl (sofern oben nicht anders angegeben).

Juden im Orient - orientalische Juden

Die orientalischen Juden unterscheiden sich durch Kultur, sprachliche Herkunft und Status erheblich von den europäisch geprägten Eliten Israels. Wie sie damit umgehen und ihre Geschichte bis zur Gründung Israels sind die Themen eines Kurses von Klaus Mellenthin.

Hamburg, 1.11., 13.00-17.30h, dann donnerstags 19.30-21.15h, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr, 35, Tel.: 030-3497-2175, Fax: 3497-3522.

iz3w wird 30

Das informationszentrum 3. welt und seine blätter feiern: Am 4.11., 20.00h wird im Kommunalen Kino, Urachstr.3, der Film Ein Ort namens Chiapas gezeigt; am 5.11. geht es in der Evangelischen Erwachsenenbildungsstätte, Goethestr.2, um Menschenrechte und Bürgerkrieg in Sri Lanka; am 6.11., 17.00 gibt es Sekt und Häppchen im informationszentrum 3. welt, Kronenstr. 16 (HH), und um 20.00h eine Podiumsdikussion über Linke Publizistik und "Gegenöffentlichkeit" mit Gaby Küppers (ila), Jochen Müller (iz3w) Horst Pöttker (früher iz3w, jetzt Professor für Journalistik), Oliver Tolmein (früher taz und konkret, jetzt freier Autor) und Renate Wilke-Launer (Der Überblick). Am 7.11. wird ab 21.00h getanzt: in der Aula der Katholischen Fachhochschule, Karlsstr. 63.

Freiburg, 4.11.-7.11., diverse Veranstaltungsorte.

rote ruhr uni

Fordert das spannende Vorlesungsverzeichnis an! Es bietet Themen wie z.B. Feministische Alltagsforschung (Frigga Haug, 9.11.,14.30h), Theorie ist Revolte Hans-Jürgen Krahl (Helmut Reinicke, 9.11.,17.00h) oder Die

Rechten in Frankreich (ak-Autor Bernhard Schmidt, 19.11., 16.00h). Tel.: 0234-7002313, Fax: 701623, e-mail: rru@koma.free.de.

Bochum, 9.-20.11., Ruhr-Universität

Heilen und Vernichten

Anhand von Fallbeispielen des Nationalsozialismus referiert Gerhard Baader (FU Berlin) über Heilen und Vernichten im ärztlichen Denken. Eine Veranstaltung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

Berlin, 10.11., 15.00h, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14, Saal C

Rosen auf den Weg gestreut?

Der ANTIFA-Arbeitskreis der FH Düsseldorf und die Arbeitsstelle Neonazismus veranstalten einen Abend über "Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen".

Düsseldorf, 11.11., 19.30h, FH Düsseldorf, Gebäude 24.21, Universitätsstr., VV-Raum.

APO oder abwarten?

Nach dem Wahlsieg von Rot-Grün stellt sich die Frage nach linken, oppositionellen Perspektiven. Eine Diskussion mit Hamburger Linken.

Hamburg, 12.11., 20.00h, Haus Drei, Hospitalstr. 107.

Leo Kofler und die heimatlose Linke

Themen dieser Arbeitstagung der Leo-Kofler-Gesellschaft sind Kofler und die Linke jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie (Frank Deppe); die Stalinisierung der SED in den Jahren 1947 bis 1950 und die Rolle Koflers in diesem Rahmen (Thomas Klein und Mario Keßler) sowie das gespannte Verhältnis von Kofler und der Frankfurter Schule (Alex Demirovic). Infos und Anmeldung: Leo-Kofler-Gesellschaft , c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 298, 58452 Witten, Tel.: 02302-13662.

Bochum, 13.11., 20.00h, 14.11., 9.00-18.00h, Veranstaltungszentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg.

Heidentum, Musik und Terror

Alfred Schobert spricht über Strategien und Motive der rechtsextremen "Operation Darkwave" und das Szenepotential von Darkwave und Gothic.

Düsseldorf, 16.11., 20.00h, ZAKK, Fichtenstr. 40, Studio

Der Euro - ein Jobkiller?

Europäische Beschäftigungspolitik in der Währungsunion ist das Thema der Tagung der spw, an der Wissenschaftler, Gewerkschafter und Linke teilnehmen werden. Anmeldung bis zum 14.11. an Joachim Schuster, Brokstr. 58, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421-74923.

Lübeck, 21.11., 10.00-18.00h, Musikhochschule, Große Petersgrube 17-29.

Antifaschistischer Widerstand

De-Legitimierung von Antifaschismus in der Berliner Republik (W. Wippermann), Widerstandsforschung in der DDR (K. H. Jahnke) und Widerstand von Frauen (Ursula Krause-Schmitt) sind einige der Themen einer Tagung des Studienkreises Deutscher Widerstand. Anmeldung: Studienkreis Deutscher Widerstand, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel./Fax: 069-721575.

Frankfurt/M., 28.11., 8.30-18.00h, DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 68-77, Frankfurt/Main.

Die Landfrage in Mittelamerika

In diesem Strategieseminar wird nach möglichen Berührungspunkten zwischen den Auseinandersetzungen der Bauern und Landarbeiter in Mittelamerika und der hiesigen Solidaritätsarbeit und verwandter Politikfelder

gesucht. Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 3907520.

Wuppertal, 4.-6.12., Ökumenische Werkstatt, Missionsstr. 9.

51. Atomstrom baldaus dem Osten?

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/titakw2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:titakw2

"Atomkraft: abgehakt", schrieb die taz über das angebliche Ergebnis der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen. Wichtigster Kritik-Punkt: Auf die Festlegung von Fristen zur Stillegung der Atomanlagen wurde verzichtet. Kurz vor der Bundestagswahl hat die CDU-Umweltministerin Merkel zusammen mit dem russischen Atomminister ein "Nuklearhaftungsabkommen" unterzeichnet. Dieses Abkommen sichert am Reaktorbau beteiligten deutschen Firmen umfassende Haftungsfreiheiten im Falle eines Unfalls in russischen AKWs. Während in der BRD mittelfristig die eine oder andere Atomanlage stillgelegt werden wird, betreibt z.B. Siemens im Zuge einer Europäisierung der Energiepolitik den Reaktorausbau im osteuropäischen Ausland. Die AKWs für die Stromversorgung stehen dann eben dort und produzieren unter katastrophalen Sicherheitsbedingungen Atom-Strom zu Dumpingpreisen für den deutschen Markt. So wird vorgesorgt für den deutschen "Atom-Ausstieg"!

Zum Ausbau der AKWs durch Siemens in Osteuropa Seite 3

Über einen möglichen Umbruch der Atompolitik in Frankreich Seite 4

Über die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung Seite 5

Über die Entwicklungen im AKW Stade Seite 5

52. Kinder, Küche, Billigjobs

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/titelarb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:titelarb

Merkwürdiges konnte dieser Tage die FAZ aus dem Olymp der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft vermelden: Für die Arbeitsmarktexper-ten des Instituts für Wirtschaftsfor- schung in Halle sind vor allem die ostdeutschen Frauen Schuld an der hohen Arbeitslosenquote: Wenn sie weniger arbeiten wollen würden, wäre die Quote im Osten nicht mehr höher als die im Westen. Natürlich ist die Botschaft der marktorthodoxen Politikberater nicht ein trotziges "Arbeit ist Scheiße". Nein, nein, arbeiten sollen sie schon dürfen, die Frauen. Aber doch bitte unentgeltlich im Haushalt und in der "Ehrenamtlichkeit" oder als Zuverdienerinnen in Billigjobs. In der Tat hat der Frauenanteil an der Erwerbsbe- völkerung in den letzten Jahren bundesweit zugenommen. Mit anspruchsvollen und existenzsichernden Jobs hat dieses "Job-Wunder" allerdings wenig zu tun. Über Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen auf Seite 30

Die Reihe "Nichts als Arbeit" beginnt auf Seite 29

53. 60 Jahre nach dem Novemberpogrom

CD-Datei: daten/aksuche/ak419/walser.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:419:walser

Die Thematisierung von Auschwitz eigne sich nicht dazu, "Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung", so Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche, wo er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels überreicht bekam. Der sich seit Jahren im deutschnationalen Fahrwasser bewegende Preisträger macht sich Sorgen um seine Landsleute. Deshalb mahnt er sie, es mit dem Gedenken an den Holocaust nicht zu übertreiben. "Die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken" müsse endlich aufhören.

Was in Walsers Rede als Kritik an der "Vergangenheitsbewältigung" der Intellektuellen daherkommt, zielt in seiner Wirkung auf den gesellschaftlichen Mainstream. Dem nahezulegen, Auschwitz nicht als "Moralkeule" zu mißbrauchen, heißt offene Türen einzurennen. Insofern hat Ignatz Bubis recht: "Leute wie der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey und Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber formulieren es auch nicht anders." Sein Vorwurf, Walser betreibe "geistige Brandstiftung", trifft den Kern der Sache.

"Geistige Brandstiftung" schlug nicht nur Anfang der 90er Jahre in Deutschland in mörderische Gewalt um. Walsers Rede, gehalten einen Monat vor dem 60. Jahrestag der Pogrom-Nacht des 9. November 1938, verdeutlicht erneut, wie notwendig es ist, solcher Art Geschichtspolitik entgegenzutreten - und zwar in allen ihren Facetten. Was im öffentlichen Bewußtsein gemeinhin als Auftakt der Vernichtung der europäischen Juden gilt, hat seine Vorgeschichte. Auslöser des Novemberpogroms war eine Massenabschiebung von Menschen, die als "unerwünschte Ausländer" galten. Hierzu und zu den Hintergründen des 9. November ab S. 23